

Teil E

Inhaltsverzeichnis (Seiten E I – E VIII)

Großgliederung Europas

Seite E 0

E. a) Themen global, die uns auch bewegen	Seiten E 1– E 66
--	-------------------------

- 01) Gerd Klöwer: Weltreisen & Welt retten. Reiseskizzen und Theaterstücke
- 02) Alles oder nichts. Für die Demokraten führt kein Weg daran vorbei, Kamala Harris ins Rennen zu schicken. Mit ihrer Wahl ergeben sich jedoch einige Probleme. Von Marco Bitschnau
- 03) Hoffnungsträgerin. Kamala Harris bietet den Demokraten die beste Chance, Donald Trump zu schlagen. Sie müssen ihre Kandidatin um jeden Preis verteidigen. Von Charles M. Blow
- 04) Vermittler mit eigenen Interessen. Hinsichtlich einer diplomatischen Lösung im Nahostkonflikt hoffen viele auf die Golfstaaten. Doch die stecken in der Zwickmühle. Von Sebastian Sons
- 05) Unerbittlicher Widerstand. In Kenia gehen seit Wochen Tausende gegen die Regierung auf die Straße. Erfassen die Proteste nun auch andere Länder der Region? Von Zikora Ibeh
- 06) „Ich halte sie für vollkommen ungeeignet“.
Jörg Wimalasena über die Kandidatur von Kamala Harris, den Nominierungsprozess der US-Demokraten und die Chancen, Donald Trump zu schlagen. Interview. Die Fragen stellte Nikolaos Gavalakis
- 07) Brisantes Votum. Der IGH erklärt die gesamte israelische Besatzung für rechtswidrig. Das Urteil dürfte auch Auswirkungen auf die deutsche Außenpolitik haben. Von Matthias Goldmann
- 08) Mit voller Kraft zum Mond.
Auch im Weltraum konkurrieren die Großmächte um globale Macht. Europa darf nicht den Anschluss verlieren. Von Celina Thadewaldt
- 09) Das Rennen ist wieder offen. Von Ed Koch
- 10) Vanci, Vidi, Vici. Der Aufstieg von Trumps Vize-Kandidaten J.D. Vance scheint nicht zu stoppen. Führt ihn der Weg bald selbst ins Weiße Haus? Von Matthew Continetti
- 11) „Für die Basis kann es nicht aggressiv genug sein“.
Metin Hakverdi in Milwaukee über den Parteitag der Republikaner, einen möglichen Wandel von Donald Trump und dessen Vize-Kandidaten J.D. Vance. Interviews. Die Fragen stellte Nikolaos Gavalakis
- 12) Das ändert alles. Von Ed Koch
- 13) Besuch beim „lieben Freund“. Waffen und Öl: Indiens Premier Modi pflegt in Moskau die strategische Partnerschaft mit Putin. Doch auch Russland profitiert von der Beziehung. Von Herbert Wulf

- 14)** Signal an Peking. Im Konflikt mit China vereinbaren Japan und die Philippinen einen Verteidigungspakt. Damit wappnen sich beide Länder auch für eine Rückkehr von Trump. Von Richard Heydarian
- 15)** Weniger Zeigefinger, mehr ausgestreckte Hand. Terrorismus und russischer Einfluss: Die internationale Gemeinschaft muss sich im Sahel weiter engagieren – und den Menschen Perspektiven bieten. Von Svenja Schulze
- 16)** Nur das kleinere Übel? Irans neuer Präsident Peseschkian ist dem konservativen Establishment des Landes verpflichtet. Dennoch könnte seine Präsidentschaft eine Chance sein. Von Hanna Voss
- 17)** Eskalation des Schattenkriegs. Die mit dem Iran verbündete Hisbollah und Israels Armee liefern sich einen immer heftigeren Schlagabtausch. Lässt sich ein Bodenkrieg noch verhindern? Von David Ramin Jalilvand & Jannis Grimm & Gil Murciano
- 18)** Bereit für die ganz große Bühne. Die Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit strebt eine globale Friedensrolle an. Wie agiert Moskau? Von Alexandra Sitenko

E. b) Verteidigungsbündnisse: NATO u.a.

Seiten E 67 – E 76

- 01)** Grund zur Sorge? Die militärische Lage der NATO gegenüber Russland ist komplexer, als es die reinen Verteidigungsausgaben vermuten lassen. Von Holger Janusch
- 02)** Alles nur Routine? Die USA stationieren wieder Mittelstreckenraketen in Deutschland – mit weitreichenden Konsequenzen. Es fehlt eine ernsthafte Strategiedebatte. Von Alexander Graef & Tim Thies & Lukas Mengelkamp
- 03)** Trump-sicheres Bündnis. Das 75-Jahr-Jubiläum der NATO steht im Schatten des russischen Angriffs – und eines möglichen US-Rückzugs aus Europa. Kann die EU ihre Kräfte bündeln? Von Peer Teschendorf

E. c) Europa, Europa und die Welt

Seiten E 77 – E 80

- 01)** Keine Dystopie mehr. Repression, Abschottung, Wettrüsten: Das Europa von heute ähnelt George Orwells 1984 auf erschreckende Weise. Von Jan Zielonka

E. d) Europäische Union (EU)

Seiten E 81 – E 96

- 01)** Keine Dystopie mehr. Repression, Abschottung, Wettrüsten: Das Europa von heute ähnelt George Orwells 1984 auf erschreckende Weise.
Von Jan Zielonka
- 02)** Dem Narren die Bühne überlassen. Die EU regt sich über Orbáns Friedensmission auf. Dabei verschläft sie, selbst die Initiative zu ergreifen.
Von Almut Rochowanski
- 03)** NATO. Von Ed Koch
- 04)** Troll-Diplomatie. Viktor Orbáns Alleingänge machen die EU lächerlich. Um den Schaden zu begrenzen, sollte Ungarn die Ratspräsidentschaft entzogen werden. Von Daniel Hegedüs
- 05)** Mein rechter, rechter Platz ist frei. Statt ihre neue Stärke auszuspielen, spalten sich die rechten Parteien im EU-Parlament auf. Wer gewinnt nach der Umgruppierung an Einfluss? Von Matteo Dressler

E. e) Mitteleuropa

Seite E 97

Keine Berichte

E. f) BR Deutschland und nahe Staaten

Seiten E 98 – E 125

B R D e u t s c h l a n d (ohne Berlin und Land Brandenburg)

(Seiten E 98 – E 111)

- 01)** KW 30 [22. bis 28.07.2024] – Am Abgrund.
Kommentiert von Ed Koch
- 02)** KW 29 [15. bis 21.07.2024] – Finde den Fehler. Von Ed Koch
- 03)** Gedanken zum 20. Juli. Von Ed Koch
- 04)** KW 28 [08. bis 14.07.2024] – Das bessere System - Sommerinterviews
- 05)** KW 27 [01. bis 07.07.2024] – Jena. Von Ed Koch
- 06)** Warten auf die Ampel. Von Ed Koch
- 07)** Gegen die Urängste. Von Ed Koch

B e r l i n u n d L a n d B r a n d e n b u r g (Seiten E 112 – E 125)

- 01)** Weg frei für Wasserstoff in Berlin
- 02)** Wenn der Regen kommt. Von Ed Koch
- 03)** „Da ham wa den Salat“: Großhändler wollen den größten Obstsalat der Welt produzieren
- 04)** Einsam in Berlin
- 05)** Von oben betrachtet. Von Ed Koch

- 06) 55.000 Euro für herzkrankte Kinder
- 07) Networking auf dem EUREF-Campus
- 08) Zimmer, Küche, Bad

E. g) Ostmitteleuropa

Seite E 126

Keine Berichte

E. h) Osteuropa

Seiten E 127– E 133

Ukraine (Seiten E 127 – E 119)

- 01) Dabei sein ist alles. Lange wurde in der Ukraine über einen Olympia-Boycott diskutiert. Doch mit der Teilnahme in Paris kann das Land viel mehr Erreichen. Von Denis Trubetskoy
- 02) Lohnenswerte Investition. Der Wiederaufbau in der Ukraine wird teuer. Doch von einer starken ukrainischen Wirtschaft profitiert auch die EU. Von Alexandra Dienes

E. i) Mittelasien / Kaukasusgebiet / Türkei

Seite E 134

Keine Berichte

E. j) Südosteuropa

Seite E 135

Keine Berichte

E. k) Süd- und Westeuropa

Seiten E 136 – E 149

Frankreich (Seiten E 136 bis E 149)

- 01) Prof. Kerber zur Wahl beim Nachbarn
- 02) „Im Mitte-links-Lager gibt es große ideologische Gräben“. Adrienne Woltersdorf aus Paris über die schwierige Regierungsbildung in Frankreich, den Frust der Wähler und Le Pens Chancen 2027 Interview. *Die Fragen stellten Alexander Isele und Konstantin Hadzi-Vukovic*
- 03) Tortur de France. Nach dem zweiten Wahlgang der französischen Parlamentswahlen könnte es zum Eklat kommen. Muss Macron abtreten? Von Landry Charrier

E. I) Nordwest- und Nordeuropa

Seiten E 150 – E 158

Großbritannien (Seiten E 150 bis E 153)

01) Experiment gescheitert. Die populistische Regierungszeit der Tories endet mit einer historischen Klatsche. Doch auch für Labour wird es trotz Erdrutschsieg nicht einfach. Von Michèle Auga

Dänemark (Seiten E 154 bis E 158)

01) „Ich glaube, das irritiert viele“. Dänemarks Migrationsminister Dybvad Bek über Maßnahmen gegen Parallelgesellschaften, eine restriktive Migrationspolitik und die deutsche Debatte.
Von Kaare Dybvad Bek
Die Fragen stellte Nikolaos Gavalakis



P. Jordan: „Großgliederung Europas nach kulturellräumlichen Kriterien“, Europa Regional 13 (2005), Heft 4, Leibniz-Institut für Länderkunde, Leipzig. Karte Europa Grünes Band.png

https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Grossgliederung_Europas.png

Eine eindeutige Definition der geografischen Regionen West- und Ostmitteleuropa ist kaum sinnvoll, weil die historische Entwicklung und der Entwicklungsstand[1] der dort liegenden Staaten zu berücksichtigen wäre.

Im Sprachgebrauch West- und Mitteleuropas spiegelt sich annähernd folgende Zuordnung der Staaten wider:

- Westmitteleuropa: Deutschland, Österreich, die Schweiz und Liechtenstein
- Ostmitteleuropa: zumindest Polen, Tschechien, die Slowakei und Ungarn. Manchmal werden auch Rumänien, Slowenien und Kroatien dazugezählt.

Landschaftlich gehört Ostösterreich zu Ostmitteleuropa, die Zuordnung Österreichs zu Westmitteleuropa wurzelt politisch-geographisch in der Zeit des mittleren zwanzigsten Jahrhunderts. Physisch ist hier die Grenze im Raum zwischen Alpen und Böhmischer Masse zu sehen. Diese Grenze entspricht etwa den klimatischen Grenzen des atlantischen Einflussbereichs zum Pannonischen Klima.

West- und Ostmitteleuropa in diesem weiteren Sinne zusammen entsprechen etwa auch dem Begriff Mitteleuropa oder Zentraleuropa, englisch Central Europe (CE). Abzugrenzen ist diese kulturgeographische Region vom wirtschaftspolitischen Begriff MOEL Mittel- und osteuropäische Länder / CEE Central and Eastern Europe, einem Konzept, das etwas umfassender dem hier erwähnten Ostmitteleuropa entspricht oder umfassend östlicher zu sehen ist.

Quelle: WIKIPEDIA „Ostmitteleuropa“, aufgerufen am 28.11.19, 12:50 Uhr:

<https://de.wikipedia.org/wiki/Ostmitteleuropa>

s.a. Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg: Begr. „Ostmitteleuropa“ im

Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa

<https://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/begriffe/ostmitteleuropa>

Teil E

E. a) Themen global, die uns auch bewegen

Seiten E 1– E 66

01) Gerd Klöwer: Weltreisen & Welt retten. Reiseskizzen und Theaterstücke

**ZERSTÖRUNG UND RETTUNG DER WELT.
DIE GROSSE SAGA VOM ENDE DES WACHSTUMS, VON MIGRATION, ÖKOLOGIE
UND WELTRETTUNG. ÄGYPTEN, SYRIEN, PERU, INDIEN, UKRAINE UND CHINA.**

Berlin: epubli 2024. 198 Seiten.

= REISESKIZZEN ZU BRENNPUNKTEN DER WELTPOLITIK. Band I.

Inhalt: Auf Reisen um die Welt besuchen wir Brennpunkte der Weltzerstörung und Weltrettung. Kriege in der Ukraine und in Gaza zerstören unsere Welt. Frauen bauen die Welt wieder auf, wie die Frauen ohne Land in Indien und Bangladesch. Früher haben die „Trümmerfrauen“ deutsche Städte wieder aufgebaut. Heute warten Geberkonferenzen auf das Ende der Kriege, damit in der Ukraine wie in Gaza wieder aufgebaut werden kann. „Sind Zerstörung und Wiederaufbau ein Geschäftsmodell der Konzerne?“, fragen die Weltreisenden. Gleichzeitig baut China weiter an der neuen Seidenstraße.

1. Energiekrise, Globalisierung, Klimawandel, Überbevölkerung, Kriege In Europa – Die Welt, die wir kennen, wird sich dramatisch verändern: Steigende Durchschnittstemperaturen, mehr und intensivere Starkregen, ausgeprägtere Dürrezeiten, sinkende Grundwasserspiegel, mehr Flüchtlinge und weltweite Migration folgen. Eine der Folgen der lebensbedrohlichen Überhitzung ist Wassermangel in Stadt und Land, wie in Andalusien. Trockenheit oder Flut zerstören Agrarflächen und Wälder, verursachen großflächige Extremwetter wie 2021 im Eifel-Ahr-Raum, viele Tote und gewaltige Sachschäden. Versicherungsfälle in der Elementarversicherung werden zunehmen. Die unabwendbaren Folgen des Klimawandels und der Migration gefährden Europas innere Sicherheit, den gesellschaftlichen Zusammenhalt und Frieden. Zunächst enden Öl Und Gas, dann Metalle, dann Wälder, sauberes Wasser und saubere Luft, sagt der Club of Rome. Auf einem Globus mit 10 Milliarden und mehr Menschen können nicht alle nach europäischen Standards ernährt werden. Zu wenig knappe Ressourcen sind vorhanden für zu viele (Konsum-) hungrige Menschen. Gleichzeitig stößt unser kapitalistisches Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell an seine Grenzen. Kommt nach dem Ende des Wachstums eine neue ökologisch- nachhaltige Wirtschaftsform und mehr internationale (Grüne) Zuwanderung?

1. Vorwort
2. Bechsteins Flucht
3. Weltrettung durch Sparkassen im Nildelta
4. Unser Büro in Kairo-Dokki
5. Von Kairo nach Cusco
6. Erdöl am Amazonas. Zerbrochene Pipelines
7. Reformatorinnen, Rabbinerinnen und Imaminnen für eine bessere Welt
8. Bischkek, Kirgyzstan, an der chinesischen Grenze

9. Evi vom Landfunk
10. Der Islam in Kirgizstan
11. Mit Pferd und Kamel durch reißende Flüsse des Pamir
12. Durch die Wüsten Chinas und des Tien Shan
13. Klimakonferenzen und Weltrettung
14. Palästinensische Kuchen im "Aroma-Kaffee" in Damaskus
15. Eine Bank für arme Frauen ohne Land
16. Mit dem Himalaya-Express nach Darjeeling
17. Champanskaja aus Moldawien
18. Korruption und Schattenwirtschaft
19. Winter in Kiew vor dem Krieg
20. Patriarch Kyrill von Moskau zum Krieg in der Ukraine
21. Mandelblüte in Andalusien
22. Berlin - Islamische Banken als Weltretter?
23. Das Kalifat in Kreuzberg
24. Muslimisches und jüdisches Leben in Kreuzberg
25. Für die großen Weltprobleme finden wir keine Lösungen. Im Kleingarten können wir die kleine Welt retten

ÖL IM AMAZONAS UND MANDELBLÜTE AN DER COSTA DEL SOL.

= REISESKIZZEN ZU BRENNPUNKTEN DER WELTPOLITIK. Band II/III.

Berlin: epubli 2021. 93 Seiten.

ÖL IM AMAZONAS

Verseuchte Böden und verdrecktes Wasser. Öl in Ecuador. Schweizer Banken finanzieren die Ölsuche im Regenwald.

Anfang April 2020 ereignete sich im ecuadorianischen Amazonasgebiet eine der verheerendsten Ölkatastrophen des Landes. Ein Erdbeben löste einen Erdrutsch in den Provinzen Sucumbíos und Napo aus, was zum Bruch von zwei Pipelines führte. In der Folge traten 2,5 Millionen Liter Öl aus und verseuchten die Flüsse Coca und Napo – Nahrungsquellen für die Indigenen und Anwohner. Im Zuge der Corona-Krise blieb die Katastrophe in den Medien weitgehend unbeachtet. Zehntausende Bewohner des Gebietes haben mitten in der Pandemie ihre Lebensgrundlage verloren. Erdölindustrie und Regierung weisen jede Verantwortung von sich. Ursache dieser Katastrophe ist der Bruch am transecuadorianischen Ölpipelinesystem (SOTE) und dem Shushufindi-Quito-Polydukt, die Bohrlöcher im Osten des Landes und die Hauptstadt Quito verbinden. Aufgrund des Schadens sind mindestens 15.800 Barrel Erdöl in den Coca-Fluß geströmt – rund 2,5 Millionen Liter. Geologen warnten bereits nach einer Erosion am Wasserfall San Rafael im Februar, dass das Gelände weiter abrutschen und die umliegenden Pipelines der „Chevron-Texaco Oil Company“ brechen könnten. Obwohl die lokalen Behörden und die Regierung somit vor einer möglichen Katastrophe gewarnt waren, sprechen sie hinterher beschönigend von "höherer Gewalt". Während nationale und internationale Medien nur noch über die Corona-Krise berichteten, konnte die Regierung das öffentliche Interesse an der Umweltkatastrophe kleinhalten und versuchte, sich schnell jeder juristischen Verantwortung zu entziehen. Dabei betrifft die Ölkatastrophe mehr als 2.000 Familien indigener und am Fluss lebender Gemeinden. Mindestens 120.000 Menschen haben kein sauberes Trinkwasser. Mitten in der Pandemie können die dort lebenden Familien das Flusswasser

Seite E 3 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

nicht mehr nutzen, ihre Nahrungsmittel nicht mehr verzehren, müssen den Fischfang einstellen und können weder im Fluss baden noch waschen. Die betroffenen Bewohner erleben eine multiple Katastrophe: Neben der ungenügenden Versorgung mit Lebensmitteln und Trinkwasser, der Covid-19-Pandemie, einem Ausbruch des Dengue-Fiebers sowie Überschwemmungen auf Grund der starken Regenfälle in den letzten Monaten sind die Gemeinden nun auch noch von der massiven Verschmutzung durch ausgelaufenes Erdöl gefährdet.

1. Das Amazonasbecken im Norden Südamerikas
2. Der einzigartige Lebensraum Amazonien
3. Manaus-Hauptstadt im Dschungel
4. Die Katastrophe: Zerbrochene Pipeline verseucht Flüsse
5. Ölverseuchter Regenwald
6. Shell und die neue Klimapolitik
7. Banken finanzieren die Ölkatastrophen
8. Die Schweiz als globales Zentrum für nachhaltige Finanzen

MANDELBLÜTE AN DER COSTA DEL SOL

Sanfte Hügel mit Mandelbäumen, Orangen, Wein und Oliven, weiße Sandstrände, schneebedeckte Gebirgsketten, Obstplantagen, historische Stätten – das alles finden wir in Andalusien. Andalusien, das Land der untergehenden Sonne, im Süden Spaniens, ist ein Mix aus Okzident und Orient. Kelten, Goten, Römer und Araber haben hier gelebt. Bilder wie die Alhambra in Granada, der Plaza de España in Sevilla sowie die vielen weißen Dörfer inmitten der Berge. Zugereiste Briten wie John in Cómpeeta, deutsche Rentner und Erntehelfer aus Afrika leben gerne in Andalusien. Dieses Buch entstand 2018-2019 an der Costa del Sol. Wir starten in Nerja an der Küste mit Aussicht auf das ewige *mare nostrum*; bei gutem Wetter reichte der Blick bis zum Atlas in Nordafrika. Wir wandern bis Cómpeeta und Granada.

1. Die neuen Herren im christlichen Al-Andalus
2. Wirtschaftlicher Aufschwung
3. Der spanische Arbeitsmarkt
4. Spanisches Rentensystem vor dem Zusammenbruch
5. Umwelt und Klima an der Costa del Sol
6. Kleinbauern in der Sierra Nevada
7. Wasser aus den Brunnen – salzhaltig
8. Unkontrolliertes Wachstum seit Jahrzehnten
9. Globalisierung und Migration
10. Migration und Rentenlücke
11. Ceuta und Melilla.

KRIEG DER KIRCHEN IN DER UKRAINE: Orthodoxe Konfessionen im Konflikt.

Berlin: epubli 2022, 48 Seiten.

= REISESKIZZEN ZU BRENNPUNKTEN DER WELTPOLITIK. Band IV

Die orthodoxe Kirche ist die drittgrößte Gemeinschaft von gläubigen Christen. Ihr gehören etwa 300 Millionen Menschen an. Alle heutigen nationalen orthodoxen Kirchen auf dem Balkan, in Griechenland, Kleinasien, Syrien und Russland entstanden im hellenistischen Kulturraum oder wurden von dorthier gegründet und standen bis zur muslimischen

Eroberung Konstantinopels im Jahre 1453 unter der Verwaltung der byzantinischen Reichskirche. Von ihnen zu unterscheiden sind einerseits die mit der römisch-katholischen Kirche unierten Kirchen östlicher Riten, andererseits die so- genannten altorientalischen Kirchen. Zusammenfassend werden orthodoxe, unierte und alt-orientalische Kirchen oft als Ostkirche bezeichnet. Der Begriff Ostkirche ist ein geografischer Sammelbegriff. Die orthodoxen Kirchen stehen mit den unierten Kirchen nicht in Kommuniongemeinschaft. Die orthodoxe Kirche ist eine religiöse Familie aus 14 autonomen selbstverwalteten Kirchen. Entsprechend der Nation ihres Sitzes nennen sie sich z.B. armenische Kirche, griechisch-orthodoxe Kirche, russisch-orthodoxe Kirche, georgisch-orthodoxe Kirche oder ukrainisch-orthodoxe Kirche. Sie sind vereint durch ihr Verständnis der Sakramente, Lehren, Gottesdienste und Kirchenverwaltungen. Der Kopf jeder orthodoxen Kirche wird "Patriarch" oder "Metropolit" (Erzbischof) genannt. Der Patriarch von Konstantinopel (Istanbul) wird als ökumenisch – oder überkonfessionell – betrachtet. Er ist vergleichbar mit dem Papst in der römisch-katholischen Kirche. Im Gegensatz zum Papst, der *vicarius filius Dei* (der Vikar des Sohns Gottes) bezeichnet wird, ist der Bischof von Konstantinopel als *primus inter pares* (der Erste unter Gleichwertigen) bekannt. Er genießt besondere Ehre, hat aber keine Macht über die anderen 13 orthodoxen Kirchen. Die orthodoxe Kirche behauptet, die einzige wahre Kirche von Jesus Christus zu sein und versucht ihre Herkunft bis zu den Aposteln zurückzuverfolgen, durch eine ungebrochene Kette an apostolischer Nachfolge. Orthodoxe Denker diskutieren sehr kritisch den geistlichen Status der Römischen Katholiken und der Protestanten, einige darunter betrachten sie als Häretiker (Ketzer). Wie die Katholiken und Protestanten glauben auch die Orthodoxen an die Dreifaltigkeit, die Bibel als das Wort Gottes, und an Jesus als Gottes Sohn. Allerdings haben sie viel mehr in der reinen Lehre mit Katholiken gemein als mit den protestantischen Christen.

1. Vorwort: Krieg der Orthodoxen Kirchen
2. Orthodoxe Kirchen als Kriegsparteien in der Ukraine
3. Christentum und Krieg
4. Autonomie der Krim
5. Abspaltung der Ukrainische Orthodoxen Kirche von der Russischen
6. orthodoxen Kirche
7. Warnung vor einem Weltkrieg
8. Die Russisch-Orthodoxe Kirche und der Papst
9. Das morgenländische Schisma vom Jahr 1054
10. Kirche der Besatzer und Aggressoren
11. Die Ukrainisch-Orthodoxe Kirche im Krieg
12. Mit Geld und Angst. Die russische Expansion

**WELTRETTUNG: THEATERSTÜCKE AUS MULTI-KULTI-KREUZBERG
OLIGARCHEN UND MIGRANTEN. GELDWÄSCHE, CLANS UND KORRUPTION. BAND
I.**

Deutsch-ukrainisches Theater zu großen Themen der Zeit. Geldwäsche, Clans, Korruption und Steuerhinterziehung. Aus dem Flüchtlingslager in die Staatskanzlei.

Berlin: epubli, 2020, 148 Seiten.

Kurzfassung des Inhalts: Nach dem Zusammenbruch der UdSSR, in einer Epoche übereilter Privatisierungen, wurde in der Ukraine wertvolles staatliches Gemeineigentum billig an die neuen Oligarchen verschertelt. Der Staat wird arm, die Oligarchen werden reich, sehr reich. EU-Gesandter Dr. Jacob Bechstein ist der gefragteste Steuerexperte zwischen Odessa und Berlin. Seine deutsch-russisch-arabischen Freunde haben Firmen, Vermögen und Villen mit großen Gärten in Odessa, Beirut und Zypern. Ihr Geld verdienen sie unauffällig durch

internationale Öl- und Goldgeschäfte, Erpressungen, Geldwäsche, Drogenschmuggel und Schischa-Bars in Berlin, Beirut und Zypern. Offiziell weiß Bechstein davon nichts, er verhandelt am liebsten mit Finanzministern über Perspektiven eines Beitritts zur EU. Bechstein kennt die Direktiven der EU und hilft den Finanzministern, die nationalen Bank- und Versicherungsgesetze an die Solvency-Standards der EU anzupassen. In Odessa lernt er auch Mariya kennen, jüngste Tochter des Oligarchen. Mariya wird Stewardess der Ukraine Airlines. Es kommt wie im Film. Mariya wird schwanger. Acht Wochen später sind sie verheiratet. Sie bekommen zwei Kinder, Rebekka und Solomon (nach Jacobs Großvater, dem Rabbi benannt). Mariyas Leben zwischen russischem Frisör, Gymnastikstudio, russischem Frauenarzt, russischen Freundinnen, Shopping im KDW ist voll ausgefüllt, während Bechstein abends immer länger im Büro arbeitet, wo seine tüchtige Sekretärin, Esther Süß, ihm flink und flexibel zur Hand geht. Als Bechstein und Esther auf einer Konferenz in Miami sind, erwischt Mariya die beiden Sünder in flagranti, per zoom. Nach der Scheidung lernt sie Yussuf kennen und lieben; der ist Revoluzzer und Musiker, geflohen als Christ aus Ägypten. Mariya fliegt wieder nach Odessa, weil ihr Vater, der Oligarch, sein Vermögen einer wohltätigen Stiftung vermachen will. Mariya kämpft mit ihrer Schwester um das Vermögen des Vaters. Ihr geschiedener Ehemann, Bechstein, und seine Freunde in Odessa helfen ihr, große Teile des Vermögens auf Berliner Konten und in die Steueroase Zypern zu retten.

1. Einleitung: Von Odessa nach Berlin. Die Story dahinter
2. Die Welt der Oligarchen, Versicherungen und Migranten. Der Habibi Clan in Berlin
3. Ukrainischer Oligarchen-Stammtisch, von Radio TV Kulti-Multi, Berlin, und TV Al Jazeera, Katar
4. Korruption, Geldwäsche und Oligarchen in Moldawien
5. Zwei reiche russische Schwestern. Telefongespräch um Mitternacht
6. Kolonialismus und alltäglicher Rassismus
7. Buffet auf der Luxusyacht. Havarie im Mittelmeer
8. Nach der Hochzeit ist vor der Scheidung

GLAUBE, GELD UND LIEBE. DIE WELTRETTER VON KREUZBERG. BAND II.

Ukrainisch-nahöstliches Drama von und mit Geflüchteten.

Berlin: epubli 2023. 480 Seiten

Kreuzberg wird jüdischer, islamischer und ukrainischer. Politisches Theater. Milliardäre, Oligarchen und Migranten-Clans beherrschen Berlin im Jahre 2050. Drogenhandel, Entführungen. Jasmina liebt ihren Stiefbruder, den Kultursenator Solomon. Bei einem Attentat in der neuen Mirjam-Moschee „nur für Frauen“ kommen die Männer des Clans im Feuer und Rauch der Moschee um. Die Frauen retten nebenbei die Welt durch grünen Konsum, Umweltschutz und grünes Wachstum.

Rund 22 Millionen Menschen in Deutschland haben eine Migrationsgeschichte. Ungeachtet dessen werden Debatten rund um das Thema Migration in Medien meist von Negativschlagzeilen beherrscht. Bekannt sind viele Beispiele für misslungene Integration und Parallelgesellschaften. Integration in Deutschland ist oft, aber nicht immer, eine Erfolgsgeschichte. Die Fluchtbewegung von 2014 und 15 hat bei vielen Menschen hierzulande die Skepsis verstärkt, doch dieses Gefühl der Überforderung ist heute wieder abgeflaut. Die Menschen sind offener geworden. Der positive Beitrag der Migration, Erfolgsgeschichten und die kulturelle Vielfalt werden als Bereicherung erlebt.

Es wird in diesem Text um Klima-Flüchtlinge, Zuwanderung, Islam, rechte Politik, Steuerhinterziehung, Israel, Palästina gehen, und um vielmehr: Der unausweichliche, von

Menschen (mit) verursachte Klimawandel und eine weltweite Ausbeutung der Ressourcen dieser Welt, sowie zunehmende Kriege um diese Ressourcen, besonders um Wasser und Öl, treiben Menschen in die Flucht.

Drei Familien, drei Erzählungen mäandern durch dieses Drama. Sie beginnen in der Ukraine, in Syrien, Libanon und Ägypten. Jacob Bechstein, Protagonist der ersten Familie, dessen jüdische Vorfahren ursprünglich aus Wolhynien in der Ost-Ukraine kamen, ist Rechtsanwalt und Steuerberater. Sein Urgroßvater Jacob Zweistein-Bechstein war Rabbi in Czernowitz in der Ukraine. Bechsteins große Liebe ist Mariya, Tochter des Oligarchen Anatolij Lipinski aus Odessa. Schwiegervater Anatolij war früher russischer Stadtkommandant in Leipzig, zu der Zeit, als Wladimir Wladimirowitsch Putin dort seine Karriere im KGB begann. Bechstein, fühlt sich als Rechtsanwalt seiner eigenen Version von Gerechtigkeit verpflichtet. Aus „ethischen Gründen“ hilft er allen, die ungerechte und unnötige Steuern sparen wollen, Geld verstecken oder waschen wollen.

Die zweite Familie, die Habibis, kommen aus Damaskus und Beirut nach Berlin, als Hohe Vertreter des Islamischen Staates oder, weniger prominent, über die Balkanroute oder das Mittelmeer. 6 Jahre Bürgerkrieg zerstörten die Innenstadt Beiruts, bis dahin Schauplatz der friedlichen Koexistenz von Ethnien und Religionen. Ausgangspunkt des Konflikts war die Unfähigkeit der libanesischen Regierung, konfessionelle, ethnische, kulturelle, regionale und ökonomische Gegensätze auszugleichen. Die ausgewogene Berücksichtigung der ethnisch-religiösen Bevölkerungsgruppen in Politik und Administration war gefährdet: durch die palästinensischen Flüchtlingsströme, aber auch von der prekären politischen Situation des Libanon zwischen Teheran, Damaskus und Kairo. Nach der Autobombe auf den libanesischen Präsidenten Hariri wird erneut deutlich, wie abhängig der Wiederaufbau Beiruts vom Nah-Ost-Friedensprozess ist, und von der Beilegung der Konflikte zwischen den verschiedenen konfessionellen Gruppen. Seine Ermordung zeigt, wie labil der libanesischen Konsens sein kann, sagte Großvater Saad Habibi. Er hatte Mitglieder der regierenden libanesischen Familie Hariri in seinem Taxi nach Damaskus, nach Aleppo in Norden Syriens und nach Daraa im Süden gefahren. Habibis und Hariris kannten sich lange vor ihrer Flucht nach Deutschland. In Kreuzberg trafen sich die Familien wieder.

Die dritte Familie, die Mohammad Alis, gehen auf Mohammad Ali Pascha aus Tirana zurück, osmanisch-türkischer General in Ägypten. Er führte 1833 die Baumwolle ein und begründete eine Dynastie in Ägypten. Auch die verarmten Zweige dieser Familie kommen nach Kreuzberg, wie Ayaan Hirsi Mohammad Ali, hoch begabt, aber lange Zeit gefangen im islamischen Familienclan, bis ihr die Flucht über das Mittelmeer gelingt. In der EU tobt währenddessen der Kampf gegen die illegale Einwanderung und um Rückführung, ein vergeblicher Kampf. Asylverfahren außerhalb der EU als Erfolgsrezept gegen irreguläre Migration wollen die rechten Parteien Europas. Die SPD-Chefin sagt: „Das verstößt gegen die Genfer Flüchtlingskonvention“. Das ostafrikanische Ruanda hat sich angeboten, aber der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat die britischen Ruanda-Pläne gestoppt. Die gefährliche Passage über das Mittelmeer ist für die meisten Migrant*innen aus Afrika nur die letzte Etappe einer Reise. Wenn die Flüchtlinge die nächste Etappe nicht finanzieren können und auf eine Geldüberweisung warten, werden sie von kriminellen Schleusern verschleppt, eingesperrt und zur Zwangsarbeit gezwungen. Die Wege aus Afrika nach Europa sind nicht schnell und direkt, sondern für die meisten Migrantinnen, Migranten und Flüchtlinge lebensgefährlich. Flüchtlinge von Nordafrika nach Spanien werden von Seenotrettern wie Carola Rackete aus dem Meer gefischt, aber dürfen nicht landen, dürfen nicht nach Deutschland und nach Berlin. Carola Rackete wurde verhaftet, nachdem sie ihren Weg in den sizilianischen Hafen von Lampedusa auf der Sea-Watch-3 erzwungen hatte, an Bord waren 40 Migranten und Flüchtlinge, die sie vor Libyen gerettet hatte.

Jasmin-Jamila Habibi, Migrant*innenkind der 3. Generation, wildes Mädchen mit „großer Klappe, viel Haaren, Busen und Po“ lernt den Koran lesen und verstehen. Sie wird religiöser,

Seite E 7 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

politischer, Moderatorin und dann Imamin der liberalen Goethe-Moschee für Frauen in Kreuzberg. Sie verurteilt Massaker an Unschuldigen in Israel und überall genauso wie Bomben auf Unschuldige in Gaza. Sie predigt Frieden in Israel und Palästina. Und will nebenher die Welt retten. Ihr geliebter Halbbruder Solomon („Solo“), geboren als Jude, konvertiert zum Islam, wird Fraktionsführer der „grünen Islam-Partei“ und Kultussenator.

Lale, Kinderbraut aus dem palästinensischen Flüchtlingslager, trifft den UNO-Arzt Dr. Abubakar („Abu“). Abu zahlt den Brautpreis von \$500 an Lales Eltern, heiratet sie und bringt sie nach Berlin, wo beide mit gefälschten Pässen vom Landesamt für Migration als Asylanten anerkannt werden. Abus mächtiger Habibi-Clan macht ihn zum Botschafter der Heiligen Islamischen Republik. Auf einer Pilgerfahrt nach Mekka kommt Abu bei einem Selbstmordattentat ums Leben. Lale erbt sein Vermögen in der Schweiz, heiratet Abus jüngeren Bruder Yussuf, studiert Medizin und wird Leiterin des Kinderheims für palästinensische Waisenkinder. Dann ändert sich alles: Die Katastrophe, die Explosion in der Moschee. Die männlichen Helden der Clans aus Band I und Band II kommen in den Trümmern der brennenden Moschee ums Leben. Die Frauen überleben und übernehmen das Business in Kreuzberg: Shisha-Bars, Dönerbuden, Drogenhandel im Görlitzer-Park, Raub von Goldmünzen aus Museen und Steuerhinterziehung.

1. Geldwäsche, Korruption und Steuerhinterziehung
2. Vorstellung der handelnden Personen
3. Buffet auf der Luxusyacht und Havarie im Mittelmeer
4. Les Préludes: Yussuf Habibi spielt israelisch-arabische Musik.
5. Wegweiser für Regisseur*Innen: Arabisches Frühstück
6. Geldwäsche, Korruption und Steuerhinterziehung im Seniorenheim
7. Im historischen Berliner Stadtteil Kreuzberg
8. Rückblende: Nach der Hochzeit ist vor der Scheidung
9. Explosion im Flüchtlingsamt
10. Flüchtlinge an der türkischen Grenze und aus der Ukraine
11. Die griechischen Inseln und die türkische Grenze
12. Krieg in der Ukraine
13. Video-Konferenz: „Wer verdient am Krieg in der Ukraine?“
14. Schulden, Krieg und Profit
15. Humus, Falafel. Sex mit dem Ex
16. Jasmina und Solomon
17. Alle wollen Frieden. Israel und Gaza
18. Grüner Kapitalismus und tödliches Wachstum
19. Bordeaux, Religion und Frieden
20. Jesus Christus – der erste Dschihadist?
21. Muslimisch-Christliche Koexistenz in Ägypten
22. Der Bechstein-Friedens-Plan. Jimmy Carter und Gorbatschow
23. Christen, Juden, Muslime: Alle Kinder Abrahams im Paradies.
24. Frieden in Nah-Ost. Das Land reicht für alle
25. Berlin ist sexy und islamisch. Alle wollen hier hin
26. ISIS bezahlt die neue Moschee
27. Die Rache der Kinderbraut
28. Die Befreiung der arabischen Frau
29. Die Entführung der Kinder
30. Die Imamin muss sterben
30. Kann grüner Kapitalismus das Klima retten?
31. Euro-Islamisierung des Abendlandes
32. Abubakar und Yussuf in Kairo
33. Die arabische Frau befreit

34. Der Kalif und die Frauen
37. Bruder liebt Schwester: Inzest. Werden sie gesteinigt?
38. Multi-Kulti Mischpoke in Kreuzberg.
39. Der Tod in Mekka
40. Dollars und Viagra – Die Zweitfrau
38. Multi Kulti Mischpoke in Kreuzberg
39. Deutsch- libanesische Hochzeiten
40. Nah-Ost in Kreuzberg
41. Libanesische Clans in Kreuzberg
42. Erstfrau und Zweitfrau. Patchworkfamilien
43. Hotel Saint Georges in Beirut
44. Die Deutsch-Libanesische Hochzeit von Yussuf Habibi
45. Der Tod des Senators
46. Die Bekehrung des Dschihadisten
47. Solomons Traum. Frauen an die Macht
48. Die Einweihung der Moschee
49. Die Bombe
50. Die Rache der NEOS
51. Tod eines Märtyrers
52. Wiederauferstehung
53. Lales Hochzeit. Die Königin von Kreuzberg

Nachtrag: *Life must go on*. Was aus ihnen später wurde

Nachwort: Nah-Ost Konflikt, Fridays For Future (FFF), die Uno und Palästina. Warum importieren wir diesen ewigen Krieg am Rand des Mittelmeeres?

GLAUBE, GELD UND LIEBE. DIE WELTRETTER IM SENIORENSTIFT. BAND III.

Politisches Theater.

Berlin: epubli 2024. 196 Seiten.

Im Seniorenstift schließt sich der Kreis aus Weltreisen, Religionskriegen und Weltrettung. In der Rückblende erleben die Senior*innen noch einmal die Katastrophen ihres Leben, wie die männlichen Helden der Clans aus Band I und Band II in den Trümmern der brennenden Moschee ums Leben kommen. Die rechtsradikalen NEOS werfen eine Bombe in die neue Frauenmoschee. Die Männer des Clans kommen in den Flammen um, die Frauen übernehmen das Business in Kreuzberg: Shisha-Bars, Dönerbuden, Drogenhandel im Görli-Park, Raub von Goldmünzen aus Museen, Geldwäsche und Steuerhinterziehung. Am Ende, im Jahr 2060, treffen sich die Frauen im Seniorenheim der Bechstein -Stiftung und wollen weiter gemeinsam die Welt retten. Mischpoke und Zeitenwende: Die Senioren im Seniorenheim lösen den Israel-Gaza-Konflikt und alle anderen Probleme der Welt. Die Heldinnen aus „Die Weltretter von Kreuzberg“ denken die militärische und sozialpolitische Zeitenwende zu Ende bis zum taktischen Atomkrieg zwischen Iran und Israel. Jasmin, frühere Königin von Kreuzberg, findet im multi-kulti Luxus-Seniorenheim ihre große Liebe wieder: Solomon, der humanoide Pflegeroboter, eine getreue Kopie ihres Geliebten Solomons, der bei der Explosion in der Moschee starb, ist wiederauferstanden.

1. Klima, Krieg und Weltrettung
- 2 Was zuvor geschah: Oligarchen und Migranten
3. Vorstellung der handelnden Personen
4. Schulden, Krieg und Profit.
5. Mutige Frauen in der christlich-jüdischen-islamischen Welt.
6. Palästinensische Präsidenten verdienen am Krieg.

Seite E 9 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

7. Rückblende ins Jahr 2025. Der Tod in Mekka.
8. Rückblende: Wiederauferstehung
9. Zeitenwende: Eine Ewigkeit später im Seniorenheim. Geldwäsche im Seniorenheim.
10. Lina und der Pflegeroboter
11. Liebe im Seniorenheim.
12. Die Bombe in der Moschee
13. Weltretter im Seniorenstift
14. Gaza-Krieg im Seniorenstift

Nachtrag: *Life must go on.* Was aus ihnen später wurde.



Dr. Gerd Klöwer, geb. 1945 in Reichenberg (Sudetenland), hat viele Jahre in Russland, Ukraine, Osteuropa, Nahost und Afrika gearbeitet, zuletzt 2008-2011 im Finanzministerium in Kiew, Ukraine. Dr. phil. Gerd Klöwer ist Diplom-Volkswirt. Er hat den syrisch-libanesischen Krieg in Beirut 1977 und die Tulpenrevolution in Kirgizstan 2005 erlebt. Er war Hochschuldozent für Internationale Finanzwirtschaft in Magdeburg. Dr. Klöwer hat zudem in Büros der GIZ-DSE, der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Europäischen Union gearbeitet und mehrere Bücher geschrieben über Banken, Versicherungen, Entwicklungshilfe und Weltrettung. Dr. Klöwer schreibt heute über Weltrettung, Religion und Frieden.

Wo sind die Bücher erhältlich? Beim Autor. Preise zwischen 10 und 25 € pro Band.

<Gerd.Kloewer@gmail.com>

02) Alles oder nichts.

Für die Demokraten führt kein Weg daran vorbei, Kamala Harris ins Rennen zu schicken. Mit ihrer Wahl ergeben sich jedoch einige Probleme

Von Marco Bitschnau

25.07.2024



Yes she can?- picture alliance / AP | Kayla Wolf

Kein Zweifel – für die Anhänger der US-Demokraten war die erste Präsidentschaftsdebatte im diesjährigen Kampagnenzyklus denkbar [schwere Kost](#). Geschlagene neunzig Minuten wurden sie Zeugen, wie Joe Biden in der Südstaatenmetropole Atlanta mit seinem Vorgänger Donald Trump aneinandergeriet und einen nach allen Kriterien desolaten Auftritt hinlegte. Der Mund weit aufgerissen, die Augen glasig, die Stimme vermatscht: So stand der 81-Jährige am Rednerpult und sinnierte über angeblich 1000 Billionäre („trillionaires“) im Land und Frauen, die von ihren „Brüdern und Schwestern“ missbraucht würden. Ein unerwarteter Glücksfall für Trump, der um einiges vitaler auftrat und immer wieder zu boshaften Nadelstichen ansetzte. Zwar geriet auch er zuweilen ins Straucheln und ignorierte so manche Frage der Moderation, doch anders als der Amtsinhaber wirkte er dabei zumindest nicht [„wie ein Leichnam“](#).

Trotz alledem brauchte es einige Zeit, ehe dem Biden-Lager zu dämmern begann, was für eine Lawine ihr Kandidat da losgetreten hatte. „Ich hatte zwar keinen besonders tollen Abend, aber [mein Gegner] auch nicht“, verteidigte sich dieser [noch Tage später](#) bei einem Spendendinner in New York, als im Parteihauptquartier schon längst Panik ausgebrochen war. Zu groß die Angst, dass ein als senil geltender Kandidat nicht nur die Wahl gegen den [favorisierten Trump](#) verlieren, sondern auch noch diverse Kongressabgeordnete und Gouverneure mit in den Abgrund reißen würde. Die Konsequenz: Eine erst tastende, dann zunehmend forsche Druckbehandlung, bei der Geldflüsse gestoppt, Alternativen diskutiert, schmallippige Tweets veröffentlicht und peinliche Anekdoten an die Presse gespielt wurden. Dies alles in Verbindung mit Respektbekundungen für das Lebenswerk und salbungsvollen Ergüssen, wie schön doch ein Ruhestand im Kreise der Familie sei. Ganz nach dem Motto: Wer Ohren hat, der höre.

Selbst ausgemachte Zyniker musste die Kaltschnäuzigkeit erstaunen, mit der Spitzenfunktionäre, Großspender [und selbst prominente Schauspieler](#) auf einmal am Stuhl jenes Mannes sägten, den sie noch vor Wochenfrist gegen alle Kritik verteidigt hatten. Und

Seite E 11 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

doch fügt sich dieser Umgang nahtlos in das Bild einer Partei, in der es unter der Oberfläche schon seit einiger Zeit brodelt und so mancher nur auf die Möglichkeit zur Absatzbewegung gewartet haben dürfte. Am Ende mit Erfolg, denn schon zum Wochenende konnte der von einer Covid-19-Infektion geschwächte Biden [keine Kraft](#) mehr aufbringen, den nun auch von der Parteiführung an ihn herangetragenen Rückzugsforderungen weiter Widerstand zu leisten. Auch die energischsten Verfechter seiner Kandidatur – die Langzeitvertrauten Mike Donilon und Steve Ricchetti – mussten sich dem Druck beugen und konnten lediglich noch ehrenvolle Abschiedskonditionen aushandeln.

Für die Demokraten wäre es im Hinblick auf ihr progressives Selbstverständnis kaum vorstellbar gewesen, einer schwarzen Frau in solch herausgehobener Stellung die Nominierung zu verweigern.

Die sehen so aus, dass der Präsident nun zu einem amerikanischen Cincinnatus [verklärt wird](#), einem Helden, der das Wohl des Landes über den eigenen Ehrgeiz gestellt und so *das Richtige getan* hat. Im Gegenzug mildert er den Schock seines Abgangs, indem er sich öffentlich für seine Vize Kamala Harris als Nachfolgerin starkmacht und ernsthafte Personaldebatten (die sich die Partei wenige Monate vor der Wahl nicht leisten kann) im Keim erstickt. Dass die Wahl auf Harris fallen musste, ist dabei einerseits der inneren Logik des Amtes geschuldet, das ihr als Stellvertreterin eine Art Erstzugriffsrecht sichert. Andererseits wäre es für die Demokraten im Hinblick auf ihr progressives Selbstverständnis aber auch kaum vorstellbar gewesen, einer schwarzen Frau in solch herausgehobener Stellung die Nominierung zu verweigern. Die Folge wäre Chaos bis hin zur offenen Selbstzerfleischung.

Zumindest auf dem Papier scheint diese Strategie – Biden sich zu Harris bekennen lassen und damit Fakten schaffen – bislang von Erfolg gekrönt. Dutzende Gouverneure und Senatoren, darunter Schwergewichte wie J. B. Pritzker, Gretchen Whitmer und Josh Shapiro, aber auch Hoffnungsträger wie Andy Beshear, haben sich binnen Stunden mit der gebotenen Euphorie [hinter sie gestellt](#) und die angeschlagene Partei damit in den Rausch eines empfundenen Befreiungsschlags versetzt. Allein auf der parteinahen Spendenplattform ActBlue gingen in den Tagen nach Bidens Verzichtserklärung [über einhundert Millionen](#) US-Dollar ein; ein deutlicher Hinweis, dass auch die Basis die Staffelübergabe zu goutieren scheint. Das Schlimmste scheint also überstanden, doch wäre es töricht, nun in Übermut zu verfallen. Mit einem [verbitterten](#) Präsidenten im Weißen Haus und einer nicht gerade [beliebten](#) Ersatzkandidatin auf den Wahlkampf Bühnen tut sich schließlich ein ganzer Schwung neuer Probleme auf.

Am offensichtlichsten ist dabei die Gefahr, dass Bidens Rückzug von der Gegenseite als Eingeständnis interpretiert wird, der Spott über den amtsunfähigen *Sleepy Joe* sei zutreffend gewesen und die demokratische Führung habe über Monate versucht, das Wahlvolk über seinen Zustand [zu täuschen](#). Wusste eine Schlüsselfigur, wie Harris, wie es um ihren *running mate* bestellt ist? Falls ja, wieso hat sie nicht schon früher eingegriffen, anstatt ihn ins offene Messer laufen zu lassen? Und falls nein, wie soll man ihrer Auffassungsgabe dann künftig trauen? Unabhängig von den Umständen dürfte es den Republikanern nicht allzu schwerfallen, der Kalifornierin den Stempel einer gewissen Unehrllichkeit aufzudrücken und kontrastiv zu beleuchten: hier Heimlichtuerei und Intriganz, dort die Direktheit Trumps, der noch während des Attentats auf ihn geistesgegenwärtig [die Siegerfaust emporreckt](#).

Ihre erste Präsidentschaftskandidatur 2020 war ein Fiasko.

Dazu stellt sich die Frage nach einem vorzeitigen Rücktritt Bidens. Denn nur schwer – so das republikanische Argument – lässt sich rechtfertigen, dass der Mann, der sich eine

Kandidatur nicht länger zutraut, die nächsten Monate weiter an den Schalthebeln der Macht verbringen will. Zwar bedingt ein Nichtantreten nicht zwangsläufig einen Amtsverzicht, doch dürften hier bald Vorwürfe der Inkonsequenz laut werden und die Legitimität der Regierung in Mitleidenschaft ziehen. Insbesondere die des Präsidenten, der im Falle einer Demission allerdings Gefahr liefe, umso mehr wie die Marionette einer machtgierigen Hauptstadtkamarilla zu erscheinen. Und Harris? Die wird spätestens nach dem [Nominierungsparteitag im August](#) kein Interesse daran haben, dass Biden ihr die Show stiehlt (und womöglich für weitere Patzer sorgt). Zugleich ist es aus ihrer Sicht aber nur bedingt sinnvoll, sich die Übernahme der Amtsgeschäfte aufzubürden, während sie einen kräftezehrenden *Ad-hoc*-Wahlkampf bestreiten muss.

Das bringt uns schließlich zu den Altlasten, die die neue starke Frau der Demokraten ganz ohne fremdes Zutun mit sich bringt: Ihre erste Präsidentschaftskandidatur 2020 war ein Fiasko und verriet mangelnden politischen Instinkt. Ihre bisherige Amtsführung lässt sich wohl am ehesten mit dem Adjektiv *unglücklich* beschreiben. Und als in der *Bay Area* beheimatete Sozialliberale repräsentiert sie in den Augen vieler [die Überheblichkeit der Küsten](#) gegenüber dem Inland. Für Auftritte im industriell geprägten, aus demokratischer Sicht überlebensnotwendigen Mittleren Westen keine gute Passung – man kann sich nur schwer vorstellen, wie die Professorientochter mit *Blue-Collar*-Wählern auf Tuchfühlung geht, ohne unauthentisch, zwanghaft oder anderweitig *awkward* zu wirken. Biden hatte da als Spross eines irischstämmigen Gebrauchtwagenhändlers schon deutlich mehr Milieunähe vorzuweisen. Und Trumps frisch gekürter Vizekandidat J. D. Vance tut es mit seiner durchaus [imposanten Aufsteigerbiografie](#) ebenfalls.

Ketzerisch ließe sich vor diesem Hintergrund fragen, inwieweit es Harris überhaupt gelegen kommt, noch in diesem Jahr in vorderste Front zu rücken. Wäre Biden angetreten und hätte doch noch die Trendwende geschafft, wäre sie erneut als Vizepräsidentin ins Weiße Haus eingezogen. Hätte dagegen Trump gesiegt, wäre ihr mit dem richtigen *spin* leicht die Rolle der Favoritin für die Vorwahlen 2028 zugekommen, aus der heraus sie in aller Ruhe in einen dann Trump-losen Hauptwahlkampf hätte ziehen können. Jetzt sieht sie sich mit einem Mal unter weit weniger günstigen Bedingungen einem *Alles-oder-Nichts*-Szenario ausgesetzt; einem riskanten Spiel, in das sie hineinmanövriert wurde und das sowohl für sie als auch für ihre Partei mit erheblichem Einsatz verbunden ist. Die Hochstimmung des Augenblicks dürfte jedenfalls verfliegen, sobald die Republikaner beginnen, sich ernsthaft auf die neue Aspirantin einzuschließen. Und erst dann wird sich zeigen, ob Bidens Opfer einen Wert gehabt hat.



Marco Bitschnau, Konstanz

Marco Bitschnau ist Postdoktorand am Lehrstuhl für Soziologie (Schwerpunkt Soziale Bewegungen) der Universität Konstanz und dort mit dem Exzellenzcluster *The Politics of Inequality* affiliert.

https://www.ipg-journal.de/regionen/nordamerika/artikel/alles-oder-nichts-7675/?utm_campaign=de_40_20240725&utm_medium=email&utm_source=newsletter

03) Hoffnungsträgerin.

Kamala Harris bietet den Demokraten die beste Chance, Donald Trump zu schlagen. Sie müssen ihre Kandidatin um jeden Preis verteidigen

Von Charles M. Blow

25.07.2024



Wird sie im November Geschichte schreiben können? Noch-Vize-Präsidentin Kamala Harris.- *picture alliance / Zumapress | Mark Hertzberg*

Donald Trump hat offen angekündigt, dass er im Falle eines Wahlsiegs im November nicht zum Diktator werde – „abgesehen vom ersten Tag“. Kevin Roberts, Präsident der rechtsgerichteten Heritage Foundation, auf die das potenziell landesverändernde [Projekt 2025](#) zurückgeht, sagte: „Wir befinden uns im Zuge der zweiten amerikanischen Revolution, die unblutig bleiben wird, solange die Linke es zulässt.“ Ins gleiche Horn stieß am Montag auch der Senator des Bundesstaates Ohio George Lang auf einer Kundgebung für den

Seite E 14 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

republikanischen Vizepräsidentschaftskandidaten J.D. Vance: „Ich fürchte, wenn wir diese Wahl verlieren, wird es einen Bürgerkrieg brauchen, um das Land zu retten, und es wird gerettet werden.“

Dagegen muss Vizepräsidentin Kamala Harris nun ankämpfen. Sie ist nicht nur die neue Hoffnungsträgerin der Demokratischen Partei, sondern vielleicht auch für die Demokratie insgesamt. Nur sie konnte so spät im Wahlkampf Präsident Joe Biden ersetzen.

Nach Bidens beunruhigendem Debattenauftritt im Juni war ich, wie viele andere auch, besorgt, dass die Debatte über einen Wechsel an der Spitze der Kandidatenliste ein Vorwand für die Insider der Demokraten sein würde, um die Tür für andere Kandidaten zu öffnen. Es war zu befürchten, dass sie die eigensinnige Mathematik der demokratischen Koalition nicht verstehen würden. Glücklicherweise scheinen die Demokraten jedoch weitere innerparteiliche Scharmützel vermieden zu haben. Erschöpft von den wochenlangen Querelen um Bidens Rückzug haben sich die Demokraten schnell um Harris geschart, die genügend Unterstützung von den Delegierten sammeln konnte, um voraussichtlich Präsidentschaftskandidatin zu werden.

Die Demokraten scheinen erkannt zu haben, dass schwarze Wähler, die traditionell die treueste Wählergruppe in ihrer Partei sind, entscheidend für ihre Siegchancen sein werden. Und das, obwohl die Republikaner in der Vergangenheit teilweise wirksame Anstrengungen unternommen haben, um diese Stimmen zu gewinnen. Jüngste landesweite Umfragen deuten darauf hin, dass Trump in dem Rennen insgesamt immer noch einen leichten Vorsprung hat. Doch mit Harris – der ersten schwarzen, asiatisch-amerikanischen und weiblichen Vizepräsidentin – haben die Demokraten die beste Chance, den republikanischen Bemühungen etwas entgegenzusetzen. Sie zu übergehen, wäre politisch katastrophal gewesen.

Die nächste Bewährungsprobe für die Demokratische Partei besteht darin, Harris vor den üblen Attacken zu schützen, die auf sie zukommen werden. In den letzten Tagen haben wir bereits Angriffe auf Harris erlebt, die weit über das Politische hinaus und ins Persönliche gingen: In den sozialen Medien kursieren bereits Verleumdungen über Harris frühere Beziehungen. Tim Burchett, ein republikanischer Kongressabgeordneter aus Tennessee, nannte sie eine „DEI-Vizepräsidentin“, eine abfällige Anspielung auf Vielfalt, Gleichberechtigung und Inklusion (Diversity, Equity, Inclusion), die die unmissverständliche Andeutung enthält, dass eine „Woman of Color“ unmöglich für das zweithöchste Amt im Land qualifiziert sein kann.

Die nächste Bewährungsprobe für die Demokratische Partei besteht darin, Harris vor den üblen Attacken zu schützen, die auf sie zukommen werden.

Diese Angriffe zeigen, dass einige im Make-America-Great-Again-Kosmos sich nicht damit zufriedengeben, Harris nur im November zu schlagen; sie werden versuchen, sie zu zerstören. Harris wird sich in diesem Wahlkampf nicht nur mit dem Sexismus auseinandersetzen müssen, der gegen Hillary Clinton gerichtet war, sondern auch mit dem Rassismus, mit dem sich Barack Obama konfrontiert sah. Der demokratische Stratege James Carville skizzierte kurz und knapp, was Harris mit ziemlicher Sicherheit bevorsteht: „Rassismus ist die Parodontitis Amerikas. Er ist einfach da und wird nicht verschwinden, aber er kann überwunden werden.“

Der Bürgerrechtler Gary Chambers Jr. aus Louisiana ist wiederum der Meinung, dass Trumps Angriffe auf Harris so ungeheuerlich sein könnten, dass sie sich am Ende zu ihren Gunsten auswirken. „Er wird es völlig übertreiben“, sagte Chambers, „und schwarze Frauen

werden das nicht tolerieren.“ Afroamerikanerinnen, die treueste Wählerschaft der Demokraten, haben bereits begonnen, Harris zu verteidigen. Jahrelang mussten sie mit ansehen, wie prominente schwarze Frauen wie Ketanji Brown Jackson und Claudine Gay im Zuge der Anti-Woke- und Anti-DEI-Wut, die das Land als Gegenreaktion auf die Black-Lives-Matter-Bewegung erfasste, unter Beschuss gerieten.

Mit der Kandidatur von Harris haben schwarze Amerikanerinnen nun die Möglichkeit, eine prominente schwarze Frau zu unterstützen und sie haben die Initiative ergriffen. Am Sonntag versammelten sich bereits mehr als 40 000 schwarze Frauen in einem von „Win With Black Women“ organisierten Videoaufruf, um sich auf die Verteidigung von Harris vorzubereiten. In der darauffolgenden Nacht schlossen sich mehr als 50 000 schwarze Männer einem Videoaufruf mit der gleichen Mission an. Jede Nacht wurden mehr als eine Million US-Dollar gesammelt. Wie Chokwe Lumumba, Bürgermeister von Jackson, Mississippi, gerne über die Macht und das Potenzial der People of Color sagt: „Wir müssen selbst die Kavallerie sein, auf die wir gewartet haben.“

Doch im Falle von Harris muss diese Kavallerie, diese Verteidigungslinie, eine politische Kraft sein, die weit über die schwarze Gemeinschaft hinausgeht. Denn ihre Kandidatur, die gegen einen Mann antritt, der versucht hat, die Ergebnisse der letzten Präsidentschaftswahlen zu drehen, steht für nichts Geringeres als die Bewahrung unserer verfassungsmäßigen Ordnung. Die Demokraten – gewählte Funktionäre, Wahlkampfstrategen, Spender und Wähler – sind mit Harris einen verbindlichen Pakt eingegangen: Sie müssen erkennen, dass sie sich auf einer „gläsernen Klippe“ befindet: einer Situation, in der eine Frau nur in Krisenzeiten an die Spitze gelangen kann. Alle Demokraten müssen erkennen, dass sie, indem sie Biden aus dem Rennen gedrängt haben, nun für den Erfolg von Harris verantwortlich sind. Der Austausch von Biden gegen Harris ist ein zu großes Risiko, als dass man es scheitern lassen könnte.

Dieser Artikel erschien zuerst in der New York Times.



Charles M. Blow, New York

Charles M. Blow ist Kolumnist bei der *New York Times*. Dort schreibt er meist über Politik, soziale Gerechtigkeit und aktuelle Themen.

https://www.ipg-journal.de/regionen/nordamerika/artikel/hoffnungstraegerin-7676/?utm_campaign=de_40_20240725&utm_medium=email&utm_source=newsletter

04) Vermittler mit eigenen Interessen.

Hinsichtlich einer diplomatischen Lösung im Nahostkonflikt hoffen viele auf die Golfstaaten. Doch die stecken in der Zwickmühle

Von Sebastian Sons

24.07.2024



Press Instabilität ist schlecht fürs Geschäft: Ausstellung des Megaprojekts „The Line“ in Saudi-Arabien.-picture alliance / abaca | Balkis

Fast zehn Monate dauert der desaströse Gaza-Krieg nach den terroristischen Anschlägen der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 bereits an. Darüber hinaus hält die Gewalt im Gaza-Streifen die gesamte Region im Würgegriff und sorgt für die Gefahr einer regionalen Eskalation. Das [Risiko eines offenen Krieges](#) zwischen der israelischen Armee und der libanesischen Hisbollah wächst täglich, während die jemenitischen Huthis seit Monaten die internationale Schifffahrt im Roten Meer mit Drohnen- und Raketenangriffen bedrohen. Die Feindschaft zwischen Israel und Iran wird immer offener ausgetragen und schlug sich bereits in [direkten Attacken](#) nieder.

Bisher zeigen einige einflussreiche regionale Akteure jedoch kein Interesse daran, den Konflikt außer Kontrolle geraten zu lassen – zu sehr fürchten sie eine Spirale der Gewalt, die sie nicht managen könnten und [in den Sog direkt hineingezogen](#) zu werden. Zu diesen Akteuren gehören insbesondere die arabischen Golfmonarchien. In den letzten Jahren verfolgen sie eine Strategie der regionalen Deeskalation, der [Risikominimierung](#) und der taktischen Annäherung. Dies zeigt sich an der [Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen](#) zwischen den Rivalen [Iran und Saudi-Arabien](#) im März 2023 sowie dem Besuch des mittlerweile bei einem Hubschrauberabsturz ums Leben gekommenen ehemaligen iranischen Präsidenten Ibrahim Raisi in Riad zu einem [Krisengipfel der Organisation islamischer Staaten \(OIC\)](#) kurz nach Beginn des Gaza-Krieges.

Auch Bahrain sucht die [Annäherung an Iran](#), obwohl die Islamische Republik von den bahrainischen Herrschern als Bedrohung der eigenen Macht wahrgenommen werden. Im Januar 2021 legten die arabischen Golfmonarchien ihren seit 2017 andauernden Konflikt bei, der in der Blockade Katars durch Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE), Bahrain und Ägypten gemündet und zu tiefgreifenden golfinternen Verwerfungen

Seite E 17 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

geführt hatte. Und 2020 folgte die historische Entscheidung der VAE und Bahrain, im Rahmen der sogenannten „[Abraham-Abkommen](#)“ diplomatische Beziehungen zu Israel aufzunehmen.

Auch in den Golfstaaten hat die Solidarität mit den palästinensischen „Brüdern und Schwestern“ rapide zugenommen und kann von den Herrschern nicht ignoriert werden.

Solche Annäherungsprozesse sind kein Zufall: In den letzten Jahren ist den Herrschern am Golf bewusst geworden, dass Animositäten und Abgrenzung der eigenen Reputation und dem eigenen Geschäftsmodell schaden. Länder wie Saudi-Arabien durchlaufen einen komplizierten Transformationsprozess: Die ölabhängige Wirtschaft muss neue Einnahmequellen und Sektoren erschließen, weswegen der mächtige saudische Kronprinz Muhammad bin Salman den Ausbau des Tourismus oder der [Sport-](#) und [Unterhaltungsindustrie](#) sowie in ambitionierte Megaprojekte wie die Smart City [The Line am Roten Meer](#) forciert. Die Ziele sind eindeutig: Nur mit der Diversifizierung der Wirtschaft kann es dem Königshaus gelingen, die [Jugendarbeitslosigkeit](#) zu reduzieren und die [politische Macht](#) zu bewahren. Ähnlich vielschichtige und komplizierte Prozesse durchlaufen auch die anderen Golfmonarchien. Auch wenn sie in vielerlei Hinsicht um Investoren und Marktzugänge konkurrieren und vor unterschiedlichen Herausforderungen stehen, eint sie doch eine [Formel](#): ohne [regionale Stabilität](#) kein nationaler Fortschritt und ohne nationalen Fortschritt kein politisches Überleben.

Vor diesem Hintergrund bedroht der Gaza-Krieg und das damit zusammenhängende Schreckensszenario einer regionalen Eskalation die Geschäftsinteressen und das [politische Machtkalkül](#) der arabischen Herrscher. Je mehr die Situation im Roten Meer außer Kontrolle gerät, desto stärker werden [geostrategische Konnektivitätsinteressen](#) der VAE, die sich als „[neues Venedig](#)“ begreifen und längst ein [maritimes Netzwerk](#) über die Beteiligung an afrikanischen, arabischen, asiatischen und europäischen Häfen aufgebaut haben, gefährdet. Für Saudi-Arabien ist es unerlässlich, dass ausländische Investitionen ins Land fließen, um die gigantischen Pläne und Projekte auch realisieren zu können. Unruhe in der direkten Nachbarschaft schadet diesem Vorhaben, da auch der Status des Königreichs als sicherer Investitionsstandort leiden könnte.

So kam es bis 2022 immer wieder zu [Angriffen der Huthis auf saudische Ziele](#). Zwar scheint diese [Gefahr](#) derzeit gebannt, doch könnten solche Attacken immer wieder aufflammen. Sollte es zu einem offenen Krieg zwischen Israel und der Hisbollah kommen, könnten sich Angriffe aus dem Libanon auch gegen Ziele in Saudi-Arabien – zum Beispiel US-Stellungen – richten. Immerhin verfügt die Hisbollah über ein [Arsenal von etwa 130 000 Raketen](#). Katar ist als wichtiger Exporteur und Produzent von Erdgas ebenfalls auf freie Handelswege angewiesen, teilt sich das größte Gasfeld der Erde mit Iran und zeigt demnach ebenfalls kein Interesse an einer regionalen Dauerkrise.

Saudi-Arabien präsentiert sich seit Beginn des Gaza-Kriegs als regionale Führungsmacht.

Aus diesen Gründen versuchen alle Golfmonarchien auf unterschiedlichem Wege, den Konflikt einzuhegen und zu managen: Saudi-Arabien präsentiert sich seit Beginn des Gaza-Kriegs als regionale Führungsmacht, die sich für die [palästinensische Sache einsetzt](#) und Israel hart [kritisiert](#). Vertreter der saudischen Regierung verweisen auf die [Arabische Friedensinitiative von 2002](#), die maßgeblich vom damaligen saudischen König Abdullah initiiert worden war und eine [Zwei-Staaten-Lösung](#) als Ziel formuliert. Damit will sich das Königreich als [Unterstützer der Palästinenser](#) darstellen, immerhin trägt Saudi-Arabien als

„Hüter der beiden Heiligen Stätten“ Mekka und Medina auch moralisch-religiöse Verantwortung für Palästina. Erhöhter Druck kommt auch von den jeweiligen Bevölkerungen: Auch in den Golfstaaten hat die Solidarität mit den palästinensischen „Brüdern und Schwestern“ rapide zugenommen und kann von den Herrschern nicht ignoriert werden.

Außerdem hält es eine Trumpfkarte in den Händen: Die Verhandlungen mit den USA und Israel über eine mögliche [Normalisierung der Beziehungen mit Israel](#) wurden nach dem 7. Oktober zwar [ausgesetzt](#), werden aber von der saudischen Führung strategisch klug instrumentalisiert, um die eigene Verhandlungsposition zu stärken. Immerhin geht es Saudi-Arabien um ein [Sicherheitsabkommen mit den USA](#), das Rüstungszusagen und Schutzgarantien sowie die Erlaubnis, ein nationales ziviles Nuklearprogramm aufbauen zu dürfen, beinhalten soll. Befanden sich diese Gespräche vor dem Beginn des Krieges in einer aussichtsreichen Situation, erscheint es für Saudi-Arabien derzeit aufgrund des brutalen israelischen Vorgehens in Gaza jedoch [unmöglich](#), mit Premierminister Benjamin Netanjahu über die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zu verhandeln; einige saudische Analysten nennen die Regierung von Netanjahu eine „[faschistische Koalition](#)“. Deswegen spielt Riad auf Zeit und ist daran interessiert, sich alle Optionen offenzuhalten. Möglicherweise hofft man auf einen Wahlsieg Donald Trumps, um die eigene Verhandlungsposition weiter zu verbessern.

Die VAE haben diese Trumpfkarte mit ihrer Unterzeichnung der sogenannten „Abraham-Abkommen“ 2020 aus der Hand gegeben. Damals normalisierten sie gemeinsam mit Bahrain und anderen nicht-golfarabischen Staaten ihre Beziehungen zu Israel. Das Kalkül, auf diplomatischem Wege die israelische Regierung zu einer Zwei-Staaten-Lösung bewegen zu können, entpuppte sich allerdings als illusorisch. Deswegen steckt Abu Dhabi nun in einer [Zwickmühle](#): Einerseits profitiert das emiratische Geschäftsmodell von den erstarkten Handelsbeziehungen zu Israel. Beide Staaten haben [Handelsabkommen](#) unterschrieben, und 2023 waren [tausend israelische Unternehmen](#) in den VAE aktiv. Andererseits rütteln die Abraham-Abkommen aber auch an der politischen Legitimation der emiratischen Führung: In einer [Umfrage aus dem Januar 2024](#) äußerten sich 67 Prozent der Befragten kritisch zur Rolle der VAE im Gaza-Krieg. Bisher ist es den Emiraten jedenfalls nicht gelungen, ihre diplomatischen Kanäle zu Israel für eine Deeskalation zu nutzen. Eine [Aufkündigung der Abraham-Abkommen](#) wird dagegen auch nicht ernsthaft in Betracht gezogen, da sich die Herrscher in Abu Dhabi langfristig strategische Tiefe und wirtschaftliche Rendite von diesem Deal versprechen.

Seit [2012](#) unterhält die katarische Führung konziliante Beziehungen zu Teilen der islamistischen Bewegung.

Zuletzt ist das dritte Schwergewicht am Golf, Katar, als [Vermittler](#) zwischen der israelischen Regierung und der Hamas in die Weltöffentlichkeit gerückt. Seit [2012](#) unterhält die katarische Führung [konziliante Beziehungen](#) zu Teilen der islamistischen Bewegung und Hamas-Vertreter wie Ismail Haniyya leben in Doha. Bereits [2006](#), [2009](#) und [2014](#) vermittelte Katar im Nahostkonflikt und hat seitdem seinen Einfluss als einflussreicher [Netzwerker und Verhandler](#) ausgeweitet. Dies zeigt sich insbesondere in der prominenten Rolle, die Katar bei den [Verhandlungen mit Hamas um die Freilassung der israelischen Geiseln](#) einnimmt. Damit gelang es dem kleinen Emirat, seine Relevanz als [hyperaktiver Netzwerker](#) auf der Weltbühne zu konsolidieren. Mittlerweile steht Katar aber wegen seiner Nähe zur Hamas in der [Kritik](#) und sieht sich verdächtigt, terroristische Strukturen unterstützt zu haben. Immerhin soll Katar [seit 2007 etwa zwei Milliarden US-Dollar an finanzieller Unterstützung](#) an die Hamas geleistet haben – was von [Israel](#) geduldet und teilweise sogar unterstützt worden war.

Saudi-Arabien, die VAE und Katar suchen also mit eigenen Instrumenten und Strategien, den Gaza-Krieg in ihrem Sinne zu managen und zu deeskalieren. Der Gaza-Krieg verlangt somit von den arabischen Golfmonarchien eine Neu-Definition ihrer politischen Strategien. Bislang versuchten sie, regionale Konflikte mehrheitlich zu managen, um nationale Ziele zu erreichen. Dieser Kurs greift jedoch zu kurz. Stattdessen braucht es einen Ansatz des partnerschaftlichen Miteinanders, um die Krisen in der Nachbarschaft langfristig zu deeskalieren. Bis dato ist es den Golfmonarchien nicht gelungen, ihre Ansätze zu koordinieren und [konkrete Strategien](#) für ein Post-Kriegs-Gaza zu entwickeln. So lehnen sie es ab, die gigantischen Kosten von [mindestens 20 Milliarden Dollar](#) für den Wiederaufbau mittragen zu wollen. Zwar sagten sie in der Vergangenheit immer wieder umfassende Hilfsmittel für Gaza zu, ein Großteil dieser Versprechungen wurde allerdings nicht [eingehalten](#); momentan wollen sie nicht für die von Israel verursachten Schäden aufkommen und betrachten Hilfsleistungen als ineffizient, sollten zukünftig ähnliche Zerstörungen durch Israel drohen. Ohne [politische Sicherheitsgarantien](#) und einen Fahrplan für eine Zwei-Staaten-Lösung scheint golfarabische Unterstützung demnach unrealistisch zu sein.

Dabei verfügen die Golfmonarchien über die notwendigen Netzwerke zu unterschiedlichen Konfliktparteien sowie zu internationalen Akteuren, um Dialog zu initiieren und auf ein [Nachkriegsszenario](#) hinzuarbeiten. Im März 2024 hat der Golfkooperationsrat, zu dem die sechs Golfmonarchien gehören, erstmals in seiner 43-jährigen Geschichte eine [gemeinsame Vision für die regionale Sicherheit](#) vorgestellt. Darin wird ausdrücklich die Umsetzung einer Zwei-Staaten-Lösung auf Grundlage der Arabischen Friedensinitiative gefordert, um eine gerechte Lösung der palästinensischen Frage zu erreichen. Zwar werden durch eine solche Verlautbarung die nationalen Eigeninteressen, die unterschiedlichen Egos der Herrscher und das gegenseitige Konkurrenzdenken nicht obsolet, sie könnte aber als Ausgangspunkt für eine gemeinsame Strategie dienen, welche die heterogenen Interessen der Einzelstaaten berücksichtigt und gleichzeitig die Gemeinsamkeiten betont. So könnte Saudi-Arabien als wichtigste golfarabische Führungskraft die Maßnahmen koordinieren und legitimieren, während Katar mit seinen Kommunikationskanälen zur Hamas und die VAE zur israelischen Regierung ihr diplomatisches Kapital zielgerichteter als bisher einsetzen könnten.



Sebastian Sons, Bonn

Dr. Sebastian Sons ist promovierter Islamwissenschaftler und arbeitet am Forschungsinstitut CARPO zu den arabischen Golfmonarchien. Zuletzt erschien im Dietz-Verlag sein Buch „[Die neuen Herrscher am Golf und ihr Streben nach globalem Einfluss](#)“.

https://www.ipg-journal.de/regionen/naher-osten/artikel/vermittler-mit-eigenen-interessen-7661/?utm_campaign=de_40_20240725&utm_medium=email&utm_source=newsletter

05) Unerbittlicher Widerstand.

In Kenia gehen seit Wochen Tausende gegen die Regierung auf die Straße. Erfassen die Proteste nun auch andere Länder der Region?

Von Zikora Ibeh

25.07.2024



Groß ist die Wut der Kenianer über die steigenden Lebenshaltungskosten. -picture alliance / Zumapress | James Wakibia

In Nairobi kommt es seit Mitte Juli erneut zu Protesten. In Kenias Hauptstadt [stieg Rauch auf und es gab laute Explosionen](#), als schwer bewaffnete Polizisten mit Tränengas und scharfer Munition auf Demonstrierende feuerten, die die Nationalflagge schwenkten und regierungsfeindliche Slogans skandierten. Auf X kursierten mehrere [Fotos und Videos](#) von den Zusammenstößen zwischen Polizei und Protestierenden. Auf mindestens einem ist zu sehen, wie die Journalistin [Catherine Wanjeri Kariuki](#) am Boden liegt und sich vor Schmerzen krümmt, nachdem sie angeschossen wurde, als sie gerade dabei war, über die Proteste in Nakuru nordwestlich von Nairobi zu berichten.

Seit vergangenem Monat hat eine Protestwelle, die bereits Todesopfer gefordert hat, das ostafrikanische Land erfasst, das für seine atemberaubenden Safaris und üppigen Landschaften weltbekannt ist. Ausgelöst durch das umstrittene [Steuergesetz](#) von Präsident William Ruto, mit dem der ohnehin schon durch hohe Lebenshaltungskosten belasteten kenianischen Bevölkerung zusätzliche Steuern aufgebürdet werden sollten, dauern die [von der Jugend getragenen](#) Proteste trotz des brutalen Durchgreifens nun schon über einen Monat an. Die anhaltenden Proteste in Kenia, in denen sich eine allgemeine Unzufriedenheit mit der aktuellen Lage artikuliert, könnten schon bald zu ähnlichen Unruhen in der gesamten Region führen. Schließlich sind die Probleme, mit denen Kenia zu kämpfen hat, weitgehend die gleichen wie in anderen afrikanischen Ländern.

Nach Angaben der kenianischen Menschenrechtskommission wurden seit dem Ausbruch der Proteste am 18. Juni mindestens [39 Menschen getötet und mehr als 300 festgenommen](#). Es gab auch Berichte über Entführungen und das Verschwinden von Aktivistinnen und Aktivisten sowie Bloggern, die mit den Protesten in Zusammenhang stehen. Ihren [Höhepunkt erreichten](#) die Repressionen am 25. Juni, als wütende Protestierende das Parlament in Nairobi stürmten und die Abgeordneten sich in einem Keller

Seite E 21 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

in Sicherheit brachten. Am späten Abend trat Präsident Ruto aufgebracht vor die Fernsehkameras und [diffamierte](#) die Demonstrierenden als „Kriminelle“. Er versprach, [„umfassend, wirksam und rasch auf die staatsfeindlichen Geschehnisse des heutigen Tages zu reagieren“](#), und machte damit den Weg frei für weitere Übergriffe von [Polizei und Armee, die inzwischen auf den Straßen im Einsatz sind](#).

Ruto mag davon ausgegangen sein, dass das harte Durchgreifen die Proteste ersticken werde, aber genau das Gegenteil ist eingetreten: Der Aufstand, der keine Anführer hat und soziale Medienplattformen nutzt, um für politische Diskussionen und Straßenaktionen zu mobilisieren, geht weiter – obwohl das [Steuergesetz zurückgezogen wurde](#) und andere Zugeständnisse gemacht wurden, um die Protestbewegung zu befrieden. In der vergangenen Woche verkündete Ruto nach öffentlichen Protesten gegen das gewaltsame Vorgehen der Beamten gegen die Protestierenden den Rücktritt des Generalinspektors der kenianischen Polizei an. Erst am Vortag hatte der Präsident sein gesamtes Kabinett [entlassen](#), bis auf Außenminister Musalia Mudavadi. Trotzdem hat die kenianische Generation Z [angekündigt](#), dass sie so lange weiterprotestieren will, bis Ruto selbst zurücktritt.

In den vergangenen zwei Jahren ist es Ruto gelungen, sich im Ausland zu profilieren .

In den vergangenen zwei Jahren ist es Ruto gelungen, sich im Ausland zu profilieren und Kenias historisch gewachsene Partnerschaft mit dem Westen bei gemeinsamen Einsätzen in der Aufstandsbekämpfung gegen die al-Shabaab-Miliz in Somalia und andere Sicherheitsbedrohungen in der Region auszubauen. Im Mai 2024 hat Washington Kenia zu einem [„wichtigen Nicht-NATO-Verbündeten“](#) erklärt – ein echtes Novum. Parallel wurden Hunderte kenianischer Polizeikräfte [nach Haiti entsandt](#); sie sollen dort einen Auslandseinsatz leiten, bei dem es um die Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung geht.

Während sich Ruto im Ausland großer Beliebtheit erfreut, erschüttern die sich ausbreitenden Proteste im eigenen Land seine Regierung bis in die Grundfesten. Kenia steckt in einer schweren Mehrfachkrise: Hohe Inflation, wachsende Staatsverschuldung und die Auswirkungen einer anhaltenden Dürre 2022 haben die Lebensmittelversorgung des Landes zum Erliegen gebracht.

Als Ruto, der inzwischen „Zakayo“ genannt wird (auf Suaheli steht dieser Name für die biblische Figur des Zachäus, der ein Steuereintreiber war) vor gerade einmal zwei Jahren an die Macht kam, setzte die arme Bevölkerung im Land große Erwartungen und Hoffnungen in ihn. Doch der Präsident tut das genaue Gegenteil dessen, was er versprochen hatte. „Die Maßnahmen seiner Regierung verstärken die Unzufriedenheit und Not der einfachen Bürgerinnen und Bürger noch weiter“, meint der Kommunikationsexperte [Edgar Wabwire](#), der wegen seiner Beteiligung an den Protesten von der Polizei festgenommen wurde.

Ruto wird vorgeworfen, er arbeite „so transparent wie eine Ziegelmauer“ und setze eine Politik des Internationalen Währungsfonds (IWF) um, die „nur dem Westen und der privilegierten kenianischen Elite zugutekommt, während das einfache Volk mit Armut und Arbeitslosigkeit zu kämpfen hat“, erklärt der kenianische Panafrikanist Muoki Abel.

Das inzwischen ad acta gelegte Steuergesetz sollte im Rahmen einer vom IWF angeordneten Reform [zusätzliche Steuereinnahmen in Höhe von 2,7 Milliarden US-Dollar einbringen](#) und das kenianische Haushaltsloch durch die Einführung oder Anhebung von

Seite E 22 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

Steuern auf [eine Reihe alltäglicher](#) Waren und Dienstleistungen wie Brot, Speiseöl, Internet, Kraftstoff, Banküberweisungen, Damenbinden und Windeln stopfen. Doch für eine Bevölkerung, die ohnehin schon um ihr Auskommen kämpft, ist die neue Steuer pures Gift.

Von Kenias 56 Millionen Einwohnern leben mindestens [7,8 Millionen](#) Menschen in extremer Armut.

Von Kenias 56 Millionen Einwohnern leben mindestens [7,8 Millionen](#) Menschen in extremer Armut – die meisten von ihnen in ländlichen Gebieten. Junge Menschen, die mindestens 80 Prozent der kenianischen Bevölkerung ausmachen, sind mit am stärksten betroffen. Während die Arbeitslosenquote in Kenia insgesamt bei 12,7 Prozent liegt, ist nach Angaben des kenianischen Arbeitgeberverbands [die Jugendarbeitslosigkeit mit 67 Prozent am höchsten](#). In dieser verzweifelten Lage reichen halbherzige Maßnahmen nicht aus. Was Kenia braucht, sind umfassende, transformative Maßnahmen, die die Ursachen von Armut und Arbeitslosigkeit im Land bekämpfen und den Wohlstand endlich gerechter verteilen.

Während sich die Proteste in Kenia weiter ausweiten, könnten ähnliche Protestbewegungen auch in anderen Ländern der Region entstehen, in denen die staatlichen Behörden vor dem gleichen Dilemma stehen wie Ruto: Sie müssen Steuern erhöhen und dringend benötigte soziale Investitionen in Schlüsselsektoren für den Abbau der steigenden Staatsverschuldung opfern.

Laut Internationalem Währungsfonds hat sich die Durchschnittsverschuldung in den afrikanischen Ländern südlich der Sahara zwischen 2010 und 2022 [fast verdoppelt](#), von 30 Prozent des BIP auf fast 60 Prozent. Auch die Tilgung dieser Schulden ist sehr viel teurer geworden. 2022 wurden schätzungsweise [96 Prozent der nigerianischen Einnahmen](#) für Zinszahlungen aufgewendet. Die Regierung hat daraufhin im vergangenen Jahr die [Treibstoffsubventionen gestrichen](#) und die Landeswährung im Zuge einer Reihe vom IWF angeordneter Sparmaßnahmen [abgewertet](#), um mehr Einnahmen zu erzielen und die Ausgaben zu senken. Doch ebenso in Kenia führt dies zu [hoher Inflation und einer Krise der Lebenshaltungskosten](#), die in dem ölproduzierenden Land eine noch nie dagewesene Hungersnot verursacht hat und die Bürgerinnen und Bürger sowie die [Gewerkschaften des Landes](#) zu Hungerprotesten veranlasste.

Ein weiteres Entwicklungs- und Wachstumshindernis in Afrika ist neben der massiven Staatsverschuldung die Korruption.

Zivilgesellschaftliche Experten sind der Auffassung, dass die Strukturanpassungsprogramme des IWF Afrika mehr schaden als nutzen, weil sie den schon vorhandenen wirtschaftlichen und sozialen Druck noch verschärfen. „In wirtschaftlich weniger entwickelten Ländern führt es zum Desaster, wenn Staaten gezwungen werden, ihre Ausgaben für öffentliche Dienstleistungen wie Wasser, Bildung und Gesundheit zu kürzen“, betont [Akinbode Oluwafemi](#), Exekutivdirektor der Organisation [Corporate Accountability and Public Participation Africa](#). „Der ausbeuterische Charakter der IWF-Programme zeigt sich deutlich darin, dass sie die Regierungen dazu zwingen, Schuldentrückzahlung und Sparmaßnahmen eine höhere Priorität einzuräumen als dem Wohlergehen der eigenen Bevölkerung. Es ist kein Wunder, dass diese Programme in Aufständen und sozialen Unruhen resultieren“, so Oluwafemi.

Ein weiteres Entwicklungs- und Wachstumshindernis in Afrika ist neben der massiven Staatsverschuldung die Korruption. Kritische Stimmen [behaupten](#), dass von jedem im Ausland aufgenommenen Dollar mindestens 50 Cent das kreditnehmende Land wieder

Seite E 23 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

verlassen. Infolgedessen haben die afrikanischen Länder südlich der Sahara seit 1970 [eine Kapitalflucht von mehr als 700 Milliarden US-Dollar](#) zu verzeichnen, wobei ein Teil der Gelder am Ende wieder exakt bei den Banken landete, die die Kredite an die afrikanischen Regierungen vergeben haben.

Um diesen kriminellen Raub zu organisieren, ermöglichen Afrikas Eliten [die immense Abschöpfung von Ressourcen](#) und profitieren zugleich von ihr. Wenn sie in der Folge harte Maßnahmen ergreifen müssen, um ihre Einnahmen zu steigern und die Schulden zu tilgen, stehen sie oft alleine und ohne öffentliche Unterstützung da. Dieses Szenario erlebt Ruto in Kenia genauso wie der nigerianische Präsident Bola Ahmed Tinubu. Dessen Regierung bereitet sich auf weitere mögliche [landesweite Unruhen im nächsten Monat](#) vor, wenn die Jugend und zivilgesellschaftliche Organisationen des Landes für zehn Tage unter dem Hashtag #EndBadGovernance ihre Wut auf die Straße tragen.

Im Vorfeld der Demonstrationen haben sich die Bürgerinnen und Bürger zu politischen Diskussionsgruppen auf [X Spaces](#) zusammengeschlossen und zollen den jungen kenianischen Protestlern Beifall dafür, dass sie trotz der staatlichen Brutalität standhaft bleiben und mutig neue Impulse setzen. „Die Kenianer“, so Abel, „machen bereits vor, wie man die eigene Regierung zurückerobert. Es ist Zeit, dass andere Menschen in Afrika sich ebenfalls erheben und es ihnen gleichtun.“

Aus dem Englischen von Christine Hardung



Zikora Ibeh

Zikora Ibeh ist Wissenschaftlerin, Kolumnistin, Podcasterin und Entwicklungshelferin mit einer Leidenschaft für soziale Gerechtigkeit und Geschlechtergleichheit. Sie setzt sich mittels politischer Lobbyarbeit, Aktionsforschung und Medienarbeit für eine Veränderung in der Gesellschaft ein.

https://www.ipg-journal.de/regionen/afrika/artikel/unerbittlicher-widerstand-7674/?utm_campaign=de_40_20240725&utm_medium=email&utm_source=newsletter

06) „Ich halte sie für vollkommen ungeeignet“.

Jörg Wimalasena über die Kandidatur von Kamala Harris, den Nominierungsprozess der US-Demokraten und die Chancen, Donald Trump zu schlagen

Die Fragen stellte Nikolaos Gavalakis.

Interview

23.07.2024



Ungeeignete Kandidatin, verrottete Partei: Kann Kamala Harris im November Donald Trump besiegen? - *picture alliance / abaca | Pool/ABACA*

Die Fragen stellte [Nikolaos Gavalakis](#).

Nach wochenlangen Debatten verzichtet Joe Biden auf die erneute Kandidatur für die US-Präsidentschaft. Eine Entscheidung, die Respekt verdient hat oder eher eine zu späte Einsicht des Präsidenten?

Respekt hätte die Entscheidung verdient gehabt, wenn er sie vor einem Jahr – oder noch besser vor zwei Jahren – getroffen hätte. Dann hätten die Demokraten nämlich noch die Möglichkeit gehabt, sich unter Einbeziehung der eigenen Wähler, mit einer richtigen Vorwahl auf einen anderen Kandidaten einigen zu können. Stattdessen hat er mithilfe des Democratic National Committees Vorwahlen veranstalten lassen, in der es im Grunde genommen keinen offenen Wettbewerb gab. Teilweise sind die Delegierten Biden einfach zugeteilt worden, zum Beispiel in Florida, ohne dass es eine tatsächliche Vorwahl gegeben hätte. Es gab keine TV-Debatten. Gegenkandidaten wie Dean Philipps waren kaum im Fernsehen zu sehen. Man hat versucht, Biden irgendwie über die Ziellinie zu schleppen. Auch in dem man den Vorwahl-Kalender so strukturiert hat, dass die Bundesstaaten, in denen er gut dasteht, als Erstes zur Abstimmung standen. Jetzt abzdanken, nachdem die ganze Welt sehen konnte, dass er dem Amt nicht mehr gewachsen ist, hat nicht wirklich Respekt verdient, sondern wirft eher die Frage auf, warum das nicht viel früher passiert ist. Insbesondere, wenn die Demokratie und der Sieg gegen Donald Trump ihm doch dem eigenen Bekunden nach so wichtig sind.

Seite E 25 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

Joe Biden hat seine Vize-Präsidentin Kamala Harris als Nachfolgerin vorgeschlagen. Wie geeignet ist sie für das mächtigste Amt der Welt und wie hoch stehen ihre Chancen im November Donald Trump zu schlagen?

Ich halte sie für vollkommen ungeeignet. Die Demokraten haben sich jahrelang, vor allem durch die Kampagne von Hillary Clinton 2016, auf reiche Geldgeber und die großstädtische, professionelle Managerklasse gestützt. Das hat dazu geführt, dass Trump mit seinem teils billigen, teils aber auch vollkommen berechtigten Populismus die Arbeiterschaft viel stärker an sich gezogen hat. Joe Biden hat 2020 unter anderem deshalb gewonnen, weil er einige dieser Wähler zurückholen konnte. Auch als Präsident hat er glaubhaft gemacht, dass er sich wirklich Gedanken um die Sorgen der kleinen Leute macht. Er hat während seiner Amtszeit auch Gewerkschaften unterstützt und gestärkt. Diese zarte Wiederannäherung an die Arbeiterschaft könnte jetzt verloren gehen, wenn ihn jemand wie Kamala Harris ersetzt, die gerne blumige Reden schwingt und ihre Identität als schwarze Frau in den Mittelpunkt ihres Auftretens stellt. Das ist habituell genau der falsche Ansatz für einen Wahlkampf, in dem Donald Trump ja als Vizepräsidentenskandidaten J.D. Vance ausgewählt hat, der aus einer Arbeiterfamilie in den Appalachen kommt und die Sprache der Arbeiter spricht.

Die Präsidentschaftskampagne von Kamala Harris endete 2019 bereits vor der ersten Vorwahl. Auch als Vize-Präsidentin macht sie keinen glücklichen Eindruck. Ihre Umfragewerte sind schlecht. Warum glaubt das Parteiestablishment der Demokraten mit ihr gewinnen zu können?

Ich bin gar nicht restlos davon überzeugt, dass sie das überhaupt glauben. Vielleicht schiebt man sie auch nur vor, damit nicht andere, geeignetere Kandidaten bei einer Wahl verbraucht werden, in der jeder andere auch schlechte Karten hätte. Aber einen anderen Grund halte ich für wichtiger: Das Parteiestablishment der Demokraten mit den großen Geldgebern und wichtigen Figuren wie zum Beispiel den Clintons hat ein Interesse daran, dass die Partei „zentristisch“ ausgerichtet bleibt. Dort herrscht auch eine gewisse Vorliebe für Identitätspolitik, für Symbolpolitik. Allzu harsche Umverteilungsforderungen, wie sie zum Beispiel der sozialistische Senator Bernie Sanders – oder viele Parteilinke – sie erheben würden, sind da nicht so ganz willkommen. Mit Kamala Harris hat man eine angepasste und berechenbare Kandidatin, bei der man auf jeden Fall nicht befürchten muss, dass sie morgen die sozialistische Revolution ausruft.

Einflussreiche Demokraten wie die ehemalige Sprecherin des Repräsentantenhauses, Nancy Pelosi, sowie Mitglieder des Democratic National Committee, das den Parteitag der Demokraten im August organisiert, [sprechen sich reihenweise für Harris aus](#). Schon jetzt soll sie sich die für die Nominierung notwendigen Delegierten-Stimmen [gesichert haben](#). Haben andere potenzielle Kandidatinnen oder Kandidaten überhaupt noch eine Chance zum jetzigen Zeitpunkt?

Theoretisch ja, praktisch nein. Wer würde sich denn jetzt trauen, Harris herauszufordern, wenn sich bereits große Teile des Parteiestablishments hinter sie gestellt haben? Niemand möchte jetzt der Buhmann sein, der diese schöne neue Harmonie, die man sich jetzt zurechtgebogen hat, stört. Das Bernie Sanders als einziger populärer Kandidat 2016 Hillary Clinton herausfordern und linke Politikprojekte verfolgen konnte, lag auch daran, dass er kein Mitglied der Demokraten ist und keine Großspenden annimmt. Zudem ist er in seinem Heimatstaat Vermont unumstritten. Eine Unabhängigkeit, die er sich über Jahrzehnte erarbeitet hat – Leute mit derart viel Rückgrat muss man bei den Demokraten mit der Lupe suchen – und findet sie wahrscheinlich dennoch nicht.

Seite E 26 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

Die Entscheidung jetzt gegen sie in den Ring zu steigen, würde sich nicht gerade positiv auf die eigene Karriere auswirken.

Und Rückgrat bräuchte man, um sich Harris in den Weg zu stellen. Schließlich müsste man sie öffentlich kritisieren und die Partei würde so nicht als geschlossen erscheinen. Man würde als Spalter gelten und im Falle einer Wahlniederlage für weitere vier Jahre Trump verantwortlich gemacht werden. Diese Erfahrung hat Bernie Sanders nach 2016 auch schon gemacht. Jeder bei den Demokraten weiß: Die Entscheidung jetzt gegen sie in den Ring zu steigen, würde sich nicht gerade positiv auf die eigene Karriere auswirken.

Die Demokraten treten lautstark dafür ein, die Demokratie zu retten. Widerspricht die Wahl in einem nicht offenen Prozess nicht diesem Anspruch?

Ja, natürlich. Es bräuchte jetzt eine Auseinandersetzung um die personelle und inhaltliche Ausrichtung der Partei. Stattdessen kriegt man mit Kamala Harris eine Kandidatin quasi vorgesetzt und kann mehr oder minder nichts dagegen machen. Wer die Demokratie retten will, sollte erst mal bei sich selbst anfangen und demokratische Standards einhalten. Sonst wirkt die kolportierte Mission: Demokratierettung nicht besonders glaubwürdig.

Das DNC hat sich auch schon bei vergangenen Vorwahlen nicht besonders rühmlich verhalten und unter anderem 2016 Hillary Clinton Vorteile gegenüber Bernie Sanders verschafft. Es gibt einen ganz dringenden Reformbedarf bei den Demokraten. Die Partei ist im Kern vollkommen verrottet und wird den hohen moralischen Ansprüchen, die sie formuliert, nicht ansatzweise gerecht. Der notwendige Reformprozess ist natürlich kurz vor der Wahl kaum anstoßbar, künftig sollte es jedoch eine Parteiführung geben, die nicht hauptsächlich als verlängerter Arm des jeweiligen Präsidenten oder des Parteiestablishments agiert. Es muss einen offenen Wettbewerb geben – um Personalien und Ideen. Und der Demokraten-nahe Medienkosmos – vor allem der „Nachrichten“-Sender MSNBC – sollte sich auch überlegen, ob Journalismus wirklich heißt, weitgehend als Verlautbarungsorgan für den Mainstream der Demokratischen Partei zu agieren.

Was müssten die Demokraten tun, um die Wahl für sich zu entscheiden?

Vielleicht reicht Glück, die letzten Wochen haben gezeigt, dass sich politische Situationen schnell ändern können. Und vielleicht überrascht Harris mit einer guten Kampagne. Aber inhaltlich werden die Weichen schon jetzt falsch gestellt. Die Strategie, die sich jetzt abzeichnet, ist folgende: Harris war früher Justizministerin in Kalifornien und die Botschaft soll sein: Ich bin die Anklägerin und Donald Trump mit seinen zahlreichen Verurteilungen ist der Angeklagte, den ich quasi zur Verantwortung ziehe. Wie in einem schlecht geschriebenen Gerichts-drama-Drehbuch. Das ist aber der vollkommen falsche Ansatz. Ich glaube nicht, dass es wahlentscheidend sein wird, ob Trump irgendwann mal Schmiergeldzahlungen an eine Pornodarstellerin geleistet oder seine Geschäftsbilanz kreativ ausgelegt hat, um einen günstigen Kredit zu kriegen. Das wird nicht funktionieren. Die Leute haben mit horrenden Lebenshaltungskosten zu kämpfen. Da funktioniert es nicht, ständig nur darauf hinzuweisen, wie schlimm Trump ist. Andererseits wäre es nicht sehr glaubwürdig, Kamala Harris nun mit einem Schutzhelm auf Gewerkschaftsveranstaltungen zu schicken. Im Wahlkampf muss die Person zum Inhalt passen. Die Demokraten müssten knallhart auf die sogenannten Bread-and-Butter-Themen setzen: Lebenshaltungskosten, Krankenversicherung, gute Löhne, Arbeitsbedingungen. Das mit dieser Kandidatin durchzuziehen, ist allerdings sehr schwer.

Laut Umfragen ist Donald Trump [ähnlich unbeliebt](#) wie Kamala Harris. Ist er nicht doch schlagbar?

Ja, natürlich ist er schlagbar. Vieles ist in Bewegung, niemand weiß, was noch alles vor der Wahl passiert. Alleine was in den letzten drei, vier Wochen passiert ist, reicht schon für einen mehrteiligen Kinoblockbuster. Alles ist möglich, aber einfach wird es nicht für die Demokraten.



Jörg Wimalasena
Berlin

Jörg Wimalasena ist politischer Korrespondent bei der WELT. Zuvor war er Redakteur für Gesundheits- und Sozialpolitik bei der „taz“ sowie US-Korrespondent für „Zeit-Online“ in New York

https://www.ipg-journal.de/interviews/artikel/ich-halte-sie-fuer-vollkommen-ungeeignet-7669/?utm_campaign=de_40_20240723&utm_medium=email&utm_source=newsletter

07) Brisantes Votum.

Der IGH erklärt die gesamte israelische Besatzung für rechtswidrig. Das Urteil dürfte auch Auswirkungen auf die deutsche Außenpolitik haben

Von Matthias Goldmann

23.07.2024



Sicherheitskontrolle am Qalandia-Checkpoint, dem wichtigsten Verbindungspunkt zwischen dem nördlichen Westjordanland und Jerusalem.- *picture alliance / AA | Issam Rimawi*

Nach den viel beachteten Entscheidungen des Internationalen Gerichtshofs (IGH) über einstweilige Anordnungen im Gazakonflikt erweckte das [Gutachten vom 19. Juli 2024](#) ein

verhältnismäßig geringes Medienecho. Dies steht im eklatanten Gegensatz zu seinem Inhalt. Der internationale Gerichtshof bewertete nämlich kurzerhand die gesamte israelische Besetzung des palästinensischen Gebiets, einschließlich Gaza, für rechtswidrig. Dies dürfte erhebliche völkerrechtliche und geopolitische Konsequenzen nach sich ziehen – auch für Deutschland.

Das Gutachten war von der [Generalversammlung](#) der UN im Dezember 2022 in Auftrag gegeben worden, einen Tag nach dem Amtsantritt von Ministerpräsident Netanjahu. Zwar haben die im Gutachten getroffenen Anordnungen keine rechtsverbindliche Wirkung, dies ändert jedoch nichts am symbolischen Wert und Präzedenzcharakter der Entscheidung. Das gilt umso mehr, da sie mit überwältigender Mehrheit der Richterinnen und Richter erging, einschließlich der Stimmen der amerikanischen Richterin Sarah H. Cleveland und des deutschen Richters Georg Nolte.

Die Generalversammlung der UN hatte dem Gerichtshof zwei Fragen vorgelegt. Zum einen erbat sie seine Einschätzung, ob einzelne israelische Praktiken wie zum Beispiel der Siedlungsbau im Westjordanland gegen das Völkerrecht verstoßen. Dieser Frage haftete eine geringe Brisanz an, ist es doch aufgrund der recht eindeutigen Regelungen des humanitären Völkerrechts weitgehend Konsens, dass die Besiedlung von besetzten Gebieten verboten ist. Nachdem der IGH bereits 2004 die [Rechtswidrigkeit des Befestigungswalls auf palästinensischem Gebiet](#) festgestellt hatte, konnte man nun zur Siedlungspolitik eine ähnliche Entscheidung erwarten. Dazu kommt, dass selbst der Sicherheitsrat schon 2016 die Rechtswidrigkeit der Siedlungspolitik – unter Enthaltung der USA – in einer Resolution bekräftigt hatte. Allenfalls die Frage, ob die israelische Besetzung einen Fall der Apartheid nach Art. 3 der Rassendiskriminierungskonvention darstellte, sorgte für Spannung.

Der Gerichtshof hat diesen Erwartungen entsprochen und viele Aspekte der israelischen Besatzungspolitik für rechtswidrig erklärt, unter anderem die Wegnahme von Land und dessen Besiedlung. Auch die Einrichtung von „wilden“ Siedlungen in sogenannten Outposts habe Israel entgegen dem Völkerrecht geduldet beziehungsweise durch Bereitstellung von Infrastruktur sogar befördert. Die Diskriminierung der Bevölkerung einschließlich willkürlicher, teils lang anhaltender Inhaftierung wertete der IGH als Verstoß gegen das Besatzungsrecht sowie gegen [Art. 3 der Rassendiskriminierungskonvention](#), ließ allerdings offen, ob er sich hierbei auf das Verbot der Rassentrennung oder auf Apartheid bezog. Die Sondervoten lassen erkennen, dass diese Einordnung umstritten blieb.

Bisher war weder autoritativ geklärt, ob eine Besetzung vorliegt, noch, ob diese rechtmäßig ist.

Brisanter als die erste Frage nach der Rechtmäßigkeit spezifischer Politiken und Handlungen war die zweite Frage, ob die israelische Besatzungspolitik die Besetzung nicht insgesamt rechtswidrig mache. Bisher war weder autoritativ geklärt, ob eine Besetzung vorliegt, noch, ob diese rechtmäßig ist.

Das Besatzungsrecht, das in seinem Kern aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg stammt, stellt nur Verhaltensanforderungen an die Besatzungsmacht auf. Es geht von einem klassischen Krieg zwischen zwei Staaten aus, in dem die Frage, ob eine Besetzung vorliegt, keine besondere Herausforderung darstellt. Es regelt auch nicht, wann die Besetzung enden muss. In der damaligen Praxis wurden Kriege meist rasch durch Friedensverträge beendet.

Entgegen dem Anraten der USA, sich aus aktuellen Konflikten herauszuhalten, stellt der IGH in seinem neuerlichen Gutachten zunächst fest, dass Israel das gesamte palästinensische Territorium besetzt hält. Hier folgt das Gericht der sogenannten funktionalen Theorie. Danach erfordert eine Besetzung im Rechtssinn keine physische Präsenz, sondern lediglich ein hohes Maß an Kontrolle über ein fremdes Gebiet. Somit gelte auch Gaza vor dem 7. Oktober 2023 bereits als besetzt. Den oft vorgebrachten Einwand, Palästina sei keine völkerrechtliche Entität und könne daher nicht besetzt werden, weist der Gerichtshof scharf zurück. Er bekräftigt das vielfach, einschließlich von der UN-Generalversammlung anerkannte Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung in seinem gesamten Gebiet, das eine unteilbare Einheit bilde.

Sodann zieht der IGH der Rechtmäßigkeit der Besetzung gewisse Grenzen. Wenngleich bereits dieser Umstand als progressiv gelten könnte, geht der IGH dabei jedoch sehr vorsichtig zu Werk. Maßgeblich sei das allgemeine Völkerrecht, zu dem das völkerrechtliche Gewaltverbot gehöre. Eine hiergegen verstoßende Annexion fremden Gebiets mache jedenfalls eine ursprünglich rechtmäßige Besetzung rechtswidrig. Israel habe es nach seiner Siedlungspolitik und den weiteren, unter der ersten Frage untersuchten Handlungen darauf angelegt, das Westjordanland zu annektieren. Mithin sei die Besetzung rechtswidrig; Israel müsse so bald wie möglich abziehen. Dies betrifft alle Teilgebiete des palästinensischen Territoriums, einschließlich Gaza. Für rechtswidrig besiedelte Orte müsse Israel Reparationen leisten.

Die Illegalität der Besetzung entbinde Israel schließlich nicht von der Pflicht, die Schutzvorschriften des humanitären Völkerrechts einzuhalten. Man möchte hinzufügen, dass dasselbe auch für Hamas gilt, hinsichtlich deren Angriff vom 7. Oktober 2023 der IGH klare Worte der Verurteilung findet.

Für rechtswidrig besiedelte Orte müsse Israel Reparationen leisten.

Der IGH geht in diesem Gutachten vom Völkerrecht als einer kohärenten Friedensordnung aus. Völkerrecht ist danach kein Sammelsurium einzelner Regeln, die mächtige Staaten „à la carte“ sich zu eigen machen oder aber von sich weisen können. Das Völkerrecht des IGH besteht aus einem engen Geflecht von miteinander in Beziehung stehenden Normen, die für alle Staaten gleichermaßen gelten. Diese Normen bedingen und begrenzen sich gegenseitig. Das Besatzungsrecht kann, wenngleich historisch älter, nicht ohne das Gewaltverbot gedacht werden.

Diese Haltung wurde eigentlich lange auch von der Bundesrepublik vertreten. Nicht umsonst gilt die Rede von der Konstitutionalisierung des Völkerrechts als gleichsam deutsche Erfindung, um nicht zu sagen Marotte. Darin kommt die Überzeugung zum Ausdruck, dass Politik nie rechtsbefreit existieren kann, sondern immer schon an rechtliche Grenzen gebunden ist. Eine feministische Außenpolitik bekräftigt dieses Versprechen, indem sie die Menschenrechte ins Zentrum rückt – einschließlich der Rechte marginalisierter Gruppen.

Der konstitutionelle Ansatz steht in engem Zusammenhang mit dem Multilateralismus in den internationalen Beziehungen. Auch ihn bemüht der IGH in der Entscheidung, indem er Generalversammlung und Sicherheitsrat die Planung und Umsetzung des israelischen Abzugs aufträgt und insoweit vermeidet, sich selbst als Konfliktmanager zu betätigen.

Das Gutachten sollte in Deutschland Anlass zu Überlegungen geben, wie sich Geopolitik in der gegenwärtigen Zeitenwende gestalten lässt. Die [Zeitenwende](#) wurde initial als Abkehr von der Gemütlichkeit der Nachwendezeit ausgerufen: Die Amerikaner liefern Sicherheit,

Seite E 30 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

die Russen die Energie, Europa und vor allem Deutschland erkaufte sich die Vorteile durch Loyalität und allerlei Aufräumarbeiten. Das geht nicht mehr, seitdem die Konflikte zwischen Russland und der Nato-Welt unüberbrückbar und die Rückendeckung durch Amerika unsicher geworden sind.

Nicht das Völkerrecht „à la carte“, sondern die universellen Normen der Völkerrechtsordnung sollten Deutschlands Außenpolitik leiten.

Doch was tritt an die Stelle dieser Konstellation? Allenthalben werden [Parallelen zum Kalten Krieg](#) gezogen. Der Westen igle sich ein gegen den systemischen Konkurrenten China, den Unwägbarkeiten der Situation in den USA zum Trotz. Die europäische Handelspolitik folgt ziemlich genau diesem Schema und knüpft dementsprechend Loyalitäten, beziehungsweise erlässt Sanktionen.

[Olaf Scholz](#) rief jedoch die Zeitenwende aus, um eine Neuauflage des Kalten Kriegs zu vermeiden. Nicht das Völkerrecht „à la carte“, sondern die universellen Normen der Völkerrechtsordnung sollten Deutschlands Außenpolitik leiten. Kaum etwas anderes scheint der ambivalenten Lage des rohstoffarmen, alternden, von allerlei Begehrlichkeiten bedrängten Europas angemessen. Insofern wären gute Beziehungen zu den „blockfreien“ Staaten des globalen Südens von großer Bedeutung. Auch sie wollen sich nicht vereinnahmen lassen, sondern nach beiden Seiten hin abstützen. Eine Nord-Süd-Allianz der Universalisten und Multilateralisten könnte hieran anknüpfen.

Spätestens das Gutachten des IGH verdeutlicht, dass man insbesondere in Deutschland noch weit davon entfernt ist, die universellen Werte des Völkerrechts auch dann hochzuhalten, wenn es schmerzt. Das tritt nun an einigen Stellen deutlich zutage. Den [Vorwurf der Apartheid an die Adresse Israels](#) zu richten, stuft der Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung, Dr. Felix Klein, vor Kurzem noch als [antisemitisch](#) ein. Wenngleich das IGH-Gutachten diesen Punkt offenlässt, erlaubt es jedoch eine Lesart, nach der Apartheid vorliegt – so zumindest der südafrikanische Richter Dire Tladi, der in diesem Punkt heftigen Widerspruch vom deutschen Richter Nolte ernet.

Ein anderes Beispiel ist der Verweis auf demokratische, rechtsstaatliche Institutionen in Israel. Er dient großen Teilen des bundesdeutschen Diskurses zur Beschwichtigung bei Völkerrechtsverstößen. Dass der IGH nun die gesamte israelische Besatzungspolitik als völkerrechtswidrig einstuft, dies keineswegs auf die Taten der Netanjahu-Regierung begrenzt und damit der israelischen Justiz und Politik – die gerade die Zweistaatenlösung abgelehnt hat – kein gutes Zeugnis ausstellt, macht den Widerspruch zwischen der deutschen Israel-Politik und dem in der Zeitenwende beschworenen universellen Völkerrecht offensichtlich.

Ein weiterer, symbolisch wichtiger Schritt wäre die Anerkennung von Palästina als Staat.

Um der Ankündigung der Zeitenwende Taten folgen zu lassen, ist hier ein Umdenken notwendig. Damit Deutschland nicht am Ende von drei Blöcken umgeben ist: neben den USA und China/Russland auch noch vom globalen Süden – womöglich gar im Verein mit einigen europäischen Staaten wie Irland, deren spezifische Geschichte diese anders auf den Nahen Osten blicken lässt. Neben dem Verlust an soft power wäre eine solche Konstellation nicht zuletzt für europäische Rohstoffdeals oder Migrationsfragen keine guten Nachrichten.

Seite E 31 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

Dies bedeutet, dass Deutschland an der Umsetzung der IGH-Entscheidung eine konstruktive Rolle spielen sollte. Das betrifft nicht nur die bereits jetzt beträchtliche finanzielle Unterstützung für die palästinensische Autonomieregierung. Deutschland sollte multilateralen Lösungen hier den Vorrang einräumen und sie schützen – notfalls und in letzter Instanz auch mit Sanktionen, wie bei anderen gravierenden Völkerrechtsverstößen auch.

Ein weiterer, symbolisch wichtiger Schritt wäre die Anerkennung von Palästina als Staat. Wenngleich man an der Effektivität der palästinensischen Staatsgewalt zweifeln kann, nicht zuletzt wegen der Terrorherrschaft der Hamas, hat Deutschland in der Vergangenheit nicht immer der Effektivität den höchsten Rang eingeräumt. Die Anerkennung Palästinas würde für die nun unausweichlichen Verhandlungen über das Ende der Besatzung die Augenhöhe der beiden zentralen Verhandlungspartner herstellen. Zudem wäre sie ein wichtiges Zeichen im Hinblick auf die Zeitenwende – dessen Kurswert jedoch mit jedem Tag des Zuwartens sinken dürfte.

Um die Zeitenwende in der deutschen Politik und Gestaltung fest zu verankern, ist letztlich auch ein Umdenken in der Erinnerungspolitik erforderlich. Die zentrale Stellung des Holocausts wird nicht bedroht, sondern gefestigt, indem der Holocaust stellvertretend für die Abgründe der Menschlichkeit steht, die jederzeit und jeden Orts aufbrechen können. Ein solches Gedenken ist inklusiv und verbindend. Es stützt sich nicht auf eine abstrakte, national gedachte und administrativ durchgeboxte Staatsräson, sondern auf jene konkrete, universale [Utopie der Menschenrechte](#), um die es bei der Zeitenwende eigentlich geht.



Matthias Goldmann

Matthias Goldmann ist Inhaber des Lehrstuhls für Internationales Recht an der EBS Universität in Wiesbaden. Zudem ist er Juniorprofessor für Internationales Öffentliches Recht und Finanzrecht an der Goethe Universität Frankfurt.

https://www.ipg-journal.de/regionen/naher-osten/artikel/brisantes-votum-7670/?utm_campaign=de_40_20240723&utm_medium=email&utm_source=newsletter

08) Mit voller Kraft zum Mond.

Auch im Weltraum konkurrieren die Großmächte um globale Macht.
Europa darf nicht den Anschluss verlieren

Von Celina Thadewaldt

22.07.2024



IPS Journal/Canva

Wenn man an den „Wettlauf ins All“ denkt, kommt den meisten zunächst das Weltraumrennen während des Kalten Krieges und die [Mondlandung vor 55 Jahren](#) in den Kopf. Die Erforschung des Weltraums gehört aber nicht nur in die Geschichtsbücher. Die [Raumfahrt erlebt derzeit eine Revolution](#), die mit der Entwicklung des Internets vor 20 Jahren vergleichbar ist. Dies wird sich unmittelbar auf weitere Bereiche auswirken, vom Klimawandel bis hin zu Industrie, Sicherheit und geopolitischen Strategien.

Während die [Weltraumforschung einst von den Supermächten](#) – den USA und der Sowjetunion – dominiert wurde, haben sich die Akteure inzwischen stark vervielfältigt. So ist beispielsweise Indien im vergangenen Jahr mit der Mission *Chandrayaan-3* als erste Nation eine weiche Landung, ein sogenanntes „Soft Landing“, am Südpol des Mondes gelungen, wo bedeutende [Mineralien entdeckt wurden](#).

Wissenschaftliche Neugier kennzeichnet primär die Motivation, die hinter all den neuen Missionen steckt. Entdeckungen auf dem Mond wie [Wasser](#) und [Helium-3](#), welche bei entsprechendem Forschungsfortschritt die gesamte Erde mit Energie versorgen könnten, haben diese Neugier weiter verstärkt. Gleichzeitig konkurrieren die Staaten im Weltraum um Macht, angetrieben von rasanten technologischen Fortschritten und Entwicklungen. Viele wollen dort Ressourcen abbauen, um sie anschließend auf der Erde zu nutzen. Ziel des NASA-Programms [Artemis](#) ist es, dies bis Ende 2025 zu erreichen.

Darüber hinaus werden zahlreiche Satelliten ins All geschickt, die der Menschheit bei der Beobachtung und Überwachung unseres Planeten helfen sollen. Ein Beispiel dafür ist die [Mission EarthCARE](#), die im vergangenen Monat gestartet ist und wertvolle Daten über das Verhalten von Wolken und Aerosolen im Zusammenhang mit dem Klimawandel sammeln

Seite E 33 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

soll. Die Zahl der kommerziellen Raketenstarts ist um 50 Prozent gestiegen, angeführt von [privaten Raumfahrtunternehmen](#) wie Elon Musks SpaceX. Dies spiegelt nicht nur ein gesteigertes Interesse und visionäre Ziele wider, sondern fördert auch die Innovation durch Wettbewerb und Zusammenarbeit zwischen diesen Unternehmen.

Seit Beginn des Raumfahrtzeitalters befinden sich rund 17 000 Satelliten in der Erdumlaufbahn.

Die Faszination für den Weltraum wurde durch private Investitionen, technologischen Fortschritt und wachsendes öffentliches Interesse neu belebt. Weltraumtourismus, einst Science-Fiction, wurde Realität, wohlhabende Privatpersonen können nun gegen Bezahlung in den Orbit fliegen, etwa mit [Virgin Galactic](#). Obwohl Unterhaltungsreisen durch den Weltraum unnötig klingen, bieten hohe Investitionen in die Raumfahrtindustrie und deren Entwicklung der Gesellschaft erhebliche Vorteile. So konnten beispielsweise mit [Sentinel-Daten](#) nach dem Erdbeben 2016 in Mittelitalien Bodenverschiebungen schnell erkannt werden, was eine schnelle Reaktion ermöglichte. Die Daten wurden in Finnland auch zur Überwachung der Waldverjüngung verwendet, was zu erheblichen Einsparungen und Einnahmen führte. Jeder Euro, der in den Weltraum investiert wird, kann zehn bis 100 Euro einbringen und lohnt sich daher, so Mindaugas Maciulevičius, [Rapporteur im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss](#).

Die neuen [Weltraummissionen](#) bringen wichtige technologische Fortschritte, wie die Verbesserung der Telekommunikation, der Navigation und der medizinischen Ausstattung. Sie fördern zudem die internationale Zusammenarbeit, die [Demokratisierung](#) und liefern wichtige Daten für die Bekämpfung des Klimawandels sowie für die Bewirtschaftung der Erdressourcen. Das Satellitennetz verbessert die internationale Konnektivität und die globalen Aufklärungsfähigkeiten.

Wie die Internationale Raumstation ISS zeigt, erfordern die hohen Kosten von Raumfahrtmissionen internationale Zusammenarbeit. Zu den [neuen kooperativen Raumfahrtbemühungen](#) gehören das US-Programm ARTEMIS, Organisationen wie die Internationale Astronautische Föderation und die International Space Exploration Coordination Group sowie Raumfahrtagenturen wie die Europäische Weltraumorganisation (ESA) oder die NASA. Im Jahr 2017 wurde zudem die Moon Village Association als erste internationale NGO gegründet, um die Zusammenarbeit bei bestehenden und geplanten Weltraummissionen zu fördern. Die Notwendigkeit der internationalen Zusammenarbeit wird jedoch noch deutlicher, wenn man sich die Rechtslage im Weltraum anschaut. Es gibt einen dramatischen Mangel an rechtlich durchsetzbaren internationalen Vereinbarungen. Neue private Akteure und Start-ups operieren nun zusätzlich im All, was zu vielfältigen Risiken führt. Seit Beginn des Raumfahrtzeitalters befinden sich rund 17 000 Satelliten in der Erdumlaufbahn. Es wurden etwa 6 500 Raketen ins All geschickt, was zu mehr als 9 500 Tonnen Weltraummüll führte.

Bestehende Verträge wie der UN-Weltraumvertrag von 1967 werden oft unterschiedlich ausgelegt. So interpretierte [Präsident Barack Obama 2015](#) den Vertrag dahingehend, dass zwar kein Anspruch auf das Territorium anderer Planeten erhoben werden könne, die Ressourcen aber nach erfolgreicher Ausbeutung in das Eigentum eines Staates übergehen. Dies unterstreicht die Notwendigkeit einer umfassenderen Gesetzgebung. Andere Verträge, wie der [Mondvertrag von 1979](#), schließen die USA und Russland nicht ein, und die [ARTEMIS-Vereinbarung](#) von 2020 schließt Russland und China aus. Es braucht jedoch einen gemeinsamen Standard für alle Weltraumakteure, um die Sicherheit und Nachhaltigkeit dieser Revolution zu gewährleisten.

Es braucht einen gemeinsamen Standard für alle Weltraumakteure.

Die Frage bleibt: Wie sind die Chancen für eine Einigung aller Staaten auf ein Gesetz? Beispielsweise will die ESA im Projekt [SOLARIS Solarzellen auf dem Mond](#) installieren. Wer müsste sein Einverständnis geben, damit sie dies durchführen kann? Bevor Staaten ganze Stationen auf anderen Planeten errichten, müssen die rechtlichen Bedingungen dringend geklärt werden.

Die Bemühungen der USA, eine [einheitliche Mondzeitzone](#) zu schaffen, scheinen der Beginn einer Debatte über die Bedingungen im Weltraum zu sein. Welch eine Ironie jedoch, sich darüber Gedanken zu machen, wenn sich die [Vereinten Nationen nicht einmal auf ein aktualisiertes Gesetz einigen können](#), um ein Wettüben im Weltraum zu verhindern. Ohne eine globale Regelung für den Einsatz von Weltraumwaffen könnte sich das zerstörerische Verhalten, das wir auf der Erde über Zeitzonen hinweg beobachten, jedoch leicht im Weltraum wiederholen.

Bisher beschränkten sich die Absichten der ESA vor allem auf die [Beobachtung und das Monitoring der Umwelt](#), wie zum Beispiel mit dem „[Green Dossier](#)“. Laut ESA-Generaldirektor Josef Aschbacher hat Europa jedoch erkannt, dass es an der Zeit ist, eine Führungsrolle bei der Bewältigung der Herausforderungen durch die sich rasch verändernden Grenzen des Weltraums einzunehmen. Der letzte [Weltraumgipfel 2023](#) konzentrierte sich auf die Stärkung der europäischen Ambitionen im Orbit. Inspiriert durch die erfolgreiche Zusammenarbeit der NASA mit privaten Unternehmen wie SpaceX, will die ESA mit privaten Entwicklern zusammenarbeiten und wettbewerbsfähiger werden, um [bis 2028 eine Besatzung zur ISS](#) zu schicken.

Die [Raumfahrtstrategie der Europäischen Union](#) zielt darauf ab, bis Ende dieses Jahres einen EU-Weltraumakt zu verabschieden. Und das ist gut so, denn wir haben keine Zeit zu verlieren. Um mit der internationalen Gemeinschaft mithalten zu können und nicht den Anschluss zu verlieren, muss Europa mehr in Raumfahrtprogramme investieren. Die EU sollte daher dringend ihre Kapazitäten ausbauen, da es momentan von den großen Weltraummächten abhängig ist. Es heißt, das Streben zum Mond sei nur der Anfang des Wettlaufs zum Mars. Da die Menschheit zunehmend in den Weltraum expandiert, muss Europa ein Mitspracherecht haben, wenn es darum geht, die Regeln festzulegen.



Celina Thadewaldt, Brüssel

Celina Thadewaldt studiert Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin und arbeitet im EU-Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Brüssel im Redaktionsteam der englischsprachigen Ausgabe von Internationale Politik und Gesellschaft.

https://www.ipg-journal.de/regionen/global/artikel/mit-voller-kraft-zum-mond-7641/?utm_campaign=de_40_20240723&utm_medium=email&utm_source=newsletter

09) Das Rennen ist wieder offen. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 627-18

22. Juli 2024

49. Jahrgang

Das Rennen ist wieder offen

Der Hinweis in der 20-Uhr-tagesschau auf eine anschließende Sondersendung bei **tagesschau24** hat mich davon abgehalten, mir den **Tatort** mit dem vielsagenden Titel „Warum“ anzuschauen. Darin geht es um einen ermordeten IT-Spezialisten, vielleicht jener, der mit dem fehlerhaften Update in der letzten Woche für weltweites Chaos sorgte?

Da war es doch spannender zu erfahren, wie sich die Lage im Präsidentschaftswahlkampf in den USA entwickelt. Aus tiefster Überzeugung und aus eigenen Stücken hat **Joe Biden** auf eine erneute Kandidatur nicht verzichtet. Er zeigte sich in den letzten Wochen uneinsichtig und seine markigen Worte, dass er Trump einmal besiegt hätte und er es wieder tun würde, waren lächerlich. Als er (*wenn man kein Glück hat, kommt noch Pech dazu*) seine Corona-Infektion zu Hause auskurieren wollte, fiel es ihm sichtlich schwer, bei der Ankunft die Gangway des Flugzeuges hinunterzusteigen. Biden wurde mit Nachdruck von den immer noch einflussreichen **Obamas** und **Clintons** sowie Geldgebern wie **George Clooney** geradezu zum Rückzug genötigt.

Darunter leiden die Verdienste von **Joe Biden** in seiner Präsidentschaft. Seine größte Leistung ist, die USA wieder zurück in die Wertegemeinschaft des Westens geführt zu haben, nachdem **Donald Trump** vier Jahre lang wie ein Elefant durch den Porzellanladen lief und die Welt mit seinem fragwürdigen Charakter, seinen Lügen und Verleumdungen belästigte. Es sollte Biden gegönnt sein, seine Präsidentschaft in Würde zum Ende zu führen. Eine Amtsübergabe an **Kamala Harris** würde diese auf den letzten Metern nur daran hindern, gegen **Donald Trump** Wahlkampf zu machen.

Joe Biden sollte es so machen, wie 1988 **Ronald Reagan**, als dieser seinen Vize-Präsidenten **George Bush sen.** bei allen nur denkbaren offiziellen Anlässen an seiner Seite zeigte. Mehr Werbung geht nicht. Und, es war erfolgreich, denn Bush wurde 1989 Reagans Nachfolger.

Die Diskussion, ob es denn demokratisch genug sei, ohne über mehrere Kandidaten beim Parteitag im August abstimmen zu lassen, sondern sich gleich auf Harris festzulegen, ist das Gegenteil von schlau. Es ist keine Zeit mehr für Vorwahlen. Wenn sich alle führenden Demokraten auf **Kamala Harris** verständigen

und sie im August offiziell nominiert wird, ist der Demokratie genüge getan.

Der Vorwurf, dass Harris in den letzten dreieinhalb Jahren zu blass war und zu wenig Akzente gesetzt habe, ist unbegründet. Für die Akzente ist der Präsident zuständig, für die Vize-Präsidentin bleiben Themen wie Migration und Abtreibung übrig, mit denen man, je nach Zielgruppe, wenig punkten kann. Ein Vizepräsident ist aber der natürliche Nachfolger eines Präsidenten.

Kamala Harris ist das komplette Gegenmodell zu **Donald Trump**, eine echte Alternative. Als ehemalige Staatsanwältin wird sie im Rede-Duell mit Trump dessen Lügen auseinandernehmen. Trumps Wahlkampf basiert auf purem Populismus gegen Einwanderer, ein Thema, das die Rechten in Europa auch bedienen. Und sein Versprechen zur sofortigen Beendigung des Krieges in der Ukraine wird sich als nicht haltbar erweisen.

Ansonsten kann Trump nur rumpöbeln, verleumden und verunglimpfen. Er missachtet die Justiz und behauptet immer noch, die Wahl 2020 gewonnen zu haben, obwohl dies in jedem Einzelfall widerlegt wurde. Noch schlimmer ist, dass er jetzt schon ankündigt, die Wahl im November nicht anzuerkennen, sollte er wieder verlieren. Mal ehrlich! So ein Mensch gehört doch weggesperrt!

Die Chance, die sich der Demokratischen Partei mit einer Kandidatin Harris eröffnet, ist, dass die Menschen in den USA genug von dem Müll haben, den Trump verbreitet. Bei seinen Hardcorefans ist Hopfen und Malz verloren, sie glauben inzwischen, dass **Gottes Sohn nicht Jesus, sondern Donald heißt**. Aber, die vielen anständigen Menschen in den USA müssen doch erkennen, welchen Schaden ihr Land mit diesem Präsidenten erneut nehmen würde.

Mit dem Studienreisen- und Jugendbegegnungs-Programm des Paper Press e.V. war ich über 30mal in den USA und hatte dabei zahllose Begegnungen mit Menschen in Städten und auf dem Land. Ja, es gibt sie, die unbelehrbaren Republikaner, aber vor allem auch die vielen anständigen Menschen, denen die Werte ihres Landes viel bedeuten.

Eigentlich macht es einen Unterschied, ob man jemand nur im Fernsehen sieht, oder in echt. In New York ist uns **Donald Trump** etliche Male über den Weg gelaufen. Arrogant und borniert. In echt genauso unsympathisch wie im Fernsehen. Möge **Kamala Harris** gegen ihn am 5. November gewinnen.

Ed Koch

1

10) Vanci, Vidi, Vici.

Der Aufstieg von Trumps Vize-Kandidaten J.D. Vance scheint nicht zu stoppen. Führt ihn der Weg bald selbst ins Weiße Haus?

Von Matthew Continetti

18.07.2024



Vom Mittleren Westen zu MAGA: Trumps „Running Mate“ J.D. Vance hat eine erstaunliche Wandlung hinter sich.- *picture alliance / AP | Michael Conroy*

Donald Trumps Verachtung gegenüber dem Establishment ist kein Geheimnis. Er provoziert, konfrontiert und untergräbt die Washingtoner Institutionen, ihre Medien, ihre Beraterschaft, ihre Euphemismen und ihren ungeschriebenen Verhaltenskodex. Dass er nun Senator J.D. Vance aus Ohio zu seinem [potenziellen Vizepräsidenten auserkoren hat](#), beweist einmal mehr, dass der Ex-Präsident gewillt ist, sich über politische Konventionen hinwegzusetzen.

Frühere Vizepräsidentenskandidaten wurden ausgewählt, um die Einheit innerhalb der eigenen Partei zu stärken, einen wichtigen Swing State zu erobern oder einen Außenseiter-Präsidenten beim Navigieren durch die Washingtoner Institutionen zu unterstützen. Vance erfüllt all diese Kriterien nicht. Andererseits war Trump natürlich nie ein typischer Kandidat. Mit seiner Entscheidung für Vance hat Trump wahrscheinlich schon weitaus mehr im Blick als nur die Wahl 2024: Er dürfte an 2028 und darüber hinaus denken – und daran, wie und wohin er die Republikanische Partei bis dahin führen will.

Als Donald Trump das letzte Mal einen Vizepräsidenten benennen musste, hatte er mehr Druck als heute: 2016 war er der Außenseiter gegen Hillary Clinton. Viele Republikaner, vor allem sozialorientierte und religiöse Konservative, betrachteten ihn mit Misstrauen. Damals wählte Trump Mike Pence aus, der enge Verbindungen zur evangelikal-christlichen Wählerschaft pflegte und bereits zwölf Jahre lang im Kongress gesessen hatte. Damit wollte Trump die Befürchtungen seiner Kritiker zerstreuen. Darüber hinaus war Pence auch schon Gouverneur eines Bundesstaates im Mittleren Westen gewesen. Trumps Plan war offenbar, dass Pence ihn beim Umgang mit Insidern und anderen mächtigen Entscheidungsträgern unterstützen könnte.

Die Allianz zwischen Trump und Pence hielt bis zum 6. Januar 2021, dem Sturm auf das Kapitol. Jetzt, da er nur knapp einem Attentat entgangen ist und laut Verfassung nur noch

eine weitere Amtszeit absolvieren kann, stellt Trump Loyalität zu ihm sowie sein Erbe über solche Vermittler-Qualitäten, auf die frühere Präsidenten bei der Nominierung von Vizepräsidenten geachtet haben. Trump scheint Vances persönliche Entwicklung vom einstigen Gegner zum loyalen Partner zu schätzen. Vance zeigt den Eifer eines zum Trumpismus Bekehrten und es ist unwahrscheinlich, dass sein Posten als Vizepräsident zukünftig als Einfallstor für einwanderungsfreundlichere oder interventionistische Republikaner dienen kann. Er verteidigte Trumps Verhalten nach der Wahl 2020 und sieht inzwischen die Feinde des Ex-Präsidenten als seine eigenen an.

Auch Vances Lebenslauf dürfte für Trump einen gewissen Reiz haben. Er wuchs in Armut auf, ging nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 zu den Marines, schrieb eine Bestseller-Autobiografie und wurde zum erfolgreichen Geschäftsmann. Vances Wurzeln in der Arbeiterklasse könnten durchaus die abgehängten Männer und Frauen in den ehemaligen Industrieregionen des Rust Belt ansprechen, auf die Trumps Wahlkampf insbesondere ausgerichtet ist. Ein weiterer potenzieller Vorteil ist Vances Alter. Die Republikaner stehen aktuell bei jungen männlichen Wählern vergleichsweise gut da und Vance könnte der Partei helfen, in dieser Bevölkerungsgruppe weiteres politisches Kapital zu schlagen. Darüber hinaus wird mit der Nominierung von Vance langfristig gedacht. Richard Nixon war beispielsweise ebenfalls 39 Jahre alt, als Dwight Eisenhower ihn 1952 zum Vizepräsidentenskandidaten machte. Nixon spielte in der Folge 22 Jahre lang eine zentrale Rolle in der US-amerikanischen Politik.

Trump dominiert die Republikanische Partei inzwischen so sehr, dass er es nicht einmal mehr für nötig hält, innerhalb der Partei Brücken zu bauen und neue Verbündete zu finden.

Trump dominiert die Republikanische Partei inzwischen so sehr, dass er es nicht einmal mehr für nötig hält, innerhalb der Partei [Brücken zu bauen](#) und neue Verbündete zu finden. Mit der Wahl von Vance hat er einen klaren Bruch mit den republikanischen Freihandelfans, vorsichtigeren Reformern und außenpolitischen Falken vollzogen, die ihm nach wie vor misstrauisch gegenüberstehen. Er ist der Ansicht, dass er deren Unterstützung schlichtweg nicht braucht, um zu gewinnen – und damit hat er vermutlich recht. Als relativ neuer Anhänger der „Make American Great Again“-Bewegung lehnte Vance die Außen- und Wirtschaftspolitik der Unterstützer der ehemaligen UN-Botschafterin Nikki Haley bei den diesjährigen Vorwahlen der Republikaner strikt ab. Seine Nominierung kann somit als ein weiterer Schritt in Trumps Plan angesehen werden, die alte Garde zu verdrängen und sich die Republikanische Partei komplett zu unterwerfen – angefangen damit, dass seine Kritiker in den Vorwahlen besiegt oder sie zum vorzeitigen Rücktritt gedrängt werden, bis hin zur Überarbeitung des Parteiprogramms, das in seiner Kürze, Knappheit und Zweideutigkeit durchaus Trumps eigene Persönlichkeit, seine Präferenzen, seine Vorliebe für das Improvisieren und seinen stets geschäftlich denkenden Ansatz widerspiegelt.

Unter Trump hat sich die „Grand Old Party“ von der Reagan'schen Dreifaltigkeit aus religiösem Konservatismus, möglichst ungezügelm Kapitalismus und falkischer Außenpolitik entfernt. Der neue Politikmix hat die Anziehungskraft der Partei dabei nicht geschmälert, sondern die potenzielle Wählerschaft um einige Minderheitengruppen vergrößert. Die politische Strahlkraft von Vance ist dabei noch nicht ganz klar. Aber: Ohio ist unter ihm rot geworden, Trump konnte dort sowohl 2016 als auch 2020 mit einem Vorsprung von acht Prozentpunkten gegenüber Clinton und Joe Biden gewinnen. In einer [Umfrage von CBS News und YouGov](#), die am Vorabend des Parteitages der Republikaner veröffentlicht wurde, lag Trump in jedem Swing State vor Biden, auch in den wichtigen Rust-Belt-Staaten Michigan, Wisconsin und Pennsylvania.

Seite E 38 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

Zurück zu Vance: Dieser ist weitgehend ein Neuling in Washington. Er wird im August 40 Jahre alt und wäre damit einer der jüngsten Vizepräsidenten in der amerikanischen Geschichte. Mit seinen zwei Jahren im Senat wäre er außerdem einer der am wenigsten erfahrenen Vizepräsidenten überhaupt. Sollte Trump gewinnen, wäre Vance aufgrund seiner „Jugendlichkeit“ und seiner kurzen Amtszeit Kamala Harris ähnlicher als allen anderen Vizepräsidenten der letzten Zeit. Trump würde als der erfahrene Mentor auftreten, Vance als der junge Lehrling.

Die Wahl von Vance ist das bisher deutlichste Zeichen dafür, wie Trump die Zukunft der Republikanischen Partei sieht.

Trump gilt im Allgemeinen nicht als ein geduldiger Lehrmeister oder als langfristiger Planer. Seine jüngsten juristischen Probleme und das Attentat könnten bei ihm aber für das Gefühl gesorgt haben, er müsse den Einsatz bei dieser Wahl erhöhen und nicht nur gewinnen, sondern etwas Längerfristiges aufzubauen. Dabei ist die Wahl von Vance das bisher deutlichste Zeichen dafür, wie Trump die Zukunft der Republikanischen Partei sieht. Wenn Vance Vizepräsident wird, dürfte er auch der republikanische Spitzenkandidat bei den Präsidentschaftswahlen 2028 werden. Diese Nominierung wird zwar umstritten sein, doch es zeigt sich bereits, wie sehr Trump wünscht, dass die Republikanische Partei auch nach seiner möglichen zweiten Amtszeit an Nationalismus, Populismus und „America First“ festhält.

Vance, der an der Yale Law School studiert hat, ist aktuell der wohl wortgewaltigste Verfechter der MAGA-Weltanschauung. Er gibt sich als scharfer Kritiker des Finanzsektors, der Unternehmensmonopole, des Freihandels, der globalen Interventionen der USA und der illegalen Einwanderung. Er findet andererseits lobende Worte für die organisierte Arbeiterschaft und für Industriepolitik. Er hat sich sogar progressiven Ikonen wie der demokratischen Senatorin Elizabeth Warren aus Massachusetts angeschlossen, um gegen die Macht der Wall Street vorzugehen, und er lobt die Arbeit von Lina Khan, der Vorsitzenden der Verbraucherschutzbehörde Federal Trade Commission. Derweil lehnte er das Zusatzgesetz zur nationalen Sicherheit ab, über das in diesem Jahr Militärhilfe für die Ukraine, Israel und Taiwan bereitgestellt wurde.

Vance, der an der Yale Law School studiert hat, ist aktuell der wohl wortgewaltigste Verfechter der MAGA-Weltanschauung.

Als Vance kürzlich auf der *National Conservatism Conference* in Washington sprach, wurde er dort wie ein Star begrüßt. Er sprach lässig und ungezwungen. Dabei vergaß er nicht, prominente Politikerinnen und Politiker im Publikum zu erwähnen, darunter Elbridge Colby, der sich für weniger Auslandseinsätze mit dem Ziel einer Eindämmung Chinas einsetzt, und Oren Cass, der eine [libertäre Wirtschaftspolitik kritisiert](#). Vance freute sich über den wachsenden Einfluss eines nationalistischen Populismus innerhalb der Republikanischen Partei. Mit Blick auf die Unterstützung für die Ukraine sagte er: „Auch wenn wir die Debatte nicht gewonnen haben, beginnen wir gerade, diese Debatte innerhalb unserer eigenen Partei zu gewinnen. Und ich denke, das ist viel wichtiger.“ Mit Vances Ernennung zum Vizepräsidenten würde eine klare MAGA-Führungsriege im Weißen Haus aufgebaut. Außenpolitische Zurückhaltung einerseits und staatliche Unterstützungsmaßnahmen für die Verteidigungsindustrie sowie zum Aufbau der heimischen Produktion andererseits würden dadurch begünstigt.

Vances schärfste Kritik auf der Konferenz galt der Migration: „Die wirkliche Bedrohung für die amerikanische Demokratie ist, dass die amerikanischen Wähler immer wieder für weniger Einwanderung stimmen und unsere Politiker uns immer wieder mit mehr belohnen.“

Seite E 39 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

Vance weiter: „Die Sache mit der Einwanderung ist, dass niemand daran vorbeikommt und leugnen kann, dass sie unsere Gesellschaft ärmer, unsicherer, weniger wohlhabend und weniger fortschrittlich gemacht hat.“ Seine eigene Philosophie fasste er mit den Worten zusammen: „Amerikanische Politiker sollten sich um die Amerikaner kümmern.“

Trump hat die Weltpolitik fast ein Jahrzehnt lang in Atem gehalten. Die Nominierung seines neuen „Lehrlings“ deutet darauf hin, dass der Trump-Stil, die Trump-Politik und die Anziehungskraft des Trumpismus auf nicht akademisch gebildete Wählerinnen und Wähler jeder Herkunft und ethnischen Zugehörigkeit die Republikanische Partei auch in den kommenden Jahrzehnten prägen und bestimmen werden.

© *New York Times*

Aus dem Englischen von Tim Steins



Matthew Continetti
Washington, D.C.

Matthew Continetti ist Fellow am American Enterprise Institute sowie Autor des Buches *The Right: The Hundred Year War for American Conservatism*.

https://www.ipg-journal.de/regionen/nordamerika/artikel/vanci-vidi-vici-7660/?utm_campaign=de_40_20240719&utm_medium=email&utm_source=newsletter

11) „Für die Basis kann es nicht aggressiv genug sein“.
Metin Hakverdi in Milwaukee über den Parteitag der Republikaner, einen
möglichen Wandel von Donald Trump und dessen Vize-Kandidaten J.D.
Vance

Interviews. Die Fragen stellte Nikolaos Gavalakis

16.07.2024



Immobilien-Mogul und „Hillbilly“: Regieren Donald Trump und J.D. Vance bald gemeinsam im Weißen Haus? - *picture alliance / Reuters | Elizabeth Frantz*

Die Fragen stellte [Nikolaos Gavalakis](#).

Wie ist die Stimmung beim Parteitag der Republikaner nur wenige Tage nach dem Attentat auf Donald Trump?

Zunächst einmal ist das Attentat natürlich das alles überschattende Ereignis. Am Flughafen, in den Restaurants, in den Kongresshallen: Alle reden über die Schüsse auf Trump bei dessen Wahlkampfauftritt in Pennsylvania. Die Sicherheitsvorkehrungen hier vor Ort sind dementsprechend groß. Der Andrang ist enorm. Überall wimmelt es von Sicherheitspersonal und Polizei. Der Parteitag wird von Zehntausenden Journalisten begleitet, ein Riesenergebnis. Wer nach dem Attentat eine nüchterne Atmosphäre erwartet hat, wird sich wundern. Die Stimmung bei den Republikanern ist sehr gut, nahezu euphorisch. Man glaubt, dass Trump nach der für Biden missglückten Präsidentschaftsdebatte und dem gescheiterten Attentatsversuch nun vollends die Oberhand hat. Die Partei steht geschlossen hinter ihrem Kandidaten. Viele meinen, Trump ist der Sieg im November nun nicht mehr zu nehmen.

Trump hat angekündigt, beim Parteitag für eine Überwindung der politischen Spaltung im Land einzutreten und dass der Wahlkampf etwas gemäßiger weitergehen solle. Wie glaubwürdig ist das und wie kommt ein präsidentieller, zurückhaltender Trump bei der republikanischen Basis an?

Es ist sehr klug von Trump, dies anzukündigen. Das Land hält nach dem Attentat gerade inne und es wäre schädlich, jetzt auf Angriff zu schalten. Das gilt für beide Seiten. Für die auf dem Parteitag vertretene Basis kann es allerdings gar nicht aggressiv genug sein. Die üblichen Scharfmacher wie Tucker Carlson, die hier auf Side-Events auftreten, teilen massiv

aus und werden dafür bejubelt. Ob Trump sich an seine selbst verschriebene Zurückhaltung hält, werden wir erst Donnerstag erfahren, wenn er selbst seine Nominierungsrede halten wird. Ich halte einen sich zurückhaltenden Trump für unwahrscheinlich, vielleicht sogar für unmöglich. Es entspricht schlicht nicht seiner Art, Politik zu machen. Außerdem ist es ja nicht nur er. Seine Gefolgschaft aus seiner eigenen Familie und der Partei haben seine inhaltlichen Positionen und stilistischen Mittel schließlich übernommen. Überall heißt es hier: „Biden lässt absichtlich Millionen von Migranten ins Land, um die USA zu kolonialisieren“, „Biden sexualisiert die Erziehung von Kindern in der Schule“ und „Biden hat die Inflation verursacht“. Die meisten Wortmeldungen haben überhaupt keine Zukunftsperspektive, sondern sind eine Fundamentalkritik an der derzeitigen Lage und der Politik von Joe Biden. Die gesamte Trump-Kampagne basiert auf Ablehnung. Es ist schwer vorstellbar, dass Trump nunmehr den Kurs ändert und zurückhaltender oder konstruktiver wird. Er müsste sich ganz neu erfinden. Das ist schon sehr unwahrscheinlich.

Die Attacke auf die Demokraten überlässt Trump derzeit anderen, wie zum Beispiel seinem frisch gekürten „Running Mate“ J.D. Vance. Wie ist seine Wahl als Kandidat für den Vize-Präsidentenposten zu beurteilen?

J.D. Vance ist in der Tat ein sehr interessanter Kandidat. Ein ehemaliger Trump-Kritiker, der die Seele der weißen Arbeiterschicht in seinem Buch Hillbilly Elegie beschrieben hat, die sich in einer ständig ändernden Welt abgehängt fühlt. Nachdem er die Seiten gewechselt hat und Trump nunmehr verehrt, ist er vor zwei Jahren zum Senator für den Bundesstaat Ohio gewählt worden. Im Gegensatz zu Trump hält er sich seit dem Attentat keineswegs zurück und macht die Demokraten für den Mordversuch direkt verantwortlich. Auf dem Parteitag teilen auch andere Republikaner heftig gegen die Demokraten und besonders gegen Biden und Vize-Präsidentin Kamala Harris aus. J.D. Vance zum Vizepräsidentenkandidaten zu machen, könnte ein dementsprechendes Kalkül sein: Trump wird etwas moderater, dafür teilt Vance aus. Diese Überlegung könnte von zwei Entwicklungen konterkariert werden: Erstens, schafft es Trump eventuell nicht, moderater zu sein, weil das einfach nicht sein Stil ist, und zweitens, könnte die aggressive Art von Vance moderatere Wählerinnen und Wähler in der Mitte des Parteienspektrums abschrecken. Wir werden im November sehen, ob die Rechnung aufgeht.

Trump wird etwas moderater, dafür teilt Vance aus.

Für uns in Europa ist die Wahl von J.D. Vance zum Vize-Kandidaten besonders heikel. Er spricht sich grundsätzlich gegen ein globales Engagement der USA aus und damit auch gegen die Unterstützung der Ukraine. Treu dem Trump-Motto „America First“ plädiert er für eine isolationistischere Haltung.

Viele Beobachter sind sich einig, dass Trump das Attentat und dessen Symbolik für sich nutzen kann. In den für die Wahl wichtigen Swing States lag er schon zuvor vor Biden. Ist das Rennen nun endgültig entschieden?

Nein, ich halte das für verfrüht. Es sind noch knapp vier Monate bis zur Wahl. Das ist unter Kampagnengesichtspunkten eine Ewigkeit. Bis November könnte nicht nur viel passieren, es wird auch noch ganz sicher viel passieren. Was wir alleine in den letzten zweieinhalb Wochen erlebt haben: das für Joe Biden sehr schlecht gelaufene TV-Duell, das zum Glück misslungene Attentat auf Trump und jetzt der Parteitag der Republikaner mit der Ernennung von Vance zum Vize-Kandidaten. Wir wissen ja nicht einmal sicher, wer auf demokratischer Seite gegen Trump antreten wird. Noch ist also nichts entschieden.

Seite E 42 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

Welche Reaktion ist in den nächsten Wochen von den Demokraten zu erwarten? Ihre Kampagne war bis dato größtenteils auf das Motto „Trump verhindern“ ausgerichtet. Werden sie diese Linie halten können?

Selbstverständlich werden die Demokraten weiterhin eine Anti-Trump-Kampagne fahren. Trump ist einfach so ein stark polarisierender Kandidat, dass die Auseinandersetzung mit ihm unverzichtbar für eine demokratische Präsidentschaftskampagne ist. Dazu könnten allerdings weitere Elemente kommen. Das hängt auch von den weiteren Entwicklungen ab. Die große Frage ist natürlich, ob die Demokraten den Kandidaten noch auswechseln werden. Trotz schwerwiegender Konsequenzen könnten sie damit wenigstens neuen Schwung in das Rennen bringen. Zweitens besteht die Möglichkeit, dass es nach dem Attentatsversuch eine vom Land getragene Sehnsucht nach Einigkeit geben könnte, die Trump wegen seines Naturells nicht erfüllen kann. Wir werden sehen. Die Demokraten müssen sich jetzt zwei grundsätzliche Fragen stellen? Haben wir den richtigen Kandidaten? Und: Reicht eine harte „Gegen-Trump-Kampagne“? Sie sollten möglichst bald die richtigen Antworten auf diese offenen Fragen finden.



Metin Hakverdi
Berlin

Metin Hakverdi ist Mitglied des Deutschen Bundestages sowie Berichterstatter für die USA im Europaausschuss für die SPD-Bundestagsfraktion.

https://www.ipg-journal.de/interviews/artikel/fuer-die-basis-kann-es-nicht-aggressiv-genug-sein-7657/?utm_campaign=de_40_20240716&utm_medium=email&utm_source=newsletter

12) Das ändert alles. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 627-09

14. Juli 2024

49. Jahrgang

Das ändert alles

Jeder Mord an Menschen ist verabscheuungswürdig. Da darf es keine Abstufungen geben. Das gilt auch für Mordversuche. Um Haaresbreite wäre heute früh (MESZ) **Donald Trump** bei einem Attentat getötet worden. Nicht nur für ihn, seine Familie und Freunde muss man von Glück sprechen, dass das Attentat misslang, denn es hätte in der aufgeheizten Stimmung in den USA zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen führen können.

Trump-Anhänger haben bereits vor einiger Zeit nicht ausgeschlossen, dass es zu einem Bürgerkrieg kommen könnte, wenn ihrem Idol wieder die Präsidentschaft gestohlen würde. Und: „*Donald Trump wirft seinen Gegnern politische Verfolgung durch die Justiz vor. Das kommt bei seinen Anhängern an. Manche phantasieren schon vom Bürgerkrieg.*“

10.08.2022 Frankfurter Allgemeine

Der von Trump angezettelte Sturm auf das Capitol am 6. Januar 2021 war der bislang größte Angriff auf die Freiheit und Demokratie der USA. Vor Strafverfolgung schützen ihn „seine“ Richter am Supreme Court. Trump lügt bei jedem seiner öffentlichen Auftritte schneller, als ein Faktencheck möglich ist. Trump ist ein durch und durch schlechtes Vorbild für jeden, der sich als Politiker ernsthaft und emphatisch um die Probleme der Menschen kümmern will. Das alles rechtfertigt nicht das Attentat auf ihn. Der Attentäter wurde „neutralisiert“ und ist tot. Sehr bald jedoch werden Hintergründe und Motive der Tat bekannt werden.

Das Attentat auf Trump ändert im laufenden Wahlkampf alles. Er, der sich immer als Opfer darstellte, weil sich die Justiz gegen ihn verbündet hat, weil man ihm den Wahlsieg stahl, und so weiter, kann sich jetzt erst recht als Opfer präsentieren. Das wird er tun und vermutlich Schuldige beim politischen Gegner, der für ihn mehr Feind als demokratischer Mitbewerber ist, suchen.

Bei einer Rede in Pennsylvania wird der Präsidentschaftskandidat der Republikaner am Ohr getroffen, der mutmaßliche Schütze ist offenbar tot. „Fight!“ ruft Trump, als er in Sicherheit gebracht wird, manche seiner Parteifreunde geben den Demokraten eine Mitschuld. Süddeutsche Zeitung

Die US-Regierung wertet das versuchte Attentat auf Donald Trump als Gefahr für die nationale Sicherheit. Trump wird bereits als Märtyrer inszeniert – das Ereignis ist eine Zäsur im US-Wahlkampf. Handelsblatt

Einige Optimisten hatten erwartet, dass **Joe Biden** doch noch seine Kandidatur zugunsten von **Kamala Harris** zurückzieht. Das ist unwichtig geworden. Seit heute ist es egal, wer gegen Trump antritt, weil niemand gegen einen Märtyrer gewinnen kann.

Ed Koch

1

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin

Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)

Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12082 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.pierereg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Textarchiv: www.paperpress.org

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form.
Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

13) Besuch beim „lieben Freund“.

Waffen und Öl: Indiens Premier Modi pflegt in Moskau die strategische Partnerschaft mit Putin. Doch auch Russland profitiert von der Beziehung

Von Herbert Wulf

11.07.2024



Modi widersteht dem westlichen Druck und zeigt, wie es um die Isolation Putins steht.- *picture alliance / Associated Press / Alexander Zemlianichenko*

Narendra Modi reiste diese Woche nach Russland, der erste Besuch bei Wladimir Putin seit fünf Jahren. Drei Dinge sind dem indischen Premierminister besonders wichtig: Indiens weltpolitische Rolle, die indische Konkurrenz mit China und die wirtschaftliche und militärische Partnerschaft mit Russland. Die beiden Regierungschefs trafen sich zuletzt bilateral 2021 bei einem Besuch Putins in Neu-Delhi. Nach seiner Ankunft in Moskau hob Modi auf der Plattform X die „spezielle und strategische Partnerschaft“ zwischen Indien und Russland hervor, die „unserer Bevölkerung zugutekommen wird.“

Was ist so „speziell“ an dieser „strategischen Partnerschaft“? Modi zeigt mal wieder, dass er sich geopolitisch nicht einfach einem Block anschließen will, sondern eine eigenständige Politik verfolgt. Eine ausbalancierte Politik, wie die indische Regierung gerne hervorhebt. Trotz der in den beiden letzten Jahrzehnten enger geknüpften indisch-US-amerikanischen Beziehungen und obwohl Indien ein begehrter Partner in der EU, in Japan und in Australien ist, wendet sich die indische Regierung keineswegs von Russland ab. Auch Moskaus Aggression gegen die Ukraine hat das nicht geändert. Der Versuch des Westens, Indien nach dem russischen Einmarsch in die Ukraine zu einer harten Haltung gegenüber Russland zu bewegen, ist kläglich gescheitert. Modi würdigte in Moskau das bilaterale Verhältnis zu Russland, das auf gegenseitigem Vertrauen und gegenseitigem Respekt basiere. Er vermied es, die russische Aggression zu verurteilen und sprach stattdessen nur sehr allgemein von der Notwendigkeit, Frieden zu schaffen.

Der Versuch des Westens, Indien nach dem russischen Einmarsch in die Ukraine zu einer harten Haltung gegenüber Russland zu bewegen, ist kläglich gescheitert.

Seite E 45 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

Gute Beziehungen zu Moskau reichen weit zurück bis in die Zeit des Kalten Krieges. Die Annäherung an die USA und deren Verbündete erfolgte erst in den letzten beiden Jahrzehnten. Und obwohl es schon lange her ist, haben Indiens politische Führer bis heute nicht vergessen, dass die Nixon-Regierung 1971 im Unabhängigkeitskampf Bangladeschs auf der Seite Pakistans gegen Indien stand, während die damalige Sowjetunion Indien politisch und militärisch stützte. Damals schlossen Indien und die UdSSR einen 25-jährigen „Vertrag für Frieden, Freundschaft und Kooperation“. Weil Indien heute ein begehrter Partner ist, kann es sich den diplomatischen Drahtseilakt leisten, je nach Interessenlage sowohl mit dem Westen als auch mit Russland zu kooperieren.

Vor der jetzigen Reise nach Moskau hatten indische Offizielle ausdrücklich betont, dass dieses Gipfeltreffen und die indisch-russischen Beziehungen nicht gegen Dritte gerichtet seien. Damit knüpft die indische Regierung an die Politik der Blockfreiheit an, die schon Indiens erster Premierminister Jawaharlal Nehru vor über sieben Jahrzehnten praktizierte und die Indiens Unabhängigkeit betonen soll. Heute spricht Indiens Außenminister Subrahmanyam Jaishankar nicht mehr von Blockfreiheit; er betont Indiens eigene Interessen, die es in „multiplen Bündnissen“ zu wahren gilt. Obwohl die Regierung [Modi innenpolitisch durch die jüngste Parlamentswahl geschwächt](#) ist, wird sich an der selbstbewussten und möglichst selbstbestimmten Außenpolitik vermutlich nichts ändern.

Indiens Annäherung an den Westen dient auch dazu, Verbündete gegen China zu finden.

Indiens Annäherung an den Westen dient auch dazu, Verbündete gegen China zu finden. Indien ist wegen Chinas Politik aufs Äußerste besorgt und hofft, seine Position gegenüber China zu stärken, in dem es im Indopazifik mit den USA kooperiert, auch in der Sicherheitspolitik. Die beiden asiatischen Großmächte Indien und China konkurrieren um Einfluss – in Asien und der Welt. Die gemeinsame Grenze im Himalaya ist seit Jahrzehnten umstritten. Nach dem indo-chinesischen Krieg um ein unbewohntes Territorium 1962, mit traumatischen Verlusten für Indien, kam es immer wieder zu Grenzscharmützeln, zuletzt mit Toten auf beiden Seiten im Jahr 2020. Alle Versuche, den Grenzkonflikt beizulegen, scheiterten. Derzeit herrscht zwischen Neu-Delhi und Peking Eiszeit.

Mit Sorge und großem Missfallen beobachtet die indische Regierung Chinas Vormarsch im Indischen Ozean. China hat stark in die Infrastruktur vieler Häfen in den Anrainerstaaten des Indischen Ozeans investiert. Hochrangige indische Marineoffiziere warnen vor Chinas großem Fußabdruck in Indiens Interessensphäre. Einige sehen sogar eine strategische Einkreisung Indiens durch China. Sie betrachten den Indischen Ozean als „Indiens Hinterhof“ und sprechen in Bezug auf die fast zwei Dutzend Häfen, an denen China beteiligt ist, von einer chinesischen „Perlenkette“. Mit dem Besuch in Moskau sendet Modi auch ein Signal an Xi Jinping, dass nicht nur China mit Russland eine „strategische Partnerschaft“ pflegt. Indien hat in den letzten Jahren stark aufgerüstet, um gegen China gewappnet zu sein.

Seit Jahrzehnten kooperiert Indiens Rüstungsindustrie mit Russland (beziehungsweise früher mit der Sowjetunion). Rund 60 Prozent des Waffenbestandes der indischen Streitkräfte stammen aus dieser Kooperation. Die Streitkräfte sind nach wie vor von russischen Waffenlieferungen und Ersatzteilen abhängig. Aber Indien ist bemüht, diese Abhängigkeit zu reduzieren. Seit der Annäherung an den Westen haben die USA nicht nur eine generelle Zusammenarbeit mit der indischen Rüstungsindustrie versprochen. Sie liefern jetzt auch modernste Rüstungstechnologie. Kampfjets kommen aus Frankreich, Raketen und Elektronik aus Israel. Indien versucht offensichtlich, seine Waffenquellen zu diversifizieren. Beim jetzigen Besuch in Moskau bekräftigten Russland und Indien, auch

weiterhin bei der Rüstung zu kooperieren. Aber die Zusammenarbeit mit westlichen Partnern ist für die künftige Rüstung Indiens bedeutsamer, weil die Streitkräfte die Priorität für russische Waffen deutlich abbauen wollen. Außerdem verwendet die russische Rüstungsindustrie derzeit fast sämtliche ihrer Kapazitäten auf die Versorgung der eigenen Streitkräfte für den Krieg gegen die Ukraine.

Indiens Streitkräfte sind nach wie vor von russischen Waffenlieferungen und Ersatzteilen abhängig.

Indiens Handelsbeziehungen mit Russland sind beträchtlich und sie haben im Gegensatz zum Rüstungssektor seit dem Beginn des Krieges in der Ukraine deutlich zugenommen. Denn die Regierung in Neu-Delhi hat sich konsequent geweigert, die vom Westen verhängten Sanktionen gegen Russland mitzutragen. Zwar ist der indische Export nach Russland kaum gestiegen, aber seit dem 24. Februar 2022 haben sich Indiens Importe aus Russland versechsfacht. Die Rohstoff- und Energieimporte aus Russland sind erheblich. Indien wurde nach China zum zweitwichtigsten Abnehmer russischen Öls, das Russland nur schwer auf den internationalen Märkten verkaufen kann. Russisches Öl wird in Indien verarbeitet und von dort exportiert, auch nach Europa. Indiens Import von verbilligtem russischem Erdöl hat dazu beigetragen, Russlands Kriegskasse zu füllen.

Und was ist für Russland an der Beziehung zu Indien von Bedeutung? Der Besuch Modis ist vor allem eine Möglichkeit für den Kreml zu zeigen, dass es weiterhin enge und starke Partnerschaften mit Ländern außerhalb des eigenen Einzugsbereichs gibt. Die vom Westen zgedachte Rolle des internationalen Parias kann Putin so vermeiden. [Indien versteht sich auch als Sprachrohr des Globalen Südens](#) und hat dessen Anliegen sowohl innerhalb der Gruppe der BRICS-Länder als auch während des [G-20-Gipfels im September 2023 in Neu-Delhi](#) auf die Tagesordnung gesetzt. Hier verlaufen die Interessen Russlands, Indiens, aber auch Chinas und generell des Globalen Südens parallel. Putin spricht oft von einer neuen, „multipolaren Weltordnung“, in der die internationalen Handels- und Finanzbeziehungen nicht mehr vorrangig von den USA beziehungsweise vom Westen bestimmt werden. Diese Forderung kann man sowohl in Peking als auch in Neu-Delhi, in Brasilia, in Pretoria und in vielen anderen Hauptstädten im Globalen Süden hören. Modis Besuch in Russland ist also auch eine Möglichkeit für den Kreml, die vom Westen angestrebte Isolation Russlands zu konterkarieren.



Herbert Wulf
Duisburg

Prof. Dr. Herbert Wulf ist ehemaliger Leiter des *Bonn International Center for Conflict Studies* (BICC). Er ist heute *Fellow* am BICC und am Institut für Entwicklung und Frieden (INEF) an der Universität Essen/Duisburg.

https://www.ipg-journal.de/regionen/global/artikel/besuch-beim-lieben-freund-7646/?utm_campaign=de_40_20240712&utm_medium=email&utm_source=newsletter

14) Signal an Peking.

Im Konflikt mit China vereinbaren Japan und die Philippinen einen Verteidigungspakt. Damit wappnen sich beide Länder auch für eine Rückkehr von Trump

Von Richard Heydarian

12.07.2024



Die philippinische Marine beobachtet ein Schiff der chinesischen Küstenwache: Die Zusammenstöße nehmen zu.-*picture alliance / Matrix Images / Mark R Cristino*

Vorausgegangen waren jahrelange intensive Verhandlungen, nun haben die Philippinen und Japan mit einem neuen Verteidigungspakt ihre militärische Zusammenarbeit gefestigt. Im Rahmen des jetzt unterzeichneten *Reciprocal Access Agreement* werden die beiden asiatischen Staaten Verfahrensregeln für gemeinsame Aktivitäten, bei denen Truppen eines Landes in dem anderen Land zu Gast sind, und einen Rechtsstatus für die Gasttruppen festlegen. Durch das neue Abkommen werden gemeinsame Militärmanöver sowie Hilfseinsätze in Katastrophenfällen erleichtert und die Interoperabilität zwischen den Japanischen Selbstverteidigungsstreitkräften und den Streitkräften der Philippinen verbessert.

Es gibt nur zwei weitere Staaten, mit denen Japan vergleichbare Abkommen geschlossen hat: Großbritannien und Australien. Beide sind nicht zufällig ebenso wie die Philippinen Verbündete der USA. Auch wenn es kein vollwertiges Bündnisabkommen ist, macht der neue Verteidigungspakt auf dramatische Weise deutlich, wie sehr Tokio und Manila sich in ihrer strategischen Ausrichtung und in ihrer Bedrohungswahrnehmung angenähert haben. Beide Länder erleben, wie China im Ost- und Südchinesischen Meer zunehmend auftrumpfend agiert. Besonders bedrohlich ist die Situation für die Philippinen: Schon etliche Male wäre es wegen Gebietsstreitigkeiten im Südchinesischen Meer beinahe zum offenen Konflikt mit China gekommen.

Allein im vergangenen Jahr gab es mindestens drei Zusammenstöße chinesischer Seestreitkräfte mit philippinischen Schiffen. Fünfmal setzte China Wasserkanonen gegen philippinische Schiffe ein, die in den umstrittenen Gebieten Patrouillen- und Versorgungsfahrten durchführten. Im Juni ging die chinesische Küstenwache noch einen Schritt weiter: Sie kaperte ein philippinisches Boot, das zur Second-Thomas-Untiefe unterwegs war, und entwaffnete gewaltsam die darauf befindlichen Marineoffiziere. An dem

heftig umstrittenen Riff ist ein philippinisches Militärkontingent stationiert. Durch den Vorfall stieg die Gefahr einer direkten bewaffneten Konfrontation, die zumal dann droht, wenn China dazu übergehen sollte, philippinische Truppen mit Gewalt aus umstrittenen Gebieten in der Region zu vertreiben. Vor allem aber wächst die Sorge über eine mögliche [chinesische Invasion Taiwans](#), das genau zwischen den Philippinen und Japan liegt.

Die Perspektive einer möglichen zweiten Amtszeit von Donald Trump ist für die Staaten in der Region ein weiterer gewichtiger Impuls, strategisch intensiver miteinander zusammenzuarbeiten.

Die intensiverte philippinisch-japanische Sicherheitspartnerschaft spiegelt zweierlei wider: Erstens die unter Führung der USA verfolgte Strategie der „integrierten Abschreckung“ gegenüber China und zweitens das offenkundige Bemühen der beiden asiatischen Länder, das eigene sicherheitspolitische Umfeld in ihrer Region strategisch stärker mitzugestalten. Die Philippinen sind bestrebt, ein verzweigtes Netzwerk von Sicherheitspartnerschaften aufzubauen, um nicht mehr so stark auf [Amerika angewiesen zu sein wie in der Vergangenheit](#), und Japan ist dabei, sich als tragende Säule einer regelbasierten Ordnung im indopazifischen Raum zu positionieren. Die Perspektive einer möglichen zweiten Amtszeit von Donald Trump, die am Ende womöglich noch disruptiver und transaktionaler ausfällt als die erste, ist für die Staaten in der Region ein weiterer gewichtiger Impuls, strategisch intensiver miteinander zusammenzuarbeiten.

Anfang des Jahres trafen sich in Washington US-Präsident Joe Biden, der philippinische Präsident Ferdinand Marcos Jr. und Japans Premierminister Fumio Kishida zum ersten Mal überhaupt zu einem trilateralen Gipfel der drei Länder. Bei ihrer von feierlichen Worten begleiteten Zusammenkunft im Weißen Haus beschworen die drei Regierungschefs das gemeinsame Ziel, durch langfristige strategische Zusammenarbeit „für die kommenden Jahrzehnte“ dafür zu sorgen, dass „im Indopazifikraum und darüber hinaus eine freie und offene internationale Ordnung bestehen bleibt, die auf dem Völkerrecht basiert.“ US-Präsident Joe Biden bekräftigte, sein Land bekenne sich „eisern“ zu seinen asiatischen Verbündeten – erst recht angesichts der eskalierenden Spannungen im Südchinesischen Meer. An China richtete der US-Präsident die Warnung, jeder bewaffnete Angriff auf philippinische Truppen oder auf zivile Schiffe und Flugzeuge werde den Beistandspakt zwischen den Philippinen und den USA auslösen.

Der US-Kongress drängte unterdessen auf ein neues bilaterales Verteidigungsabkommen, das mit einem Volumen von 2,5 Milliarden US-Dollar die jährliche Unterstützung für Manila im Rahmen des amerikanischen *Foreign Military Financing* mehr als vervierfachen würde. In dem Bewusstsein, wie wichtig wirtschaftliche Sicherheit und resiliente Lieferketten sind, boten Biden und Kishida den Philippinen zudem ein neues Paket von strategischen Investitionen an, die vor allem in den Ausbau kritischer Infrastrukturen fließen sollen.

Dem Dreiergipfel war eine Reihe hochrangiger Treffen der drei Länder vorausgegangen, insbesondere eine Zusammenkunft von US-Vizepräsidentin Kamala Harris, Marcos Jr. und Kishida sowie trilaterale Gespräche der jeweiligen nationalen Sicherheitsberater. Im vergangenen Jahr führten die Küstenwachen der drei Länder zum ersten Mal eine gemeinsame Übung durch. Eine tragende Rolle beim Zustandekommen der Dreiergruppe „JAPHUS“ (Japan-Philippinen-USA) spielte der philippinische Präsident Marcos Jr. persönlich: Vor seinem Antrittsbesuch in Tokio hatte er sich öffentlich für diesen Zusammenschluss starkgemacht, nachdem er zuvor bereits entschieden hatte, dem Pentagon im Rahmen des *Enhanced Defense Cooperation Agreement* Zugang zu weiteren Militäranlagen im Norden der Philippinen zu gewähren.

Seite E 49 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

Die trilaterale Partnerschaft JAPHUS ist Teil eines größer angelegten Pakets „minilateraler“ Initiativen unter Führung der USA.

Die trilaterale Partnerschaft JAPHUS ist Teil eines größer angelegten Pakets „minilateraler“ Initiativen unter Führung der USA. Die bekanntesten sind die Gruppe AUKUS (Australien-Großbritannien-USA), die Dreierallianz Japan-USA-Südkorea und die quadrilaterale Sicherheitspartnerschaft „Squad“ zwischen USA, Australien, Japan und den Philippinen. Diese Initiativen folgen alle demselben Organisationsprinzip: Sie sollen eine Strategie der „integrierten Abschreckung“ gegen ein neu erstarkendes China festigen. Ziel der USA ist es, mithilfe ihres weit verzweigten Netzwerkes von Allianzen Chinas Ambitionen in der Region einzudämmen.

Sowohl den Philippinen als auch Japan ist bewusst, dass Amerika für den Erhalt des Status quo in der Region eine unverzichtbare Rolle spielt. Andererseits sind sie entschlossen, ihre eigene strategische Handlungsfähigkeit zu stärken. Zum einen treibt die Ungewissheit um, wie es mit Amerikas Engagement in der Region weitergehen wird. Die Begleiterscheinungen einer zweiten Regierungszeit von Donald Trump wären heftige interne Machtkämpfe in Washington, ein Komplettumbau des dortigen sicherheitspolitischen Establishments zugunsten von Akteuren, die der Administration treu ergeben sind, sowie eine ungeniert unilateralistische und brutal transaktionale Außenpolitik, die zu Lasten der Verbündeten in Asien gehen würde.

Regionalstaaten wie die Philippinen wollen nicht als Stellvertreter der USA gegen ein erstarkendes China herhalten, sondern eine „unabhängigere“ Außenpolitik betreiben.

Hinzu kommt, dass Japan und die Philippinen beide stabile Kommunikationskanäle mit China aufrechterhalten wollen, das nicht nur ihr direkter Nachbar, sondern auch ein sehr [wichtiger Handelspartner](#) ist. Regionalstaaten wie die Philippinen wollen nicht als Stellvertreter der USA gegen ein erstarkendes China herhalten, sondern eine „unabhängigere“ Außenpolitik betreiben. Marcos Jr. hat wiederholt deutlich gemacht, dass er nicht vorhat, sich an der Seite einer Supermacht gegen eine andere Supermacht in Stellung zu bringen, und nannte die Vertiefung der Sicherheitspartnerschaft mit den traditionellen Verbündeten schlicht eine defensive Reaktion auf das Geschehen im Südchinesischen Meer, „auf die aggressiven Aktionen, denen wir ausgesetzt sind“.

Die Philippinen haben sogar das Angebot der USA abgelehnt, sie angesichts der andauernden chinesischen Schikanen gegen ihre Versorgungs- und Patrouilleneinsätze im Südchinesischen Meer direkt zu unterstützen. Der südostasiatische Staat setzt vielmehr auf die Modernisierung seiner eigenen Fähigkeiten im Bereich der Seesicherheit und will dafür in den nächsten zehn Jahren hochentwickelte Waffensysteme anschaffen. Vor allem aber wollen die Philippinen ihre Sicherheitspartnerschaften über die USA hinaus diversifizieren. Genau hier setzt die nun noch intensivere Sicherheitskooperation zwischen den Philippinen und Japan an. Das Land genießt sowohl bei den strategischen Eliten der Philippinen als auch bei deren Bevölkerung breiten Rückhalt und ist wichtigster Partner bei Entwicklungshilfe und Investitionen.

Japan wiederum übernimmt im Zuge seiner Doktrin des „diplomatischen Realismus“ sicherheitspolitisch mehr und mehr eine proaktive Rolle in der Region. Aufbauend auf der Arbeit des ermordeten Premierminister Shinzo Abe, der in den 2010er Jahren Japans Nachkriegs-Außenpolitik im Alleingang neu definiert hat, hat Fumio Kishidas Regierung das Ziel ausgegeben, [Japans Verteidigungsausgaben in den nächsten fünf Jahren](#) zu verdoppeln, gemeinsam mit wichtigen Partnern neue Waffensysteme zu entwickeln und –

besonders zentral – im Rahmen des neu aufgelegten Programms *Official Security Assistance* gleichgesinnte Staaten im Bereich der maritimen Sicherheit direkt zu unterstützen.

Der jetzt unterzeichnete Verteidigungspakt, der schon bald in beiden Ländern ratifiziert werden dürfte, soll die Verteidigungshilfe und den Export zunehmend hochentwickelter Waffensysteme in die Philippinen beschleunigen. Damit übernimmt Japan, das die philippinische Marine bereits mit Mehrzweckboten und Radarsystemen ausgestattet hat, im Kontext der sich zuspitzenden Auseinandersetzungen im Südchinesischen Meer eine noch zentralere Rolle für den Kapazitätsausbau des Landes im Bereich der maritimen Sicherheit.

Durch das neue Abkommen wird es zudem einfacher, bilaterale Militärübungen regelmäßiger und in größerem Stil abzuhalten. Dies wird die Interoperabilität zwischen japanischen und philippinischen Streitkräften drastisch verbessern, was gerade angesichts der Sorgen über einen möglichen Krieg im nahe gelegenen Taiwan besonders wichtig ist. Die Geografie spielt in diesem Zusammenhang eine entscheidende Rolle, denn sowohl Japan als auch die Philippinen haben (auf den Okinawa-Inseln und in Batanes) Militäreinrichtungen, die nicht weit von der taiwanesischen Küste entfernt sind. Entsprechend wichtig ist eine wirksame Koordinierung und breit angelegte Zusammenarbeit zwischen den beiden asiatischen Bündnispartnern, wenn es darum geht, für Abschreckung zu sorgen und mitzubestimmen, wie zentrale Konflikte in Asien am Ende ausgehen. Ungeachtet ihrer Allianz mit Washington sind die Philippinen und Japan entschlossen, ihre eigene Verteidigungsfähigkeit zu stärken, damit sie auf geopolitische Unsicherheiten und Krisensituationen in der Region wirksam reagieren können.

Aus dem Englischen von Andreas Bredenfeld



Richard Heydarian
Manila

Richard Heydarian ist Dozent an der *University of the Philippines, Asian Center* und Autor unter anderem von *The Indo-Pacific: Trump, China, and the New Struggle for Global Mastery* (Palgrave Macmillan, 2020). Als globaler Kolumnist schreibt er u.a. für die *New York Times*, *Foreign Affairs* und *The Guardian*.

https://www.ipg-journal.de/regionen/asien/artikel/signal-an-peking-7648/?utm_campaign=de_40_20240712&utm_medium=email&utm_source=newsletter

15) Weniger Zeigefinger, mehr ausgestreckte Hand.

Terrorismus und russischer Einfluss: Die internationale Gemeinschaft muss sich im Sahel weiter engagieren – und den Menschen Perspektiven bieten

Von Svenja Schulze

10.07.2024



In Mauretanien ist die Fischerei neben der Landwirtschaft und dem Tourismus einer der wichtigsten Sektoren.- *picture alliance / AA | Annika Hammerschlag*

„Hier wird Menschen Hoffnung gegeben, die gar keine mehr hatten.“ Mit diesen Worten beschreibt Mohamed Malha die Unterstützung, die er und andere aus Mali geflüchtete Menschen im westafrikanischen Mauretanien erhalten. Und er bringt damit auf den Punkt, warum sich die internationale Gemeinschaft weiter in der Sahel-Region engagieren muss: Um den Menschen in der krisengeschüttelten Region Zukunftsperspektiven zu bieten. Und um dem Terrorismus den Nährboden zu entziehen.

Mohamed Malha selbst ist – wie viele Tausende andere Menschen auch – vor dem Terrorismus und den gewaltsamen Konflikten aus seinem Heimatland Mali geflohen. In Mauretanien, einem der ärmsten Länder der Welt, erhält er Schutz und Unterstützung. Das Land hat etwa so viele Einwohner wie der Großraum Berlin – und bereits über 100 000 Menschen aus Mali aufgenommen. Damit bietet Mauretanien im Verhältnis mehr Menschen Zuflucht als die meisten anderen Länder der Welt – einschließlich Deutschland. Mohamed Malha und die anderen Flüchtlinge bekommen in Mauretanien die Chance auf eine bessere Zukunft. Zwar haben es die Flüchtlinge auf dem mauretanischen Arbeits- und Wohnungsmarkt nicht leicht, aber sie dürfen arbeiten und erhalten medizinische Versorgung. Der Schulbesuch für die Kinder ist kostenlos.

Die Bundesregierung unterstützt Mauretanien dabei, die Menschen aus Mali zu versorgen. Und sie setzt sich auch in den anderen Ländern der Sahel-Region dafür ein, den Menschen dort Zukunftsperspektiven zu bieten. Um dieses Engagement für die Menschen im Sahel weiter voranzubringen, habe ich letztes Jahr die Präsidentschaft der Sahel-Allianz übernommen. Das internationale Bündnis, bestehend aus zwölf Ländern und sechs internationalen Organisationen, koordiniert die internationale Entwicklungszusammenarbeit in den Sahel-Staaten Burkina Faso, Mali, Mauretanien, Niger und Tschad.

Seite E 52 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

Die international abgestimmte Unterstützung ist dringend nötig, denn im Sahel herrschen vielerorts Armut und Hunger. Gewalt und Konflikte sind an der Tagesordnung. Der Klimawandel trifft die Menschen dort zudem besonders hart, sie haben mit Dürren und Wasserknappheit zu kämpfen, mit Ernteaufschlägen und vertrockneten Böden. Das alles öffnet die Tür für den sich ausbreitenden Terrorismus. Denn die Menschen, die sich im Sahel Terrorgruppen anschließen, tun das meist nicht aus ideologischen Gründen. Sondern aus Verzweiflung und Perspektivlosigkeit. Weil die Terrorgruppen ihnen eine Einnahmequelle versprechen, die ihnen ansonsten fehlt. Und weil sie darin die einzige Möglichkeit sehen, ihre Familien zu ernähren.

Entwicklungspolitik ist elementarer Bestandteil einer nachhaltigen Sicherheitspolitik.

Dem stellt sich die Sahel-Allianz entgegen, indem sie die strukturellen Ursachen von Konflikten, Hunger und Armut angeht. Natürlich sorgen entwicklungspolitische Maßnahmen nicht allein für Sicherheit. Aber genauso klar ist: Es geht nicht ohne sie. Entwicklungspolitik ist elementarer Bestandteil einer nachhaltigen Sicherheitspolitik. Wenn es nicht gelingt, die Grundversorgung für die Bevölkerung im Sahel sicherzustellen und den Menschen durch Bildung und Jobs Perspektiven zu bieten, dann werden sich Krisen und Terror weiter ausbreiten. Und letztlich noch mehr Menschen in die Flucht getrieben. All das hätte nicht nur gravierende Auswirkungen für die gesamte Region, sondern auch für Deutschland und Europa. Denn wir brauchen eine stabile Nachbarschaft. Als rohstoffarme Exportnation sind verlässliche Partnerschaften und weltweite Handelsbeziehungen zudem essenziell.

Die Menschen im Sahel entwicklungspolitisch zu unterstützen, ist aus deutscher Perspektive deshalb absolut sinnvoll. Zumal wir damit auch dem russischen Einfluss in der Region etwas entgegensetzen. Russland hat seine Aktivitäten in der Region in den letzten Jahren erheblich ausgebaut und setzt dabei unter anderem auf gezielte Desinformation. Dem dürfen wir Europäerinnen und Europäer nicht tatenlos zuschauen. Wir dürfen Russland aus geopolitischen Gründen nicht das Feld überlassen, denn die Region ist Drehkreuz für Migrantinnen und Migranten und zudem energiepolitisch enorm wichtig. Es gilt zu verhindern, dass Russland Europa durch seinen Einfluss im Sahel unter Druck setzen kann – zum Beispiel, indem es Migration zur Destabilisierung einsetzt oder zukünftige Energielieferungen aus Afrika kontrolliert.

Am 15. und 16. Juli richtet das Bundesentwicklungsministerium in Berlin die Generalversammlung der Sahel-Allianz aus. Bei dem Treffen wird es darum gehen, wie die internationale Gemeinschaft den vielschichtigen Herausforderungen im Sahel am besten begegnen kann. Mein Präsidentschaftsprogramm sieht dafür drei zentrale Ansatzpunkte vor:

Erstens geht es darum, in den Ländern der Sahel-Region Bildung, Ausbildung und Beschäftigung zu fördern – und den Menschen damit ein verlässliches Einkommen und Chancen auf eine bessere berufliche Zukunft zu bieten. Zweitens sollen die Gesellschaften widerstandsfähiger gegenüber Krisen und klimabedingten Schocks – wie Dürren und Überschwemmungen – werden. Dazu gehören soziale Sicherungsnetze, die den Menschen in Krisensituationen schnelle finanzielle Hilfe bieten. Und dazu gehört auch, die Bäuerinnen und Bauern in der Region darin zu unterstützen, mit den immer schwierigeren klimatischen Bedingungen umzugehen. Denn mit angepassten Anbaumethoden können sie auch in trockenen Gebieten eine bessere Ernte einfahren. Und drittens sollen kommunale Strukturen gestärkt werden, damit sie den Menschen eine verlässliche Grundversorgung bieten. Dabei geht es um das Nötigste zum Leben wie etwa Wasser, Energie, Gesundheitsversorgung, Schulen und Marktplätze.

Seite E 53 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

Unsere Partnerinnen und Partner haben das besserwisserische, koloniale Gehabe westlicher Staaten satt.

Der aktuelle Fünf-Jahres-Bericht der Sahel-Allianz zeigt, dass diese Ansätze erfolgreich sind. Durch die Initiativen der Mitglieder haben bereits über acht Millionen Menschen besseren Zugang zu Trinkwasser erhalten – in der heißen und von Dürren geprägten Sahel-Region von essenzieller Bedeutung. Mehr als 2,3 Millionen Menschen verfügen nun über eine bessere Stromversorgung, um ihre Häuser zu beleuchten, Felder zu bewässern und Maschinen zu betreiben. Und mehr als 160 000 kleine und mittlere Unternehmen wurden dabei unterstützt, vor Ort Arbeitsplätze zu schaffen und die lokale Wirtschaft anzukurbeln.

Bei der Generalversammlung der Sahel-Allianz in Berlin wird es auch darum gehen, den Dialog mit unseren Partnerinnen und Partnern in der Region weiterzuführen. Das wird nicht einfach, denn nach den Militärputschen in Mali, in Burkina Faso und im Niger in den letzten Jahren steht die Sahel-Allianz vor der Herausforderung, ihre Beziehungen zu den Sahel-Ländern neu zu definieren. Gemeinsam gilt es auszuloten, wie die Allianz die Menschen in der Region – trotz der schwierigen politischen Situation – bestmöglich dabei unterstützen kann, die Herausforderungen wie Armut, Hunger und Dürren zu bewältigen. Und wie es gelingen kann, eine weitere Ausbreitung von Gewalt und Terrorismus in der Region zu verhindern.

Damit Deutschland und die EU angesichts der geopolitischen Herausforderungen mitgestalten können, müssen wir die besseren Partnerinnen und Partner sein. Wir müssen Angebote machen, von denen beide Seiten langfristig profitieren und die keine neuen Abhängigkeiten schaffen. Hier kommt es auch auf unsere Haltung an, denn unsere Partnerinnen und Partner haben das besserwisserische, koloniale Gehabe westlicher Staaten satt. Gefragt ist weniger Zeigefinger und mehr ausgestreckte Hand. Das ist im Interesse der Menschen im Sahel – und im Interesse Deutschlands.



Svenja Schulze

Berlin

Svenja Schulze ist seit Dezember 2021 Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Zuvor war sie Bundesministerin für Umwelt. Schulze ist zudem Präsidentin der Sahel-Allianz.

https://www.ipg-journal.de/regionen/afrika/artikel/weniger-zeigefinger-mehr-ausgestreckte-hand-7642/?utm_campaign=de_40_20240712&utm_medium=email&utm_source=newsletter

16) Nur das kleinere Übel?

Irans neuer Präsident Peseschkian ist dem konservativen Establishment des Landes verpflichtet. Dennoch könnte seine Präsidentschaft eine Chance sein

Von Hanna Voss

09.07.2024



picture alliance / NurPhoto | Morteza Nikoubazi

In den Artikeln zur Wahl des reformistischen Kandidaten Massud Peseschkian zum neuen iranischen Präsidenten war in den vergangenen Tagen oft von „Überraschung“ die Rede. Irans Wählerinnen und Wähler hätten wieder einmal bewiesen, dass sie unberechenbarer handeln, als viele annahmen. Der politische Prozess, gar die Demokratie in Iran, sei noch nicht tot. Auf solche Einschätzungen folgten erbitterte Reaktionen: Wer den politischen Entscheidungsprozess in Iran als solchen legitimiere, mache sich zum Komplizen des Regimes. Wer schreibt, dass Peseschkians Wahl eine Überraschung gewesen sei, lasse die Strippenzieher-Rolle Ali Chameneis außer Acht und betreibe damit Regime-Propaganda.

Wieder einmal scheint es in der ohnehin extrem polarisierten Iran-Debatte in Deutschland und anderswo schwerzufallen, zwischen politischer Analyse und politischer Positionierung zu unterscheiden. Da spielt es dann auch keine Rolle mehr, dass zahlreiche dieser Einschätzungen von renommierten iranischen Analytinnen oder Analysten stammen. Es ist nun einmal so, dass mit Blick auf die jüngsten Präsidentschaftswahlen in Iran mehrere Sachen gleichzeitig wahr sein können: Massud Peseschkian, 69 Jahre alt, Herzchirurg und ehemaliger Gesundheitsminister, wird der erste reformistische Präsident seit Mohammad Chatami werden, der von 1997 bis 2005 im Amt war und der Peseschkian bei dieser Wahl unterstützte. Dass Peseschkian die Wahl für sich entscheiden konnte, hat viele Analytinnen und iranische Bürger überrascht. Traditionell benötigten Reformkandidaten eine Stimmenmehrheit von deutlich über 50 Prozent. Von niedrigen Wahlbeteiligungen profitierten in der Vergangenheit stets die Hardliner.

Es ist genauso wahr, dass der konservativ dominierte Wächterrat Peseschkians Kandidatur niemals abgesegnet hätte, hätte der Oberste Führer Ali Chamenei nicht zugestimmt. Vermeintlich aussichtsreichere Kandidaten des Reformlagers wie Ali Laridschani wurden bereits zum wiederholten Male disqualifiziert. Es ist also davon auszugehen, dass genau

Seite E 55 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

der Kandidat der Reformer zugelassen wurde, den man mutmaßlich am besten kontrollieren kann. Als ein sogenannter „reformist loyalist“, ein systemergebener Reformist, erschien Peseschkian dem politischen Establishment rund um Chamenei womöglich als kleinstes Übel. Wie zum Beweis unterstrich Peseschkian seine Unterstützung für Chamenei in den TV-Debatten zur Wahl wie keiner der anderen Kandidaten.

Vermeintlich aussichtsreichere Kandidaten des Reformlagers wurden bereits zum wiederholten Male disqualifiziert.

Doch anders, als bei dem von Anbeginn für Ebrahim Raisi orchestrierten Wahlerfolg von 2021, ließ man dieses Mal immerhin einen Reformkandidaten zu. Dennoch wird es eine Rückkehr zu einem islamistischen Pluralismus, der in der Vergangenheit zwar begrenzten, aber doch regen politischen Wettbewerb erlaubte und Männer wie Chatami und Rohani zu Präsidenten machte, nicht geben. Dafür ist die Macht längst zu geschlossen und systematisch in den Händen der Hardliner konzentriert. Peseschkian wird ein schwächerer Präsident werden, als es andere Reformer in dieser Rolle waren. Und bislang deutet nichts darauf hin, dass er das System herausfordern wird.

Das politische Kalkül sah wohl vor, nach zuletzt historisch niedriger Partizipation die Wahlbeteiligung nach oben zu schrauben. Womöglich hatte das politische Establishment auch befürchtet, der vollständige Ausschluss von Reformkandidaten oder aber eine offensichtliche Manipulation der Wahlen, wie sie im Jahr 2009 Millionen von Iranerinnen und Iranern auf die Straßen trieb, könnten erneute Proteste auslösen. Keine Protestbewegung wurde so brutal niedergeschlagen wie die Frau-Leben-Freiheit-Bewegung nach dem gewaltsamen Tod von Jina Mahsa Amini im Herbst 2022. Bilder, die das Regime im Augenblick verhindern will.

Die Strategie ging jedoch nicht auf: 40 Prozent in der ersten Runde und damit die niedrigste Wahlbeteiligung seit 1979 verdeutlichten, dass die Mehrheit in Iran an eine Veränderung über das Mittel des Urnengangs nicht mehr glaubt. Zu sehr hat sich die Islamische Republik in den vergangenen Jahren als reformresistent erwiesen, zu selten das zusehends marginalisierte Reformlager bewiesen, dass es willens ist, Veränderungen zu schaffen. Auch die Reformer wollen schließlich keine Überwindung des Systems der Islamischen Republik, sondern bestenfalls dessen Anpassung an aktuelle Entwicklungen.

Doch gerade der Glaube daran, dass zumindest das möglich ist, ist in den vergangenen Jahren fast vollständig erloschen. Das spiegeln auch die nicht einmal 45 Prozent wider, die in der ersten Runde am 28. Juni für Peseschkian stimmten. Die Aufstellung eines Reformkandidaten bedingte keinen Aufwärtstrend in der Wahlbeteiligung und entzündete innerhalb der reformistisch orientierten Bevölkerung keinen Funken. Auch, weil die traditionelle Basis des Reformlagers, die iranische Mittelschicht, extrem stark von Misswirtschaft, Korruption und den Folgen westlicher Sanktionen betroffen, seit Jahren stetig schrumpft.

Peschkian selbst ist ein tief religiöser Mann, der schon bei seiner Kandidatur augenblicklich die Rolle Chameneis als Oberstem Führer und damit auch politischem Taktgeber hervorhob. Trotzdem ist sein Sieg eine Weigerung der Iraner, sich der fortdauernden Abwärtsspirale zu ergeben, die durch eine Wahl des ultrakonservativen Hardliners Saeed Jalili wohl noch beschleunigt worden wäre. Er zeigt, dass es eben nicht so einfach ist, die Hoffnung auf jedwede noch so kleine Verbesserung des eigenen Lebens im eigenen Land aufzugeben, wenn man selbst unmittelbar betroffen ist. Viele derer, die dazu aufriefen, die Wahl zu boykottieren, um ihr keinerlei Legitimität zu verschaffen, hätten die Folgen eines Jalili-Sieges eben auch nicht zu spüren bekommen. Die Wahlbeteiligung

Seite E 56 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

bei der Stichwahl lag mit etwa 50 Prozent höher als in Runde eins. Zahlreiche Iranerinnen und Iraner gaben an, Peseschkian gewählt zu haben, um Jalili zu verhindern. Dieser galt selbst manchen Vertretern in Hardliner-Kreisen als zu radikal.

Die Aufstellung eines Reformkandidaten bedingte keinen Aufwärtstrend in der Wahlbeteiligung.

Peseschkian strebt Reformen an, da er glaubt, das System brauche Veränderungen. Auch Jalili ist davon überzeugt, will sie aber in die andere Richtung vorantreiben. Ihm gehen noch immer viele Regelungen in der Islamischen Republik nicht weit genug. Seine Präsidentschaft hätte den Paria-Status Irans im Westen voraussichtlich gestärkt und womöglich weitere Sanktionen zur Folge gehabt, die die Bevölkerung ohnehin schon hart treffen. Immerhin 13,5 von 61,5 Millionen wahlberechtigten Iraner haben für ihn gestimmt, was auch zeigt, wie groß in etwa der Anteil derer ist, die hinter einer solchen Ausrichtung der Islamischen Republik stehen.

Peseschkian hat im Wahlkampf angekündigt, die seit langem bestehenden Internet-Beschränkungen zu lockern und sich „voll und ganz“ gegen Polizeipatrouillen zur Durchsetzung der Kopftuchpflicht für Frauen einzusetzen. „Einsetzen“ ist an dieser Stelle wohl das Schlüsselwort, da seine Möglichkeiten natürlich begrenzt sein werden. Er versprach außerdem, mehr Frauen und ethnische Minderheiten wie Kurden und Belutschen in seine Regierung einzubeziehen, die Inflation zu senken, die derzeit bei etwa 40 Prozent liegt und in den letzten Jahren „die Nation erdrückt“ habe. In einer Debatte mit Jalili schätzte Peseschkian den Bedarf Irans an ausländischen Investitionen auf etwa 200 Milliarden US-Dollar, die ihm zufolge nur durch eine Verbesserung der internationalen Beziehungen bereitgestellt werden können. Peseschkian will „konstruktive Beziehungen“ mit allen Ländern des Westens außer Israel, um Iran aus seiner Isolation zu befreien.

Die Wahl Peseschkians macht einen Unterschied. Sie zeigt, dass viele Iranerinnen und Iraner sich schlicht eine Verbesserung ihres Lebensstandards wünschen. Niemand hofft auf einen echten politischen Reformprozess, einen Wandel gar, sondern einfach darauf, dass eine dem Westen wieder zugewandtere Politik einige der zahlreichen Alltagsorgen erleichtern würde. Womöglich war es sogar in Chameneis Interesse, über den Umweg eines Reform-Präsidenten die wirtschaftliche Lage seines Landes zu verbessern, um die intern notwendigen Spielräume zu schaffen, die er für die Regelung seiner Nachfolge benötigt. Wahrscheinlicher ist, dass selbst Chameneis Kontrolle Grenzen hat – und diese da verlaufen, wo eine gewisse Eigensinnigkeit der Iraner anfängt. Die 16,3 Millionen, die am 5. Juli ihre Stimme für Peseschkian abgegeben haben, haben die Wahl, so orchestriert sie auch war, entschieden. Das sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass der bei Weitem größte Teil der iranischen Bevölkerung in dieser Islamischen Republik für sich und seine Kinder keine Zukunft sieht und sich einen grundlegenden politischen Umbruch wünscht: ein neues System.

Die Wahl Peseschkian macht einen Unterschied.

Deshalb sollten auch die Warnungen vieler Aktivisten der Diaspora nicht ungehört bleiben, die nun befürchten, jetzt, da wieder ein für den Westen vergleichsweise akzeptabler Kandidat im Amt ist, würden auch die Menschenrechtsverletzungen, die alltägliche und systematische Diskriminierung von Frauen und Minderheiten sowie die brutalen Repressionen gegen Demonstrierende wie schon in der Vergangenheit achselzuckend hingenommen. Tatsächlich drückten Europa und die USA etwa zu Zeiten von Rohani und seinem in westlichen Hauptstädten beliebten Außenminister Javad Zarif, der womöglich auch unter Peseschkian wieder eine Schlüsselrolle besetzen wird, in Anbetracht des

Seite E 57 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

verhandelten Atomabkommens von 2015, oft alle Augen sehr fest zu. Die immer stärker militarisierte imperiale Ausbreitung Irans im Mittleren Osten wurde nahezu ignoriert. Die direkten Folgen davon beobachten wir heute. Ernsthafte Versuche, Iran zu dessen Eindämmung zu bewegen, gab es keine.

Überdies hatten jene vergleichsweise engen Beziehungen zum iranischen Regime zur Folge, dass Anliegen der Zivilbevölkerung wenig Gehör fanden. Die Bande, die in den arabischen Ländern der Region während des Arabischen Frühlings insbesondere zu Vertretern der Zivilgesellschaft, marginalisierten Gruppen und ethnischen Minderheits-Communities geknüpft wurden, suchte man in Iran nicht.

Die Politik der Entspannung und Diplomatie galt dem Versuch, mehr Stabilität und Frieden in der Region zu schaffen. Diese Politik war nicht falsch – aber sie war unvollständig. Sie ließ Anliegen von Menschenrechtsgruppen und -aktivisten außer Acht, scherte sich kaum um bereits damals inhaftierte und misshandelte Frauen im Evin-Gefängnis und suchte keine Mitstreiter in der Zivilgesellschaft. Ein Zurück zu dieser Politik darf es nicht geben. Und doch kann die Präsidentschaft Peseschkians eine Chance sein, mit Iran wieder ernsthaft über Dinge zu verhandeln, die heute genauso wichtig sind wie vor zehn Jahren: Stabilität im Mittleren Osten, das iranische Atomprogramm und Menschenrechte.



Hanna Voss
Beirut

Hanna Voss war Redakteurin für die *taz am Wochenende* und ist nun im Auslandsbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Beirut tätig.

https://www.ipg-journal.de/regionen/naher-osten/artikel/nur-das-kleinste-uebel-7638/?utm_campaign=de_40_20240709&utm_medium=email&utm_source=newsletter

17) Eskalation des Schattenkriegs.

Die mit dem Iran verbündete Hisbollah und Israels Armee liefern sich einen immer heftigeren Schlagabtausch. Lässt sich ein Bodenkrieg noch verhindern?

Von David Ramin Jalilvand & Jannis Grimm & Gil Murciano

08.07.2024



Um den Raketenbeschuss dauerhaft zu unterbinden, müssten die Israelischen Verteidigungskräfte tief in libanesisches Gebiet vordringen. -picture alliance / AP | Ohad Zwigenberg

Die Lage an Israels Grenze zum Libanon spitzt sich zu. Die Angst vor einem neuen Krieg, der die ganze Region erfassen könnte, ist derzeit präsenter denn je. Dabei war selbst der Gaza-Krieg nie nur auf den Gazastreifen begrenzt. Die libanesische Hisbollah zeigte sich von den Terrorangriffen der Hamas am 7. Oktober 2023 zwar überrascht. Doch nur einen Tag später trat die stärkste nicht-staatliche Kraft in der iranischen „Achse des Widerstands“ in den Krieg ein und begann, wengleich widerwillig, mit Angriffen auf israelische Militäreinrichtungen.

Seitdem sind neun Monate vergangen, in denen sich Hisbollah und die israelischen Streitkräfte einen immer heftigeren Schlagabtausch lieferten. Das [ACLEED-Projekt](#), welches Daten zu gewaltsamen Konflikten erhebt, registrierte seit dem 7. Oktober mehr als 7 400 Angriffe über die 120 Kilometer lange Grenze. Satellitenbilder, Radardaten und Statistiken zeigen, wie weite Teile des Südlibanon verwüstet und in eine menschenleere Pufferzone verwandelt wurden. Und auch Israels Norden wurde empfindlich getroffen. Mehr als 150 000 Menschen wurden auf beiden Seiten der Grenze durch die Kampfhandlungen vertrieben, mindestens 543 Libanesen und 21 Israelis getötet. Dennoch waren beide Seiten lange Zeit darauf bedacht, die Eskalation nicht auf die Spitze zu treiben – die Konflikttintensität blieb über Monate stabil. Diese Situation droht nun jedoch zu kippen, ein Bodenkrieg zwischen Israel und Hisbollah scheint zum Greifen nahe.

Beschränkten die Hisbollah ihre Angriffe über Monate auf militärische Ziele, so zeigte sie mit Drohnenflügen über Haifa zuletzt ihre Fähigkeiten, auch Zivilisten weit im israelischen Landesinneren zu treffen. Ein erfolgreicher Raketenangriff auf eine israelische Iron-Dome-Batterie demonstrierte zudem, dass die israelische Luftabwehr kein unüberwindbares

Seite E 59 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

Hindernis darstellt. Ohnehin besteht in Israel die Sorge, dass man einem Angriff nicht standhalten könnte, sollte Hisbollah ihr gesamtes Arsenal an Raketen und Selbstmorddrohnen zum Einsatz bringen. Tel Aviv erhöhte vor diesem Hintergrund mit Luftschlägen auf hochrangige Hisbollah-Kommandeure den Einsatz. Israels Verteidigungsminister Yoav Gallant sagte hierzu, sein Land suche keinen Krieg, könne den Libanon jedoch im Falle des Falls „[in die Steinzeit zurückversetzen](#)“.

Die Zeichen stehen unmissverständlich auf Sturm. Das legen auch die strategischen Dilemmata der involvierten Konfliktparteien nahe. Für Israel ist die Situation an der Nordgrenze unhaltbar. Lange vermied der jüdische Staat, sich den Zeitpunkt eines neuen Krieges im Norden diktieren zu lassen und priorisierte den Aufbau der eigenen Resilienz. Im Kontext von Kriegsmüdigkeit und einer Legitimitätskrise der amtierenden Regierung herrscht mäßiger Enthusiasmus in der Bevölkerung für die Eröffnung einer zweiten, potenziell deutlich verlustreicheren Front im Norden. Doch ist die derzeitige Vertreibung zehntausender Bürgerinnen und Bürger aus grenznahen Gebieten ein innenpolitisches Pulverfass. Nur wenn es der Regierung gelänge, die militärischen Kapazitäten der Hisbollah signifikant zu schwächen, könnte sie den Binnenvertriebenen glaubhaft eine sichere Rückkehr in ihre Dörfer ermöglichen. Auf der anderen Seite verringert die aktuelle weitgehende Evakuierung des Nordens aber auch die unmittelbaren Kosten einer möglichen Bodenoffensive.

Hisbollah weiß um den hohen Blutzoll, den ein neuerlicher Krieg mit Israel fordern würde.

Zudem meinen einige regierungsnahen Strategen, es sei an der Zeit, Israels Sicherheitsproblem im Norden ein für alle Mal zu lösen. Der 7. Oktober hat das in Israel lange Zeit dominante Paradigma, man könne die Konflikte in der Nachbarschaft managen, schwer erschüttert. Verschwunden ist die Überzeugung, unter Inkaufnahme gelegentlicher Militäroperationen, Seite an Seite mit seinen Feinden koexistieren zu können. Stattdessen diskutiert die israelische Öffentlichkeit die Notwendigkeit, möglichen Sicherheitsbedrohungen stärker proaktiv zu begegnen, wenn nötig auch auf Kosten einer Eskalation des Schattenkriegs mit Teheran.

Hierbei kommen auch die iranischen Fortschritte beim Atomprogramm zum Tragen: Sollte der Iran israelische oder US-amerikanische Angriffe auf sein Territorium nuklear abschrecken können, wäre er nicht mehr gleichermaßen auf verbündete Milizen wie Hisbollah angewiesen. Diese könnten dann offensiver gegen Israel agieren. Die Islamische Republik hat hier die Zeit auf ihrer Seite, was Israel veranlassen könnte, eher früher als später neue Fakten zu schaffen.

Gleichzeitig fehlt eine klare Idee, was Israel mit einem Militäreinsatz überhaupt erreichen könnte. Die Schaffung einer demilitarisierten Zone im Südlibanon entspräche im Grunde der heutigen Situation: Luftangriffe, Artilleriebeschuss und der Einsatz von weißem Phosphor haben einen Großteil des Gebiets nördlich der Grenze unbewohnbar gemacht. Dies hat die Sicherheit Israels jedoch nicht merklich verbessert. Um den Raketenbeschuss dauerhaft zu unterbinden, müssten die Israelischen Verteidigungsstreitkräfte tief in libanesisches Gebiet vordringen und dieses halten. Dies könnte Israel erneut in eine Besatzungssituation verwickeln, aus der sie sich – ähnlich wie im Jahr 2000 – möglicherweise nur noch mit Mühe befreien könnten.

Dass sich die Hisbollah von den israelischen Kriegsdrohungen beeindrucken lässt, scheint daher zweifelhaft. Im Kontext des Gaza-Kriegs hat die Miliz ihr ramponiertes Image als Widerstandsbewegung dadurch wiederbelebt, dass sie einen dauerhaften Waffenstillstand

Seite E 60 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

in Gaza zur Grundbedingung für Verhandlungen gemacht hat. Sie weiß um den hohen Blutzoll, den ein neuerlicher Krieg mit Israel fordern würde. Gleichzeitig sieht sie aber auch das innergesellschaftliche Spaltungspotenzial, das ein solcher Krieg für Israel birgt.

Der Iran würde einer erheblichen Schwächung der Hisbollah nicht tatenlos zusehen.

Nicht zuletzt sind viele Hisbollah-Mitglieder angesichts der bescheidenen Performance der israelischen Streitkräfte gegen die Qassam-Brigaden im viel kleineren und umzäunten Gazastreifen der Auffassung, man könne der israelischen Armee durchaus standhalten. Bislang ging die Hisbollah noch aus jedem Krieg gestärkt hervor. Diesmal verfügt sie zudem über ein [gewaltiges Arsenal von schätzungsweise 130 000 Raketen](#), darunter ballistische Raketen, die den Süden Israels erreichen könnten. Ihre Einheiten sind gut ausgebildet und haben im syrischen Bürgerkrieg Kampferfahrung gesammelt. Ferner verschärft wird die Gemengelage durch den Umstand, dass Hisbollah heute ein zentraler Bestandteil der iranischen Sicherheitsarchitektur ist.

Die Rettung Assads und die faktische Übernahme des libanesischen Staates haben der Gruppe einen besonderen Status innerhalb von Teherans „Achse des Widerstands“ verschafft. Hisbollah-Chef Hassan Nasrallah wird von einigen bereits als potenzieller Erbe der religiös-politischen Autorität Chameneis gehandelt. Fiele die Hisbollah, wäre Teherans Einfluss in der Levante empfindlich geschwächt. Milizen in Irak und Syrien hätten wenig Anreiz, weiter auf Teheran zu setzen, wenn Iran der Hisbollah nicht zur Seite spränge. Ohnehin drängen viele dieser Gruppen darauf, Teheran solle seinen martialischen Worten gegen Israel endlich Taten folgen lassen.

Der Iran würde einer erheblichen Schwächung der Hisbollah daher wohl nicht tatenlos zusehen. In die Kampfhandlungen eingreifen könnten die zahlreichen mit Iran verbündeten Milizen, die Teheran erst Anfang des Jahres im Rahmen einer Vereinbarung mit den USA nur mit Mühe gebremst hat. Möglich wären auch Angriffe gegen US-Stellungen im Nahen Osten. Der aktuell „kalte Frieden“ zwischen Teheran und Washington wäre aufgekündigt. Schließlich besteht auch die Gefahr einer direkten Konfrontation zwischen Iran und Israel. Die rote Linie eines direkten Angriffs auf das Territorium des anderen wurde bereits im April überschritten.

Es spricht wenig dafür, dass Hisbollah, Iran und Israel diese verfahrenere Situation aus eigener Kraft auflösen werden. Die internationale Gemeinschaft ging bislang davon aus, dass auf keiner Seite echtes Interesse an einer Eskalation besteht. Vermittlungsversuche fokussierten daher vor allem auf wechselseitige Kommunikation von Positionen, um Missverständnissen und Fehleinschätzungen sowie einer nicht intendierten Eskalation vorzubeugen. Niemand will einen Krieg – so das Mantra des bisherigen Konfliktmanagements.

Für Israel ist die Situation im Norden nicht länger tragbar.

Dieses Paradigma wurde von der Realität überholt. Die Konfliktparteien bewegen sich rapide auf ein Szenario zu, in dem es für sie erfolgversprechender sein könnte, zu eskalieren, als den Status quo zu erhalten. Für Israel ist die Situation im Norden nicht länger tragbar. Die Hisbollah wiederum ist zunehmend überzeugt davon, dass Israel ohnehin früher oder später eine Bodenoffensive im Südlibanon starten wird. Sie zeigt daher wenig Bereitschaft für Konzessionen und rüstet auf.

Diese Transformation der Konfliktdynamik erfordert ein anderes internationales Engagement als bisher. Dieses darf sich nicht länger auf Mediation beschränken, sondern

Seite E 61 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

muss gezielt die Kalküle der Akteure zu verändern suchen und ihnen einen gesichtswahrenden Ausweg aufzeigen. Die Schaffung neuer Anreizstrukturen darf Europa nicht anderen überlassen. Von vielen Regionalakteuren, die als mögliche Vermittler im Gespräch sind, ist kein ernsthaftes Engagement zur Verhinderung eines Krieges zu erwarten. Weder Ägypten noch die Golfstaaten sind gewillt, in Sachen Gaza oder Libanon in den Ring zu steigen.

Umso stärker sind Israels europäische Partner gefordert – schon aus Eigeninteresse. Für den Libanon wäre ein Krieg eine Katastrophe und verbunden mit weitreichenden humanitären Folgen. Doch seine Schockwellen würden im gesamten Nahen Osten und Mittelmeerraum spürbar. Die ohnehin fragile Lage in der weiteren Region droht vollends zu eskalieren.

Innenpolitisch wäre, im Kontext einer erstarkenden Rechten, ein Exodus von Kriegsflüchtlingen aus dem Libanon und der Region – darunter Hunderttausende Syrerinnen und Syrer, die dort Zuflucht gefunden haben – für die europäischen Demokratien eine echte Belastungsprobe. Gleiches gilt für die Preissteigerungen und Produktionsengpässe, die eine Blockade zentraler Welthandelsrouten nach sich zöge.

Unterschätzt wird überdies, wie sehr die Lage im Libanon mit der in Gaza zusammenhängt. Es gibt kaum ein Szenario, in dem eine Eskalation im Norden nicht auch die Gewalt im Gazastreifen neu entfacht und eine Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts torpedieren würde. Letztlich ist es allein deshalb kaum vorstellbar, dass sich Europa aus den Kampfhandlungen heraushalten könnte. Sollte Israel existenziell bedroht werden, wird sich insbesondere Deutschland gezwungen sehen, sein Prinzip der Staatsräson mit Leben zu füllen. Um dieses Szenario zu verhindern, braucht es eine Initiative von außen. Der Einsatz war selten so hoch.



David Ramin Jalilvand, Berlin

Dr. David Jalilvand ist Analyst und Berater mit Fokus auf Entwicklungen an der Schnittstelle von Außenpolitik, Wirtschaft und Energie im Mittleren Osten. Er ist Geschäftsführer der Orient Matters GmbH in Berlin. Unter anderem berät er das Iran-Projekt der Friedrich-Ebert-Stiftung, das er zuvor im Rahmen seiner Arbeit für das Nahost- und Nordafrika-Referat der FES in Berlin leitete.



Jannis Grimm, Berlin

Dr. Jannis Julien Grimm leitet die Forschungsgruppe *Radikale Räume / Radical Spaces* am Berliner Zentrum für interdisziplinäre Friedens- und Konfliktforschung der Freien Universität Berlin.



Gil Murciano, Tel Aviv

Dr. Gil Murciano ist der CEO von *Mitvim (Israeli Institute for Regional Foreign Policies)*. Er ist Mitglied der *Adjunct Faculty* der *Hertie School of Governance* Berlin, wo er als Dozent für Internationale Politik des Nahen Ostens tätig ist.

https://www.ipg-journal.de/regionen/naher-osten/artikel/eskalation-des-schattenkriegs-7633/?utm_campaign=de_40_20240709&utm_medium=email&utm_source=newsletter

18) Bereit für die ganz große Bühne.

Die Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit strebt eine globale Friedensrolle an. Wie agiert Moskau?

Von Alexandra Sitenko

05.07.2024



Gastgeber Kasachstan bietet allen Teilnehmern den großen Auftritt.- *picture alliance / Sipa USA / Kommersant Photo Agency*

Kaum ist der G7-Gipfel in Apulien vorbei, laufen im Westen schon die Vorbereitungen für den NATO-Gipfel vom 9. bis 11. Juli in Washington, die aktuell die Berichterstattung dominieren. Es lohnt sich jedoch auch, einen Blick auf die Gipfeldiplomatie in der eurasischen Region zu werfen, wo China und Russland ihren politischen Handlungsspielraum auszuweiten versuchen und Mittelmächte wie Kasachstan an Bedeutung auch über Zentralasien hinaus gewinnen. Am 4. Juli ging in der kasachischen

Seite E 63 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

Hauptstadt Astana das 24. Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten der Schanghai Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) zu Ende – einer Organisation, deren Mitglieder zusammengenommen fast die Hälfte der Weltbevölkerung repräsentieren und auf die etwa ein Viertel des globalen BIP und [15 Prozent des Welthandels](#) entfallen.

Das Treffen fand diesmal unter dem Motto „Stärkung des multilateralen Dialogs – Streben nach dauerhaftem Frieden“ statt und wurde zum ersten Mal im Format SOZ+ abgehalten. Neben dem Beobachter Mongolei nahmen daran auch die Dialogpartner Aserbaidschan, Katar, Vereinigte Arabische Emirate, Türkei und Turkmenistan teil. UN-Generalsekretär António Guterres war ebenso erstmals bei einem SOZ-Treffen anwesend. Allein diese erhebliche Erweiterung des Formats macht das diesjährige Treffen besonders. Doch auch weitere Elemente deuten auf eine mögliche Veränderung beziehungsweise Aufwertung der Organisation in den kommenden Jahren hin.

Die SOZ ist eine regionale Organisation, die ihren Mitgliedstaaten eine Plattform für Dialog und Zusammenarbeit bietet. Gegründet wurde sie ursprünglich, um nach dem Zerfall der Sowjetunion Stabilität und Sicherheit in der zentralasiatischen Region zu gewährleisten und gemeinsam Extremismus, Terrorismus und Separatismus zu bekämpfen. Im Jahr 1996 wurde zunächst die Gruppe der Shanghai Fünf gegründet, der Russland, China, Kasachstan, Kirgisistan und Tadschikistan angehörten. In diesem Rahmen wurden die ersten Abkommen über militärische vertrauensbildende Maßnahmen unterzeichnet. 2001 trat Usbekistan der Gruppe bei und am 15. Juni 2001 nahm die Shanghai Organisation für Zusammenarbeit ihre Arbeit auf. Im Jahr 2017 wurden Indien und Pakistan Vollmitglieder der SOZ und 2023 wurde der Iran als neues Mitglied aufgenommen.

Die ursprünglich asiatische Organisation verwandelte sich dieses Jahr mit der Aufnahme von Belarus in eine eurasische.

Das Gipfeltreffen in Astana begann damit, dass Belarus als zehntes SOZ-Vollmitglied begrüßt wurde. Die ursprünglich asiatische Organisation verwandelte sich dieses Jahr mit der Aufnahme eines ausschließlich europäischen Landes in eine eurasische, was ihre geografische, aber auch potenziell politische und ökonomische Reichweite vergrößert. Wie aus dem Abschlussdokument allerdings deutlich hervorgeht, bleibt Zentralasien das Herzstück der SOZ. Das hat auch seine Berechtigung, denn die Region ist nach wie vor für die regionale Stabilität sowie für die Extremismus- und Terrorismusbekämpfung von entscheidender Bedeutung.

Darüber hinaus gewinnt sie aktuell an Relevanz als Transportroute von China nach Europa, wie etwa über die Transkaspische Internationale Transportroute, auch bekannt als Mittlerer Korridor. Der Ausbau der eurasischen Transportkonnektivität durch die Schaffung effizienter Synergien zwischen mehreren Transportrouten, die durch das Gebiet der SOZ-Länder verlaufen – wie etwa Chinas Megaprojekt *One Belt, One Road*, der Mittlere Korridor und der über Indien, Iran, Aserbaidschan und Russland verlaufende Nord-Süd-Korridor –, wurde auf dem diesjährigen Gipfel als einer der Schlüsselbereiche für die künftigen Aktivitäten der SOZ identifiziert. Neumitglied Belarus wird aufgrund des Zugangs zu Westeuropa als wichtiges Element zur Bildung eines gemeinsamen eurasischen Verkehrsraums betrachtet.

Schließlich wurde betont, dass die Zusammenarbeit innerhalb der Organisation als Grundlage für die Schaffung einer unteilbaren Sicherheitsarchitektur in Eurasien dienen kann – eine Initiative, die möglicherweise auf das Bemühen Russlands zurückzuführen ist,

Seite E 64 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

angesichts des Konflikts mit dem Westen die Schaffung eines eurasischen Integrationsraums voranzutreiben. Seit 2016 [strebt](#) Moskau die Bildung der Großen Eurasischen Partnerschaft in Handel, Wirtschaft und Sicherheitspolitik an. Dafür sollen die Potenziale einzelner Staaten sowie regionaler Organisationen – wie der Eurasischen Wirtschaftsunion, der SOZ und des Verbands Südostasiatischer Nationen – gebündelt werden.

Die Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit möchte sich auch bei globalen Fragen stärker beteiligen.

Somit wurden auf dem Treffen in Astana die Konturen der Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit als eurasische Organisation geschärft. Der Gipfel könnte der Vorbote bedeutender geopolitischer Entwicklungen in Zentralasien und Eurasien der kommenden Jahre sein. Doch die Organisation möchte sich auch bei globalen Fragen stärker beteiligen.

Wie das Motto des diesjährigen Gipfels bereits andeutet, strebt die SOZ zunehmend eine Rolle als globaler Friedens- und Sicherheitsakteur an. Im Abschlussdokument wird mehrfach die Notwendigkeit realistischer Kompromisse und Konfliktlösungen ausschließlich durch Dialog und mit friedlichen Mitteln bekräftigt. Vor dem Hintergrund zunehmender geopolitischer Spannungen verlieren bestehende Plattformen zur Lösung von Konflikten wie der Sicherheitsrat der UN in der Tat an Wirksamkeit. Die Länder des sogenannten Globalen Südens fordern eine größere Mitsprache in den internationalen Angelegenheiten und eine gerechtere Weltordnung – und sie agieren bereits in diese Richtung. Vor diesem Hintergrund bekräftigen die [SOZ-Mitgliedstaaten in ihrer Erklärung](#) ihr Bekenntnis zu einer „repräsentativeren, demokratischeren, gerechteren und multipolaren Weltordnung, die auf den allgemein anerkannten Grundsätzen des Völkerrechts, der kulturellen und zivilisatorischen Vielfalt sowie einer vorteilhaften und gerechten Zusammenarbeit zwischen den Staaten beruht, wobei die Vereinten Nationen eine zentrale koordinierende Rolle spielen“.

In der einstimmig beschlossenen Deklaration äußern sich die Mitglieder zwar zu den aktuell drängenden Fragen, die entsprechenden Äußerungen bleiben jedoch weitgehend allgemein.

Angesichts des kommenden 80. Jahrestags der Gründung der Vereinten Nationen will die SOZ einen Beitrag leisten, indem sie auf Vorschlag des kasachischen Präsidenten die Initiative „Über die weltweite Einheit für gerechten Frieden, Harmonie und Entwicklung“ beschloss und die Weltgemeinschaft dazu eingeladen hat, sich ihr anzuschließen. Noch liegen allerdings nur wenige Informationen über die Inhalte dieser Initiative vor. Außerdem: Will die SOZ sich in der globalen Friedens- und Sicherheitspolitik profilieren, muss sie zu den konkreten globalen Fragen Stellung beziehen. In der einstimmig beschlossenen Deklaration äußern sich die Mitglieder zwar zu den aktuell drängenden Fragen, die entsprechenden Äußerungen bleiben jedoch weitgehend allgemein und hinter den Erwartungen zurück, insbesondere was die Lösungen der gegenwärtig heißen Konflikte betrifft.

Was den palästinensisch-israelischen Konflikt anbetrifft, wird die Besorgnis über die Eskalation zum Ausdruck gebracht. Die „Aktionen, die zu zahlreichen Opfern unter der Zivilbevölkerung und der katastrophalen humanitären Lage im Gazastreifen geführt haben“, werden verurteilt, ohne jedoch die Hamas oder Israel explizit zu nennen. Etwas deutlicher wird darauf hingewiesen, dass „der einzig mögliche Weg, um Frieden und Stabilität im Nahen Osten zu gewährleisten, eine umfassende und gerechte Lösung der palästinensischen Frage“ sei.

Überraschenderweise wird der Krieg in der Ukraine in der Abschlusserklärung nicht explizit erwähnt. Eine eindeutige Positionierung wurde offensichtlich ausgeklammert, um die Konsensfähigkeit des Abschlussdokuments nicht zu gefährden. Bei mehreren bilateralen Treffen wurde es angesprochen: Der türkische [Präsident Erdoğan etwa sprach mit dem chinesischen Machthaber Xi Jinping](#) über die Gefahr einer Ausweitung des Konflikts.

Als eine Anspielung darauf in der Abschlusserklärung lässt sich die Kritik an der einseitigen Verhängung von Sanktionen interpretieren, welche mit den Grundsätzen des Völkerrechts unvereinbar sei und negative Auswirkungen auf Drittländer habe. Gleichzeitig werden die Achtung der Souveränität und der territorialen Integrität von Staaten, die Nichteinmischung in innere Angelegenheiten und die Nichtanwendung sowie die Nichtandrohung von Gewalt als Grundlagen für eine nachhaltige Entwicklung der internationalen Beziehungen betont. Das könnte als ein Hinweis an Russland gedeutet werden und den Wunsch der SOZ demonstrieren, sich als ein ernst zu nehmender und verantwortungsbewusster globaler Akteur zu positionieren.

Doch um als globaler Lösungsfinder glaubwürdig zu erscheinen, müsste die SOZ die eigenen Mitglieder befrieden und das Konfliktpotenzial in den eigenen Reihen einhegen. Zum Beispiel wird die Entscheidung des indischen Premierministers Narendra Modi, nicht zum SOZ-Gipfel zu fahren und sich von seinem Außenminister Subrahmanyam Jaishankar vertreten zu lassen, [von einigen indischen Mediendamenten erklärt](#), dass er aufgrund von bilateralen Spannungen ein Treffen mit dem chinesischen Präsidenten Xi Jinping und dem pakistanischen Premierminister Shahbaz Sharif vermeiden wollte. Es kam jedoch am Rande des *summit* zu einem [Treffen der Außenminister Indiens und Chinas](#). Beide kamen überein, bilaterale Gespräche und Maßnahmen fortzusetzen, um eine baldige Lösung der verbleibenden Probleme an der Grenze zu erreichen. An diesem Beispiel zeigt sich gleichzeitig die wichtige Funktion der SOZ als Dialogplattform zur Erörterung von schwierigen Fragen unter ihren Mitgliedern.

Der SOZ-Gipfel in Astana zeigt einmal mehr, dass die Bedeutung von Mittelmächten wächst.

Insgesamt zeigt der SOZ-Gipfel in Astana einmal mehr, dass die Bedeutung von Mittelmächten wächst. Diese Erkenntnis teilte auch der diesjährige Gastgeber, der kasachische Präsident [Qassym-Schomart Toqajew](#), [in einem Gastbeitrag](#): „Da die Großmächte immer weniger bereit sind, dem multilateralen Prozess zu vertrauen, und die kleineren Länder nicht über den nötigen Einfluss verfügen, ist es die Aufgabe der Mittelmächte, die Führung zu übernehmen.“ Spätestens seit 2022 haben unter anderen Indien, Südafrika, die Türkei und Saudi-Arabien mit ihrem auffälligen Engagement für multilaterale Reformen sowie bei der Vermittlung und der Suche nach Lösungen im Ukraine-Krieg diese Tendenz bestätigt.

Was die SOZ anbetrifft, wird diese Organisation heute stärker wahrgenommen als zuvor, auch im Kontext der Suche nach Lösungen für aktuelle militärische Konflikte. Die Präsenz des UN-Generalsekretärs António Guterres auf dem Gipfel in Astana ist ein Indiz für eine Aufwertung. Nach [Ansicht des UN-Generalsekretärs](#) können UN und SOZ zusammenarbeiten und dazu beitragen, die verschiedenen Weltteile zu vereinen und den Schaden zu begrenzen, der durch die Konfrontation zwischen den Supermächten entstanden ist. Es ist damit zu rechnen, dass diese regionale Organisation in den kommenden Jahren an einer Festigung und Vertiefung ihrer Strukturen arbeiten wird. Derzeit werden die Vorschläge über die Einrichtung eines SOZ-Investitionsfonds sowie einer SOZ-Entwicklungsbank erörtert.

Der SOZ-Gipfel verdeutlicht auch einen sich seit einigen Jahren abzeichnenden Trend: Angesichts der Krise der *Global Governance* und der schleppenden UN-Reform gewinnen multilaterale Vereinigungen wie [BRICS+](#) sowie regionale Organisationen wie die SOZ an Attraktivität. Diese Formate als alternative Plattformen zur Suche nach Lösungen und zur Schaffung einer gerechteren Weltordnung sind zwar durch die dominante Rolle großer Player wie China und Russland gekennzeichnet, werden aber in zunehmendem Maße von aufstrebenden Mittelmächten vorangetrieben.



Alexandra Sitenko
Berlin

Dr. Alexandra Sitenko ist unabhängige Politikberaterin und Wissenschaftlerin aus Kasachstan.

https://www.ipg-journal.de/regionen/global/artikel/bereit-fuer-die-ganz-grosse-<buehne-7628/?utm_campaign=de_40_20240705&utm_medium=email&utm_source=newsletter

01) Grund zur Sorge?

Die militärische Lage der NATO gegenüber Russland ist komplexer, als es die reinen Verteidigungsausgaben vermuten lassen

Von Holger Janusch

25.07.2024



NATO-Übung in Griechenland.-picture alliance / Zumapress | U.S. Army

Seit dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine stehen die Unterfinanzierung und der Reformbedarf der Bundeswehr im medialen und politischen Fokus. Deutschland sei nicht verteidigungsfähig oder kriegstüchtig; eine Zeitenwende nötig. Auf der Gegenseite halten Stimmen aus politischen Parteien, wie der AfD, BSW, Linken und dem linken Flügel der SPD, aber auch aus der Wissenschaft eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben für unnötig oder gar gefährlich. Erstens führe eine Aufrüstung zu einem Wettrüsten und erhöhe die Gefahr einer Eskalation mit Russland. Zweitens bestehe kein Grund zur Sorge, da die Verteidigungsausgaben der NATO im Vergleich zu Russland um ein Vielfaches höher sein. So wird häufig betont, dass in 2023 die NATO-Staaten [1341 Milliarden US-Dollar](#), davon entfallen 916 Milliarden auf die Vereinigten Staaten, für Verteidigung ausgaben, während Russlands Verteidigungsetat nur 109 Milliarden US-Dollar umfasse. Die NATO-Staaten geben im Vergleich zu Russland somit das Zwölfwache für Verteidigung aus: also kein Grund zur Sorge.

Ein kritischer Blick auf die Daten belegt jedoch, dass die militärische Lage ausgeglichener ist, als es die Verteidigungsausgaben nahelegen. Allen voran sollten Verteidigungsausgaben zur Bestimmung der Bedrohungslage unter Berücksichtigung der Kaufkraftparität miteinander verglichen werden. So lassen sich in vielen Ländern, wie Russland oder China, für jeden Dollar relativ mehr militärische Waren und Dienstleistungen kaufen als in den meisten NATO-Staaten, darunter die Vereinigten Staaten und Deutschland. [Peter E. Robertson](#) entwickelte eine Methode zur Berechnung der Wechselkurse für militärische Kaufkraftparität. Bei der Betrachtung der Verteidigungsausgaben nach Kaufkraftparität ändert sich die Bewertung der militärischen Lage drastisch. Das Verhältnis bei den Verteidigungsausgaben der NATO-Länder gegenüber Russland liegt dann nicht mehr bei 12:1, sondern nur noch bei [4:1](#).

Ohne die Vereinigten Staaten als Bündnispartner läge das Verhältnis sogar bei unter 2:1. Ein Wegfall der USA als zuverlässiger Verbündete wäre mit der Wiederwahl Donald Trumps denkbar, insbesondere wenn keine fairere Lastenverteilung zwischen den NATO-Staaten erreicht wird. Zu Recht beklagen nicht nur Donald Trump, sondern beide Parteien in Washington, dass die Vereinigten Staaten eine unverhältnismäßige Last des Bündnisses tragen. Zusätzlich wäre durch den Wegfall amerikanischer Kommandostrukturen, Logistik, militärischer Aufklärungsfähigkeiten und nachrichtendienstlicher Zusammenarbeit der Schaden für die europäische Verteidigung weitaus größer, als es die Verteidigungsausgaben erahnen lassen.

Aber selbst wenn die USA ein zuverlässiger Bündnispartner blieben, verzerrt eine ausschließliche Berücksichtigung der Verteidigungsausgaben die militärische Einschätzung an der Ostflanke der NATO. Das Militär der Vereinigten Staaten ist über die gesamte Welt verteilt. So müssen die USA immense Kosten für eine globale Logistik und Militärstützpunkte tragen. Viele militärische Kräfte der Vereinigten Staaten werden in anderen Regionen der Welt, wie dem Nahen Osten und Indopazifik, eingesetzt. Käme es zum Beispiel zu einer Eskalation um Taiwan, könnte dies ein Großteil der amerikanischen Streitkräfte binden. Auf eine solche Situation sollten die europäischen NATO-Staaten vorbereitet sein.

Auch die Zusammensetzung der Verteidigungsausgaben gilt es bei der Einschätzung der Verteidigungsfähigkeit zu berücksichtigen. Die gesamten Verteidigungsausgaben verraten nicht, wie viel ein Land für Ausrüstung, Personal, Einsätze und Wartung ausgibt. Im Jahr 2024 wird der Anteil für die Beschaffung von militärischer Ausrüstung und Forschung auf [28,7 Prozent](#) der gesamten Verteidigungsausgaben Deutschlands geschätzt, während 38,5 Prozent für Einsätze und Wartung und 29,6 Prozent für Personal ausgegeben werden. In den 2010er Jahre lag der Anteil für Ausrüstung und Forschung nur bei rund zwölf Prozent. Sicherlich lässt sich hier einwenden, dass Russland hohe Einsatzkosten und Verluste militärischer Kapazitäten in der Ukraine aufweist. Dennoch stellt sich weiterhin die Frage, inwiefern die Bundeswehr für einen dauerhaften Konflikt gewappnet ist.

Um die Bundeswehr wieder fit für die klassische Landesverteidigung zu machen, bedarf es massiver Investitionen.

Auch erfassen die Zahlen zu den Verteidigungsausgaben nicht den Umstand, dass die Bundeswehr in den letzten Dekaden vor allem den Auftrag der Terrorismusbekämpfung und Friedenssicherung hatte, während der klassische Auftrag der Landesverteidigung vernachlässigt wurde. Seit dem Ende des Kalten Krieges hat die Bundeswehr nicht nur ein hohes Investitionsdefizit angehäuft, sondern die getätigten Investitionen und Anschaffungen galten einem völlig anderen Auftragsprofil. Um die Bundeswehr wieder fit für die klassische Landesverteidigung zu machen, bedarf es massiver Investitionen. Hier wird ein einmaliges Sondervermögen nicht ausreichen.

Gleiches gilt für die deutsche und europäische Verteidigungsindustrie, die erst langsam Produktionskapazitäten im Zuge des Ukrainekrieges aufbaut, um Rüstungsgüter und Munition im Falle eines militärischen Großmacht Konflikts ausreichend bereitstellen zu können. Die [Europäische Union](#) sieht ein enormes Investitionsdefizit in der europäischen Verteidigungsindustrie. Selbst die amerikanische Verteidigungsindustrie ist für einen langfristigen Konflikt mit China nicht aufgestellt, wie die US-Regierung in der [National Defense Industrial Strategy](#) darlegt. Sowohl in der Europäischen Union als auch den Vereinigten Staaten bedarf es eines stabilen Verteidigungsetats, der der Verteidigungsindustrie langfristige Planbarkeit und Investitionssicherheit bietet.

Sicherlich lassen sich weitere Faktoren nennen, die sich auf das militärische Lagebild zwischen der NATO und Russland auswirken, aber nicht von den Verteidigungsausgaben erfasst werden: der technologische Vorsprung der NATO, die Effektivität der Militärdoktrin oder die Kampferfahrung der Streitkräfte. Es muss auch berücksichtigt werden, dass die Verteidigungsausgaben in Demokratien transparenter sind als in autokratischen Systemen, deren tatsächlichen Verteidigungsausgaben meist schwerer zu schätzen sind. Manche dieser Faktoren mögen für ein sorgenloseres Lagebild, andere für ein bedrohlicheres sprechen.

Das Argument hier ist nicht zwingend für oder gegen eine Erhöhung des Verteidigungsetats, sondern für einen sorgfältigeren Umgang mit Daten. Die Verteidigungsausgaben ohne Berücksichtigung von Kaufkraftparität, der Zusammensetzung der Ausgaben, den operativen Zustand der Bundeswehr und militärisches Lagebild vermitteln ein stark verzerrtes Bild. Sie sind ein unzureichender Indikator für die Messung der militärischen Kräfteverhältnisse und Bedrohungslage. Der Unterschied zwischen den Verteidigungsausgaben der NATO und Russland wirkt zunächst übermächtig. Er legt schnell nahe, Argumente für eine Erhöhung des Verteidigungsetats als absurd abzulehnen. Die oberen Argumente veranschaulichen hingegen, dass die Sachlage nicht so einfach und eindeutig ist. Es bedarf umfassender Analysen und Expertise zu allen angesprochenen Sachverhalten und mehr, um den finanziellen Bedarf für eine funktionierende Abschreckung und bei deren Versagen möglichst effektive Verteidigung einschätzen zu können.

Auch wenn komplexe Sachverhalte für die öffentlichen Debatten vereinfacht werden müssen, wäre von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ein reflektierter Umgang mit Daten zu erwarten. Politikerinnen und Politiker wiederum sollten bedachter sicherheitspolitische Argumente wählen. Eine Sicherheitspolitik, basierend auf einer unkritischen Betrachtung der Verteidigungsausgaben, offenbart nicht nur ein unzureichendes Verständnis für die komplexe Daten- und Sachlage, sondern wäre zutiefst verantwortungslos. Dadurch werden erstens mögliche schmerzhaft und notwendige Reformen für die Landesverteidigung in der Öffentlichkeit delegitimiert. Zweitens führt es zu vorschnellen Schlüssen und möglichen Fehlentscheidungen, die langfristig die nationale und europäische Sicherheit gefährden können. Wenn politische Parteien der nationalen und europäischen Sicherheit gerecht werden wollen, müssen sie die Komplexität der sicherheitspolitischen Lage erfassen und der Öffentlichkeit differenziert vermitteln können.



Holger Janusch, Berlin

Prof. Dr. Holger Janusch ist Professor für Internationale Politik mit dem Schwerpunkt Außen- und Sicherheitspolitik der USA am Fachbereich Nachrichtendienste der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung in Berlin.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/grund-zur-sorge-7673/?utm_campaign=de_40_20240725&utm_medium=email&utm_source=newsletter

02) Alles nur Routine?

Die USA stationieren wieder Mittelstreckenraketen in Deutschland – mit weitreichenden Konsequenzen. Es fehlt eine ernsthafte Strategiedebatte

Von Alexander Graef & Tim Thies & Lukas Mengelkamp

16.07.2024



Endet das Wettrüsten im Atomkrieg?-picture alliance / Chromorange / Ales Utouka

Es war wohl die überraschendste Nachricht des [NATO-Gipfels](#) in der vergangenen Woche: In vier kurzen Sätzen verkündeten die USA gemeinsam mit der Bundesregierung, bis 2026 amerikanische, landgestützte [Mittelstreckenraketen in Deutschland zu stationieren](#). Die gemeinsame Erklärung liest sich so knapp, als handele es sich um einen Routineakt. Tatsächlich wird der Schritt weitreichende sicherheitspolitische Konsequenzen haben. Der Vorgang ist bezeichnend für das Fehlen einer ernsthaften strategischen Debatte in Deutschland.

Die Erklärung sieht die zukünftige Stationierung von drei konventionellen, landgestützten Systemen, sogenannten Abstandswaffen, mit Reichweiten von teilweise über 2500 km vor: landgestützte Tomahawk-Marschflugkörper (Typhon), Standard Missile 6 (SM-6) in der Ausführung als Boden-Boden-Rakete und die noch in der Testphase befindlichen Hyperschallraketen Dark Eagle. Alle drei sind Teil der sogenannten *Multi-Domain Task Force*, einer militärischen Verbandsstruktur der US-Armee, die bereits 2017 eingeführt wurde. Mittlerweile gibt es weltweit fünf solcher Task-Forces, die alle bis 2028 vollständig einsatzfähig sein sollen. Zumindest drei davon fokussieren sich auf den pazifischen Raum. Eine wird seit 2021 von Deutschland aus geführt und dient Operationen der US-Truppen in Europa und Afrika. Die Task-Forces integrieren Land-, Luft-, See-, Weltraum- und Cyberkräfte, um gegnerische Ziele flexibel zu bekämpfen. Hauptziel ist die Überwindung von sogenannten Anti-Access- und Area-Denial Zonen, in denen der Gegner den Zugang und die Bewegung einschränken will.

Die Grundlagen erfolgreicher Abschreckung sind stets militärische Fähigkeiten, Ziele des Gegners zu bedrohen und auch zu zerstören.

Bundesverteidigungsminister [Boris Pistorius erachtet die Stationierung der US-Systeme als notwendig](#), um eine „ernstzunehmende Fähigkeitslücke in Europa zu schließen“, die auch

von der [Nationalen Sicherheitsstrategie](#) identifiziert wird. Der Bedarf an Mittelstreckensystemen ergebe sich darüber hinaus aus den aktuellen NATO-Plänen, die seit Jahren eine entsprechende Entwicklung priorisieren. Dahinter stehen Überlegungen zur Abschreckung Russlands, aber – und das wird in der Öffentlichkeit häufig unterschlagen – im Ernstfall auch zur möglichen Kriegsführung. Denn die Grundlagen erfolgreicher Abschreckung sind stets militärische Fähigkeiten, die es im Verteidigungsfall ermöglichen, Ziele des Gegners zu bedrohen und auch zu zerstören. Gleichzeitig soll das Signalisieren von solchen Konsequenzen einen Angriff überhaupt verhindern.

Im Kriegsfall würden die künftig in Deutschland stationierten US-Abstandswaffen wohl primär gegen russische integrierte Luftverteidigungssysteme sowie Kommando- und Kontrolleinrichtungen eingesetzt werden. Für die USA sind sie elementarer Bestandteil eines umfassenden Kriegsführungskonzepts, das Operationen über die Dimensionen Land, Luft, See, Weltraum und Cyber hinweg ermöglichen soll. Dieser Ansatz ist auch für die NATO maßgeblich. So betont bereits die neue Militärstrategie der Allianz aus dem Jahr 2019 [horizontale Eskalationsoptionen](#). Demnach soll die Verteidigung im Fall des Falles nicht nur direkt am Ort eines russischen Angriffs aufgenommen werden, zum Beispiel im Baltikum. Vielmehr setzt die NATO auf die Möglichkeit, einen Krieg auch geografisch auszuweiten, um auch an anderer Stelle Druck auszuüben. Abstandswaffen würden die dafür notwendige Flexibilität bereitstellen.

Im Idealfall, so die Hoffnung, wäre Russland gezwungen, seinen ursprünglichen Angriff einzustellen. Aber es gäbe auch eine andere Option: Moskau könnte angesichts der eigenen Unterlegenheit im Kriegsfall nuklear eskalieren. Selbst präemptive Schläge wären denkbar, sollte man im Kreml zur Ansicht gelangen, dass konventionelle, aber präzise Abstandswaffen in Europa in der Lage wären, die eigenen nuklearen Fähigkeiten zu bedrohen.

Eine kluge Verteidigungspolitik muss derartige mögliche Entwicklungen antizipieren, um sie verhindern zu können. Deshalb ist es besonders erstaunlich, dass in den öffentlichen Kommentaren zur Stationierungsentscheidung die Reaktionen Russlands kaum eine Rolle spielen. Moskau selbst hält sich bisher bedeckt. Der stellvertretende Außenminister Sergej Rjabkow sprach lediglich davon, dass man in aller Ruhe eine [militärische Antwort entwickeln](#) werde.

Russland hat neben einer Vielzahl an luft- und seegestützten Systemen selbst bereits landgestützte Mittelstreckenwaffen stationiert.

Richtig ist, dass Russland neben einer Vielzahl an luft- und seegestützten Systemen selbst bereits landgestützte Mittelstreckenwaffen stationiert hat. Im Mittelpunkt steht ein Marschflugkörper des Typs 9M729 (SSC-8), dessen Entwicklung 2019 maßgeblich zum Ende des INF-Vertrages über nukleare Mittelstreckenraketen beitrug. Dieser Vertrag verbot entsprechende, landgestützte Waffensysteme mit einer Reichweite von 500 bis 5 500 Kilometer in Europa.

Während Russland bis heute bestreitet, dass der genannte Marschflugkörper eine Reichweite von mehr als 500 Kilometer besitzt, schlug Präsident Putin nach Auflösung des INF-Vertrags [2019](#) und [2020](#) ein neues Moratorium für landgestützte Mittelstreckenraketen vor: Man werde keine eigenen Systeme entwickeln und stationieren, solange die USA ebenfalls darauf verzichten würden. Im Gegenzug bot Moskau gegenseitige Verifikationsmaßnahmen an. Im Dezember 2021 [griffen die USA den Vorschlag auf](#) und erklärten sich grundsätzlich zu Inspektionen bereit.

Seite E 72 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine beendete dieses Vorhaben. Die Idee eines Moratoriums ist durch die geplante Stationierung von US-Mittelstreckenraketen ebenfalls hinfällig geworden. Es ist zu erwarten, dass Russland sein Arsenal an Marschflugkörpern des Typs 9M729 erweitert oder seegestützte Raketensysteme für den Einsatz an Land umrüstet. Schließlich wäre auch eine Wiederaufnahme der Entwicklung der RS-26 Rubesch denkbar, einer ballistischen Mittelstreckenrakete.

Langfristig könnte die Stationierung von konventionellen US-Abstandswaffen in Europa auch das nukleare Gleichgewicht zwischen den USA und Russland beeinflussen.

Derartige Gegenmaßnahmen könnten dazu führen, dass die erhofften positiven Effekte auf Abschreckung und Kriegsführung gegenüber Russland minimiert werden oder sogar vollständig ausbleiben. In diesem Fall wäre wenig gewonnen. Schlimmer noch: Langfristig könnte die Stationierung von konventionellen US-Abstandswaffen in Europa auch das nukleare Gleichgewicht zwischen den USA und Russland beeinflussen. Denn für Moskau sind diese immer auch strategische Waffen, da sie grundsätzlich in der Lage wären, Elemente der eigenen Nuklearstreitkräfte zu zerstören, etwa Radaranlagen und Kommunikationseinrichtungen. Umgekehrt gilt das, zumindest für die USA, nicht. Vor diesem Hintergrund ist nicht auszuschließen, dass Russland auf den generellen Ausbau von konventionellen Abstandswaffen in Europa auch mit Änderungen seiner Nukleardoktrin oder der Komposition seiner strategischen Nuklearstreitkräfte reagiert.

Dass die jetzige Stationierung allein in Deutschland geplant ist, hat darüber hinaus Konsequenzen für die Verteilung von Risiken innerhalb der NATO. Im Kontext des NATO-Doppelbeschlusses von 1979 zur Stationierung von nuklear bestückten Mittelstreckenraketen hatte der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt noch darauf hingewirkt, eine derartige Singularisierung unbedingt zu vermeiden. Anders als heute war die Entscheidung zur Stationierung auch mit einem Angebot zur Rüstungskontrolle verbunden, vorausgesetzt Moskau wäre bereit, seine eigenen Systeme zu begrenzen.

Die Stationierung von amerikanischen Raketensystemen in Deutschland ist deshalb weder ein militärisches Wundermittel ohne Risiken, noch alternativlos. Stattdessen wirft sie neue Fragen der Kriegsverhütung, der Kriegsführung und des Eskalationsmanagements auf. Diese lassen sich nicht mit dem bloßen Verweis auf mehr und vermeintlich immer bessere Abschreckung beantworten. Vielmehr bedarf es eines substantiellen Abwägungsprozesses.

Doch während man in den USA derartige Fragen intensiv und auch [öffentlich diskutiert](#), werden diese hierzulande kaum problematisiert. Stattdessen verfällt man zum Teil in Extreme. Während die einen im Zuge der Zeitenwende jede militärische Investition unkritisch begrüßen, sehen andere darin eine reine Provokation auf dem direkten Weg zum Dritten Weltkrieg. Gleichzeitig wird manchmal [der Eindruck erweckt](#), Russland könnte im Kriegsfall [militärisch vollständig besiegt](#) werden. Doch damit wird eine der grundlegendsten Einsichten des Nuklearzeitalters verdrängt. Bereits 1956 kam der US-amerikanische Stratege William W. Kaufmann zum Schluss, dass die klassische konventionelle Kriegsführung bis zur totalen Niederlage zwischen Atommächten zwangsläufig in einer nuklearen Eskalation enden würde.

Angesichts dieser fundamentalen und nicht auflösbaren Risiken braucht es eine offene Debatte über und Analyse von militärstrategischen Optionen zum Eskalationsmanagement. Diese sollten auch ein Mindestmaß an Verhaltensregeln und gezielten Kommunikationskanälen umfassen, damit nicht jeder militärische Zwischenfall und jede mögliche Fehleinschätzung in die Katastrophe führen. Keinesfalls aber darf der Eindruck

entstehen, die Bevölkerung würde ohne Risikoabwägung vor vollendete Tatsachen gestellt. Denn damit wäre einer gezielten Verunsicherung von außen Tür und Tor geöffnet.



Alexander Graef
Hamburg

Dr. Alexander Graef ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) und Mitglied des Younger Generation Leaders Network on Euro-Atlantic Security (YGLN).



Tim Thies
Hamburg

Tim Thies ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) und Doktorand am Institute for Management Research der Radboud Universität in Nimwegen, Niederlande.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/alles-nur-routine-7655/?utm_campaign=de_40_20240716&utm_medium=email&utm_source=newsletter

03) Trump-sicheres Bündnis.

Das 75-Jahr-Jubiläum der NATO steht im Schatten des russischen Angriffs – und eines möglichen US-Rückzugs aus Europa. Kann die EU ihre Kräfte bündeln?

Von Peer Teschendorf

12.07.2024



Nato-Truppen überqueren bei Militärübung „Dragon 24“ die Weichsel.- *picture alliance / DeFodi Images | Mateusz Slodkowski*

Man hätte sich gewünscht, dass das 75-jährige Jubiläum der NATO anders verlaufen wäre. Staats- und Regierungschefs, die sich im gewohnten Gipfelzeremoniell über die guten alten Zeiten unterhalten und das einst so wichtige, aber heute obsolete Verteidigungsbündnis in großen Reden würdigen.

Statt Feier war es aber ein hartes Arbeitstreffen einer neuerlich mit Leben und Bedeutung aufgeladenen Organisation, die zwei neue Staaten in ihren Reihen begrüßte und deren Mitglieder erstmals seit langem mehrheitlich wieder planen, die Vorgaben von mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Verteidigung einzuhalten. Die NATO erlebt eine Bedeutungsaufwertung, getrieben durch den russischen Angriffskrieg in der Ukraine und die wachsenden Ambitionen Chinas. Trotz der zum Teil recht unterschiedlichen Positionen der 32 Mitglieder zeigt sich die NATO einig in seiner Einschätzung der Lage und der Bereitschaft sich dagegen zu wappnen.

Also alles bereit für die nächsten 75 Jahre? Bereits die Sicht auf die näherliegenden Jubiläen wird von dunklen Wolken getrübt. Ein Teil der Beschlüsse zur Ukraine soll die Unterstützung „Trump-sicher“ machen. Dies beschreibt bereits das Grundproblem der Europäer. Unsicherheit über die Zukunft der US-Außenpolitik einerseits und die weiterhin massive Abhängigkeit Europas für seine Sicherheit von dieser Politik andererseits.

Von den 1,304 Billionen Euro Verteidigungsausgaben der NATO im Jahr 2023 tragen die USA ganze 875 Milliarden allein und zu großen Teilen für Aufgaben außerhalb Europas. Der Rest verteilt sich auf die 31 übrigen Mitglieder. Diese Aufteilung ist einer der zahlreichen

Gründe, warum die simple Mengenlogik à la „aber wir geben doch so viel mehr als Russland aus“ nicht funktioniert. Was zählt sind die militärischen Fähigkeiten, da wo sie benötigt werden.

Und genau da ist der europäische Kontinent mit seinen zahlreichen kleinen Boutiquearmeen nicht gut aufgestellt. Ohne amerikanische Hilfe werden aus den europäischen Einzelteilen noch keine abschreckungsfähige Armee, können Truppen und Material nicht ausreichend schnell verlegt werden, sind Information, Analyse und Kommando nicht gesichert. Europa kann sich im Angriffsfall zwar wehren, aber ohne die einende Struktur der NATO und der US-amerikanischen Unterstützung wäre ein Sieg in einem hochintensiven Krieg eher fraglich.

Die NATO bleibt auf absehbare Zeit der wichtigste Sicherheitsgarant für Europa.

Die NATO bleibt auf absehbare Zeit der wichtigste Sicherheitsgarant für Europa. Und zugleich werden die USA aller Voraussicht nach weniger aktiv in Europa sein. Die eigentliche Herausforderung der Amerikaner ist auf der anderen Seite des Pazifiks, nicht des Atlantiks.

Es hilft nichts, die Europäer müssen mehr für ihre eigene Sicherheit tun. Soll also heißen „Mehr, mehr, mehr“ für Rüstung ausgeben? Ja, aber anders als bisher. Wenn die Verteidigungsausgaben nicht schneller wachsen sollen als die effektive Verteidigungsfähigkeit, müssen mittelfristig Investitionen in die Verteidigung abgestimmter erfolgen. Europa leistet sich einen Verteidigungspluralismus, der ganz viel nationale Souveränität ausstrahlt, aber eine sinnvolle gemeinsame Handlungsfähigkeit erschwert. Während in der EU 17 verschiedene Kampfpanzer von sechs verschiedenen Herstellern Verwendung finden, kommen die Amerikaner mit einem aus. Was das im Kriegsfall für Logistik, Instandsetzung und Einsatzfähigkeit bedeutet, liegt auf der Hand. Vor allem aber ist es teuer. Die europäischen Nationen halten, aus jeweils auch immer gut nachvollziehbaren Gründen, mit Subventionen oder vergleichsweise hohen Einkaufspreisen eigene Bonsaiindustrien aufrecht, um Arbeitsplätze oder Schlüsselindustrien im eigenen Land zu halten. Industriepolitisch ist das nachvollziehbar, für eine funktionierende europäische Verteidigung ist das allerdings weniger von Vorteil.

Es braucht ein anderes Gleichgewicht zwischen nationalen wirtschaftlichen Interessen und europäischer Verteidigungsfähigkeit. Manchmal muss man auch akzeptieren, dass notwendige Technologien vom Nachbarn besser hergestellt werden können. Oder aber man muss auch mal befördern, dass die eigene Technologie in anderen EU-Staaten produziert wird und dort Arbeitsplätze schafft, bevor dieser sich eine außereuropäische Lizenzproduktion ins Land holt und die Pluralität der Rüstungsgüter weiter vergrößert. Kurz, es braucht eine strategische Rüstungsindustriepolitik, die europäische Verteidigungsfähigkeit im Blick hat.

Das Einzige, was wirklich sicher ist in einer sich kontinuierlich verändernden Weltordnung: Die Geografie Europas wird sich nicht verändern. Die hiesigen Länder werden weiterhin die Geschicke des Kontinents lenken müssen. Und hier gilt es zunächst eine glaubwürdige Abschreckung Russlands zu erreichen. Dabei ist es ein Stück weit egal, für wie wahrscheinlich man es hält, ob und wann Russland die NATO-Solidarität etwa im Baltikum testen könnte. Es gilt zu verhindern, dass die USA eines Tages eventuell weg und die EU-Mitgliedsstaaten verteidigungspolitisch noch nicht ganz da sind. Denn wenn uns der Krieg in der Ukraine eines gelehrt hat, dann dass Russland gerne überrascht und schnell handelt,

Seite E 76 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

wenn es die andere Seite als schwächer wahrnimmt. Diese Rechnung gilt es zu verändern, indem klar signalisiert wird, nicht nur die USA, sondern auch die Europäer selbst können für Sicherheit auf dem Kontinent sorgen.

Es gilt die Stärke Europas, Einheit in Vielfalt, auch in der Verteidigung zum Tragen zu bringen.

Es gilt die Stärke Europas, Einheit in Vielfalt, auch in der Verteidigung zum Tragen zu bringen. Es braucht mehr Konsolidierung ohne sich von einigen wenigen Zulieferern abhängig zu machen und es braucht Standardisierung auf dem Binnenmarkt, um den Wettbewerb zu fördern.

Ausgehend von einer gemeinsamen Analyse, auf welche Szenarien wir uns in Europa vorbereiten, müssen die bereits funktionierenden Kooperationen innerhalb und außerhalb der EU vorangebracht werden. Erfolgreiche Projekte, wie die Beschaffungsgemeinschaft OCCAR, die Kooperation von Norwegen und Deutschland bei den U-Booten im „Common Design“ oder die Sky Shield-Initiative zur gemeinsamen Raketenabwehr, gilt es weiter zu pflegen und auszubauen.

Langfristig braucht es aber mehr Koordination und Standardisierung, welche vor allem die EU leisten kann. Die Strukturen sind auch ohne einen Verteidigungskommissar bereits vorhanden, es fehlte bisher nur der politische Wille, diese auch zum Tragen zu bringen. Die EU kann zur Vereinheitlichung von Lizenzierungen und damit einem wirklichen Binnenmarkt in der Verteidigung bei einfachen Ausrüstungen und Ersatzteilen beitragen. Die Kosteneinsparungen wären enorm. Sie kann die Kräfte bündeln für die Forschung in einem sich rasend schnell verändernden technologischen Umfeld. Sie kann die Investitionen koordinieren, sodass eine jede Nation zur gemeinsamen Verteidigung explizit das beitragen kann, was es am besten kann und sich beim Rest auf die anderen verlässt.

So wichtig die NATO für die europäische Sicherheit ist, wir sollten uns nicht darauf verlassen, dass sie uns auch in 75 Jahren noch gleichermaßen schützt. Den europäischen Pfeiler der NATO so stark zu machen, dass er gegebenenfalls auch allein trägt, muss das Ziel der europäischen Nationen in der nächsten Dekade sein. Das heißt vorerst mehr, und zwar erheblich mehr Investitionen in die Verteidigung. Aber wenn sie vorausschauend und gemeinsam gemacht werden, gehen sie nicht ins Uferlose, bringen Europa nochmals stärker zusammen und schaffen Sicherheit auf dem Kontinent und seiner Nachbarschaft. Und vielleicht wird die Feier zu 150 Jahren NATO dann ein würdiger, etwas langweiliger Akt in Erinnerung an ein in Friedenszeiten bereits obsolet gewordenes Bündnis.



Peer Teschendorf, Berlin

Peer Teschendorf ist Referent für Globale Friedens- und Sicherheitspolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung. Zuvor leitete er die FES-Büros in der Russischen Föderation sowie in Kasachstan und Usbekistan.

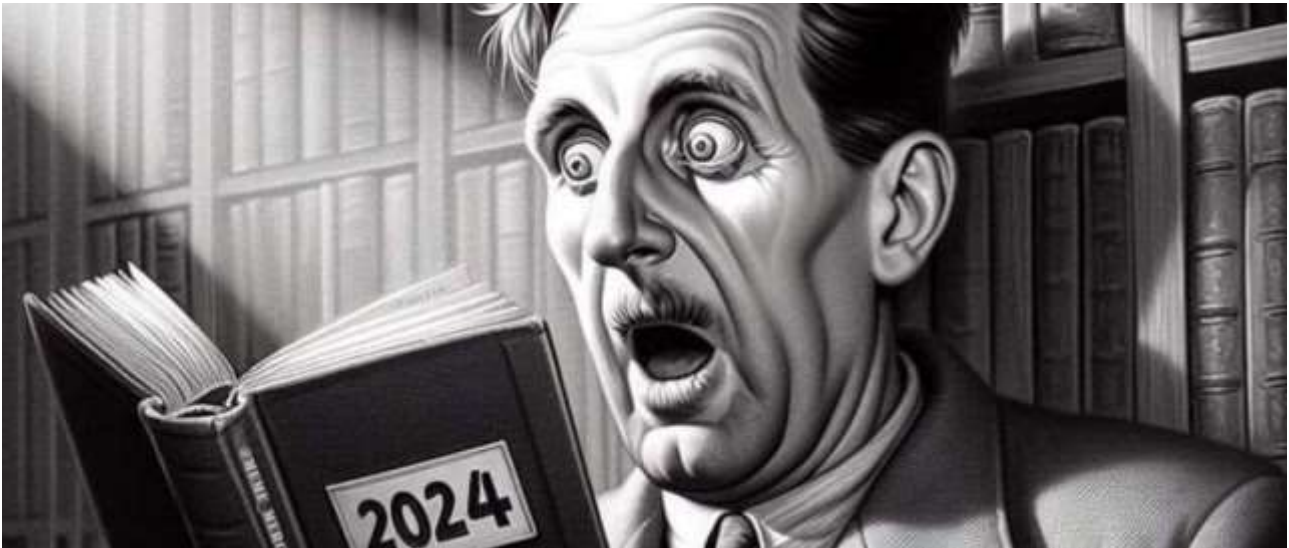
https://www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/trump-sicheres-buendnis-7649/?utm_campaign=de_40_20240712&utm_medium=email&utm_source=newsletter

01) Keine Dystopie mehr.

Repression, Abschottung, Wettrüsten: Das Europa von heute ähnelt George Orwells 1984 auf erschreckende Weise

Von Jan Zielonka

23.07.2024



In den sozialen Medien kursiert derzeit ein Bild von George Orwell: Er liest ein Buch mit dem Titel *2024* und sieht schockiert aus. Ist die derzeitige Situation tatsächlich so erschreckend? Kann Orwells 1949 veröffentlichter Roman *1984* tatsächlich als eine Art Leitfaden für heute dienen?

Man könnte dem entgegenhalten, dass die Idee der europäischen Integration trotz des Brexits und des Aufstiegs von Politikern wie Giorgia Meloni, Viktor Orbán und Robert Fico in Italien, Ungarn und der Slowakei nicht gestorben ist. Man könnte hinzufügen, dass die jüngsten Wahlen zum Europäischen Parlament einmal mehr eine klare Mehrheit für Parteien der linken und rechten Mitte brachten. Manche würden sogar behaupten, dass populistische Politikerinnen und Politiker die Hoffnungen und Ängste der „einfachen Leute“ nicht besser verstehen und kanalisieren als „Liberale“.

Man kann jedoch nicht leugnen – und hier kommt Orwell ins Spiel – dass sich die Narrative und die politische Praxis in ganz Europa dramatisch verschoben haben. Dabei ist egal, wer in den jeweiligen Hauptstädten an der Macht ist: Insgesamt sind liberale Normen und Verhaltensweisen im Niedergang begriffen – illiberale und nativistisch-nationalistische Alternativen haben Hochkonjunktur.

Nach dem Fall der Berliner Mauer betonten Parteien, die in Europa Wahlen gewinnen wollten, klassische liberale Werte: Freiheit, Toleranz, Fairness, Integration, Zurückhaltung und Fähigkeit zur Selbstkritik. Nicht nur die Demokratie, sondern auch die Rechtsstaatlichkeit und die Menschenrechte wurden hochgehalten. Offene Grenzen für Kapital, Waren, Dienstleistungen und Personen wurden eher als Chance denn als Bedrohung gesehen.

Historische und wissenschaftliche Fakten wurden kaum angezweifelt und die Mainstream-Medien weigerten sich, überzogene und hanebüchene Ansichten zu verbreiten, selbst auf Kosten von Profit und Unterhaltungswert. Kulturelle Toleranz und religiöse Neutralität wurden als selbstverständlich angesehen. Nichtregierungsorganisationen, die sich für soziale, humanitäre oder ökologische Belange einsetzten, galten als Verbündete für den Erhalt der liberalen Ordnung. Multilateralismus – beruhend auf Gleichheit, Einbeziehung, Vertrauen und auf der Zusammenarbeit aller beteiligten Staaten – wurde als Mittel zur Sicherung von Frieden und Wohlstand verstanden.

Die europäische Integration war dabei das Kronjuwel des liberalen Projekts. Die Europäische Union, diese Verkörperung der Integration, galt als wirksames Instrument zur Bewältigung der Probleme der Globalisierung, als mutiges Experiment transnationaler Demokratie, als kluger Weg zur Stabilisierung der Nachbarn und als Mittel zur Stärkung der globalen Position Europas.

„Law and Order“ um jeden Preis ist nun die Priorität – nicht mehr die Rechtsstaatlichkeit.

Vielleicht haben wir das von Francis Fukuyama kurz vor dem Fall der Mauer ausgerufene „Ende der Geschichte“ nie wirklich erlebt, doch ein „liberaler Konsens“ einte die regierenden Mitte-links- und Mitte-rechts-Parteien in ganz Europa. Heute werden diese liberalen Werte [angefochten oder sogar abgelehnt](#) – und zwar nicht nur von Kräften an den politischen Rändern, sondern vermehrt auch von den alten Volksparteien und ihrer Wählerschaft.

Im neuen Narrativ geht es hauptsächlich um das „nationale Interesse“, gesicherte Grenzen, den Schutz „unserer“ Unternehmen und „unserer“ religiösen Wurzeln. Globalisierung, Multikulturalismus, Multilateralismus und die europäische Integration stehen unter Beschuss. Menschenrechte sowie die Rechte von Minderheiten scheinen aus der Mode gekommen. Ökologische, gewerkschaftliche und feministische Positionen werden heute als radikale, wenn nicht gar militante Tendenzen angesehen, die vom Mainstream ignoriert oder sogar eingedämmt werden sollten.

„Law and Order“ um jeden Preis ist nun die Priorität – nicht mehr die Rechtsstaatlichkeit. Diskussionen konzentrieren sich darauf, wie man sich auf den nächsten Krieg und nicht auf einen anhaltenden Frieden vorbereitet. Politiker konkurrieren um den Preis für den lautesten Schaumschläger und nicht um den für den besten Verhandlungsführer. Zu vermeintlichen Staatsfeinden gehören inzwischen Richter und zivilgesellschaftliche Aktivisten, die einst von Demokraten hochgelobt wurden. Derweil gewinnen Männer in Uniformen und manchmal auch in Priestergewändern wieder an Bedeutung.

Dem neuen Narrativ werden Taten folgen, oder sie tun es bereits: Die harte Hand des Staates wird immer häufiger eingesetzt – nicht nur gegen Menschen auf der Flucht, sondern auch gegen NGOs, die versuchen, ihnen zu helfen. LGBT+-Communitys und Umweltschützer werden von Sicherheitsbehörden überwacht und auf diverse Weise schikaniert. Öffentliche Rundfunkanstalten, die versuchen, ihre Unabhängigkeit zu wahren, werden geschlossen oder ins mediale Abseits gedrängt.

Ich rede hier nicht von China oder Russland, sondern von EU-Mitgliedstaaten. Einige dieser Staaten werden sogar von namentlich liberalen Parteien geführt. In Polen wird unter der Regierung des früheren EU-Ratspräsidenten und selbsternannten „Liberalen“ Donald Tusk ein neues Gesetz diskutiert, das Soldaten faktisch eine „Lizenz zum Töten“ von Personen geben könnte, die versuchen, die Grenze zwischen Polen und Belarus zu überqueren. Angesichts solcher Entwicklungen ist es kaum ein Trost, dass die vorherige polnische Regierung noch schlimmer war.

Seite E 79 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

Die harte Hand des Staates wird immer häufiger eingesetzt.

Nun lässt sich einwenden, das hier gezeichnete Bild sei vielleicht sehr schwarz-weiß. Schließlich haben schon die Liberalen in den linken und rechten Mitte-Parteien, die das Europa nach 1989 regierten, hin und wieder das eine gepredigt und das andere getan. So wurde der Irak im Namen der „Freiheit“ überfallen, und die eifrige Verfolgung einer vermeintlich liberalen Wirtschaft hat (vor allem in Mittel- und Osteuropa) vielen einfachen Arbeiterinnen und Arbeitern das Leben deutlich schwerer gemacht.

Ebenso fordern heute nicht mehr alle illiberalen Politiker, man solle am besten sofort auf potenzielle Asylsuchende schießen. Giorgia Meloni ist dafür ein [gutes Beispiel](#), trotz der neofaschistischen Wurzeln ihrer Partei. Man könnte auch argumentieren, dass es in der europäischen Wählerschaft schon immer einen gewissen verdeckten Rassismus gegeben habe und dass der Hauptunterschied darin bestehe, dass sich die Xenophobie heute einfacher über die sogenannten „sozialen Medien“ im Internet verbreiten lasse. Den wieder aufkeimenden Nationalismus und die wachsende religiöse Intoleranz könnte man gar auf eine „kulturelle Orientierungslosigkeit“ der Liberalen zurückführen.

Außerdem können wir das Wiedererstarken eines imperialistischen Russlands nicht ignorieren: Die Angst vor Krieg lässt die Menschen enger zusammenrücken und die Sicherheit zur absoluten Priorität werden. Der hybride Krieg, den Russland führt, erklärt wahrscheinlich, dass inzwischen 67 Prozent der Polen [illegale Pushbacks](#) an der Grenze befürworten.

„Offene Grenzen“ haben in unterschiedlicher Weise ihren Preis: Werden nicht durch Importe aus Staaten, die Arbeits- und Sicherheitsstandards missachten, unsere eigenen Hersteller „gekillt“? Werden über die für Unternehmen günstigeren Arbeitsmigranten nicht die Rechte der einheimischen Arbeiterinnen und Arbeiter ausgehöhlt? All dies sind legitime Argumente und Erklärungen für die neue Rhetorik und Politik. Der Wandel *an sich* lässt sich aber nicht leugnen: Die Wahrnehmung dessen, was gut und schlecht, wahr oder falsch, normal und abnormal ist, hat sich verändert. Was vor einigen Jahren noch ungeheuerlich und inakzeptabel war, ist heute die „neue Normalität“. Das bringt uns zurück zu Orwell und seiner Dystopie.

Die Angst vor Krieg lässt die Menschen enger zusammenrücken und die Sicherheit zur absoluten Priorität werden.

In Orwells *1984* geht es nicht nur um Machtmissbrauch und die Effekte von Folter. Es geht auch (wenn nicht sogar hauptsächlich) um eine mentale „Reise“ von einem kohärenten Wertesystem hin zu einem gänzlich anderen System. Die ebenso anonyme wie repressive Instanz *Big Brother* will nicht nur, dass die Menschen sich so verhalten, wie es ihnen gesagt wird. Vielmehr sollen sie wirklich denken und glauben, dass Krieg gleich Frieden, Freiheit gleich Sklaverei und Unwissenheit gleich Stärke sei.

Früher war man sich größtenteils einig, dass alle Menschen einen gewissen Grundkatalog an Menschenrechten genießen sollten. Heute wird hingegen behauptet, wenn solche Rechte auch allen „dahergekommenen Migranten“ zugestanden würden, gefährde man den eigenen Wohlstand, die eigene Sicherheit, die eigene Kultur. Wir waren überzeugt, dass die Menschen frei sein sollten, ihre ethnischen, sexuellen oder religiösen Traditionen und Gewohnheiten auszuüben. Heute wird nicht selten ein klassisches Familienmodell propagiert, der Multikulturalismus für tot erklärt und der Islam als Bedrohung angesehen.

Seite E 80 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

Früher dachten wir, dass Arbeiterrechte, der grüne Wandel und die nachhaltige Entwicklung Zeichen von Vernunft und Modernität seien. Heute werden diese Ziele als ideologische Parolen dargestellt, die geradezu an Wahnsinn grenzen. Einst waren wir der Ansicht, dass wir in einer voneinander abhängigen Welt nur dann etwas erreichen könnten, wenn wir kooperieren oder uns sogar integrieren. Heute werden die Vereinten Nationen weitgehend ignoriert und viele EU-Mitgliedstaaten wollen die Macht „von Brüssel zurückerobern“. Man dachte, dass Abrüstung, Diplomatie und Handel den Frieden sichern könnten. Heute sind ein erneutes Wettrüsten, Wirtschaftssanktionen und Drohungen an der Tagesordnung – ebenfalls alles im Namen des „Friedens“.

Natürlich halten Menschen nicht ausschließlich oder eindeutig an dem einen (früheren) oder anderen (aktuelleren) dieser polaren Gegensätze fest. Auch dafür hat Orwell ein neues Wort geschaffen: „Doppeldenk“. Dies ist die Fähigkeit, zwei widersprüchliche Überzeugungen gleichzeitig im Kopf zu haben und sie beide zu akzeptieren. Heute lässt sich ein solches „Doppeldenk“ bei Liberalen finden, die unter dem Druck von externen Ereignissen oder aus Gründen der Machtausübung und -erhaltung illiberalen Versuchungen nachgeben. Nun könnte man behaupten, ein inkonsequenter liberaler Politiker sei immer noch besser als ein überzeugter illiberaler Politiker. Ich habe aber die Befürchtung, dass Illiberale langfristig eine Strategie verfolgen, die Orwell so beschrieben hat: „Macht heißt, einen menschlichen Geist in Stücke zu reißen und ihn nach eigenem Gutdünken wieder in neuer Form zusammzusetzen.“ Das ist die neue Normalität in der europäischen Politik.

Aus dem Englischen von Tim Steins.



Jan Zielonka, Venedig

Jan Zielonka ist Professor für Politik und Internationale Beziehungen an der Universität Venedig sowie am *St. Antony's College* der Universität Oxford. Er ist der Autor von *Konterrevolution. Der Rückzug des Liberalen Europas* (2019).

https://www.ipg-journal.de/rubriken/demokratie-und-gesellschaft/artikel/keine-dystopie-mehr-7623/?utm_campaign=de_40_20240723&utm_medium=email&utm_source=newsletter

01) Bestellt und nicht abgeholt.

Dem Westbalkan fehlt eine ehrliche EU-Perspektive. Wohin das führt, hat die EM mal wieder gezeigt: Die Region versinkt im Nationalismus

Von Konstantin Hadži-Vuković

18.07.2024



Tötet, tötet, tötet den Serben“ – wegen solchen Aussagen musste der Albanische Fußballverband insgesamt 171 375 Euro Strafe an die UEFA zahlen.- *picture alliance / Sportpics / Marc Schülers*

Die drei großen Verlierer dieser EM sind nicht Deutschland, Frankreich und Portugal, wie vielleicht einer meinen könnte. Aus finanzieller Perspektive – für den einen oder anderen weit schmerzvoller als das umstrittene Handspiel von Marc Cucurella – gibt es drei Nationen, die am meisten verloren haben: Spitzenreiter in Sachen Strafgeelder sind Kroatien, Albanien und Serbien. Kroatien musste mit 220 875 Euro die höchste Strafe zahlen, auf Platz zwei folgte Albanien mit 171 375, dicht gefolgt von Serbien, das 166 625 Euro an die UEFA zahlen musste. Die Strafen wurden vor allem für das Vergehen der Fans ausgesprochen, darunter Bierbecherwürfe aufs Feld, der Einsatz von Pyrotechnik oder die „Übermittlung einer für ein Sportereignis ungeeigneten Botschaft“. Vor allem Letzteres war bei dieser Fußball-EM ein großes Thema und verdeutlicht, wie Fußball immer wieder zur Bühne für Nationalismus und Rechtsextremismus werden kann.

Besonders präsent im deutschen Diskurs waren Merih Demiral und einige türkische Fans, die den sogenannten „Wolfsgruß“ der rechtsextremen Grauen Wölfe zeigten. Zahlreiche weitere Vorfälle während der EM gingen in der Öffentlichkeit aber unter. Im österreichischen Fanblock wurde etwa ein Banner „Defend Europe“ der neofaschistischen „Identitären Bewegung“ gezeigt. Einige ungarische Fans hielten auf dem Weg zum Spiel gegen Deutschland eine Fahne mit dem Bild des DJ Gigi D'Agostino und der Aufschrift „Free Gigi“ hoch. Dabei sangen sie die Melodie von „L'amour toujours“, dem Lied, das umgedichtet im vergangenen Jahr zur rechtsextremen Hymne geworden ist. In der Schweiz und in Deutschland zeigten einige Fußballfans beim Public Viewing sogar den Hitlergruß.

Einige der traurigen Tiefpunkte der zahlreichen Eskapaden setzten die Fans der Länder Kroatien, Albanien und Serbien: „Tötet, tötet, tötet den Serben“, hallte es beim Spiel zwischen Albanien und Kroatien von den Rängen. Im albanischen Fanblock hingen zudem zwei Banner mit der Inschrift „Kosovo ist Albanien“. Tage zuvor hatten serbische Fans für Aufsehen gesorgt, als sie Flaggen schwenkten, die den Kosovo als Teil Serbiens zeigten. Die Vorfälle bei der Europameisterschaft waren keine Einzelfälle. Schon in den Jahren zuvor waren es oft Länder des Westbalkans, die durch nationalistische Gesänge oder sogar Gewalt im Fußball auffielen. So wurde 2014 ein Länderspiel zwischen Serbien und Albanien abgebrochen, als plötzlich eine Drohne mit einer Fahne über das Spielfeld schwebte, die das „Großalbanische Reich“ zeigte, das auch Teile Serbiens, Montenegros und Nordmazedoniens umfasst. Damals kam es zu Krawallen im Stadion, die UEFA reagierte mit harten Strafen.

Warum sind es so oft die Westbalkanstaaten, die mit Nationalismus hervorstechen scheinen?

Warum sind es so oft die Westbalkanstaaten, oder, um konkreter zu sein, die Länder des ehemaligen Jugoslawiens und Albanien, die mit Nationalismus hervorstechen scheinen? Einerseits liegt das an den blutigen Kriegen der 1990er, die viele offene Wunden und ungelöste Konflikte hinterlassen haben. Allerdings ist seit dem Ende des Kosovokriegs zwischen Serben und Kosovoalbanern bereits fast ein Vierteljahrhundert vergangen. Beinahe 30 Jahre sind seit den Jugoslawienkriegen vergangen. Im Fußball bleiben die Balkankonflikte dennoch präsent. Zeit heilt doch nicht alle Wunden.

Nationalismus ist heute auf dem Balkan die bevorzugte Karte, auf die die politischen Eliten in der gesamten Region zur Aufhetzung gegen den jeweils anderen setzen. Wahlen lassen sich damit leicht gewinnen, Massen leicht bewegen. Rechte und sogar nationalistische Positionen sind zum politischen Mainstream geworden. Die vor Kurzem verabschiedete Resolution der Vereinten Nationen, einen Internationalen Tag des Gedenkens an den Völkermord in Srebrenica einzuführen, macht das wieder deutlich. In Serbien reagierte die politische Elite mit Empörung und einer Gegenkampagne. „Wir sind kein Volk der Völkermörder“, konnte man auf Plakaten in der serbischen Hauptstadt Belgrad und sogar auf den Social-Media-Kanälen des Präsidenten Vučić lesen – auch wenn das niemand behauptet hatte.

Der einzige Weg, dem Nationalismus auf dem Westbalkan entgegenzuwirken, ist deren europäische Integration zu fördern.

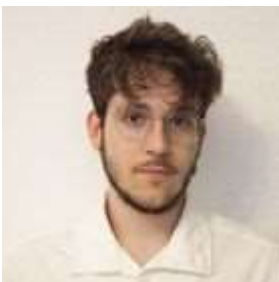
Der einzige Weg, dem Nationalismus auf dem Westbalkan entgegenzuwirken, ist die wirtschaftliche Zusammenarbeit dieser Länder voranzutreiben und deren europäische Integration zu fördern. Trotz aller berechtigten Kritik, die die EU erfährt, darf nicht vergessen werden, dass es sich bei der EU um eine Erfolgsgeschichte handelt. Vom Schuman-Plan bis zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft: Die Schaffung eines gemeinsamen Marktes brachte die Länder enger zusammen. Mit der Schaffung des Staatenbundes und der daraus folgenden wirtschaftlichen und politischen Integration gelang es, große Teile eines vom Krieg zerstörten und gespaltenen Europa zu einen. Das Gleiche kann sie mit dem Balkan erreichen.

Die Vorfälle bei der diesjährigen EM machen wieder deutlich, dass der Westbalkan von der EU nicht vernachlässigt werden darf. Der satirische Film „No Man’s Land“ von 2001 des Regisseurs Danis Tanović handelt von einem serbischen und zwei bosnischen Soldaten, die während des Jugoslawienkriegs in einem Schützengraben im Niemandsland gefangen sind. Einer der beiden bosnischen Soldaten liegt auf einer Mine. Versucht er aufzustehen,

wird diese explodieren. Die Friedenstruppen der Vereinten Nationen scheitern daran, den drei verfeindeten Soldaten zu helfen, die notgedrungen sogar anfangen, zusammenzuarbeiten. Schließlich bleibt der Soldat alleine auf der Mine liegen. Die Blauhelmsoldaten können ihm nicht helfen und ziehen sich zurück.

Die Länder des Westbalkans sind natürlich die Schöpfer ihres eigenen Nationalismus und ihrer eigenen Konflikte, nicht die Europäische Union. Der EU darf aber nicht so etwas passieren wie den Blauhelmsoldaten im Film. Länder wie Bosnien, Serbien, Nordmazedonien und Albanien dürfen nicht zu einem Niemandsland mutieren, umgeben und vergessen von der EU. Das heißt nicht, dass die EU nach den Jugoslawienkriegen in den 1990ern nichts unternommen hat. Es wurde teilweise versucht, die Vergangenheit aufzuarbeiten und dem Nationalismus entgegenzuwirken. Der Prozess der europäischen Erweiterung kam allerdings in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren kaum oder gar nicht mehr voran.

Das hat auch Auswirkungen auf die Stimmung in diesen Ländern. Obwohl die europäische Integration bisher breite Unterstützung fand, nimmt diese allmählich ab und in vielen Ländern macht sich eine gewisse Lethargie breit. Es muss mehr getan werden, um den Ländern des Westbalkan eine Perspektive und eine Vision für die Zukunft zu geben. Wo Enttäuschung wächst, entsteht meistens noch mehr Nationalismus. Im Falle des Westbalkans treten auch noch andere Akteure auf. Russlands und Chinas Einfluss in der Region steigt und darf nicht vergessen werden. Die EU und Deutschland müssen den Ländern des Westbalkan die Hand reichen und ihnen eine Perspektive für eine Zukunft in der EU bieten, um ein Machtvakuum auf dem Kontinent zu vermeiden. Das bedeutet nicht, dass Menschenrechtsverletzungen und antidemokratische Entwicklungen toleriert werden sollten. Im Gegenteil: Berlin und Brüssel sollten klar und vehement auf solche Trends reagieren, falls nötig auch mit Sanktionen gegen die politischen Eliten. Und wenn die EU mehr Fokus auf den Westbalkan setzt und die Länder nicht sich selbst und ihren Nationalismen überlässt, wird die nächste Europameisterschaft vielleicht auch friedlicher verlaufen.



Konstantin Hadži-Vuković
Berlin

Konstantin Hadži-Vuković ist im Referat Globale und Europäische Politik der Friedrich-Ebert-Stiftung tätig. Er hat Politikwissenschaften und Philosophie an der Ludwig-Maximilians-Universität München studiert.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/europaeische-integration/artikel/bestellt-und-nicht-abgeholt-7663/?utm_campaign=de_40_20240719&utm_medium=email&utm_source=newsletter

02) Dem Narren die Bühne überlassen.

Die EU regt sich über Orbáns Friedensmission auf. Dabei verschläft sie, selbst die Initiative zu ergreifen

Von Almut Rochowanski

19.07.2024



Sonnt sich im Rampenlicht: Orbán bei Putin.- *picture alliance/dpa/Pool | Valery Sharifulin*

Als [Viktor Orbán](#) die empörte Reaktion von EU-Vertretern und Mitgliedstaaten auf sein Treffen mit Putin damit abschmetterte, dass „[Brüsseler bürokratischer Unfug keinen Erfolg in der Suche nach Frieden](#)“ gebracht hätte, seufzte ein kanadischer Experte: „Ich bin kein Fan von Orbán, aber da hat er nicht Unrecht.“ [Die Maßnahmen der EU-Spitze und der Mitgliedstaaten](#) gegen Orbán wirken kleinlich und governantenhaft. Man mokiert sich über „[inakzeptablen Tabubruch](#)“ und will „[Kante zeigen](#)“, aber das sind nur Befindlichkeiten, keine inhaltliche Kritik. Der [Juristische Dienst der EU](#) konstatierte verdächtig rasch, dass Orbán den „Geist der Loyalität und der gegenseitigen Solidarität“ verletzt habe. Laut einem ehemaligen EU-Beamten und nun unabhängigen Brüsseler Experten ist das „problematisch, weil Politik keine rein juristische Angelegenheit sein kann“. Das bringt uns nicht weiter und hilft niemandem.

Wo sind die respektablen europäischen Staats- und Regierungsoberhäupter? Nach dem Sprichwort: „Wenn nur noch die Narren die Wahrheit sagen, stimmt irgendwas nicht bei Hofe“ – warum nehmen sie Orbán nicht den Wind aus den Segeln, indem sie selbst eine politische Lösung andenken? Warum überlassen sie ihm den Frieden, unser kostbarstes Gut, während sie im Schulterschluss den Kopf in den Sand stecken? Immerhin zeigen [die jüngsten Umfragen](#), dass eine überwiegende Mehrheit der Europäer Verhandlungen will. Der Brüsseler Experte meint, dass die Sanktioniöchen, die einige Mitgliedstaaten und die Kommission jetzt gegen Orbán anwenden, ihn wichtiger aussehen lassen, als er ist. „Orbán ist eigentlich ein Trickbetrüger. Er signalisiert an Trump, seine anderen Fans und die ungarische Bevölkerung, dass er einer der Ihren ist und politische Statur hat. Es geht ihm nicht um Resultate, weil er ja immer sagen kann, dass andere seine Bemühungen sabotiert haben.“

Orbán's Reise war eine ziemlich dilettantische Aktion.

Seite E 85 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

Der ungarische Journalist Csaba Tóth kritisiert, dass die EU Orbáns Exzessen schon lange etwas entgegenstellen hätte sollen, etwa als er im Laufe der Flüchtlingskrise 2015 massive Menschenrechtsverletzungen verantwortete. „Damals sahen wir aber kaum eine Reaktion. Und nun auf einmal soll Orbán rote Linien übertreten haben und wird bestraft? Weil er Détente zwischen Russland und der Ukraine anstrebt? Das gibt den Menschen hier zu denken.“ Tatsächlich war Orbáns Reise eine ziemlich dilettantische Aktion. So sieht professionelle, seriöse Diplomatie nicht aus. Das muss er auch wissen, denn nach insgesamt 18 Jahren als Premierminister ist er ein alter Hase.

Seit dem Ausbruch des „großen Krieges“ – wie ihn meine ukrainischen Bekannten nennen – im Februar 2022 hat die politische Klasse Europas scheinbar vergessen, wie Diplomatie funktioniert, beziehungsweise dass sie überhaupt existiert. Angesichts dieser kollektiven Amnesie muss man an Dinge erinnern, die [allgemein bekannt sein sollten](#): Diplomatie lebt von Diskretion. Man pflegt langfristig die Beziehungen, auf die man im Ernstfall bauen kann. Wenn ein Konflikt das sogenannte „[Reifestadium](#)“ erreicht, fangen Sondierungsgespräche an, eventuell durch neutrale Dritte vermittelt oder auch mithilfe von [einflussreichen Privatpersonen](#) („Track-II Diplomatie“). Wenn es um besonders haarige Dinge geht, wird zunächst vertraulich und nur zwischen Unterverhandlern kommuniziert, um Druck von Gegnern und sogenannten Spoilern, die absichtlich Verhandlungen platzen lassen wollen, zu vermeiden. Man [redet](#) erst einmal ohne Vorbehalte, um zu eruieren, was die andere Seite denkt und will. Daraus kann eine erste Verhandlungsgrundlage entstehen. Öffentlich wird erst dann verhandelt, wenn alle Parteien grundsätzlich an Bord sind und es danach aussieht, dass man tatsächlich etwas erreichen kann. Zu Treffen auf höchster Ebene kommt es normalerweise erst, wenn die Verhandler sich auf die meisten Punkte geeinigt haben, die oft umfangreichen technischen Details ausformuliert sind und die Abmachung unterschriftsreif ist. Denn Staats- und Regierungsoberhäupter wollen nicht gerne mit Fehlschlägen in Verbindung gebracht werden (außer sie wollen plakativ zeigen, dass man mit diesem oder jenen Gegenüber nichts erreichen kann).

Orbán ging es wohl ums Rampenlicht – oder vielleicht genau darum, bei den Kollegen im EU-Rat Schnappatmung auszulösen.

Orbán hat also den Pflug vor den Ochsen gespannt. Ohne triftigen Grund, denn Budapest hat Botschaften in Moskau und Peking, deren Mitarbeiter derartige Gespräche diskret führen könnten. Es ging ihm wohl ums Rampenlicht – oder vielleicht genau darum, bei den Kollegen im EU-Rat Schnappatmung auszulösen. Die EU-Mitgliedstaaten, die jetzt beleidigte Leberwurst spielen, die Kommission und Orbán betreiben alle *gaslighting* der Bürger Europas: Die einen erzählen, dass Diplomatie und eine politische Suche nach Frieden und Sicherheit nicht nur unmöglich und absurd sind, sondern unmoralisch und tabu; der andere tut so, als ob die großen, alten Männer, die die Weltgeschichte leiten, in ein paar Stunden unter vier Augen (wenn auch mit viel Blitzlicht und roten Teppichen) komplexe Probleme lösen können. Beides ist nicht seriös.

Trotz allem kann man Orbán nicht a priori absprechen, [dass ihm der Friede ein echtes Anliegen ist](#), sei es aus moralischen, sei es aus praktischen Beweggründen. Immer wieder haben Staatsmänner, die anderweitig höchst problematisch waren, enorme Beiträge für den Frieden geleistet. Metternich wäre hier zu erwähnen, oder etwa Richard Nixon. Und der türkische Präsident Recep Erdoğan, dessen Regierung die bislang wichtigste Rolle in Friedensverhandlungen zwischen Russland und der Ukraine gespielt hat – erst als Vermittler der erstaunlich produktiven Verhandlungen zwischen der Ukraine und Russland im Frühjahr 2022, dann als Abwicklungszentrum der [Schwarzmeer Getreide-Initiative](#).

Seite E 86 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

Europas Regierungen und Institutionen sollten endlich Verantwortung für den Frieden auf unserem Kontinent übernehmen.

Damit ist nicht gemeint, dass Orbán diese Rolle weiterhin im Alleingang spielen soll. Ganz im Gegenteil: Europas Regierungen und Institutionen sollten endlich Verantwortung für den Frieden auf unserem Kontinent übernehmen. Die Perspektive muss aber geradegerückt werden: Weg von der Vorstellung, dass nur die astreinsten Demokraten Friedensarbeit machen dürfen (wenn sie sich endlich einmal dazu durchgerungen haben), hin zu einer realistischeren, pragmatischeren und professionelleren Sicht der Diplomatie. Die allerwenigsten Kriege enden mit einem Siegfrieden, und die allermeisten enden mit Verhandlungen, auch wenn diese oft nur zu einem de facto Einhalten der Kampfhandlungen führen, wie etwa in Kaschmir, Zypern und der koreanischen Halbinsel. Der Ukraine gehen nicht nur die Soldaten aus, sondern, durch Flucht und kollabierende Geburtenraten, [ganz elementar die Menschen](#). Das Land blutet aus, es verliert seine Zukunft.

Dass der [Krieg für beide Seiten nicht zu gewinnen ist](#), ist im amerikanischen Diskurs, anders als im deutschsprachigen Raum, nicht kontrovers. Die amerikanische Regierungsposition ist seit jeher, dass der Krieg mit Verhandlungen enden wird, allerdings erst dann, wenn die Ukraine die militärische Oberhand erlangt und damit eine bessere Ausgangslage für Verhandlungen hat. Davon kann aber seit mittlerweile eineinhalb Jahren nicht mehr die Rede sein, trotz massiver Unterstützung aus dem Westen, die in der fehlgeschlagenen Gegenoffensive im Sommer 2023 kulminierte. Das [Abkommen](#), das die Ukraine im Frühling 2022 am Verhandlungstisch in Istanbul erzielte, erscheint heute unerreichbar – eine Erkenntnis, die so tragisch ist, dass es einem den Atem verschlägt.

Dass der Krieg für beide Seiten nicht zu gewinnen ist, ist im amerikanischen Diskurs, anders als im deutschsprachigen Raum, nicht kontrovers.

Europas Regierungen können nun aus dem Schmollwinkel über Orbán herziehen und dann stillschweigend wieder zur Tagesordnung übergehen. Oder sie könnten seinen ungelenten, möglicherweise zynischen Vorstoß als Herausforderung sehen, es besser zu machen. Das heißt vor allem auch, alles das, was in den letzten Jahrzehnten über die Beendigung von bewaffneten Konflikten gelernt wurde, anzuwenden. Also etwa das Konzept des [people-centered peace](#), welches *human security*, also die subjektive Sicherheit der vom Krieg betroffenen Menschen (im Gegensatz zu rein militärisch-politischer Sicherheit), ihre Rechte und ihr Wohlergehen in den Mittelpunkt stellt und damit nachweislich nachhaltigeren Frieden erzielt. Oder, gemäß UNO-Sicherheitsratsresolution 1325, [die gleichberechtigte Teilnahme von Frauen auf allen Ebenen derartiger Prozesse](#).

Es wurde viel darüber [spekuliert](#), ob Boris Johnson im Frühling 2022 der Ukraine angeordnet hat, die Verhandlungen abubrechen und weiterzukämpfen. [Falsch ist es, nur zu fragen](#), was passiert wäre, wenn Johnson damals nichts getan hätte, denn „Nichts tun“ war nicht die einzige Alternative für den Westen. Die richtige Frage lautet, was geschehen wäre, wenn Europa die Verhandlungen gemeinsam mit der Türkei tatkräftig unterstützt und der Ukraine diplomatische Schützenhilfe geboten hätte.

Nicht alle Friedensprozesse gehen unausweichlich gut aus. Oft scheitern sie einige Male, bevor sie greifen. Sie können Jahre andauern. Aber ich stelle die Behauptung in den Raum, dass, wenn wir im Frühling 2022 die Chance auf Diplomatie ergriffen hätten, heute Zehntausende und vielleicht Hunderttausende Menschen noch am Leben wären und Millionen enormen Schmerz und Trauma nie erfahren hätten. Das sollte zu denken geben. Wir können doch Diplomatie. Mindestens genauso gut wie Waffen bauen und in die Ukraine verfrachten, und sicherlich besser als Orbán.



Almut Rochowanski
Brewer

Almut Rochowanski ist Aktivistin und unterstützt seit 20 Jahren die Zivilgesellschaft in der ehemaligen Sowjetunion, mit Schwerpunkt Friedensarbeit und Frauenrechte.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/dem-narren-die-buehne-ueberlassen-7664/?utm_campaign=de_40_20240719&utm_medium=email&utm_source=newsletter

03) NATO. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 627-08

13. Juli 2024

49. Jahrgang

NATO

Die einen halten die NATO, die in dieser Woche in Washington, D.C., ihr 75-jähriges Bestehen feierte, für ihren größten Sicherheitsgaranten, die anderen für eine Bedrohung des Weltfriedens. Ich gehöre zu denen, die diesem Bündnis sehr dankbar sind, hat es in Zeiten des „Kalten Krieges“ dafür gesorgt, dass es nicht heiß wird. Es hat uns vor der permanenten Bedrohung durch die Sowjetunion geschützt.

Angeblich wegen des Beitritts der Bundesrepublik zur NATO am 5. Mai 1955 zwang die Sowjetunion ihre Satellitenstaaten DDR, Polen, Tschechoslowakei, Bulgarien, Ungarn, Rumänien und Albanien, am 14. Mai 1955 den „Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit, und gegenseitigen Beistand“ zu unterschreiben, womit der „Warschauer Pakt“ als Gegenbündnis zur NATO gegründet war.

Nach dem Ende des Zwangsbündnisses UdSSR im Dezember 1991 und der einhergehenden Auflösung des „Warschauer Paktes“ im selben Jahr, sind dessen ehemalige Mitglieder so schnell es möglich war, der NATO beigetreten, ebenso Staaten der Sowjetunion, wie die baltischen Republiken.

Die Beziehungen zu Russland waren danach so gut wie nie zuvor und nie wieder. Der russische Traum endete mit dem Auftritt **Wladimir Putins** 1999. Kaum war er als Ministerpräsident im Amt, inszenierte er einen Terrorangriff in Moskau, der dazu diente, den zweiten Tschetschenienkrieg beginnen zu können. In seiner Sandmännchen-Rede vor dem Bundestag am 25. September 2001 ließ er uns in dem Glauben, es mit einem aufrechten Menschen zu tun zu haben: „Ich bin überzeugt: Wir schlagen heute eine neue Seite in der Geschichte unserer bilateralen Beziehungen auf und wir leisten damit unseren gemeinsamen Beitrag zum Aufbau des europäischen Hauses.“ Putins Rede gehört in die Märchensammlung des Hauses der Geschichte in Bonn.

Für Putin war das Ende der Sowjetunion eine Tragödie. „Das, was wir uns in 1000 Jahren erarbeitet haben, war zu einem bedeutenden Teil verloren“, meint er mit Blick auf das russische Imperium, aus dem nach der Oktoberrevolution von 1917 fünf Jahre später die Sowjetunion mit ihren 15 Republiken hervorging. Quelle: Merkur.de

Wer Anneklieren und Unterdrücken anderer Völker als „erarbeitet“ bezeichnet, kommt auch auf Menschenverachtende Ideen wie nach der Dringlich-

keitssitzung des Sicherheitsrates der UN, der sich mit dem Angriff auf ein Kinderkrankenhaus in Kiew befasste. Der russische Botschafter lud im Anschluss an die Sitzung zum Dinner ein. Als Hauptgericht gab es **Hühnchen Kiew**, auch als Kiewer Kotelett bekannt, serviert mit Kartoffelstäbchen, dazu ein Sauvignon blanc aus dem „Russian River Valley“ in Kalifornien. Quelle: Morgenpost 10.07.2024

Die Hätte-Hätte-Diskussion über einen frühzeitigen Eintritt der Ukraine in die NATO erübrigt sich. Es ist aber mal wieder Zeit für eine Rede dieser Qualität: „Ihr Völker der Welt, ihr Völker in Amerika, in England, in Frankreich, in Italien! Schaut auf dieses Land und erkennt, dass ihr dieses Land und dieses Volk nicht preisgeben dürft und nicht preisgeben könnt! Es gibt nur eine Möglichkeit für uns alle: gemeinsam so lange zusammenzustehen, bis dieser Kampf gewonnen, bis dieser Kampf endlich durch den Sieg über die Feinde, durch den Sieg über die Macht der Finsternis besiegelt ist. Wer dieses Land, wer dieses Volk der Ukraine preisgeben würde, der würde eine Welt preisgeben, noch mehr, er würde sich selber preisgeben.“ Frei nach **Ernst Reuter** (9. September 1948 vor dem Reichstag in Berlin).

Natürlich macht es Angst, wenn Waffensysteme bei uns stationiert werden, die Ziele in Russland erreichen können. Dass dadurch die Befürchtung wächst, Putin würde nun seine Raketen auf Deutschland ausrichten, ist unbegründet, weil wir uns längst im Fadenkreuz des russischen Kindermörders befinden.

Privatdozent **Dr. Stefan Luft** von der Uni Bremen schließt in der *Phoenix-Runde* vom 10. Juli nicht aus, dass die Zerstörung des Kinderkrankenhauses in Kiew ein „Kollateralschaden“ sein könnte und bedient damit die russische Propaganda. Auch **Sahra Wagenknecht**, die der AfD und Linken gleichzeitig Stimmen abjagt, durfte in dieser Woche bei **Maybrit Illner** die russische Sicht der Lage erklären. **Jörg Thadeusz** bezeichnet Wagenknecht in seinem Kommentar in der *Berliner Morgenpost* als „Influencerin der Infamen“ und „Putins Fangirl“. „Als sich russische Soldaten die Krim unter den Nagel rissen, sprach Putins Apologetin von einer ‚Reaktion auf eine Fehlentwicklung‘“. „Die Polittalkshows im Fernsehen können von Deutschlands bekanntester Widerwärtiger immer noch nicht genug bekommen.“

Friedensengel **Viktor Orbán**, für ein halbes Jahr Chef von Europa, rät, der Ukraine kein Geld und keine Waffen mehr zu geben. Dann wäre der Krieg schnell beendet. Warum sagt er nicht gleich, unterwerft und ergebt Euch? Bedingungslos versteht sich.

04) Troll-Diplomatie.

Viktor Orbáns Alleingänge machen die EU lächerlich. Um den Schaden zu begrenzen, sollte Ungarn die Ratspräsidentschaft entzogen werden

Von Daniel Hegedüs

12.07.2024



Versteckte Botschaft an Europas Hauptstädte?-*picture alliance / NurPhoto | Beata Zawrzel*

Ministerpräsident Viktor Orbán hat Ungarns sechsmonatige EU-Ratspräsidentschaft mit diversen diplomatischen Aktionen eingeleitet, die für einen Schock bei den EU- und NATO-Partnern sorgten. Zunächst begab er sich nach Kiew zu seinem ersten bilateralen Treffen mit Präsident Wolodymyr Selenskyj seit dem vollumfänglichen russischen Einmarsch in die Ukraine im Jahr 2022. Mit Blick auf die bestehenden Differenzen zwischen den beiden Ländern gab es zwar keine greifbaren Ergebnisse, aber die Ukraine sagte zu, auf die ungarischen Bedenken bezüglich des Status der ungarischen Minderheit in Transkarpatien sowie der Behandlung ungarischer Unternehmen einzugehen. Diese Zusage nährte zumindest kurzfristig einen vorsichtigen Optimismus, dass es zu einer Annäherung und einer moderat-prowestlichen Wende in der ungarischen Außenpolitik kommen könnte.

Einige Tage später stattete Orbán jedoch Moskau einen überraschenden Besuch ab, der weder mit den EU- und NATO-Partnern noch mit der ukrainischen Führung abgestimmt war. Der Schritt zeigt, wie Orbán [die EU-Ratspräsidentschaft missbrauchen kann](#), wie er vorgibt, im Namen der gesamten EU zu sprechen, wie er Verwirrung stiftet und der EU-Außenpolitik schadet. Gleichzeitig dienen und nutzen derartige Aktionen den Interessen Russlands und anderer illiberaler Rivalen des Westens.

In den EU-Verträgen ist klar geregelt, dass die Regierung, die den Ratsvorsitz innehat, die EU *nicht* nach außen vertritt. Dies ist das Vorrecht des Präsidenten des Europäischen Rates, der Präsidentin der Europäischen Kommission und des Hohen Vertreters für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Dennoch hat Orbán bei seinen bisherigen Reisen das Logo der ungarischen Ratspräsidentschaft verwendet, wiederholt auf seine derzeitige Position an der Spitze des Europäischen Rates angespielt und Russlands Präsident Wladimir Putin nicht widersprochen, als dieser beim Treffen erklärte, Orbán spreche in Moskau für die EU. Auch die russische Staatspropaganda [nutzte](#) Orbáns Besuch und seine Eigendarstellung, die perfekt zur Rhetorik des Kremls passt.

Seite E 90 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

Orbán stellte seine Reise nach Moskau als nächste Etappe seiner „Friedensmission“ nach dem Besuch in Kiew dar. In Wirklichkeit brach er aber glasklar mit der EU-Position, nicht ohne die Ukraine über die Zukunft der Ukraine zu verhandeln – und hielt darüber hinaus den Russland-Besuch gegenüber Kiew geheim. EU-Ratspräsident [Charles Michel](#), Kommissionschefin [von der Leyen](#) sowie der noch amtierende Hohe Außenvertreter [Josep Borrell](#) und seine Nachfolgerin [Kaja Kallas](#) kritisierten die Reise. Alle betonten, dass Orbán dafür kein EU-Mandat hat und dass die Ratspräsidentschaft nicht die EU nach außen repräsentiert.

Wie zu erwarten war, zeigt Orbán, dass er die Ratspräsidentschaft zum außenpolitischen Trolen nutzen will.

Orbán reiste von Russland weiter nach Aserbaidschan, um am informellen Gipfel der Organisation der Türkischen Staaten teilzunehmen. Aus EU-Sicht ist auch dieser Besuch heikel, da die territoriale Integrität und Souveränität Zyperns infrage gestellt werden könnte. Schließlich waren auch Vertreter der von der EU nicht anerkannten Türkischen Republik Nordzypern anwesend. Diese Problematik wurde sowohl von [Borrell](#) als auch vom Ko-Vorsitzenden der Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer (EKR), [Nicola Procaccini](#) von den Fratelli d'Italia, zur Sprache gebracht. Letzteres zeigt, dass sich nicht nur Orbáns Beziehungen zum EU-Mainstream verschlechtern, sondern auch die Verbindungen zur EKR-Fraktion und zu Italiens Ministerpräsidentin Giorgia Meloni, die vor den EU-Wahlen noch als Verbündete Orbáns galten.

Von Baku aus flog Orbán dann nach Peking, um den chinesischen Präsidenten Xi Jinping [zu treffen](#). Vor Ort lobte er Chinas Engagement für einen Friedensschluss zwischen Russland und der Ukraine. Dabei übergang er geflissentlich Xis Entscheidung, den Genfer Friedensgesprächen im Juni fernzubleiben. Von Peking aus reiste Orbán weiter zum NATO-Gipfel in die Vereinigten Staaten, wo er auch Donald Trump traf.

All das ist nur der Anfang. In den nächsten Monaten der ungarischen Ratspräsidentschaft dürfte es weitere nicht abgesprochene Besuche geben, bei denen Orbán die Positionen der EU missachtet und beschädigt – sei es bei Trump in den USA, bei Benjamin Netanjahu in Israel oder in Georgien und Moldawien, wo jeweils im Herbst heiß umkämpfte Wahlen anstehen.

Wie [zu erwarten war](#), zeigt Orbán, dass er die Ratspräsidentschaft zum außenpolitischen Trolen nutzen will. Dabei geht es ihm nicht um oberflächliche Irritationen und ums Stören an sich, sondern er verfolgt eine Strategie. Angesichts der eigenen postkommunistischen Erfahrung hat Orbán offenbar verinnerlicht, dass der Untergang von Imperien und supranationalen Institutionen dann droht, wenn diese Institutionen anfangen, lächerlich zu wirken. Aus genau diesem Grund versucht er mit seinen Aktionen, die EU lächerlich zu machen.

Ein Entzug der ungarischen EU-Ratspräsidentschaft war im vergangenen Jahr schon mehrfach diskutiert worden.

Mit seinem sprunghaften Verhalten und seiner mehrgleisigen Außenpolitik will Orbán demonstrieren, dass es keine Konsequenzen hat, wenn er wiederholt gegen EU-Regeln verstößt und EU-Positionen untergräbt. Damit hält er die Union intern und extern zum Narren, indem er aufzeigt, dass sie nicht in der Lage ist, die Einheit aufrechtzuerhalten und dass ein einzelner Mitgliedstaat sich wie die Axt im Walde aufführen kann, ohne dass dies

negative Konsequenzen hätte. Daraus ergibt sich dann schnell die Frage: Warum sollten andere Länder wie Belarus, Georgien oder Serbien (um nur einige zu nennen) auf die EU hören?

Die wichtigste strategische Aufgabe der EU ist es nun, negative Konsequenzen für das Verhalten Orbáns zu schaffen. Im Moment sind dabei insbesondere die anderen Mitgliedsstaaten und der Europäische Rat gefordert, denn es wird noch Monate dauern, bis die neue Kommission und das neue EU-Parlament voll einsatzfähig sind. Darüber hinaus sind gerade die Reaktionen anderer Staaten für Orbán wichtig, der die supranationalen EU-Institutionen ohnehin verachtet.

Ein Entzug der ungarischen EU-Ratspräsidentschaft war im vergangenen Jahr schon mehrfach diskutiert worden. Im Juni 2023 verabschiedete das Europäische Parlament sogar eine [Entschließung](#), in der es die Fähigkeit des Landes infrage stellte, die Aufgaben des Ratsvorsitzes konstruktiv und redlich zu erfüllen. Die [Meijers-Kommission](#), eine angesehene Juristenorganisation in den Niederlanden, hat nun einen legalen Weg aufgezeigt, wie Orbán die Ratspräsidentschaft entzogen werden kann.

Demnach könnten die anderen Mitgliedstaaten die ungarische Ratspräsidentschaft verkürzen und den Start der folgenden polnischen Ratspräsidentschaft vom 1. Januar 2025 auf den 1. September (oder noch früher) vorziehen. Parallel dazu sollten sie die erste Phase des [Verfahrens nach Artikel 7](#) gegen Ungarn abschließen, um einen solchen Bruch mit dem in den EU-Verträgen verankerten Prinzip der [„gleichberechtigten Rotation“](#) des Ratsvorsitzes zu rechtfertigen.

So müsste der EU-Ratspräsident auf der Grundlage von [Artikel 236 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union](#) einen Antrag auf Änderung des Turnus der Ratspräsidentschaft stellen. Die Mitglieder des Europäischen Rates könnten dann durch eine einfache Abstimmung mit qualifizierter Mehrheit den Beginn der polnischen Präsidentschaft auf August oder September vorverlegen.

Die Mitgliedsstaaten müssen umgehend handeln.

Für das Verfahren nach Artikel 7 müssten die Mitgliedstaaten einen Antrag an das Ratssekretariat stellen, um eine Abstimmung aufgrund der „eindeutigen Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung“ der EU-Werte in Ungarn gemäß Artikel 7 Absatz 1 des Vertrags über die Europäische Union auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Rates „Allgemeine Angelegenheiten“ zu setzen. Für einen entsprechenden Beschluss braucht es eine Vier-Fünftel-Mehrheit.

Beide Initiativen sollten idealerweise von den Schwergewichten Frankreich, Deutschland und Polen angeführt und von einer möglichst großen Gruppe von Mitgliedsstaaten mitgetragen werden, insbesondere von den baltischen Staaten sowie Ländern aus Mittel- und Osteuropa wie Tschechien, Rumänien und Slowenien.

Die Mitgliedsstaaten müssen umgehend handeln, denn sie werden wohl nie mehr eine bessere Gelegenheit bekommen: Im rechtsradikalen Spektrum ist die Beziehung zwischen Meloni und Orbán angespannt, da die neue Fraktion des ungarischen Regierungschefs, die sogenannten „Patrioten für Europa“, aktiv [EKR-Mitglieder abwirbt](#). Darüber hinaus dürften bei den anstehenden Wahlen in Österreich und Tschechien weitere Verbündete Orbáns an die Macht kommen.

Seite E 92 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

Wenn sie eine angemessene Antwort auf Orbáns Trolen und seine Verhöhnung der EU geben wollen, könnten die Mitgliedsstaaten die ungarische Ratspräsidentschaft innerhalb weniger Wochen beenden. Alles, was es dazu braucht, ist gute Diplomatie und Mehrheitsfindung im Europäischen Rat.

Die jüngsten Ereignisse, die Realität, widerlegen die Experten, die zuvor noch behauptet hatten, Ungarns Ratspräsidentschaft könne der EU nur sehr begrenzten Schaden zufügen. Derweil müssen sich diejenigen, die weiter auf ein halbes Jahr Aussitzen und Durchwurschteln pochen, auf weitere Aktionen Orbáns wie die der letzten Tage einstellen.

Aus dem Englischen von Tim Steins



Daniel Hegedüs

Berlin

Daniel Hegedüs ist Analyst für Internationale Beziehungen und Politik. Er arbeitet als *Senior Fellow* und *Senior Program Officer* beim *German Marshall Fund of the United States*.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/europaeische-integration/artikel/troll-diplomatie-7647/?utm_campaign=de_40_20240712&utm_medium=email&utm_source=newsletter

05) Mein rechter, rechter Platz ist frei.

Statt ihre neue Stärke auszuspielen, spalten sich die rechten Parteien im EU-Parlament auf. Wer gewinnt nach der Umgruppierung an Einfluss?

Von Matteo Dressler

05.07.2024



Wettstreit unter Rechten: Wer hat am Ende mehr Macht?- *picture alliance / Reuters | Johanna Geron*

Seit den Europawahlen überbieten sich in Brüssel die Spekulationen. Im Wahlkampf war häufig die Rede von einer möglichen Koalition zwischen den Rechtsaußenparteien der Fraktion Europäische Konservative und Reformen (EKR), angeführt von der italienischen Ministerpräsidentin Giorgia Meloni, und der rechtsextremen Fraktion Identität und Demokratie (ID) mit Marine Le Pen und der französischen Partei *Rassemblement National* (RN) an der Spitze. Doch nach der Wahl folgte nun eine überraschende Wendung: Die Rechtsaußenparteien könnten sich stattdessen [in weitere Fraktionen aufspalten](#).

Derzeit bemüht sich die AfD, eine neue Fraktion unter dem Namen „Die Souveränisten“ zu bilden, da sie im Mai 2024, kurz vor der Europawahl aus der ID-Fraktion ausgeschlossen wurde. Nach dem berüchtigten [Treffen in Potsdam](#) – auf dem AfD-Mitglieder gemeinsam mit bekannten Neonazis hochproblematische „Remigrations“-Strategien erörtert und damit die von langer Hand angelegte Radikalisierung der AfD noch weiter vorangetrieben hatten – tat sich in den letzten Monaten ein Graben zwischen dem RN als führender Partei der ID-Fraktion und der AfD auf. Der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte, war im Mai 2024 die Relativierung von SS-Verbrechen des AfD-Spitzenkandidaten [Maximilian Krah](#), der bereits wegen eines Skandals um Spionage für China unter Druck gestanden hatte.

Der Ausschluss der AfD aus der ID-Fraktion war zudem für Marine Le Pen eine gute Gelegenheit, der französischen Wählerschaft zu signalisieren: Wir gehören nicht länger zu diesen Extremisten, wir haben uns verändert! Was den Ton angeht, mag das stimmen, doch das Parteiprogramm setzt weiterhin auf Fremdenfeindlichkeit und wettet gegen eine pluralistische Demokratie. Diese Strategie scheint leider aufzugehen, aus der ersten Runde der Parlamentswahlen in Frankreich [ging der RN als stärkste Kraft hervor](#).

Die Geschichte der Souveränisten zeugt von einer Neuordnung, die wenige Wochen nach der Europawahl nun voll im Gange ist.

Die Geschichte der Souveränisten zeugt von einer Neuordnung, die wenige Wochen nach der Europawahl nun voll im Gange ist. Die meisten nationalen Parteien, Kandidatinnen und Kandidaten waren mit einer klaren Aussage angetreten, welcher Fraktion sie im EU-Parlament angehören wollten – wie etwa Sozialdemokraten, Konservative oder Grüne. Es gibt jedoch auch eine beträchtliche Minderheit fraktionsloser Europa-Abgeordneter, die sich vorab keiner bestimmten Fraktion zuordnen wollten. Und selbst wenige Tage vor dem Ende der inoffiziellen Frist haben sich über elf Prozent der gewählten EU-Abgeordneten [noch immer keiner Fraktion angeschlossen](#).

Mit dem Fraktionsstatus gehen [zahlreiche Privilegien](#) einher, etwa mit der Vergabe von wichtigen Positionen (in den Ausschüssen) und mit mehr Mitteln als für fraktionslose Parlamentarier, sowie mit einem Anrecht, Zuschüsse für politische Stiftungen zu erhalten. Um eine Fraktion zu bilden, müssen sich mindestens 23 Abgeordnete aus wenigstens einem Viertel der EU-Mitgliedstaaten (derzeit sieben) [zusammenschließen](#). Die Zeit drängt: Bis zum 4. Juli mussten die neuen Fraktionen eigentlich gebildet sein, um bei der Verteilung der prestigeträchtigen Parlamentsposten berücksichtigt zu werden. Es bleibt abzuwarten, ob sich die neuen rechten Parteien [nach der Wahl in Frankreich](#) am 7. Juli auf neue Fraktionen einigen werden, um sich an diesem Verhandlungsprozess zu beteiligen.

Die Idee, [eine eigene Fraktion zu gründen](#), bestand bereits vor dem Ausschluss der AfD aus der ID-Fraktion. Je mehr sich Le Pen von der AfD distanzierte, desto stärker wuchs deren Wunsch, sich mit anderen Kleinparteien unter deutscher Führung zu verbünden und als eigene Fraktion unabhängig zu machen. Kurz nach der Europawahl begann die AfD, die nötigen Abgeordneten aus verschiedenen Ländern zusammenzusuchen. Seit Beginn der Sondierungsgespräche schwankt das Engagement weiterer Mitglieder zwischen Spekulationen und konkreten Gesprächen. Jedoch bleibt unklar, welche Zusagen tatsächlich konkret gemacht wurden. Zu den potenziellen Kandidaten zählen *Wasraschdane* („Wiedergeburt“) aus Bulgarien, die neue Partei *Se acabó la fiesta* („Die Party ist vorbei“) aus Spanien, *Mi Hazánk Mozgalom* („Unsere Heimat“) aus Ungarn, die *Republika*-Bewegung aus Slowenien, „S.O.S. Rumänien“ und NIKI („Sieg“) aus Griechenland. Auch eine französische EU-Abgeordnete der Partei *Reconquête* („Rückeroberung“) [könnte der Fraktion beitreten](#). Die polnische *Konfederacja* gehört ebenfalls zur Zielgruppe der AfD, hat sich aber noch nicht entschieden.

Der ungarische Premierminister Viktor Orbán verkündete selbst die Gründung einer neuen Fraktion.

Die ungarische Regierungspartei *Fidesz* mit ihren zehn Abgeordneten wird den Souveränisten allerdings nicht beitreten. Am 30. Juni verkündete der ungarische Premierminister Viktor Orbán nämlich selbst [die Gründung einer neuen Fraktion](#), gemeinsam mit dem früheren tschechischen Premierminister Andrej Babis und dem Chef der rechtsextremen Freiheitlichen Partei Österreichs, Herbert Kickl. Diese „Patrioten für Europa“ brauchen aber noch Abgeordnete aus mindestens vier weiteren Mitgliedsländern.

Die AfD hatte bereits für den 27. Juni einen Konferenzraum in Brüssel gemietet, um die Konstituierung ihrer neuen Fraktion zu verkünden – das Treffen fand jedoch nie statt. Offenbar ist die Zahl der Interessierten an einer solchen rassistischen Allianz geringer, als der AfD lieb ist. Über die Gründe kann man nur spekulieren: Manche der möglichen Partner wurden erst vor wenigen Tagen kontaktiert (wie *Se acabó la fiesta*), während andere wie

Seite E 95 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

die *Konfederacija* sich noch die Option offenhalten, der ID-Fraktion beizutreten. Es gibt jedoch auch Vorbehalte innerhalb der AfD. Auch wenn sich die Partei immer weiter radikalisiert, sind manche ihrer potenziellen Fraktionspartner *noch* extremer, und das Risiko einer offenen Holocaust-Leugnung oder ähnlicher Skandale mag selbst der AfD zu groß erscheinen.

Das politische Programm der neuen Fraktion bleibt – zumindest offiziell – ebenfalls im Dunkeln. Man sollte jedoch keine allzu großen Überraschungen erwarten. Die Botschaft liegt vermutlich bereits im Namen: Die Souveränisten setzen auf Souveränität. In den letzten Jahren hatten die rechtsextremen, migrationskritischen Anhänger dieses Begriffs erklärt, eine Nation solle frei entscheiden können, wer ins Land einreisen und dort bleiben dürfe oder ausreisen müsse. Seitdem hat sich die Bedeutung des Begriffs ausgeweitet, sodass er inzwischen für sämtliche infame Lieblingsprojekte der extremen Rechten genutzt wird, um ein ganzes Spektrum antipluralistischer Maßnahmen zu rechtfertigen, die sich praktisch gegen jede und jeden richten könnten.

Das erkennt man am besten an der souveränistischen Sofia-Erklärung der rechtsextremen bulgarischen Partei *Wasraschdane*, die im April 2024 veröffentlicht wurde. Demnach werde die europäische Zivilisation „durch die Aggression globalistischer Ideologien bedroht“ und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen werde „durch die Diktatur einer Bürokratie ersetzt“. Dieser [Erklärung zufolge müsse die EU-Bürokratie gestoppt](#) und von internationalen Konzerninteressen befreit werden, zudem brauche es Friedensverhandlungen im „europäischen Krieg gegen Russland“. In dieses bekannte Lied stimmt auch die AfD seit Jahren ein.

Jede Spaltung bedeutet allerdings weniger Macht.

Die vor der Europawahl weitverbreitete Überzeugung, trotz des Zuwachses an Wählerstimmen werde es zu inneren Spaltungen des Rechtsaußen-Lagers kommen, hat sich (bis jetzt) bestätigt. Es scheint, dass die Spaltung entlang bestimmter Konfliktlinien (Russland, Ukraine) und des Ausmaßes des Extremismus (hauptsächlich im Ton, nicht in der Substanz) in Bezug auf Themen wie Einwanderung oder die Verherrlichung der faschistischen Vergangenheit anhält. Zu diesen Differenzen hinzu kommen auch noch interne, durch nationale Interessen befeuerte Machtkämpfe. Jede Spaltung bedeutet allerdings weniger Macht.

Die Startschwierigkeiten der Souveränisten sind ein gutes Beispiel. Sollte es ihnen nicht gelingen, eine Fraktion zu bilden und den entsprechenden Status zu erhalten, wäre dies ein schwerer Schlag für die AfD und alle, die sich unter ihrem Schirm versammeln wollten, um mehr politischen Einfluss, Geld und analytische Unterstützung zu erlangen. Das soll nicht heißen, dass für die Kräfte der Mitte alles zum Besten steht. Selbst wenn sie gespalten sind, werden die rechtsextremen Gruppen bei einigen Gesetzesvorschlägen (*Anti-Green Deal*) gemeinsam abstimmen. Bei anderen (Ukraine) werden sie dies jedoch nicht tun.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten sollten die Lage genau beobachten, um die Differenzen zwischen den verschiedenen rechtsextremen Fraktionen richtig zu deuten. Denn das Risiko, dass die Europäische Volkspartei bei einigen Gesetzesvorschlägen mit weit rechtsstehenden Parteien zusammenarbeitet, bei anderen jedoch nicht, muss aufmerksam beobachtet werden, um sicherzustellen, dass die Progressive Allianz der Sozialdemokraten und ihre Verbündeten die bereits erzielten Fortschritte verteidigen können. Zudem gibt es nicht nur Differenzen zwischen den verschiedenen Rechtsaußen-

Fraktionen, sondern auch innerhalb derselben. In der letzten Legislatur war die Abstimmungsdisziplin in der EKR- und der ID-Fraktion am geringsten. Diese Schwäche sollten progressive Kräfte ausnutzen, um Mehrheiten zu bilden und diejenigen abzuwehren, die sie unterminieren wollen.

Kluge Beobachter haben angemerkt, dass die Bedrohung von rechts einheitsstiftend für die Europawahl wirkte und die Menschen an die Wahlurnen trieb. Nach der Wahl lautet nun die kontraintuitive Botschaft, sich stärker auf uns selbst als auf die Rechten zu konzentrieren. Natürlich sollte man die Dinge – und auch diese Parteien – beim Namen nennen: rechtsaußen, rechtsextrem, xenophob und rassistisch. Trotzdem ist es in einer Zeit, in der sich zahlreiche Menschen in Europa unsicher fühlen und einen Niedergang befürchten, wichtiger denn je, fortschrittliche Alternativen und eine Zukunftsvision zu bieten. Ein Kontext, der anfällig ist für die immer gleiche nostalgische, reaktionäre Melodie „Lasst uns in eine glorreiche Vergangenheit zurückkehren“. Viele mögen versucht sein, diesem alten, nostalgischen Lied zu folgen, doch dahinter verbergen sich antipluralistische und autoritäre Tendenzen. Lasst uns stattdessen gemeinsam eine demokratische und fortschrittliche Gegenwart und Zukunft aufbauen!.



Matteo Dressler

Brüssel

Matteo Dressler ist politischer Berater im Bereich Demokratie und Partizipation bei der *Foundation for European Progressive Studies* (FEPS).

https://www.ipg-journal.de/rubriken/europaeische-integration/artikel/rechte-fraktionen-ep-7626/?utm_campaign=de_40_20240705&utm_medium=email&utm_source=newsletter

Keine Berichte

B R D e u t s c h l a n d (ohne Berlin und Land Brandenburg)

(Seiten E 98 – E 111)

01) KW 30 [22. bis 28.07.2024] – Am Abgrund.

Kommentiert von Ed Koch

**paperpress**

seit 1976



Nr. 627-22

28. Juli 2024

49. Jahrgang

KW 30 *kommentiert von Ed Koch*
Am Abgrund

Es gibt so ein paar Lieblingssprüche, die man sich in einem langen Leben gemerkt hat und gern hin und wieder anwendet. Zum Beispiel: „Heute stehen wir am Abgrund. Morgen sind wir einen Schritt weiter.“ Schaut man sich um in der Welt, passt kaum etwas besser.



Screenshot ARD

Wirklich beeindruckend war die Eröffnungsfeier für die **Olympischen Spiele** in Paris, trotz des Regens. Keine Show in einem Stadion, sondern unterwegs in Paris, auf der Seine und drumherum. Angesichts des heutigen trüben Wetters sollte man sich dieses außergewöhnliche Ereignis in der Mediathek noch einmal anschauen.



Céline Dion Auftritt im Eiffelturm war mehr als nur das Sahnehäubchen am Ende dieses gelungenen Spektakels. Gönnen wir es den Franzosen, wenigstens für ein paar Stunden ihre Sorgen ausgeblendet zu haben. Ein gutes Ritual ist es, dass das jeweilige Staatsoberhaupt die Spiele nicht für eine große Rede nutzen darf, sondern nicht mehr und nicht weniger zu verkündet hat, als dass die Spiele eröffnet sind.

Und kaum waren sie das, kamen die ersten Probleme ans Licht: **DER SPIEGEL** schreibt: „Die Dopingfrage, die das System zum Wackeln bringt. In Paris sind elf chinesische Schwimmer dabei, die mutmaßlich betrogen haben. Der Ärger hat die politische Weltbühne erreicht, das IOC droht den USA. Und die Antidopingbehörde windet sich. Protestaktionen sind absehbar.“ Die großen Sportverbände dieser Welt haben

zu Recht einen schlechten Ruf, ob **FIFA**, **UEFA** oder **IOC**. Intransparenz und das Handtieren mit Milliarden Beträgen, die von den Zuschauern aufgebracht werden, bringen diese gewinnorientierten gemeinnützigen Organisationen „im Sinne der Artikel 60 ff. des Schweizerischen Zivilgesetzbuches“ immer wieder in die Schlagzeilen. Nichts gegen die Schweiz, es ist aber schon sehr auffällig, dass sie dort ihren Sitz haben und ins Handelsregister und nicht wie bei uns üblich, ins Vereinsregister eingetragen sind.

Besonders die Chefs der Verbände sind äußerst fragwürdige Persönlichkeiten. Die Nähe von **Thomas Bach** zu **Wladimir Putin** hat ein hochrangiger Sportfunktionär schon lange im Blick. „Ohne Putin wäre Bach gar nicht zum Olympia-Boss aufgestiegen, berichtet der ehemalige DOSB-Chef **Alfons Hörmann**. Er nennt Bach in einer neuen Dokumentation der ZDF-Dokureihe „Die Spur“ einen „Präsidenten in Putins Gnaden“. Wenn Sie diese Dokumentation sehen, machen Ihnen die Olympischen Spiele kaum noch Spaß. Das ganze System steht am Abgrund und niemand unternimmt etwas dagegen, sondern lässt sich gängeln. Das IOC will nationales Recht, beispielsweise beim Doping, in den Austragungsändern, außer Kraft setzen.

2034 sollen die Winterspiele in Salt Lake City stattfinden. Das IOC verband die Vergabe „mit einer Warnung, die kaum weniger deutlich hätte ausfallen können.“, berichtet der **Bayerische Rundfunk**. „Die Spiele 2034 können Salt Lake City jederzeit entzogen werden, wenn die US-Behörden und die Anti-Doping-Agentur USADA weiter Probleme bereiten. Die hatten die Welt-Anti-Doping-Agentur im Fall der 23 positiv getesteten Schwimmer aus China heftig kritisiert und auf Grundlage des Rodchenkov Acts Ermittlungen gefordert. Das Gesetz erlaubt der amerikanischen Strafverfolgung, gegen Hintermänner von Dopingverstößen bei internationalen Wettkämpfen einzugreifen. Solch staatliche Einflussnahmen stoßen dem IOC auf, so übel sogar, dass Vizepräsident **John Coates** einen Zusatz zum Ausrichtervertrag mit einer einseitigen Kündigungsklausel verankerte.“

Die USA zeigen sich (noch) unbeeindruckt. Coates blickt bei der Bekanntgabe der Kündigungsklausel mit dem Blick des Paten in die Kamera: „Ich mache Euch ein Angebot, das ihr nicht ablehnen könnt.“ (Marlon Brando als Vito Corleone im Film Der Pate). Bleibt zu hoffen, dass sich die USA davon nicht beeindrucken lassen. Schade, dass der eigentliche Sinn von Olympia auf der Strecke bleibt. Dennoch: Viel Erfolg allen Sportlern.

1



Beim **Christopher Street Day** in Berlin trat, ebenfalls im Regen, **Herbert Grönemeyer** am Brandenburger Tor auf. Dafür durfte/konnte/wollte der Regierende Bürgermeister **Kai Wegner** nichts sagen. Er hatte der Community versprochen, dafür zu sorgen, dass sie angemessen im Grundgesetz erwähnt werden wird.

Auf dem Christopher Street Day (CSD) 2023 umgarnte Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner die queere Community mit vollmundigen Worten. In seiner Eröffnungsrede sprach sich der damals erst wenige Wochen im Amt befindliche CDU-Politiker laut Tagesspiegel dafür aus, in das Diskriminierungsverbot des Art. 3 Abs. 3 Grundgesetz (GG) auch die sexuelle Identität mitaufzunehmen. „Meine feste Zusage für diesen Berliner Senat ist: Wir wollen den Artikel 3 des Grundgesetzes ändern. Da muss die sexuelle Identität mit rein. Das ist mein Versprechen“, sagte Wegner. Und weiter: „Wir werden das gemeinsam mit euch auch hinbekommen.“ Quelle: Legal Tribune Online (LTO)

Bis heute gibt es nicht einmal eine Bundesratsinitiative Berlins, um das Ziel zu erreichen. Nun, kurzfristige Termine beim Bürgeramt zu bekommen, hat der Wegner-Senat auch nicht erreicht, obwohl das zum Ende des Jahres 2023 versprochen wurde.

Kai Wegners Problem ist, dass er die Berliner Verwaltung nicht kennt. Mit dieser lassen sich nämlich Kunststücke dieser Art nicht vollbringen. Das erste Halbjahr 2024 ist vorbei, und in den Bürgerämtern werden zusätzliche Mitarbeiter immer noch eingearbeitet.

Ja, es hat sich etwas verändert in der Stadt, seit Schwarz-Rot an der Macht ist und das Chaos-Bündnis aus SPD, Grünen und Linken ablöste. Es ist ruhiger und friedlicher im Senat geworden, kein Grund allerdings, einzuschlafen. Hektisch werden dürfte es aber bei der Frage, wie und wo 2025 drei Milliarden Euro eingespart werden könnten. Wegner will, laut Morgenpost, die „Zukunftsfähigkeit Berlins nicht gefährden.“ Wo der Rotstift angesetzt werden wird, kann man sich gut vorstellen. Alles, was nicht gesetzlich zwingend erforderlich, also eine Soll-Leistung des Staates ist, kommt auf den Prüfstand. Beim **Tierschutz** sind schon mal 96 Prozent des Etats gestrichen worden.

Die Welt ist voller Unruheherde, Nachrichten zu schauen, ist nur noch etwas für Menschen mit hoher Widerstandsfähigkeit und Nerven wie Drahtseilen. Was sind das für Menschen, die Brandanschläge auf Bahnstrecken verüben, um die Olympischen Spiele zu stören? Was könnte Gutes mit dem Geld getan werden, das man einsparen würde, wenn Sicherheitsmaßnahmen nicht erforderlich wären? Von den

Kosten, die der **russische Krieg in der Ukraine** verursacht, wollen wir gar nicht reden. Ein F-16-Kampfflug kostet rund 30 Millionen Euro. „Gegen diesen Jet sind Putins Bomber machtlos“, schreibt t-online. Mag sein, wenn sie dann überhaupt zum Einsatz kommen und nicht schon am Boden zerstört werden.

Es ist kein Ende in Sicht, nicht in der Ukraine, nicht im Gaza-Streifen. In Israel weitet sich der Krieg nach einem Angriff (vermutlich der Hisbollah) auf die Golan Höhen aus. „Nach israelischen Angaben wurden zwölf Menschen getötet. Bei den Opfern handelte es sich um Kinder und Jugendliche im Alter zwischen zehn und 20 Jahren.“, die in einem Dorf Fußball spielten. Quelle: tagesschau

Alle diplomatischen Bemühungen, ob in der Ukraine oder dem Nahen Osten, haben bislang nichts gebracht, sieht man von kleineren Gefangenen austauschen ab.

In den **USA**, immer noch das Land, das für den Weltfrieden eine entscheidende Rolle spielt, formieren sich die Kandidaten. Es hat richtig Freude gemacht, die Wut zu sehen, die aus **Donald Trump** herausbrach, als verkündet wurde, dass **Kamala Harris** und nicht **Joe Biden** seine Gegenspielerin um das Präsidentenamt sein wird. Dabei müsste sich doch Trump mit Staatsanwälten auskennen. In seinen vielen Prozessen beleidigte und verunglimpfte er Richter und Staatsanwälte und zahlte gern Strafen dafür, von dem Geld, das ihm seine willfährigen Sektenmitglieder überweisen.

„Bei einer Kundgebung in North Carolina am Mittwoch bezeichnete Trump Harris als ‚verrückt‘ und ‚inkompetent‘, griff sie in Sachen Einwanderung an und bezeichnete sie als unglaublich liberal. ‚Wenn Kamala Harris ins Amt kommt, wäre sie die radikalste Linksextremistin, die je im Weißen Haus saß, mal 10‘, sagte Trump.“ „Harris' Kampagne schlug am Donnerstag zurück, indem sie Trump als ‚78-jährigen Kriminellen‘ bezeichnete und ihn ‚alt und ziemlich seltsam‘ nannte.“ Quelle: Merkur

Jeder Psychotherapeut würde vermutlich per Ferndiagnose eher Trump für verrückt erklären. Was für ein widerlicher Anblick, wenn diese Figur in die Kameras glotzt und seine Gülle über alle ausschüttet, die sein verkorkstes undemokratische Weltbild nicht teilen. Das Attentat auf ihn hat seine Psyche noch weiter geschädigt. Er hält sich nun für unverwundbar. Gott sei auf seiner Seite, aber, wer ist Gott? Hält sich Trump nicht inzwischen selbst für Gott, für den Erlöser auf jeden Fall.



Wenn Trump irgendwo auftritt und eine Lüge nach der anderen verbreitet, müssten die Medien sofort den Faktencheck einblenden. So wirft er der Biden-Regierung die hohe Inflationsrate vor, unter der die Menschen zu leiden hätten. Die Wahrheit hingegen ist, dass die Inflationsrate in den USA von 9,1 Prozent im Juni 2022 auf 3,0 Prozent im Juni 2024 gesunken ist. Wer schreibt Trump die Reden? Märchen-erzähler? Oder denkt er sich den Schrott selbst aus? In Deutschland übrigens ist die Inflationsrate vom Höchststand im November 2022 von 8,8 auf 2,2 Prozent im Juni 2024 gesunken.

Die USA stehen politisch am Abgrund. Und wenn Trump am 5. November die Wahl gewinnen sollte, ist das Land einen Schritt weiter. In Deutschland positionieren sich unsere Politiker in Trump- und Harris-Befürworter. Arbeitsminister **Hubertus Heil** war gerade in den USA, und verkündete bei **Maybrit Illner**, dass er sich einen Sieg von **Kamala Harris** wünsche. **Jens Spahn**, der an der Krönungsmesse von **Donald Trump** teilnahm, will sich nicht festlegen, und hat, finde ich, damit Recht. Es steht jedem einzelnen Deutschen frei, für diesen oder jenen Kandidaten zu sein. Mitglieder der Bundesregierung sollten sich zurückhalten, denn, wenn Trump gewönne, müssten sie ihm anstandshalber gratulieren.

Noch ein Abgrund

Was ist bloß los in diesem Land? Zwar liegen wir immer noch auf Platz drei im Ranking der 20 Länder mit dem größten Bruttoinlandsprodukt (4,4 Mrd. Dollar, hinter den USA 27,4 Mrd. Dollar und China 17,6 Mrd. Dollar) Aber: „In der neuesten **Rangliste der Standort-Wettbewerbsfähigkeit** ist Deutschland weiter nach unten gerutscht - auf Platz 24 von 67. Damit gehört unser Land nicht mehr der globalen Spitzengruppe, sondern allenfalls dem oberen Mittelfeld der nationalen Standorte in der Welt an.“

Mich beschleicht der Verdacht, dass dieses Absinken auch mit den Menschen zu tun hat, die in unserem Land eigentlich dafür sorgen sollten, dass es läuft. Von den Generationsbezeichnungen halte ich wenig. Die zwischen 1995 und 2010 Geborenen bezeichnet man als Generation Z. Sie ist die erste, die mit dem Smartphone im Kinderwagen aufgewachsen ist. Angeblich ist sie „Technologie-affin und immer online, ungeduldig und fordernd, gesundheits- und umweltbewusst.“ In der Beschreibung vermisse ich Begriffe wie „arbeitswillig“ und „engagiert“.

Ich habe oft mit Unternehmern zu tun, die mir seit langem ihre Klagen bezüglich der Mitarbeiterschaft

vortragen. Beispiel: Bevor das eigentliche Bewerbungsgespräch begann, fragte der Firmeninhaber den vermeintlich interessierten künftigen Mitarbeiter, welche drei Dinge für ihn in einem Job wichtig seien. 1. Viel Geld verdienen. 2. Wenig dafür arbeiten. 3. Keine Verantwortung übernehmen. Das ist tatsächlich so geschehen. Der Bewerber wunderte sich nach seinem Bekenntnis, dass es daraufhin erst gar nicht zu dem eigentlichen Bewerbungsgespräch kam.

Work-Life-Balance. Viele drehen das inzwischen um in Life-Work-Balance, völlig verkennend, dass man, um ein gutes Leben führen zu können, auch ordentlich arbeiten muss. Inzwischen gibt es noch eine neue Variante: Work-Life-Cut. Das bedeutet, dass die Erreichbarkeit ab Arbeitsende eingestellt wird. Was immer dann im Betrieb passiert, irgendein Notfall, der es erforderlich machen würde, die Mitarbeiter zusammenzutrommeln; es geht einen nichts mehr an. Corporate Identity bedeutet, dass man zu seinem Unternehmen steht und es, auch im eigenen Interesse unterstützt.

Wer in einem Unternehmen, in dem er beschäftigt ist, zum Dienstschluss alles fallen und liegen lässt, anstatt eine begonnene Arbeit noch zu Ende zu führen, ist fehl am Platze. Ein anderer Unternehmer hat mir kürzlich berichtet, dass er drei Mitarbeiter entlassen habe, die es gar nicht abwarten konnten, bis auf ihrem Handy der Klingelton zu hören war, der den Dienstschluss signalisiert. Gemeint sind natürlich nicht diejenigen, die nach Arbeitsschluss ihr Kind von der Kita abholen müssen.

Wir haben nicht nur Probleme mit dem Fachkräftemangel, sondern vor allem auch mit der Arbeitsbereitschaft der Menschen. Ein Beispiel aus dem Handel: Eine neue Mitarbeiterin hat ihren ersten Arbeitstag in einer Filiale. Der Bezirksleiter bittet den Filialleiter, nicht so kritisch bei der neuen Kollegin hinzuschauen. Was ist bloß los in diesem Land?

Fachkräftemangel? Das große Potenzial an Geflüchteten, unter denen sich hoch qualifizierte Menschen befinden, wird nicht ausgeschöpft, weil irgendwelche dummen Verordnungen dies verhindern. Und was ist eigentlich mit den vielen rüstigen Rentnern, die ihre in diesem Monat ausgezahlten Erhöhungen mal wieder in eine Kreuzfahrt investieren? Wenn die Gesundheit dem nicht im Wege steht, kann jemand beim Bürgeramt auch noch mit 70 Jahren Termine abarbeiten. Ich wünsche Ihnen eine gute Woche, und, bitte, faulenz Sie nicht.

02) KW 29 [15. bis 21.07.2024] – Finde den Fehler. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976

Nr. 627-17

21. Juli 2024

49. Jahrgang



KW 29

Finde den Fehler

Taylor Swift wird mit 300.000 verkauften Tonträgern als Megastar, Phänomen und Ausnahmekünstlerin gefeiert. Das mag alles stimmen, ihre Lieder geben das aber, finde ich, nicht her, sie sind eher belanglos und wenig nachhaltig. Während man ABBA-Songs noch in hundert Jahren hören wird, kann ich mir das bei der 34-jährigen Sängerin aus Pennsylvania kaum vorstellen.

In dieser Woche war **Gelsenkirchen**, 267.000 Einwohner, Mitten im Ruhr-Pott gelegen, das Epizentrum der Swifties, wie sich die Fans von Taylor Swift nennen. Gleich drei Konzerte hintereinander, am 17., 18. und 19. Juli, fanden in der Veltins-Arena statt. Ausverkauft, versteht sich. Am 23. und 24. Juli verlagert sich das Geschehen ins **Hamburger Volksparkstadion**, und am 27. und 28. Juli wird die Karawane im **Münchner Olympiastadion** ankommen. Finde den Fehler! Berlin ist nicht dabei. Ihr letzter Besuch in der Hauptstadt fand im Februar 2014 statt.

Nur zwei Jahre älter als **Taylor Swift** ist **Adele Laurie Blue Adkins**. **Adele** ist ein weiterer Megastar und natürlich auch eine Ausnahmekünstlerin. „Die Oscar-, Golden-Globe- und sechzehnfache Grammy-Gewinnerin hat bislang mehr als 100 Millionen Tonträger verkauft, womit sie zu den erfolgreichsten Sängerinnen des 21. Jahrhunderts zählt. Adeles im Jahr 2011 veröffentlichtes Album **21** ist mit über 31 Millionen verkauften Exemplaren das weltweit meistverkaufte Album des 21. Jahrhunderts.“ Wikipedia

Da muss man vor Ehrfurcht erstarren. Im Gegensatz zu Taylor Swift hat Adele eine angenehme Frauenstimme, weit entfernt vom Teeny-Gesang. Wie auch immer, in Berlin werden wir auch Adele nicht hören können. Zwischen dem 2. und 31. August tritt sie zehnmal in München auf, exklusiv nur dort. Sitzplätze zwischen 229,90 und 399,90 Euro, Stehplätze vor der Bühne zwischen 229,90 und 419,90 Euro. Einschließlich Bahnfahrt und Hotelübernachtung könnte man für das Geld auch zwei Wochen Urlaub in der Türkei machen.

Die Mega-Events fallen also in diesem Sommer flach für Berlin. Sage aber niemand, dass bei uns nichts los sei. Die Liste der Konzerte und Veranstaltungen ist lang, jeden Tag gleich mehrere Angebote. Tja, da macht sich leider doch das hohe Alter des Autors dieses Beitrages bemerkbar, er kennt kaum einen Namen auf der langen Liste. Bis auf: **Tom Jones**, am

10. August im Tempodrom. 84 ist die Sex Bomb inzwischen alt. Wen kenne ich noch? **Die Ärzte**, am 23., 24. und 25. August auf dem Tempelhofer Feld. Am 6. September singt **Thomas Rühmann**, bekannt als Dr. Roland Heilmann aus der Arztserie „In aller Freundschaft“ Lebenslieder im Freizeitforum Marzahn.

Aus nachvollziehbaren Gründen kann der Namensgeber beim **Johnny Cash** Tribute am 13. September im Bildungs- und Kulturzentrum Peter Edel nicht dabei sein. Die 1980 gegründete Band **Depeche Mode** veranstaltet am 14. September eine „Fan Base-Schiffspartytour!“ auf der „Kreuz As.“ Und noch ein Oldie: Der 83-jährige **Bob Dylan** tritt in der Eats Music Hall am 11. Oktober auf.

Damit nicht genug im Rentnerprogramm. Am 14. Oktober hüpft der 85-jährige **Peter Kraus** über die Bühne des Friedrichstadtpalastes. Gefolgt am 19. Oktober von der 1968 gegründeten Band **Deep Purple**, die ihr Programm in der Max-Schmeling-Halle „1 More Time Tour“ nennt. Mit 75 zählt **Chris de Burgh**, der am 3. November im Tempodrom auftritt, noch zu den jüngeren Künstlern.

Auch **Karat**, 1975 gegründet, ist noch am Start, 29. November im Admiralspalast. Auch **UB40**, 1978 gegründet, ist noch dabei, am 4. Dezember in der Columbia-Halle. Worauf wir uns aber besonders freuen können, ist der 12. Januar 2026, wenn **Bushido**, im selben Jahr geboren, in dem UB40 gegründet wurden, mit seiner „Alles wird gut - Tour 2026“ in der Arena am Ostbahnhof auftreten wird.

Jetzt haben wir so viele ältere Herren erwähnt, da kommen wir an **Joe Biden** und **Donald Trump** einfach nicht vorbei.



Die meisten Menschen würden sich vermutlich, wenn sie gerade dem Tod entgangen sind, demütig zeigen. Er hingegen verkauft für 19,38 Euro T-Shirts, die ihn kurz nach dem Attentat zeigen. Anstatt sich so schnell wie möglich von den Personenschützern in Sicherheit

bringen zu lassen, bittet er sie, noch zu warten, damit er blutverschmiert mit hochgestreckter Faust das Motiv für seinen Wahlkampf liefern kann. Schon bei seiner Krönungsmesse in dieser Woche, mit Pflaster



am Ohr, fiel er wieder in die alte Rhetorik zurück. Alternative Fakten, Lügen und Verunglimpfungen des politischen Gegners, vor allem des amtierenden Präsidenten **Joe Biden**. Trump ist ein Mensch mit fragwürdigem Charakter, vorbestraft und dennoch unbescholten, weil ihn seine Richter immer wieder raushauen. Die USA verkommen unter Trump zu einer Bananenrepublik.

Dass sich Staats- und Regierungschefs demokratischer Länder untereinander zu Wahlerfolgen gratulieren, ist nichts Besonderes. Dass jedoch der ukrainische Präsident **Wolodymyr Selenskyj** Trump zur Nominierung gratuliert, ist außergewöhnlich, aber auch verständlich. Trump will den Krieg sofort nach Amtsantritt beenden. Das ginge nur mit einem Einfrieren des dann bestehenden Frontverlaufs. Rund 20 Prozent des Staatsgebiets der Ukraine wären dann verloren. **Wladimir Putins** Eroberungskrieg hätte Früchte getragen, wenn auch der Korb nur zu einem Fünftel gefüllt wäre.

Selenskyj wird weder Trump noch dessen europäischen Deputy-Sheriff **Viktor Orbán** davon überzeugen können, den Krieg nach der Übernahme des Weißen Hauses durch Trump fortzusetzen. Ohne die USA schafft es Europa nicht allein, und Europa wird von Orbán ausgebremst. Wer bliebe da noch übrig? Deutschland? Wohl kaum. **Olaf Scholz** blockiert alle nachvollziehbaren Pläne von **Boris Pistorius**, das Land verteidigungsfähig zu machen. Die warmen Worte des Bundeskanzlers beim Rekruten-Gelöbnis am 20. Juli kaschieren seine Haltung nicht.

Noch gäbe es die Möglichkeit, die USA in der Wertegemeinschaft des Westens zu belassen. Dazu müssten die Demokraten endlich einen Schlusstrich unter das Kapitel der Kandidatur von Joe Biden setzen. Korrespondenten prognostizieren den Rückzug Bidens für die ersten Tage der neuen Woche. Bleibt zu hoffen, dass Biden endlich Einsicht zeigt. Neben **Bob Dylan** (83), **Tom Jones** (84) und **Peter Kraus** (85) sieht **Joe Biden** (81) älter als alle anderen aus.

Was noch? In dieser Woche haben wir mal wieder schmerzlich erfahren müssen, wie abhängig wir von der Technik sind. Ein kleiner Fehler in irgendeinem Update, und schon bleiben die Bildschirme dunkel. Ein weiteres Argument für mich, nie und nimmer auf mein analoges Notizbuch und den Papier-Kalender zu verzichten.

Ed Koch

03) Gedanken zum 20. Juli. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 627-16

20. Juli 2024

49. Jahrgang

Gedanken zum 20. Juli

von Ed Koch

Es ist richtig, dass an Menschen erinnert wird, die Widerstand gegen Unrechtsregime und Tyrannen geleistet haben. Was ein Tyrann ist, ist klar definiert. Ersparen wir uns Namensnennungen, weil sonst wieder einige sagen werden, man könne doch **Adolf Hitler** nicht mit **Wladimir Putin** auf eine Liste setzen.

Was aber ist ein Unrechtsstaat? Unsere Definition von einem freiheitlich, demokratischen Rechtsstaat ist sicherlich die menschenfreundlichste Lebensform. Ein Land, in dem es Scheinwahlen, Unterdrückung, Verfolgung und Ermordung von Minderheiten gibt, bezeichnen wir gern als Unrechtsstaat. Wer kann auf Anhieb sagen, wie viele Unrechtsstaaten es geschafft haben, Mitglied der Vereinten Nationen zu werden? Und wie würde unsere Wirtschaft, unser Wohlstand wohl aussehen, wenn wir keinen Handel mit Unrechtsstaaten betrieben. Wir mögen keine Unrechtsstaaten, brauchen sie aber.

Die Partei und die Führer des so genannten Dritten Reichs sind durch legitime Wahlen an die Macht gekommen. Die demokratischen Kräfte waren danach zu schwach, um sich behaupten zu können. Und das Volk? Wer auf der nationalsozialistischen neuen Deutschen Welle mitschwamm, dem ging es recht gut. Dass jüdische Geschäfte geplündert und der jüdische Nachbar abgeholt wurden, nahm die weitaus größte Mehrheit hin. Es wird schon seine Richtigkeit haben, schließlich sind die Juden an allem Schuld. Woran bloß, hätten sich die Menschen auch mal fragen können. In bestimmten Regionen unseres Landes sind heute die Ausländer am eigenen Elend schuld. Auch dort fragt niemand, worin deren Schuld besteht, an der Erhöhung der Rente um fast fünf Prozent doch wohl nicht.

Die Mehrheit der Deutschen, die im Dritten Reich lebten, haben ihr Land nicht als Unrechtsstaat begriffen. Viele von ihnen verdingten sich als Verräter, wenn sie glaubten, in der Nachbarwohnung ein homosexuelles Paar ausfindig gemacht zu haben, oder mitbekamen, dass jemand einen Juden bei sich versteckte. Das System der Blockwarte funktionierte bestens und viele waren stolz darauf, einer sein zu dürfen.

Es blieb den wenigen guten Menschen, denen das Empathie Gen nicht abhandengekommen war, vorbehalten, jüdische Mitbürger zu verstecken und vor dem sicheren Tod zu bewahren. Die gebildeten

Menschen, die erkannten, wohin Hitlers Reich führen würde, haben so schnell es ging das Land verlassen, spätestens, nachdem man ihre Bücher verbrannte. Zur intellektuellen Oberschicht gehörten natürlich auch die Generäle der Wehrmacht und die Chefs der SS-Mörderbande. Wann kamen ihnen eigentlich Zweifel daran, dass man einen souveränen Staat wie Polen nicht einfach überfällt, okkupiert und vernichtet? Beseelt vom Größenwahn sind sie in den Zweiten Weltkrieg marschiert mit dem Ziel vor Augen, die ganze Welt zu erobern und zu unterwerfen.

Sich als Widerständler erkennen zu geben, war gefährlich, weil es zu viele Verräter in den eigenen Reihen gab. Dennoch formierte sich ein Widerstand, der allerdings sehr lange brauchte, um sich für schlagkräftig zu halten. Am 20. Juli 1944, heute vor 80 Jahren, sollte es endlich so weit sein, sich von dem Tyrannen zu befreien. Das Attentat auf **Adolf Hitler** scheiterte, weil es dilettantisch ausgeführt wurde. Die „Operation Walküre“, ausgerechnet nach einem Werk von Hitlers Lieblingskomponisten **Richard Wagner** benannt, stand von Anfang an auf tönernen Füßen mit zu vielen Unwägbarkeiten.

Ist die Geschichte des Attentäters **Claus Schenk Graf von Stauffenberg** ein Heldenepos? Nein. In unzähligen Filmen wird die Geschichte des Scheiterns erzählt. Schon 1955 drehte **Artur Brauner** den ersten Film mit **Wolfgang Preiss** als Stauffenberg, und 2008 blieb es uns nicht erspart, **Tom Cruise** als Stauffenberg erleben zu müssen. Das sind alles keine Dokumentarfilme, sondern Leinwanddramen mit einem traurigen Helden. Warum man sich solche Filme anschaut, bei denen man das tragische Ende schon vorher kennt, steht auf einem anderen Blatt. Millionen Menschen haben sich auch die Titanic angeschaut, obwohl sie vorher wussten, dass der Schiff am Ende sinken würde.

Es geziemt sich nicht, die Attentäter 80 Jahre nach ihrem ehrenwerten Versuch zu kritisieren. Niemand war aber bereit für ein Selbstmordkommando, also mit der Aktentasche so lange neben Hitler zu stehen, bis sie explodierte. Im Erfolgsfall sollten die neuen Machthaber den Nazisumpf austrocknen und den Krieg sofort beenden. Das wäre nur mit einer bedingungslosen Kapitulation an allen Fronten möglich gewesen. Ob dazu die Mehrheit der Generäle bereit gewesen wäre, steht auf einem anderen Blatt, das nie beschrieben wurde.

Macht es Sinn, an ein gescheitertes Attentat oder einen Volksaufstand zu erinnern? Wenn an die



Menschen, die versucht haben, das Unmögliche möglich zu machen, damit erinnert werden soll, dann ja.

An Mut und Zivilcourage muss gedacht werden, auch wenn sie zu nichts führte. Der Zeitraum zwischen dem 20. Juli 1944 und dem 9. Mai 1945 forderte die meisten Opfer in diesem unsinnigen Vernichtungskrieg. Ob dieser wirklich durch den Tod Hitlers am 20. Juli vorbei gewesen wäre, wissen wir nicht. Mit Sicherheit kann jedoch davon ausgegangen werden, dass das Morden in den Vernichtungslagern ein Ende gefunden hätte.

Belege für die folgende Behauptung haben wir nicht, die Erinnerung sagt jedoch, dass Militärs, die am Widerstand gegen Hitler beteiligt waren, Probleme hatten, in die Bundeswehr aufgenommen zu werden. Schließlich hätten sie gegen ihren Oberbefehlshaber gepuscht. Unverdächtige Offiziere, teilweise auch aus der Waffen-SS, wurden jedoch bei der Gründung der Bundeswehr wieder gebraucht.

Erinnern wir uns also heute an die guten Menschen, die Widerstand geleistet haben, im Kleinen wie im Großen.

Wir möchten, sozusagen in eigener Sache, den Beitrag mit einem Hinweis beenden, der exemplarisch den Widerstand in einem Berliner Bezirk beschreibt:

Rundfahrt zu Stätten des Naziterrors und Widerstands in Tempelhof

Ab 1977 führten Jugendliche aus den Mariendorfer Freizeiteinrichtungen „Galerie Bungalow“ und „Jugendfreizeitheim Mariendorf“ Projekte zur Aufarbeitung des finstersten Kapitels der Deutschen Geschichte zwischen 1933 und 1945 durch. Dazu zählten Diskussionsveranstaltungen, Ausstellungen und Fahrten zu den Gedenkstätten der ehemaligen Konzentrationslager u.a. nach Sachsenhausen, Dachau, Lidice, Theresienstadt, Auschwitz und Birkenau.

Das umfangreichste Forschungsprojekt war die Entwicklung einer Stadtrundfahrt zu Stätten des Naziterrors und Widerstands in Tempelhof. Unterstützt wurden die Jugendlichen von den in Tempelhof lebenden Zeitzeugen und Widerstandskämpfern **Emil Ackermann** und **Wolfgang Szepansky**, die im KZ Sachsenhausen einsaßen. Am 14. September 1980 fand die erste Rundfahrt statt. Insgesamt wurden bisher 68 Fahrten mit 2.348 teilnehmenden Jugendlichen und Erwachsenen durchgeführt.

Zur 69sten Rundfahrt laden der **Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.**

und die **Initiative Stolpersteine an der B 96 – Gedenken in Berlin Tempelhof-Schöneberg e.V.** ein.

Die Rundfahrt findet am Sonntag, dem 15. September 2024, von 14:00 bis ca. 17:30 Uhr statt.



Die Fahrt beginnt am Platz der Luftbrücke und endet am Haus Schulenburgring 2 (Foto), wo in der Nacht vom 1. zum 2. Mai 1945 der Kapitulationsbefehl für Berlin unterzeichnet wurde. **Teilnehmen können Interessenten jeden Alters.**

Finanziert wird die Rundfahrt durch die **Bruno-und-Else-Voigt-Stiftung** und Eigenmittel der Veranstalter. **Die Teilnahme ist kostenlos.**

Teilnahmekarten können bestellt werden unter paperpress@berlin.de

Für die Zusendung der Teilnahmekarten sind Name und Anschrift erforderlich.

Rundfahrt zu Stätten des Naziterrors und Widerstands in Tempelhof

In Gedenken an die Widerstandskämpfer **Emil Ackermann** (1902-1997) und **Wolfgang Szepansky** (1910-2008)

Wir danken der Bruno-und-Else-Voigt-Stiftung für eine Zuwendung zur Durchführung der Rundfahrt. Für weitere Unterstützung danken wir

- der Projektgruppe Lichtenrade in der Berliner Geschichtswerkstatt
- Joachim Dillinger vom Haus Schulenburgring
- dem Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Vermessung und Geoinformation Tempelhof-Schöneberg für das Kartenmaterial
- dem PIEREG Druckcenter für die Gestaltung und den Druck der Einladungs- und Teilnahmekarten

Veranstalter: Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V. und die Initiative Stolpersteine an der B 96 – Gedenken in Berlin Tempelhof-Schöneberg e.V.

04) KW 28 [08. bis 14.07.2024] – Das bessere System - Sommerinterviews



paperpress

seit 1976



Nr. 627-08

13. Juli 2024

49. Jahrgang

KW 28 Ein Wochenrückblick von Ed Koch

Das bessere System

Nach wie vor bin ich der Meinung, dass unser Wahlsystem das gerechteste ist; eine Mischung aus Direkt- und Verhältniswahl. Egal, welche Partei wie viele Wahlkreise direkt gewonnen hat, im Bundestag spiegelt sich immer der prozentuale Anteil des Wählerwillens wider.

Hätten wir ein System wie in Frankreich oder Großbritannien, sähe die Sitzverteilung bei 299 Wahlkreisen aktuell wie folgt aus: CDU/CSU 143, SPD 121, AfD 16, Grüne 16, Linke 3, FDP 0. Die Sitze werden allerdings unter Einbeziehung der direkt gewonnenen prozentual verteilt, d.h., die Union mit 24,1% hat 195 Mandate, die SPD mit 25,7% 207 Mandate, die AfD 10,3% = 77, Grüne 14,8% = 117, FDP 11,5% = 91 und Linke 4,9% = 38.

Große Teile Europas freuen sich, dass durch einen links-liberalen Kraftakt im zweiten Wahlgang in **Frankreich** der Sieg der Rechtsextremen verhindert werden konnte. Sie landeten nur auf Platz drei mit 125 Mandaten, während das neue Linkbündnis 178 und die Partei des Präsidenten 150 Sitze gewann. Prozentual sieht die Sache aber ganz anders aus, da holte das rechte Lager 32,5%, die Linke 25,68% und Macron 23,15%. Der demokratische Teil Europas könnte also froh sein über dieses Wahlsystem.

Und für die Fans der Sozialdemokratie sieht es in **Großbritannien** ähnlich aus. Labour holte 411 der 650 Sitze des Unterhauses direkt, was einem Anteil von 63,2% entspricht. An Wählerstimmen erreichte die Arbeiterpartei aber nur 33,8%. Mickrige 120 Mandate blieben für die Konservativen übrig, ein Anteil von 18,6%, obwohl sie 23,7% der Wählerstimmen für sich gewinnen konnten.

In den **USA** ist es mit den so genannten Wahlmännerstimmen noch schlimmer. Immer wieder ist es vorgekommen, dass ein Kandidat zwar die Mehrheit der Wahlmänner gewann, nicht aber die Mehrheit der Wählerstimmen. Gäbe es in den USA eine Mehrheits-system bei der Präsidentenwahl, wäre der Welt **Donald Trump** 2016 erspart geblieben. Zwar holte er 304 Wahlmänner = 56,5%, erreichte aber nur 46,1% der Wahlberechtigten. **Hillary Clinton** gewann die Wahl mit 48,2%, was ihr nichts nutzte, weil sie nur 227 Wahlmännerstimmen = 42,2% erhielt. Ob einem nun die Mehrheiten passen oder nicht, unser System ist das demokratischste im Gegensatz zu Frankreich, Großbritannien und den USA.

Sommerinterviews

Ich bin ein großer Freund des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und finde es gut, die **ARD tagesthemen** und das **ZDF heute-journal** sehen zu können. Diese Vielfalt gefällt mir. Ich finde es andererseits auch gut, dass sich ARD und ZDF die Sendeplätze für die Morgen- und Mittagsmagazine im wöchentlichen Wechsel teilen. Auch die Elefantenrunden nach den Wahlen wurden früher von ARD und ZDF gemeinsam veranstaltet. Heute treten nicht mehr die Leittiere gegeneinander an, sondern die Kälbchen in Form der Generalsekretäre; langweilig.

Auch die Wahlberichterstattung macht jeder für sich, was dazu führt, dass die Spitzenkandidaten erst bei einem, dann beim anderen Sender auftreten und zweimal das gleich sagen dürfen. Der einzige Grund, warum es bei der SPD, den Grünen und der AfD eine Doppelspitze gibt, scheint der, dass sich **Ricarda Lang** und **Omid Nouripour** sowie **Lars Klingbeil** und **Saskia Esken** bzw. **Tino Chrupalla** und **Alice Weidel** ihre Auftritte im ÖRR teilen können. Ein besonderes TV-Erlebnis fand am 7. Juli statt, als erst Chrupalla in der ARD und später Weidel beim ZDF interviewt wurden. Vor allem Frau Weidel bot uns mal wieder eine Lehrstunde im Fach „*Alternative Fakten*“ und „*Fake News*“.

Alle anderen Partei-Chefs müssen zweimal antreten, so zum Beispiel **Christian Lindner**, **Markus Söder** und **Friedrich Merz**. Außer Konkurrenz laufen **Olaf Scholz** und **Frank-Walter Steinmeier**, exklusiv nur im ZDF. Das Format der Sommerinterviews wäre ein klassisches Gemeinschaftsprojekt von ARD und ZDF. Gibt es wirklich jemand, der sich **Markus Söder** zweimal zu Gemüte führt?

Hier für unsere interessierte Leserschaft die noch ausstehenden Sendetermine.

ARD-Sommerinterviews im „Bericht aus Berlin“,
sonntags um 18:00 Uhr:
14. Juli 2024: **Friedrich Merz** (CDU)
28. Juli 2024: **Christian Lindner** (FDP)
11. August 2024: **Lars Klingbeil** (SPD)
18. August 2024: **Omid Nouripour** (B'90/Grüne)
25. August 2024: **Markus Söder** (CSU)

ZDF „berlin direkt“, sonntags um 19:10 Uhr.
14. Juli 2024: **Markus Söder**, (CSU)
21. Juli 2024: **Ricarda Lang** (B'90/Grüne)
4. August 2024: **Christian Lindner** (FDP)
18. August 2024: **Saskia Esken** (SPD)
25. August 2024: **Frank-Walter Steinmeier**
8. September 2024: **Olaf Scholz**

1

05) KW 27 [01. bis 07.07.2024] – Jena. Von Ed Koch



KW 27 – Jena

Wie Sie wissen, liebe Leserinnen und Leser, nutze ich den Wochenrückblick häufig für mein interessantestes Erlebnis in den zurückliegenden Tagen. Das war nicht die Veranstaltung zur Wärmeplanung, auf der **Klara Geywitz** und **Robert Habeck** erzählten, was sie schon alles auf den Weg gebracht haben, dafür aber der Besuch in einer Stadt, die jeder kennt und mit dem Namen Carl Zeiss verbindet, viele aber einfach vorbeifahren, anstatt anzuhalten und auszusteigen.

Zum Jahresende 2017 wurde eine ICE-Neubaustrecke in Betrieb genommen, die Jena umfährt, damit endete der stündliche Halt mit wichtigen Zielen wie Berlin, Leipzig, Nürnberg und München und den dortigen Großflughäfen. Unerreichbar war damit die 111.000 Einwohnerstadt nicht, denn IC und Regionalbahnen halten weiterhin in Jena. Von Berlin aus kommt man also längst nicht mehr direkt nach Jena, man muss entweder in Erfurt oder Halle umsteigen. Am Dienstag dauerte es mal wieder länger, nicht zwei Stunden, sondern drei, weil irgendeine Strecke gesperrt war und ein unvermeidlicher Notarztinsatz das Fortkommen behinderte. Interessant nur, dass Teilnehmer eines Kongresses, zu dem auch wir nach Jena reisten, und die eine Verbindung nach uns nahmen, über das gleiche Problem berichteten.



Wenn man es dann bis Jena geschafft hat, öffnet sich das Paradies. So jedenfalls heißt der Bahnhof, der seinen Namen dem angrenzenden Park verdankt. Jena-Paradies ist übrigens kein Bahnhof mehr, sondern nur noch ein Haltepunkt. Wenn man sich mit der Geschichte beschäftigt, wird einem klar, was viele Ostdeutsche mit „abgehängt“ meinen.

Grund unseres Besuchs in Jena war der zehnte Smart City Logistik Kongress, der im Volkshaus stattfand. *„In zurückliegenden Jahren, in denen diese deutschlandweit einzigartige Plattform existiert, hat sich viel getan im Bereich von elektromobilem Güterverkehr und nachhaltiger City Logistik. Der Kongress selbst hat diese Entwicklungen nicht nur theoretisch verfolgt, sondern auch ganz praktisch in sein jährliches Programm und die Fahrzeugausstellungen aufgenommen.“* Im Fokus standen in diesem Jahr u.a. die

aktuellen Entwicklungen im Bereich schwerer Gütertransportfahrzeuge mit alternativen Antriebstechnologien, wie dieser E-LKW, bei dem innerhalb von zehn Minuten der Akku gewechselt werden kann.



Den Kongress eröffnete Thüringens Umweltminister **Bernhard Stengele** (Grüne). Neben der Berufsbezeichnung Politiker steht bei Wikipedia Schauspieler, Rezitator, Regisseur und Theaterleiter. Fraglos wichtige Voraussetzungen für ein Ministeramt.

Stengele sprach sich vehement für Elektrofahrzeuge aus, von denen einige im Hof des Volkshauses zu besichtigen waren, wie zum Beispiel dieser Öko-Flitzer.



Um dem Verkehrschaos in den Städten Herr zu werden, sind Lösungen für die berühmte letzte Meile besonders wichtig, auch wenn damit das Umladen der Waren verbunden ist. Der Minister richtete den Blick noch auf ein anderes Problem. Warum

haben die Menschen den Bergbau geliebt, obwohl er mit vielen Risiken verbunden war? Seine Antwort: Die Wertschöpfung. Die Menschen konnten sich damit identifizieren, weil immer irgendeiner aus der Familie dort tätig war. Außerdem trug der Bergbau zum kulturellen Leben in den Gemeinden bei, vom Fußballverein bis zur Blaskapelle. Bei einem Windrad besteht dieser Bezug nicht. Deshalb muss versucht werden, Wertschöpfung entstehen zu lassen. Deswegen setzt sich der Minister dafür ein, dass mit einem Windkraftbeteiligungsgesetz ein kleiner Anteil des



Ertrags in der Region bleibt, um davon Kitas oder ein Schwimmbad finanzieren zu können. **Bernhard Stengele** verspricht sich davon eine höhere Akzeptanz der Windräder.



Dr. Thomas Nitzsche (FDP), ist seit 2018 Oberbürgermeister von Jena und wurde gerade bei den Kommunalwahlen im Amt bestätigt. Musste er im ersten Wahlgang gegen sieben weitere Kandidaten antreten und erreichte mit nur 25,3 Prozent den

ersten Platz, gelangen ihm in der Stichwahl am 9. Juni 61,8 Prozent. Im Stadtrat ist die FDP zwar nur mit vier Mandaten vertreten, der Bürgermeister wird jedoch direkt gewählt. Die AfD liegt mit 13,4 Prozent im Mittelfeld und stellt sechs von 46 Sitzen.

In seinem Grußwort zu Beginn des Kongresses wies der Bürgermeister darauf hin, dass seine Stadt mit dem 5G-Netz versorgt ist. Damit lasse sich die Ampelsteuerung in der Stadt optimieren. Das bestehende Verkehrsnetz werde besser. Und darum ging es bei dem Kongress, nämlich die Verkehrsströme so effektiv wie möglich zu steuern und durch die Städte zu leiten.

An dem von der DAKO GmbH veranstalteten Kongress nahmen rund 70 Vertreter von Unternehmen aus ganz Deutschland teil. Aus Berlin waren u.a. die Technische Universität, die Hochschule für Technik und Wirtschaft und die Deutsche Post DHL Group vertreten.



Dr. Harald Hempel von der DAKO GmbH hielt einen spannenden Vortrag über die City Logistik, „gestern, heute und anderswo“. Dabei ging er zurück bis ins alte Rom, wo die Menschen ähnliche Problemen hatten, wie wir sie heute haben. Was tun,

wenn seinem Ochsenkarren auf einer etwas mehr als zwei Meter breiten Straße ein anderer Ochsenkarren entgegenkommt? Hempel zeigte weltweite Beispiele auf, wie überall mit dem Lieferverkehr gekämpft wird. Den berühmten Königsweg hat noch keiner gefunden. Er berichtete auch über verschiedenen Projekten, die Logistik-Lösungen entwickelt und ange-

boten haben. Bei den meisten stand ein Datum, an dem es vom Netz genommen wurde.



In 20 Vorträgen an eineinhalb Tagen wurde die gesamte Bandbreite des Themas behandelt. Und selbst noch beim gemütlichen Abendessen drehte sich alles um die Logistik.

Seit Inbetriebnahme eines Solarbootes 2022, mit dem die DHL Pakete auf Berlins Wasserstraßen befördert, begleiten wir das Projekt medial.



Projektleiter **Andreas Schwager** hat deutschlandweit inzwischen dutzende von Vorträgen zum Einsatz des Solarbootes gehalten. In vielen Städten gibt es Wasserstraßen, der Transport von Paketen auf diesen hält sich jedoch bislang in Grenzen. Die DHL Group will in Berlin ein zweites Boot für eine weitere Strecke anschaffen. Das Vorhaben befindet sich in Abstimmung mit Senat und Bezirken, Synonym dafür, dass es noch etwas dauern wird.

Das Hauptproblem lässt sich nicht mehr aus der Welt schaffen. Die Menschen lassen sich immer mehr Waren nach Hause liefern. Die Folge davon sehen wir am Niedergang der Einkaufsstraßen und am Leerstand in den Shopping-Malls. Das ist allein kein deutsches, sondern ein internationales Problem. **Marc Oliver Schoeck**, Director of Business Development der TAY-e GmbH, erzählte uns beim Abendessen, dass sich in Frankreich die Menschen alles liefern lassen. War einkaufen früher nicht mal auch ein sinnliches Erlebnis? Was ist bloß los mit den Menschen? Durch ihre Faulheit werden die Straßen verstopft und verodet der Einzelhandel.



Aber nun zu einem erfreulichen Thema: **JENA**. Was für ein schönes Städtchen. Jena ist eine der freundlichen Seiten Thüringens, jenseits von Höcke und Co. Jena ist eine junge Stadt, dank ihrer Universität mit 18.000 Studierenden, die 1558 gegründet wurde und seit 1934 den Namen Friedrich Schillers trägt. Auch an Goethe, der sich oft in Jena aufhielt, wird gedacht, als Namensgeber einer Einkaufspassage.

Hier ist der geplante Standort für das Denkmal



Und an noch jemand, keinen Dichter, aber einen Denker, Unternehmer und Politiker erinnern sich die Jenaer gern, **Lothar Späth**, 1978-1991 Ministerpräsident von Baden-Württemberg und unmittelbar danach Geschäftsführer der Jenoptik, eines der wenigen ostdeutschen Unternehmen, das sich im wiedervereinten Deutschland behaupten konnte. Und dafür bauen ihm die Jenaer ein Denkmal.

Ein Blick auf Jena, wie man ihn nur von einem der beeindruckendsten Gebäude der Stadt erleben kann. Der JenTower wurde 1972 eingeweiht und zwischen 1999 und 2001 kernsaniert. Einige Etagen werden von der Friedrich-Schiller-Universität genutzt.



Das 27. Geschoss wurde bis Ende 2012 in das Hotel Scala umgebaut. Es verfügt über sieben Einzelzimmer, neun Doppelzimmer sowie eine Suite und ist mit 120 m Höhe das zweithöchstgelegene Hotel Deutschlands innerhalb eines Gebäudes. Im 28. und 29. Obergeschoss befinden sich ein täglich geöffnetes Restaurant und eine öffentliche Aussichtsplattform, im 29. Geschoss außerdem Sendeanlagen mehrerer Mobilfunkbetreiber, die die Antennenanlage des Gebäudes nutzen.

Der JenTower wurde 1972 eingeweiht und zwischen 1999 und 2001 kernsaniert. Einige Etagen werden von der Friedrich-Schiller-Universität genutzt. Das 27. Geschoss wurde bis Ende 2012 in das Hotel Scala umgebaut. Es verfügt über sieben Einzelzimmer, neun Doppelzimmer sowie eine Suite und ist mit 120 m Höhe das zweithöchstgelegene Hotel Deutschlands innerhalb eines Gebäudes. Im 28. und 29. Obergeschoss befinden sich ein täglich geöffnetes Restaurant und eine öffentliche Aussichtsplattform, im 29. Geschoss außerdem Sendeanlagen mehrerer Mobilfunkbetreiber, die die Antennenanlage des Gebäudes nutzen.



Blick vom Markt und Alten Rathaus auf den alles überragenden JenTower.



Der Ausblick vom Frühstückraum, wie von den Zimmern, ist unvergleichlich.



Jenoptik ist das Markenzeichen von Jena. Und auch das der Stadt gehörende Volkshaus Jena ist eng damit verbunden, wurde es doch 1903 mit Mitteln der Carl-Zeiss-Stiftung errichtet.



Beim Spaziergang durch Jena kommt man am Welcome Center vorbei, „work in jena“? Warum nicht. Jena lohnt sich. alle Fotos: Ed Koch

Ed Koch

06) Warten auf die Ampel. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 627-03

5. Juli 2024

49. Jahrgang

Warten auf die Ampel

Ist sie schon tot oder lebt sie noch? Der Haushaltsplan liegt immer noch nicht vor. Das redgreenyellow Trio kriegt sein Werk nicht hin. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung hält an. SPD, Grüne und FDP kommen gemeinsam nur noch auf 32 Prozent, wenn am Sonntag Wahlen wären: SPD 14 -1; Grüne 13 -1; FDP 5 +1. Die Union verharrt bei 31 Prozent, die AfD verliert einen Punkt auf 17, die Linke ist mit drei Prozent raus und die von fast allen umworbene Ein-Frau-Partei BSW legt drei Zähler zu auf acht Prozent.

Quelle: ARD Deutschlandtrend

Sorgen machen sich die Menschen um die Demokratie. „Am stärksten ausgeprägt“, wer hätte das gedacht, „ist sie unter Anhängern von AfD (76 Prozent) und BSW (77 Prozent) - noch vor Grünen und Union (jeweils 69 Prozent).“ Während sich Grüne und Union vor allem um den Rechtsextremismus sorgen, sehen AfD und BSW die Abgehobenheit von Politik als größte Gefahr für die Demokratie. Erstaunlich.

Sorgen machen sich die Menschen auch um die Demokratie in Frankreich und den USA. In Frankreich könnte am Sonntag ein Rechtspopulist Ministerpräsident werden, dessen Partei als einziges positives Merkmal die Ablehnung einer Zusammenarbeit mit der AfD aufzuweisen hat. In den USA hat der amtierende Präsident problemlos einen Satz zu Ende sprechen können, dessen Inhalt lautet, „Ich mache weiter!“ Den Obersten Gerichtshof der USA hat Trump rechtzeitig mit getreuen Richtern bestückt. Er hat nichts zu befürchten, seine kriminellen Handlungen werden hingenommen. Der Supreme Court hat Trump in das Restblut von Siegfrieds Drachen Fafnir getaucht, und alle fragen sich, an welcher Stelle war das Lindenblatt?

Nein, die Sozialdemokratie ist nicht am Ende. Die Leute müssen nur lange genug eine Regierung ertragen haben, ehe sie sich umentscheiden. In Großbritannien ist mal wieder die Labour-Party am Zuge. Was in diesem Land besonders schön ist, ist, dass sofort der alte Regierungschef aus Downing Street 10 ausziehen muss und der neue einziehen kann. Keine zermürbenden Verhandlungen, sondern Fakten, sofort. Auch wenn die Rechtspopulisten, denen Großbritannien den Brexit zu verdanken hat, ins Unterhaus einziehen können, so sind es nur vier von 650 Abgeordneten.

Schon zum Jahresende 2023 sollte alles besser werden in den Bürgerämtern. Aus dieser wagemutigen Prognose des neuen Regierenden Bürgermeisters

wurde nichts. Jetzt sind zwar viele neue Mitarbeiter eingestellt worden, aber noch nicht einsatzfähig. Vermutlich dauern die Schulungen an, ist ja auch nicht so einfach, einen Ausweis auszustellen. Zum Jahresende 2024 soll es nun Termine in einem planbaren Zeitrahmen geben. Warten wir es ab.

Das wichtigste Thema am heutigen Tag ist jedoch das Fußballspiel Deutschland gegen Spanien in Stuttgart. Eine Mehrheit der Deutschen glaubt an einen Sieg der eigenen Mannschaft. Hoffen wir das Beste. Wo auch immer Sie sich das Spiel anschauen, viel Vergnügen. Ich werde natürlich den Abend wieder bei den **Stachelschweinen** verbringen, wo es, egal, was passiert, immer etwas zu Lachen gibt. **Frank Lüdecke** und **Erich Laaser** machen Fußball in einer völlig neuen Form erlebbar. Das Warm-Up beginnt schon um 17:00 Uhr. Die mit Oliven, Käse und Keksen bestückte Etagere wartet schon auf mich. Der Vorsitzende des Bezirkssportbundes Tempelhof-Schöneberg, **Stefan Behrendt**, der zwei Tickets gewonnen hat, wird mir sicherlich endlich erklären können, was Abseits bedeutet.

Wenn Sie auch diese wunderbare Atmosphäre im Theater der Stachelschweine im Europa Center genießen wollen, es gibt noch Tickets, die man kaufen kann, www.diestachelschweine.de, und wer schnell genug ist, dem schenken wir noch zwei Karten – einfach eine Mail senden an paperpress@berlin.de.

Es soll ja auch Menschen geben, die sich nichts aus Fußball machen, sondern lieber Musik hören wollen. Bei freiem Eintritt startet heute um 18:00 Uhr der **ROCKTREFF**, das traditionelle Festival der Amateurbands seit 1984. Wer rechnen kann, hat schnell herausgefunden, dass die Veranstaltung ihr 40-jähriges Jubiläum feiert. Heute geht's im Volkspark Mariendorf bis 23:00 Uhr, morgen von 16:00 bis 23:00 Uhr und am Sonntag von 16:00 bis 20:00 Uhr. 16 Bands warten auf Sie! www.rocktreff.de

Und noch eine Jubiläum steht an. Am Sonntag, dem 7. Juli 2024, feiert **STADT UND LAND** sein 100-jähriges Bestehen im Rahmen des **Spiefestes** im Fußballstadion des Volksparks Mariendorf. Das Fest für die ganze Familie findet am Samstag und Sonntag von jeweils 12:00 bis 18:00 Uhr statt, ebenfalls bei freiem Eintritt. Das Wohnungsunternehmen ist Hauptsponsor des Spiefestes. Es gibt also viel zu sehen, zu hören, mitzumachen und fröhlich zu sein, jenseits der Ampel...

Ed Koch

1

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Funktionschiff: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12082 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.piereg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Textarchiv: www.paperpress.org
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form.
Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

07) Gegen die Urängste. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 627-02

1. Juli 2024

49. Jahrgang

Gegen die Urängste

Der Mensch habe zwei Urängste, erklärte heute die Bundesministerin für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen, **Klara Geywitz**, beim Start des bundesweiten „Stakeholder-Dialogs Wärmeplanung“ auf dem **EUREF-Campus**: „Dass man Hunger hat und es kalt ist.“ Die Ernährungsfrage wurde nicht besprochen, wohl aber die Angst vor der Kälte. Dieser wird mit einer umfänglichen Wärmeplanung begegnet.



Nachdem das Gesetz für die Wärmeplanung und zur Dekarbonisierung der Wärmenetze (Wärmeplanungsgesetz) mit Wirkung zum 1. Januar 2024 in Kraft getreten ist, soll der bundesweite Dialogprozess jetzt die Umsetzung der Wärmeplanung vor Ort unterstützen. Hierzu wird ein Stakeholder-Dialog mit Vertreterinnen und Vertretern aus Bund, Ländern, Kommunen und Verbänden gestartet, in den kontinuierlich die Erfahrungen aller Akteure einfließen sollen.



Klara Geywitz: „Die Kommunen wissen am besten, was im Rahmen der Wärmeplanung vor Ort möglich und nötig ist und was sie vom Bund als Gesetzgeber und Fördermittelgeber brauchen. Der heute startende Beteiligungsdialog wird einen Mehrwert für die Kommunen, Länder, Verbände und Politik bringen, denn auf diese Plattform zum Erfahrungsaustausch werden Interessierte und Beteiligte über einen längeren Zeitraum zurückgreifen können. Der Leitfaden Wärmeplanung, den wir heute vorstellen, erklärt Schritt für Schritt Lösungsmöglichkeiten für die Planung vor Ort. Wichtig ist, keine

Kommune muss Sorge vor dem Planungsprozess haben. Die Bundesregierung unterstützt die Kommunen über die Länder bei der Durchführung der Planung mit 500 Millionen Euro. Viele kleine Kommunen werden zudem keine Detailplanung vorlegen müssen, wenn z.B. kein Stadtwerk eingebunden ist und die Versorgung vorrangig privat betrieben wird.“

Robert Habeck: „Die Wärmeplanung ist für das Gelingen der Energiewende im Wärme-sektor zentral. Die Wärmeplanung sorgt dafür, dass die Entwicklung der Energieinfrastrukturen vor Ort besser aufeinander abgestimmt und vorhandene Potenziale für die Nutzung erneuerbarer Energien und unvermeidbarer Abwärme gehoben werden können. Akteure werden vor Ort zusammengebracht, um auch mit Blick auf die lokalen Gegebenheiten passende Lösungen für die zukünftige klimaneutrale Wärmeversorgung zu entwickeln. Damit erhöht die Wärmeplanung die Planungssicherheit für Kommunen, Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen.“



Wir werden die Länder und Kommunen weiterhin bei dieser wichtigen Aufgabe unterstützen. So gibt der heute veröffentlichte Leitfaden den Kommunen und allen weiteren beteiligten Akteuren praktische Hilfestellung zum Vorgehen bei der Wärmeplanung. Er trägt dazu bei, dass Wärmepläne bundesweit in guter Qualität erstellt werden.“

Zum Hintergrund

Die Wärmeplanung soll einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, die Wärmeversorgung in Deutschland bis 2045 treibhausgasneutral zu gestalten. Hierzu schafft das Wärmeplanungsgesetz einen einheitlichen Rahmen und führt damit die Wärmeplanung als strategisches Planungsinstrument flächendeckend ein.

Zum Hintergrund

Die Länder überführen derzeit die bundesgesetzlichen Regelungen des Wärmeplanungsgesetzes in Landesrecht. Hierbei bestimmen sie u.a. die für die Wärmeplanung verantwortliche Stelle; dies sind in der Regel die Kommunen.

Der Stakeholder-Dialog unterstützt die Kooperation aller beteiligten Akteure. Im Rahmen einer Workshopreihe sollen ausgewählte Themen und Erfahrungen



mit der Wärmeplanung erörtert und gemeinsam mit allen Beteiligten praktikable Lösungen entwickelt werden. Der Stakeholder-Dialog wird sich bis in das Frühjahr 2025 erstrecken.



Mit Leipzig und Heeseberg zeigten auf der Auftaktveranstaltung jeweils eine größere und eine kleine Kommune, wie unterschiedlich Ausgangslage und Handlungsmöglichkeiten für die Wärmeplanung vor Ort sind.

Der Stakeholder-Dialog ergänzt die bereits bestehenden Unterstützungsangebote der Bundesregierung, insbesondere die Angebote und Aktivitäten des Kompetenzzentrums Kommunale Wärmewende in Halle (KWW) und den Leitfaden Wärmeplanung, der im Rahmen der heutigen Auftaktveranstaltung zum Stakeholder-Dialog erstmals öffentlich vorgestellt wurde.

Der Leitfaden Wärmeplanung sowie eine Zusammenfassung und Einordnung des Leitfadens (Leitfaden kompakt) sind auf den Seiten der beiden Bundesministerien abrufbar.

Der Leitfaden Wärmeplanung sowie eine Zusammenfassung und Einordnung des Leitfadens (Leitfaden kompakt) sind auf den Seiten der beiden Bundesministerien abrufbar.



Kaum ein anderes Vorhaben dieser Bundesregierung hat so viel Unmut in der Bevölkerung ausgelöst wie das Heizungsgesetz. Das **Handelsblatt** schrieb vor einem Jahr: „Beim Heizungsgesetz gibt es zu viele schlecht versteckte Probleme.“ Habeck und Geywitz gaben sich deshalb heute sehr viel Mühe bei der Wärmeplanung nicht die gleichen Fehler noch einmal zu machen. Vor allem Habecks Partei ist wegen der schlechten Kommunikation des Heizungsgesetzes abgerutscht.

Klara Geywitz hat recht, die Menschen haben Angst davor, sich Nahrung und Wärme nicht mehr leisten zu können. Schaut man sich die Heizkostenabrechnungen an, dann sind diese für viele Menschen existenzbedrohend. Das Ziel, dass Deutschland bis 2045 „treibhausgasneutral“ sein soll, ist ehrenwert, aber auch realistisch? Der EUREF-Campus erfüllt die CO₂-Klimaziele der Bundesregierung für das Jahr 2045 bereits seit 2014. Vermutlich sagte Klara Geywitz deshalb einleitend, dass es keinen besseren Ort für die Veranstaltung gäbe.

Im Augenblick ist das Thema Heizung weit weg, weil uns die Sonne direkt mit ihrer Wärme verwöhnt. Aber, der nächste Winter kommt bestimmt, Klimawandel hin oder her.

Ed Koch

Quelle: BMWSB
Fotos: Ed Koch

01) Weg frei für Wasserstoff in Berlin



Weg frei für Wasserstoff in Berlin

Rund 60 km des Berliner Gasnetzes sind Teil eines jetzt von der GASAG-Gruppe bei der Bundesnetzagentur eingereichten Antrages für das knapp 10.000 km lange Wasserstoff-Kernnetz der Ferngasnetzbetreiber. Die Umwidmung der Gasleitungen für Wasserstoff ist notwendig, um die grüne Energie vom Sommer in den Winter und in die Stadt zu bringen. Als Ergänzung zum Stromnetz und den Wärmenetzen sichert die Wasserstoffinfrastruktur somit die Versorgung Berlins für die ganze Jahrspanne ab. Die NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg, Betreiberin des 7.000 km langen Berliner Gasverteilnetzes, rechnet mit einer Genehmigung des Antrags im September 2024.

Die beiden insgesamt 60 km langen Hochdruckleitungen im Osten und Westen Berlins sind die wichtigsten Trassen des Berliner Wasserstoff-Startnetzes der NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg, einem Unternehmen der GASAG-Gruppe. Sie übernehmen den Wasserstoff an den Übernahmestationen am Rande der Stadt vom Ferngasnetzbetreiber und transportieren diesen zu den großen Heizkraftwerken der BEW Berliner Energie und Wärme – jedes mit mehr als 500 Megawatt Leistung. Mit der teilweisen Umstellung dieser großen Heizkraftwerke auf Wasserstoff können bis zu einem Fünftel der Berliner Wohngebäude, die über einen Fernwärme-Anschluss verfügen, vom Einsatz eines CO₂-freien Wasserstoffs profitieren. Die BEW-Kraftwerke haben den möglichen Wasserstoffbedarf in ihren Dekarbonisierungsfahrplänen bereits angemeldet.



Foto: GASAG

Georg Friedrichs, Vorstandsvorsitzender der GASAG AG: „Das Berliner Wasserstoff-Startnetz ist ein erster, großer Schritt hin zu einer klimaneutralen

Versorgung, denn etwa 40 Prozent des in Berlin verursachten CO₂-Ausstoßes stammen aus dem Wärmemarkt. Wasserstoffmoleküle, die auch längere Zeit gespeichert werden können, werden uns helfen, die Energie aus dem Sommer in den Winter zu bringen. Wasserstoff wird das wichtigste Speicher- und Importmedium für grüne Energie.“



Foto: Annette Riedl

Maik Wortmeier, Vorsitzender Geschäftsführer der NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg: „Durch die Umwidmung vorhandener Gasleitungen ist der Transport von Wasserstoff zu den Berliner Heizkraftwerken kosteneffizient und schnell umsetzbar. Um die Dekarbonisierung und Wärmewende in der Hauptstadtregion voranzutreiben, planen wir auch vergleichbares in Brandenburg und machen Leitungen für den Einsatz von Wasserstoff fit.“

Die NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg wird in den kommenden Jahren weitere Teile ihres Berliner Gasnetzes für den Transport von Wasserstoff ertüchtigen – in enger Abstimmung mit der kommunalen Wärmeplanung in Berlin und den versorgten Gemeinden in Brandenburg. Damit werden grundlegende Voraussetzungen für die Dekarbonisierung der Wärme- und Stromversorgung geleistet.

Erneuerbare Erzeugung braucht Wasserstoff als Speicher- und Transportmedium. In Berlin wird Wasserstoff dabei helfen, das Stromsystem und die Wärmenetze abzusichern und sicher über den Winter zu bringen. Durch den Einsatz von Wasserstoff in Kraft-Wärme-Kopplung lässt sich außerdem Strom bereitstellen, wenn erneuerbare Energie nicht ausreichend erzeugt wird. Gleichzeitig lässt sich die anfallende Abwärme effizient ins Berliner Wärmesystem einbinden.

Quelle: GASAG AG



Das Wohnquartier Buckower Felder mit 900 Wohnungen ist ein Vorzeigeprojekt. Die Hälfte der Wohnungen wird sozial gebunden vermietet, darunter 30 Prozent geförderter Wohnungsbau und 20 Prozent Sonderwohnformen für Geflüchtete. 20 Prozent der Wohnfläche werden von gemeinwohlorientierten Dritten in energieeffizienter Holzbauweise errichtet. Eine Begrünung der Dachflächen und Teile der Fassaden tragen zur ökologischen Vielfalt bei, verbessern das Mikroklima und kühlen das Wohngebiet.

Der Projektwettbewerb „Regenial! 2024“ hat zum Ziel, innovative und praktikable Konzepte für die Schwammstadt der Zukunft zu fördern. Teilnehmen konnten Einzelpersonen oder Teams, die ein Konzept, eine Studie oder ein konkretes Bau- oder Umbauprojekt zum Thema Schwammstadt einreichten.

Weitere Informationen unter Forum Regenwasser 2024 - Berliner Regenwasseragentur und Buckower Felder - Berliner Regenwasseragentur.

Für dieses Wochenende ist kein Regen in Sicht, erst am Montag mit einer 50:50 Wahrscheinlichkeit. Genießen Sie also das Wochenende, bevor der Regen kommt.

Ed Koch

Textquelle: Unikat PR GmbH - STADT UND LAND

02) Wenn der Regen kommt. Von Ed Koch



Wenn der Regen kommt

Ist es der Klimawandel oder nur das Wetter? Diese Frage wird immer wieder gestellt. Unbestritten unter Fachleuten, wozu nicht unbedingt Kabarettisten gehören, ist, dass der Klimawandel die Städte zunehmend im Umgang mit extremen Wetterereignissen fordert. Und hier kommt das Konzept der „Schwammstadt“ ins Spiel. Und, wie sich das gehört, werden die besten Ideen für eine wasserbewusste Stadtplanung ausgezeichnet. **Regenial! 2024** ist der Name des Preises.

Eine Schwammstadt ist so gestaltet, dass sie Regenwasser effizient aufnimmt, speichert und wiederverwendet oder in den natürlichen Wasserkreislauf zurückführt. Statt Niederschlagswasser schnell abzuleiten, wird es gezielt aufgenommen und gespeichert. Regenwasser ist eine wertvolle Ressource für Pflanzen, Tiere, Trinkwasserversorgung und städtische Kühlung. Wichtige Elemente sind versickerungsfähige Böden, grüne Dächer, Rigolen, Mulden, Zisternen und viel Grün in Außenanlagen und an Fassaden.

Insgesamt zehn Projekte, die derlei besonders gekonnt umsetzen, wurden beim Projektwettbewerb „Regenial! 2024“ der **Berliner Regenwasseragentur** ausgezeichnet. Das Quartier **Buckower Felder** zählt zu den Siegern und fand damit besondere Anerkennung der Jury.



Foto: STADT UND LAND/ Christian Kruppa

An den Buckower Feldern im Süden von Berlin-Neukölln soll auf ca. 16,2 Hektar ein neues Stadtquartier mit ca. 900 Wohneinheiten entstehen. Das Regenwassermanagement im Stadtquartier weist viele Innovationen und Besonderheiten auf: **STADT UND LAND** verwirklicht hier zusammen mit den Berliner Wasserbetrieben sowie den Firmen Sieker und Wista. Plan ein Pilotprojekt und zeigt, dass angesichts der Klimaanpassungsziele in Berlin auch bei schwierigen Bodenverhältnissen eine dezentrale Entwässerung möglich ist. Das Entwässerungskonzept für das

neue Stadtquartier an den Buckower Feldern umfasst die Komponenten Versickerung, Rückhaltung und Verdunstung. Trotz schwieriger Bodenverhältnisse kann Regenwasser dadurch komplett vor Ort bewirtschaftet werden.

Die insgesamt 23.000 Quadratmeter großen Verkehrsflächen werden mithilfe von Mulden-Rigolen, Tiefbeet-Rigolen und Baum-Rigolen entwässert. Die Baum-Rigolen wurden im Rahmen eines Pilotprojekts erstmalig im öffentlichen Berliner Straßenraum erprobt. Über Drosselabläufe wird das überschüssige Regenwasser aus den vernetzten Systemen in eine 7.300 Quadratmeter große Multifunktionsfläche im Landschaftspark geleitet. Bei Starkregenereignissen werden Notwasserwege im Straßenraum eine Überflutung der angrenzenden Baufelder verhindern.

Das Neubauvorhaben Buckower Felder wurde bereits in der Vergangenheit ausgezeichnet. Für ihre ökologische, klimabewusste und zukunftsweisende Planung wurde die STADT UND LAND als „Klimaschutzpartner des Jahres 2021“ mit dem „Anerkennungspreis für herausragende Projekte öffentlicher Einrichtungen“ ausgezeichnet. Die Fachjury würdigte damit den ganzheitlichen Ansatz für das künftige Wohnquartier, insbesondere die CO₂-neutrale Wärmeversorgung, den Einsatz innovativer Technologien sowie die Energieeffizienz der Gebäude.

Das Projekt Buckower Felder zählt zu den innovativsten und klimafreundlichsten Bauvorhaben in der Hauptstadt. Neben dem innovativen Regenwassermanagement sind dem Wohnungsunternehmen die Themen Wärmerückgewinnung aus Abwasser, Mobilitätskonzept mit Quartiersgaragen sowie soziale und ökologische Nachhaltigkeit wichtig.

Für die ressourcenschonende und effiziente Energieversorgung hat die STADT UND LAND mit den Berliner Stadtwerken ein modernes Wärmenetzsystem konzipiert, das niedrigere Temperaturen und einen hohen Anteil erneuerbarer Energiequellen nutzt. Ein Kernelement ist die Rückgewinnung von Abwasserwärme durch einen Wärmetauscher an der Abwasserdruckleitung am Buckower Damm. Zusätzlich erzeugen Photovoltaik-Anlagen auf 40 Prozent der Dachflächen umweltfreundlichen Strom.

Das Mobilitätskonzept zielt darauf ab, Durchgangsverkehr und Lärm zu vermeiden sowie den CO₂-Ausstoß zu reduzieren. PKW-Stellplätze werden in zwei Quartiersgaragen konzentriert, um autofreie Bereiche zu schaffen. Eine Mobilitätsstation bietet umweltfreundliche Angebote, einschließlich Elektromobilität.



Das Wohnquartier Buckower Felder mit 900 Wohnungen ist ein Vorzeigeprojekt. Die Hälfte der Wohnungen wird sozial gebunden vermietet, darunter 30 Prozent geförderter Wohnungsbau und 20 Prozent Sonderwohnformen für Geflüchtete. 20 Prozent der Wohnfläche werden von gemeinwohlorientierten Dritten in energieeffizienter Holzbauweise errichtet. Eine Begrünung der Dachflächen und Teile der Fassaden tragen zur ökologischen Vielfalt bei, verbessern das Mikroklima und kühlen das Wohngebiet.

Der Projektwettbewerb „Regenial! 2024“ hat zum Ziel, innovative und praktikable Konzepte für die Schwammstadt der Zukunft zu fördern. Teilnehmen konnten Einzelpersonen oder Teams, die ein Konzept, eine Studie oder ein konkretes Bau- oder Umbauprojekt zum Thema Schwammstadt einreichten.

Weitere Informationen unter [Forum Regenwasser 2024 - Berliner Regenwasseragentur und Buckower Felder - Berliner Regenwasseragentur](#).

Für dieses Wochenende ist kein Regen in Sicht, erst am Montag mit einer 50:50 Wahrscheinlichkeit. Gnießen Sie also das Wochenende, bevor der Regen kommt.

Ed Koch

Textquelle: Unikat PR GmbH – STADT UND LAND

03) „Da ham wa den Salat“: Großhändler wollen den größten Obstsalat der Welt produzieren



paperpress

seit 1976



Nr. 627-14

18. Juli 2024

49. Jahrgang

„Da ham wa den Salat“: Großhändler wollen den größten Obstsalat der Welt produzieren

Zu seinem 75. Geburtstag macht sich der Fruchthof Berlin ein ganz besonderes Geschenk: Mit dem größten Obstsalat der Welt will die Händlergenossenschaft vom Großmarkt in der Moabiter Beusselstraße ins Guinnessbuch der Rekorde. Das Ziel ist klar: Mindestens 10.750 kg Fruchtmischung sollen am Tag der offenen Tür des Großmarkts am **15. September**, zusammengeschnitten werden. Weil der Fruchthof nicht nur etwas Außergewöhnliches erreichen, sondern auch etwas außergewöhnlich Gutes tun will, wird das Ergebnis der Berliner Tafel e.V. gespendet, die sich um die weitere Verteilung kümmern wird.



*„Selten passt die Rede-
wendung ‚da ham wa den
Salat‘ so haargenau wie
zu dem Plan. Die Groß-
händler freuen sich schon
jetzt auf ihr Fest im Sep-
tember und laden alle
Berlinerinnen und Berlin
ein, die Daumen für den
Weltrekord zu drücken
und mitzufeiern. Vielleicht*

schnippelt der eine oder die andere sogar mit am Weltrekord,“ erklärte der Sprecher des Vorstandes der Fruchthof Berlin Verwaltungsgenossenschaft eG, **Nils Doerwald**, bei der Vorstellung des Festprogramms zum Großmarkt-Geburtstag. Schirmherrin des Jubiläums ist die Präsidentin des Berliner Abgeordnetenhauses, **Cornelia Seibeld**.

Der Termin für die Geburtstagfeier am 15. September kommt nicht von ungefähr, denn im September vor 75 Jahren gründeten West-Berliner Großhändler ihren Fruchthof und öffneten am 5. Dezember 1949 ihre Pforten auf dem Areal der ehemaligen Askania-Werke in Berlin-Mariendorf. Die Initiative war zunächst eine Notlösung. Die zentralen Großmarkthallen am Alexanderplatz in Berlin-Mitte waren für die Händler aus den Westsektoren bald nach der Blockade nicht mehr zu erreichen. Im Jahre 1965 erfolgte dann der Umzug des Fruchthofs in die neu errichteten Großmarkthallen in der Beusselstraße in Moabit. Dort ist die Genossenschaft bis heute der größte Mieter. Auf der Fruchthof-Gesamtfläche von ca. 85.000 qm sind aktuell 50 Großhändler und eine Vielzahl weiterer Betriebe tätig, die knapp 2.000 Menschen vieler Nationalitäten in unterschiedlichen

Jobs beschäftigen. Gemeinsam schlagen sie ca. 220.000 Tonnen Ware pro Jahr um. Im Laufe der Jahrzehnte hat sich der Markt zu einem der wichtigsten Handelsplätze in der Metropolregion Berlin/Brandenburg entwickelt.



Foto: Fruchthof Berlin

Zum Geburtstag am 15. September lädt die Händlergenossenschaft alle Berlinerinnen und Berliner ein, einmal einen Blick hinter die Kulissen des Fruchthofs und damit quasi in den „Bauch von Berlin“ zu werfen. Geplant ist ein großer **Wochenmarkt von 10 Uhr bis 18 Uhr**. Der Berliner Senat ist durch die beiden Bürgermeister **Franziska Giffey** und **Stefan Evers** vertreten. Neben einer breiten Auswahl an Obst und Gemüse wird den Besucherinnen und Besuchern des Wochenmarktes ein breites Angebot an Speisen und Getränken geboten sowie Attraktionen für Kinder und ein abwechslungsreiches Bühnenprogramm mit Live-Musik. Schulen, die der Fruchthof und die Berliner Großmarkt GmbH im Rahmen des privaten Schulobstprogrammes unterstützen, beteiligen sich ebenfalls am abwechslungsreichen Bühnenprogramm.

Der Weltrekordversuch ist bei Guinness World Records angemeldet. Die Vorbereitungen laufen bereits auf Hochtouren. Dabei geht es u.a. um die Einhaltung von Hygienestandards bei der Zubereitung, die fachgerechte Aufbewahrung der Frischware und vor allem die spätere vollständige Verwendung des Salats. Der bisherige Rekord aus Frankreich liegt bei 10.340 kg

Für die vollständige Verwertung der Früchte suchen die Händler sowie die Berliner Tafel e.V. derzeit Partner aus der Industrie, die den Salat beispielsweise zu Brotaufstrich weiterverarbeiten können.

Erste erfolgversprechende Gespräche laufen bereits. Für die Verantwortlichen auf dem Fruchthof ist klar:

1



Der Rekord funktioniert nur, wenn die Früchte vollständig verwertet werden. Um die weitere Verteilung des fruchtigen Weltrekordresultats kümmert sich dann die Berliner Tafel e.V., die ebenfalls ihren Sitz in der Beusselstrasse hat.



Die Vorstandsvorsitzende der Tafel, **Sabine Werth**, freut sich auf den Weltrekordversuch und die Lebensmittelspende für die Tafel: Sabine Werth: „Der Berliner Großmarkt ist auch Heimat der Berliner Tafel.

Verbunden durch die Nachbarschaft und die gemeinsame Liebe zu Lebensmitteln freuen wir uns umso mehr auf das Jubiläum des Fruchthofs. Wir gratulieren und vertellen den verarbeiteten Fruchtsalat von Herzen gern an armutsbetroffene Menschen. Eine wunderbare Idee!“

zum Erfolg führen können. Wir brauchen deshalb viele Leute, die uns bei der Zubereitung des Rekordsalats helfen und kräftig mitschnippeln. Wir freuen uns über jede Unterstützung. Damit alles hygienisch einwandfrei abläuft, wird es für das Obstsalat-Team vor Ort eine entsprechende Einweisung geben. Wer mitmachen will, kann sich bei uns melden, oder auf unserer Internetseite (www.fruchthof-berlin.de) informieren.“

Quelle: Fruchthof Berlin



75 Jahre

Zum Markttag öffnen zudem viele Händler ausnahmsweise am Sonntag ihre Stände auf dem Großmarktgelände und präsentieren den Besuchern ein breites Angebot an Obst, Gemüse, exotischen Früchte. Auch dies ist ein Novum für den Großmarkt, denn normalerweise dürfen hier nur Gewerbekunden einkaufen. Außerdem gibt es u.a. Führungen durch die Markthallen und viele weitere Attraktionen.

Nikolaus Fink vom Wochenmarktveranstalter „die Marktplaner“: „Ohne zentralen Großmarkt kann es keine vielfältigen Wochenmärkte in Berlin geben. Ohne Wochenmärkte fehlt es aber an buntem Kiezleben. Auch dies ist ein wichtiger Grund, das Fruchthofjubiläum ausgiebig zu feiern - samt reichhaltiger Marktkultur.“

Die verbleibende Zeit bis zum Tag der offenen Tür mit dem Rekordversuch im September will die Händlergenossenschaft nutzen, um das Projekt bekannt zu machen, viele Mitstreiter zu gewinnen und viele Besucher zum Geburtstagsfest auf das Gelände des Fruchthofs zu locken.

Fruchthof-Vorstandssprecher **Nils Doerwald**: „Der Weltrekordversuch ist ein in jeder Hinsicht ambitioniertes Projekt, das wir nur mit vereinten Kräften

04) Einsam in Berlin



paperpress

seit 1976



Nr. 627-13

17. Juli 2024

49. Jahrgang

Einsam in Berlin

Unsere Hauptstadt bietet so einiges: 3,7 Millionen Menschen, grüne Oasen, Clubs, Theater, Kino, Veranstaltungen, Cafés, Kneipen, Restaurants - und unzählige Möglichkeiten, Personen in echt oder virtuell zu finden oder sich zu begegnen. Dennoch fühlt sich jede zehnte Person einsam.

Kürzlich wurden auf einer Konferenz in Berlin die Ergebnisse des Einsamkeitsbarometers vorgestellt, das die Einsamkeitsbelastung beobachtet. Waren vor der Corona-Pandemie bundesweit die 65-Jährigen am stärksten von Einsamkeit betroffen, sind es seit Corona vor allem die Gruppe der 16-30-jährigen (Studie d. Bertelsmann-Stiftung), in welcher der Anteil der „stark“ und „moderat einsamen“ Personen, je nach Geschlecht und Altersgruppe, zwischen 33 und 51 Prozent liegt.

Es tut weh. Es ist ansteckend und tödlich. So schädlich wie 15 Zigaretten am Tag. Einsamkeit kann die Lebenserwartung verkürzen und Menschen körperlich und seelisch schädigen. Das hat die Weltgesundheitsorganisation (WHO) in einer ihrer jüngsten Studien nachgewiesen, die **Prof. Dr. Manfred Spitzer** in seinem Impulsvortrag bei der Dialogveranstaltung der städtischen Wohnungsbaugesellschaft STADT UND LAND am 9. Juli näher erläuterte.

Unter dem Titel „Gemeinsam einsam - Sind wir auf dem Weg in die chronische kollektive Depression?“ trafen sich Experten im Xelor Kesselhaus in Berlin-Neukölln. Moderatorin **Anke Plättner** diskutierte mit allen Gästen über die Krankheit unseres Jahrhunderts, die sich in vielen Ländern der westlichen Welt bereits pandemisch ausgebreitet hat.

„Man darf sich nicht täuschen lassen, denn Einsamkeit betrifft nicht nur ältere Menschen“, warnt der Professor die Zuhörer. Die Corona-Pandemie habe das Gefühl der Einsamkeit in den eigenen vier Wänden verstärkt, vor allem bei den Jüngeren unter 24 Jahren. In dieser Generation beginnt das Gefühl der Einsamkeit bereits digital - weg von sozialen Kontakten, hinein in die Welt der Social Media, die für Psychologen und Jugendsozialarbeiter ein idealer Ort ist, um mit den Jugendlichen ins Gespräch zu kommen.

„Gerade die junge Generation fühlt sich zunehmend einsam und nicht dazugehörig. Und das ist nicht nur ein Problem für die Betroffenen, sondern auch für unser demokratisches System“, ergänzt Psychologin

und Gründerin der Plattform „Krisenchat“ **Melanie Eckert**. Wir müssen eingreifen - ihre digitale Plattform „Krisenchat“ macht es vor und holt die Gen Z und Gen Alpha genau in ihren Lebenswelten ab: WhatsApp, Telegram, TikTok und Snapchat - Über 90.000 Anfragen hat Eckerts Team allein in den letzten drei Jahren bearbeitet und Jugendliche aus der Einsamkeit begleitet.



v.l.n.r.: STADT UND LAND-Geschäftsführer Ingo Malter, Psychologin und Psychotherapeut Umut Özdemir, Soziologin Prof. Dr. Claudia Neu, Gründerin der Plattform „Krisenchat“ Melanie Eckert, Streetworker Burak Caniperk, silbernetz e.V.-Gründerin Elke Schilling und Moderatorin Anke Plättner. Foto: STADT UND LAND/Christian Kruppa

Prof. Dr. Spitzer macht dabei auf einen klassischen Fehler in der Diagnose aufmerksam: Man müsste zwischen sozialer Isolation, Alleinsein und Einsamkeit stark unterscheiden. Denn bei der letzten geht es um eine echte Krankheit, die sich nicht nur auf das Bedürfnis nach dem Allein sein beschränken lässt, sondern bei entsprechendem Leidensdruck therapeutische Maßnahmen erfordert.



Auf der Leinwand hinter Prof. Dr. Spitzer laufen Hirnscans von Betroffenen: Künstliche Intelligenz und ein lernfähiges Computersystem konnten die Befunde und neuronalen Merkmale genauer vergleichen. Die Ergebnisse zeigen: Einsame Menschen haben eine veränderte Hirnstruktur - mit Depressionen, Stresssymptomen und einer geringeren Le-



benserwartung als Folge. *„Und wenn Einsamkeit Stress verursacht und Stress eine Krankheit ist, dann macht uns Einsamkeit einfach krank.“* - So kamen die Experten in der Fish Bowl-Diskussion auf der Bühne ins Gespräch.

Burak Caniperk arbeitet seit 2017 bei der Outreach gGmbH, einem großen Träger der mobilen Jugendsozialarbeit in Berlin. Mit seinem Team ist er auf der Straße unterwegs, um jungen Menschen Hilfe anzubieten. *„Wenn man sich einsam fühlt, ist es leichter, durch falsche Freunde auf die schiefe Bahn zu geraten, die meist zu Drogen und Kriminalität führt“*, sagt Caniperk. Viel Platz für Gespräche und Gefühle bleibt dann nicht. Als Straßensozialarbeiter sucht er die Jugendlichen auf und spricht mit Ihnen – und hört oft, dass er der erste seit Monaten ist, der die Jugendlichen erst nähme.

Mit ihren wertvollen Einblicken bereicherten weitere Expertinnen und Experten die Diskussion über Risiken und Lösungsansätzen gegen Einsamkeit. Darunter: die Soziologin **Prof. Dr. Claudia Neu**, der Diplom-Psychologe und Psychotherapeut **Umut Özdemir** und **Elke Schilling**, Gründerin des Vereins silbernetz e.V., der älteren Menschen mit einem einzigen Telefonat gegen die Einsamkeit hilft.

Trotz unterschiedlicher Fach- und Sichtweisen auf das Thema waren sich alle doch in einem Aspekt einig, der STADT UND LAND-Geschäftsführer **Ingo Malter** in seinen abschließenden Worten gut zusammenfasst: *„Einsamkeit ist nur das sichtbare Ergebnis eines Mangels an Nähe und Kommunikation zwischen den Menschen. Allzu oft verlassen wir uns instinktiv auf ‚die Institutionen‘, obwohl wir wissen, dass die Veränderung bei jedem Einzelnen von uns beginnen muss“*, so Malter weiter.

„Wohnungsunternehmen können Räume zur Begegnung schaffen oder Institutionen, die entsprechendes tun, finanziell und räumlich unterstützen“, schließt er. Wo ein Raum nicht ausreicht, oder die persönliche Schwelle zum an der Tür der Nachbarin klingeln zu hoch erscheint, kann vielleicht ein Zettel im Briefkasten signalisieren: *„Wenn Sie etwas brauchen, klingeln Sie, ich bin für Sie da!“* Denn etwas ist noch ansteckender als Einsamkeit - der Wunsch nach Verbindung und der Wunsch, anderen zu helfen.

Quelle: SuL

05) Von oben betrachtet. Von Ed Koch



Von oben betrachtet

08:30 Uhr ist nicht gerade die übliche Zeit für Podiumsdiskussionen. Außergewöhnlich auch der Ort: Die neue Sky-Lounge auf dem Dach des Gasometers. Bei strahlendem Sonnenschein war das Thema der Veranstaltung gut sichtbar, 2,5 km entfernt und in sieben Minuten erreichbar: Der ehemalige Flughafen Tempelhof.



Kürzlich überraschte das EUREF-Team um **Reinhard Müller, Karin Teichmann** und dem Chefarchitekten **Johannes Tücks** die Berliner Stadtgesellschaft mit einem innovativen Plan. Teile der **Messe Berlin** sollen nach Tempelhof umziehen. Auf dem riesigen Vorplatz, unberührt vom durch einen Volksentscheid in seiner Entwicklung ausgebremsen Tempelhofer Feld, sollen sechs neue Messe- und eine Veranstaltungshalle entstehen.



Grafik: EUREF AG – alle anderen Fotos: Ed Koch

Eingeladen zum morgendlichen Treffen in luftiger Höhe hatten die **Berliner Morgenpost** und die **EUREF AG**. Nicht nur das Podium war prominent besetzt, auch das Parkett. Unter den rund 120 Gästen waren unter anderem **Klaus Wowerelt, Peter Strieder** und **Renate Künast** zu sehen, aber auch die Flughafen-Chefin **Aletta von Massenbach**, und, weil dem Himmel so nah, der Superintendent der Ev. Kirche Tempelhof-Schöneberg, **Michael Raddatz**, und Rabbiner **Yehuda Teichtal**.



Gruppenbild mit Dame: v.l.n.r.: **Matthias Trunk**, Vorstand der GASAG AG, **Kaweh Niroomand**, Manager der BR Volleys, EUREF-Gründer **Reinhard Müller**, **Christian Andresen**, Präsident der DEHOGA Berlin, **Fabian Schmitz-Grethlein**, Geschäftsführer der Tempelhof Projekt GmbH, **Jörn Oltmann**, Bezirksbürgermeister Tempelhof-Schöneberg, **Christian Gaebler**, Senator für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen, **Karin Teichmann**, Vorstandssprecherin der EUREF AG, **Peter Schink**, Chefredakteur Berliner Morgenpost und **Dr. Hinrich Holm**, Vorstandsvorsitzender der Investitionsbank Berlin (IBB).

Zu Beginn erläuterte **Karin Teichmann** die Idee, beziehungsweise die Vision und wie es dazu kam. Bei der Eröffnung des neuen Gasometer Gebäudes am 1. Juni forderte u.a. der Regierende Bürgermeister **Kai Wegner** das EUREF-Team auf, sich jetzt nicht auszuruhen, sondern weiterhin kreativ zu sein. „Berlin braucht mehr an Ideen.“ Gesagt, geplant! Auf dem ehemaligen Rollfeld sollen sechs moderne Hallen und eine Konzertarena für rund 12.000 Menschen entstehen, die auch zum Feld hin für größere Konzerte geöffnet werden kann. Damit würde eine Lücke im Angebot der Veranstaltungslocations in Berlin geschlossen werden.

Es sollen auch drei Hotels in unterschiedlichen Kategorien mit jeweils 500 Zimmern entstehen. Und warum das Ganze? Der bisherige Messestandort am Fuße des Funkturms hat massive Probleme. Das Autobahnkreuz muss in den nächsten Jahren saniert werden, was den Messebetrieb behindern wird. Einige Hallen könnten auch abgerissen werden und Platz machen für Wohnungsbau in bester Westendelage. Neue Hallen könnten als Sportarenen dienen, die auch dringend in Berlin benötigt werden.



In zwei Gesprächsrunden wurde die Idee diskutiert. Dabei kam auch der zum Teil erschreckende Zustand zur Sprache, in dem sich die Stadt befindet. Bezirksbürgermeister **Jörn Oltmann** sprach den Sanierungsstau des Flughafengebäudes an. Bisher wurde immer nur „klein klein“ gedacht. So könne es nicht weitergehen, sagte Oltmann. Die Idee des EUREF-Teams sei es wert, untersucht zu werden. Oltmann fragt sich, warum unter den zehn größten Messen weltweit Frankfurt am Main, Hannover, Köln und Düsseldorf genannt werden, nicht aber Berlin. Berlin müsse sich seiner Bedeutung bewusstwerden, appellierte der Bezirksbürgermeister.

Auch DEHOGA-Chef Andresen bemängelte, dass in Berlin massiv Flächen im Messebereich für 6 bis 9.000 Teilnehmer fehlen. Berlin verzeichnet zu den Vorjahren 15 Prozent weniger Belegung in den Hotels und 23 Prozent weniger Umsatz.

Bausenator Gaebler gab unumwunden zu, dass das Flughafengebäude in der Vergangenheit nur verwaltet worden ist. Es gäbe kein Ziel, auf das hingearbeitet wird. Das Gebäude kostet Geld und bringt nichts, so Gaebler.

Die GASAG, so **Matthias Trunk**, stünde bereit, das Gebäude energieeffizient umzubauen. So könnte die erste CO₂-neutrale Messe der Welt entstehen. Die jetzigen Unterhaltskosten könnten drastisch reduziert werden, so dass ein Nullsummenspiel herauskäme, rechnet **Reinhard Müller** vor. Der Geschäftsführer der Tempelhof Projekt GmbH, **Fabian Schmitz-Grethlein**, will die Überlegungen zum Gebäude mit der Entwicklung auf dem Feld zusammendenken. Und schon fand, unausweichlich, der Schlenker zur Randbebauung statt, zu der es gegenwärtig ein Dialogverfahren gibt. Die beiden Grünen im Saal, **Jörn Oltmann** und **Renate Künast** kritisierten dieses Verfahren, Oltmann ist damit nicht einverstanden und Künast findet es „kurios“. Darauf reagierte **Christian Gaebler** richtig sauer, weil der Ansatz, mit den Bürgern ins Gespräch zu kommen,

desavouiert werde. Zurück zur EUREF-Idee: Natürlich gibt es auch Bedenken, zum Beispiel über die zusätzlichen Verkehre, die durch den Messebetrieb auf dem Columbiadamm entstehen würden. **Reinhard Müller** entkräftete diese Bedenken mit dem Hinweis, dass es Untersuchungen gäbe, wonach dies kein Problem darstelle.



Nicht unterschlagen wollen wir den Sport, für den **Kaweh Niroomand** eingeladen wurde. Auf dem jetzigen Messegelände könnten Hallen in Sportflächen umgewandelt werden, und diese benötigt Berlin dringend, so der BR-Volley-Chef.

Und wie geht's weiter? An der Finanzierung dürfte es nicht scheitern, meint IBB-Chef **Hinrich Holm**, weil ja auch privates Kapital beteiligt sein wird. Die Umsetzung der Idee könnte schnell gehen. **Peter Strieder** regte an, ein Büro zu beauftragen, das sich darum kümmert und **Reinhard Müller** ist bereit, sein Know-how zur Verfügung zu stellen. **Christian Gaebler** will den Vorgang in den Senat geben.

Kein gutes Zeichen ist es, dass von der Messe Berlin niemand anwesend war. Angeblich gab es Terminprobleme. Bislang hat sich die Messe Berlin zurückhaltend bis ablehnend gezeigt und will offenbar am jetzigen Standort verbleiben. Selbst wenn die Idee, Teile der Messe nach Tempelhof zu verlegen, nicht umgesetzt wird, muss man sich Gedanken um das Gebäude in Tempelhof machen, denn, wie sagte **Jörn Oltmann**, so könne es nicht weitergehen.

Die Stimmung in der Sky-Lounge war überwiegend positiv dem Projekt gegenüber. Nun muss es Menschen geben, die die Sache am Laufen halten, damit sie nicht in dieser schnelllebigen Zeit vergessen wird. Der Autor dieses Beitrages betätigt sich gern als Orakel. Ihm fehlt es in einer Stadt, die es nicht einmal hinbekommt, zeitnahe Termine beim Bürgeramt zu organisieren, an Fantasie, dass sich diese Vision umsetzen lässt. Eher gelingt es der Müller-Crew, einen EUREF-Campus auf dem Mond zu errichten.

Ed Koch

06) 55.000 Euro für herzkranken Kinder



55.000 Euro für herzkranken Kinder



Bei strahlendem Sonnenschein bildeten die Radler wieder das traditionelle Tripple-Heart auf der Start- und Landebahn des ehemaligen Flughafens Tempelhof. Zum elften Male lud die **PSD-Bank Berlin-Brandenburg** zur Herzfahrt ein. 2.700 Radler nahmen per App und direkt teil. Knapp 250.000 Kilometer wurden zwischen dem 7. und 14. Juli geradelt, das sind mehr als sechsmal um die Welt. 55.000 Euro kamen an Spenden zusammen.

Das **Deutsche Herzzentrum der Charité** möchte mit dieser Spende eine speziell für Kinder entwickelte Mini-Ultraschallsonde erwerben. Dadurch können Kinder und Baby ohne den Einsatz von Röntgenstrahlung untersucht werden. Die Echokardiografie, auch als Herzecho oder Schluckecho bekannt, ist eine zentrale Untersuchungsmethode bei Herzkrankungen. Mit einer speziellen Ultraschall-Sonde kann das Herz sogar dreidimensional dargestellt werden.

Bisher waren diese 3D-Sonden zu groß für Säuglinge und Kleinkinder. Doch jetzt hat **GE HealthCare** eine Mini-Sonde entwickelt, die perfekt für die kleinen Patienten geeignet ist. Mit dem Erlös der PSD-Herzfahrt soll die innovative Technologie finanziert werden. Sie liefert nicht nur genaue Bilder bei Herzkathetereingriffen, sondern reduziert auch die Not-

wendigkeit von Röntgenstrahlung erheblich oder vermeidet sie ganz.



Zum Abschluss der Rundfahrten auf dem Tempelhofer Feld versammelten sich die Verantwortlichen zum Gruppenfoto mit Scheckübergabe.

v.l.n.r.: Yousa Fakhro, Prof Dr. Oktay Tutarel, Dr. Friederike Danne, PD Dr. Med. Oliver Miera und Dr. Bernd Oppen-Rhein vom Deutschen Herzzentrum der Charité sowie Grit Westermann, die Vorstandssprecherin der PSD Bank Berlin-Brandenburg, Petra Götze vom Medienpartner Berliner Morgenpost und Eberhard Brodhage vom ADFC Berlin.

Quelle und Fotos: PSD-Bank

07) Networking auf dem EUREF-Campus



paperpress

seit 1976



Nr. 627-10

14. Juli 2024

49. Jahrgang

Networking auf dem EUREF-Campus

Bei sommerlichen Temperaturen fand in dieser Woche das traditionelle Network-Event **Energetic Aperitivo** unter dem Motto „**Explore the future of energy and mobility**“ statt, zu dem **inno2grid** eingeladen hatte.



Als Innovationsdrehscheibe und Venture Building Company ist inno2grid darauf spezialisiert, eine nachhaltige Energie- und Mobilitätslandschaft zu entwickeln und umzusetzen. inno2grid ermöglicht es Anbietern von Energie- und Mobilitätslösungen, zum Rückgrat der Städte, Stadtteile und Flotten von morgen zu werden – mit neuen End-to-End-Geschäftsmodellen. Außerdem binden sie ein breites Netzwerk von Startups, Unternehmen und Instituten in Innovationsprojekte ein.



Drei Mitarbeiter von inno2grid stellten ihre Projekte in kurzen Keynotes vor. **Alexander Agnesens**, Innovation Hub Lead, gab Einblicke in das „*Innovation & Venture Building*“ bei inno2grid. **Thomas Kreher**, Head of Consulting, stellte den Bereich „*Decarbonization Consulting*“ vor. **Chantal Bailieu**, Project Managerin, hielt einen Vortrag zum Thema „*Product*

Innovation“. Ein Highlight des Abends war erneut die Vorstellung von drei Talenten vom **TU-Campus EUREF**: **Eugenio Andres Brito Gonzalez**, **Mirna Ayman Mohammed Ghaly** und **Poornima Guruvayurappan**.



Die Gäste waren sehr erfreut, die Studierenden aus Chile, Ägypten und Indien näher kennenzulernen und beeindruckt von ihren Lebensläufen und Persönlichkeiten. Was alle vereint, ist die Motivation, eine nachhaltige, zukunftsfähige und lebenswerte Zukunft zu erschaffen und die Mobilitäts- und Energiewende im Einklang mit den Pariser Klimazielen voranzutreiben.



Zu der Veranstaltung, die in der **zeemobase**, dem Showroom der digitalen vernetzten Energie- und Mobilitätswende auf dem EUREF-Campus stattfand, kamen über 50 Gäste, darunter rund 30 Talente des TU-Campus EUREF und weitere Wirtschaftspartner wie **Schneider Electric**, **ARCADIS** und **SPIE**. Die Jobposts von inno2grid kamen dabei besonders gut an, auch das ist Teil des Konzepts auf dem EUREF-Campus: Talente nicht nur auszubilden, sondern sie und ihre Expertise für die Unternehmen und Startups auf dem Campus zu gewinnen.

Auf dem TU-Campus EUREF bietet die TU Berlin vier weiterbildende, englischsprachige Master-Studiengänge zu den Themen der Energie- und Mobilitätswende an.

Quelle und Fotos: EUREF AG

1

08) Zimmer, Küche, Bad



paperpress

seit 1976



Nr. 627-06

7. Juli 2024

49. Jahrgang

Zimmer, Küche, Bad

Das ist der Slogan von STADT UND LAND, und was braucht man mehr? Vielleicht noch einen Keller, weil wir alles sammeln und nichts wegwerfen können.

„Ich sehe die STADT UND LAND auf einem guten Weg und blicke trotz aller Herausforderungen optimistisch in die Zukunft. Das Unternehmen wird zwar 100 Jahre alt, ist aber in vielerlei Hinsicht jünger als es jemals war.“, sagt **Ingo Malter**, seit dem 1. August 2010 Geschäftsführer des Unternehmens.

Am 7. Juli 2024 wurde die als „Märkische Scholle“ gegründete **STADT UND LAND** 100 Jahre alt. Blättert man in der Chronik der Gesellschaft, dann zeigt sich natürlich, dass die Wechselbäder deutscher Geschichte um das kommunale Wohnungsbauunternehmen keinen Bogen gemacht haben. Inflation, Weltwirtschaftskrise, Krieg, Teilung, Wende, Mauerfall; dazwischen und danach Zeiten des Aufschwungs, des Neubeginns und des Umbaus. Die STADT UND LAND war immer mittendrin.

Zur Firmenphilosophie des Unternehmens gehört der Grundsatz, breite Schichten der Bevölkerung und besonders Menschen mit geringeren Einkommen mit Wohnraum zu versorgen.

Was mit dem Bau von 59 Wohnungen in Wittenau und Britz begann, fand in Neuenhagen in den Jahren 1928 bis 1930 in größerem Maßstab seine Fortsetzung: Raus aus der Enge und dem Mief der Berliner Mietskasernen – Licht, Luft und Sonne für alle, hieß es, als die Gartenheimsiedlung „Grüner Winkel“ entstand. Heute trägt sie den Namen Fallada-Siedlung, nach ihrem bekanntesten Bewohner, der hier eine recht glückliche und produktive Zeit verbrachte. Unter dem Dach der STADT UND LAND schrieb er seinen berühmten Roman „Kleiner Mann, was nun?“.

Ausdruck ihrer regen Bautätigkeit war die Tatsache, dass die S&L bereits Anfang der 30er Jahre ca. 2.400 Wohnungen in verschiedenen Ortsteilen von Groß-Berlin errichtet hat, so u. a. in Lichtenberg, Friedrichsfelde, Johannisthal, Neuenhagen, Pankow, Britz, Lichterfelde Süd und Wittenau. In Niederschönneweide und in Kleinmachnow baute das Unternehmen Einfamilienhäuser. Es entstanden vorbildliche Siedlungen für breite Bevölkerungsschichten.

Wichtige Stationen der Geschichte zeigten deren enge Verknüpfung mit den Geschicken der Stadt Berlin: Nahezu jede fünfte Wohnung der Gesellschaft war nach dem Zweiten Weltkrieg zerstört oder stark beschädigt; Enteignung im Osten und „Überleben“

unter der Obhut der GSW – von den ehemals 2.352 fast ausschließlich im Ostteil Berlins gelegenen Wohnungen verblieben nur noch 13 Wohnungen, zwei Garagen und ein Vorratsgrundstück im Westteil der Stadt im Besitz der Gesellschaft. Am 1. Januar 1958 wurde dann die STADT UND LAND wieder in die Eigenständigkeit entlassen mit rund 10.000 Wohnungen.

Die 1960er, 70er und 80er Jahre waren von intensivem Bauen und Sanieren geprägt – dafür standen Quartiere wie die John-Locke-Siedlung in Lichtenrade, die Rollberg- und die High-Deck-Siedlung in Neukölln oder die Landhäuser in Rudow.

Nach der Wiedervereinigung in den neunziger Jahren kam es zum Zusammenschluss mit der Wohnungsbau-Gesellschaft Treptow mbH und der umfassenden Sanierung deren Bestände. Wichtige Stationen dieses jüngsten Zeitabschnittes waren auch der Neubau der Siedlung Altglienicke und die Übernahme der Geschäftsbesorgung für die WoGeHe Wohnungsbau-Gesellschaft Hellersdorf mbH mit ehemals rund 20.000 Wohnungen in der Großsiedlung Hellersdorf.

Die ersten der 2000-er Jahre waren geprägt von Modernisierung, Sanierung und Konsolidierung. Knappe öffentliche Kassen, der Abbau von Subventionen und der Rückzug des Staates aus der sozialen Verantwortung setzten die politischen Rahmenbedingungen für die Geschäftstätigkeit des Konzerns im Jahr 2005.

Der Markt wurde und wird bestimmt von fehlendem Wirtschaftswachstum, steigender Arbeitslosigkeit und einer demografischen Entwicklung der Bevölkerung, die durch Überalterung, Geburtenrückgang und Vereinsamung geprägt ist. Vor diesem Hintergrund verschärften sich die Wettbewerbsbedingungen am Berliner Immobilienmarkt weiter. Wachsende Leerstände und steigende Erlösausfälle waren die Folge.

Die strategische Ausrichtung der Geschäftstätigkeit galt in diesen Jahren unverändert der nachhaltigen Entschuldung. Sie zielte darauf ab, die Zins- und Tilgungslast weiter zu reduzieren. Im Mittelpunkt standen die Bewirtschaftung und die Pflege der Bestände. Umfangreiche Maßnahmen dienten der Bestandsaufwertung, dem zielgruppenorientierten Marketing, dem Ausschöpfen von Mieterhöhungspotenzialen und dem stringenten Kostenmanagement. Gleichzeitig wurden anspruchsvolle Sanierungsprojekte in diesen Jahren abgeschlossen, darunter das insgesamt 1.849 Wohnungen umfassende Grabenviertel in Hellersdorf und die Neuköllner „Siedlung



der Däfte“ rund um die Holzmindener Straße mit ihren 334 Wohnungen in 6- und 8-geschossigen Gebäuden.

2010 waren rund 90.000 Menschen bei der STADT UND LAND zu Hause. Der Wohnungsmarkt war ein anderer als heute: Das Angebot war weit größer als die Nachfrage. Vor allem am Stadtrand. Das Unternehmen setzte auf Kampagnen: Das kommunale Wohnungsunternehmen warb für den Wohnstandort Hellersdorf fernab von Lärm und hektischem Innenstadttreiben. Hauptfigur der Kampagne war dieser sympathische Jedermann, der auf humorvolle Art und Weise mit den vielen Alltagsproblemen des Großstadtlebens konfrontiert wurde. Die Lösung seiner Probleme lautet stets: „Zieh nach Hellersdorf“.

Ab 2012 erfolgte der Umschwung auf Wachstum, wenngleich der Entschuldungskurs fortgesetzt wurde. Erstmals seit vielen Jahren erhöhte die Gesellschaft durch einen Zukauf ihren Wohnungsbestand. Sie erwarb 341 Wohnungen in vier Wohnanlagen in Neukölln und Tempelhof-Schöneberg. 2013 wies sie einen Leerstand von 2,7 Prozent aus. Der Berliner Wohnungsmarkt hatte in den letzten Jahren einen Paradigmenwechsel vollzogen. Waren die so genannten Nullerjahre noch von einem Angebotsüberhang geprägt, so überstieg jetzt die Wohnungsnachfrage das Angebot. Berlinweit war kaum noch Wohnungsleerstand zu verzeichnen.

Im Jahr 2014 startete die STADT UND LAND mit einem Wohnungsbestand von 39.370 Einheiten ihre Wachstumsstrategie. Im Jahr 2024 verfügt das Unternehmen über 52.500 Wohnungen, was einer Steigerung von etwa 33 Prozent entspricht. Bis 2033 soll dieser Bestand durch Ankauf und Neubau auf 56.254 Wohnungen erweitert werden. Im Planungszeitraum 2024 bis 2033 ist der Baubeginn für weitere 3.854 Wohnungen vorgesehen sowie ein Investitionsvolumen von rund einer Milliarde Euro für den Ankauf und den Neubau bezahlbaren Wohnraums geplant.

Die Gesellschaft bietet die ganze Vielfalt des Wohnens in der Hauptstadt, heute gibt sie rund 100.000 Menschen ein Zuhause. Die Bestände werden sozial und umweltorientiert bewirtschaftet. Und nicht nur das. Bei S&L finden die unterschiedlichsten Menschen auch ihr berufliches Zuhause, von der Technikerin über den Cloudspezialisten bis zur Projektleitung im Neubau. Durch ihre Arbeit leisten die über 600 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einen entscheidenden Beitrag zur sozialen Stadtentwicklung und dem Erhalt lebenswerter Kieze.

Fotos: Marlies Königsberg, Chris Landmann, S&L, Ed Koch

Und dazu gehört auch, sich in den Kiezen einzubringen, beispielsweise beim traditionellen **Spielfest** des Bezirks Tempelhof-Schöneberg im Volkspark Mariendorf.



Das Spielfest fiel in diesem Jahr genau auf das Gründungsdatum der STADT UND LAND am 7. Juli. Grund genug, den Zauberer **Markus Stocker** für die Spielfest-Bühne zu engagieren. Natürlich gab es auch einen Geburtstagskuchen, Apfel-Streusel und Zitrone. Die 500 Portionen fanden im Handumdrehen ihre Abnehmer. Seit 2017 ist das Wohnungsunternehmen Hauptsponsor des Spielfestes.



Am Samstag, dem 21. September 2024, findet ein weiteres Großprojekt der S&L für Kinder, Jugendliche und ihre Familien, zwischen 11:00 und 20:00 Uhr auf dem Tempelhofer Feld statt, das **Festival der Riesendrachen**. Wir gratulieren dem Unternehmen zum Jubiläum und zu seinem außergewöhnlichen gesellschaftlichen Engagement.

Quelle: S&L

Keine Berichte

Ukraine (Seiten E 127 – E 119)

01) Dabei sein ist alles.

Lange wurde in der Ukraine über einen Olympia-Boykott diskutiert. Doch mit der Teilnahme in Paris kann das Land viel mehr erreichen

Von Denis Trubetskoy

25.07.2024



Die ukrainische Fechterin Alina Komascshchuk trifft 2016 in Brasilien auf ihre russische Kontrahentin Julija Petrowna Gawrilowa.

Dass zu den Olympischen Spielen in Paris einzelne russische und belarussische Vertreter – wenn auch als neutrale Athleten – zugelassen wurden, ist in der Ukraine höchst emotional diskutiert worden, was an und für sich nicht verwundert. Erstens blieb das bis 2022 herzliche Verhältnis zwischen dem Internationalen Olympischen Komitee (IOC), seinem Präsidenten Thomas Bach und Moskau nicht unbemerkt und geriet auch nicht in Vergessenheit. Zweitens zeigte die ukrainische Gesellschaft auch vor dem Krieg schon eine Neigung zu hitzigen und gefühlsintensiven Debatten, und dies hat sich durch die Dauertragödie der vergangenen zweieinhalb Jahre noch um ein Vielfaches verstärkt. Vor dem Hintergrund überrascht es nicht, dass die für Sport zuständigen Regierungsstellen in Kiew eine Zeitlang ganz klar die Position vertraten, dass die Teilnahme ukrainischer, russischer und belarussischer Sportlerinnen und Sportler an ein und demselben Turnier auf keinen Fall in Frage kam. Diese Haltung wurde Ende Juli 2023 durch eine Anordnung des Jugend- und Sportministeriums korrigiert. Demnach dürfen sich Ukrainerinnen und Ukrainer nun doch an Wettkämpfen beteiligen, an denen auch russische und belarussische Athleten teilnehmen – unter der Voraussetzung, dass diese unter neutraler Flagge antreten.

Der Sinneswandel vollzog sich nicht zuletzt unter dem Druck weiter Teile der ukrainischen Sport-Community, die einen Komplettboykott als irrationale Entscheidung werteten, mit der man sich ins eigene Fleisch schneide. Mit der Teilnahme von Sportlern, die den Angriffskrieg gegen die Ukraine und die Politik Wladimir Putins offen unterstützen, konnte Kiew jedoch auf keinen Fall einverstanden sein. Diese Frage stellte sich allerdings im Grunde nicht. Ein kategorisches Teilnahmeverbot für alle Russen und Belarussen inklusive einiger Tennisspieler, die ausdrücklich als Einzelpersonen an den Start gehen und von denen etliche schon lange im Ausland leben, war zu keinem Zeitpunkt eine realistische Option und stand nicht ernsthaft zur Diskussion. Der Fall der Fechterin Olha Charlan, die gleich am ersten Tag nach der neuen Anordnung des Sportministeriums der Russin Anna Smirnowa

den Handschlag verweigerte und deshalb aus der Weltmeisterschaft ausgeschlossen wurde, damit aber die Sympathien und Herzen vieler Sportfans in aller Welt eroberte, zeigte in aller Deutlichkeit: Wenn man sich während des Krieges selbst die Möglichkeit nimmt, bei einem der wichtigsten Sportereignisse die Ukraine mit Anstand zu vertreten, hätte das eher nachteilige Auswirkungen und würde bedeuten, dass die Ukraine Chancen vertut.

Ein Komplettboykott hätte nur Sinn, wenn sich viele Länder anschließen würden – insbesondere wichtige westliche Staaten. Das war allerdings vor dem Hintergrund, dass eine uneingeschränkte Zulassung von Russen und Belarussen von vornherein undenkbar schien, höchst unwahrscheinlich. Umso besser ist es, dass die Ukraine letztlich den Weg der Sportdiplomatie beschritt. Damit erzielte sie ein Resultat, das nicht nur hier und heute, sondern auch für die Zukunft von Bedeutung sein wird. Die spezielle Prüfkommision des IOC, die sich mit der Zulassung russischer und belarussischer Athleten befasst und sorgfältig darüber wacht, ob die konkreten Sportler sich an die festgelegten Kriterien halten, arbeitet nicht ganz perfekt. Unter den anfangs 36 zugelassenen russischen Sportlern gab es etliche umstrittene Fälle, bei denen zum Beispiel das Liken kriegsbefürwortender Posts eine Rolle spielte. Diese Sportler haben übrigens fast alle die Einladung zur Teilnahme an den Olympischen Spielen ausgeschlagen. Vor diesem Hintergrund ist die Teilnahme von 15 Sportlern mit russischer und 17 Sportlern mit belarussischer Staatsbürgerschaft, die unter neutraler Flagge an den Start gehen, keine Katastrophe, obwohl es auch in diesem Kreis vereinzelte strittige Fälle gibt.

Die Arbeit der ukrainischen Sportdiplomatie unter der Federführung des seit November 2023 als Sportminister amtierenden Matvii Bidnyi, aber auch die aktive Haltung Frankreichs als Ausrichter der Olympischen Spiele sind noch aus einem anderen Grund wichtig. Durch unzählige persönliche und virtuelle Gespräche und durch öffentlich-institutionellen Druck – auch hinter den Kulissen – wurde erreicht, dass die IOC-Prüfkommision trotz allem mehrere hundert Sportlerinnen und Sportler einzeln akribisch unter die Lupe nahm. Das gibt der Ukraine Instrumente an die Hand, mit denen sie in Zukunft langfristig und planvoll Druck auf die betreffenden internationalen Verbände ausüben kann. Wenn bereits ein konkreter IOC-Beschluss über die Nichtzulassung einzelner Sportler zu Olympia vorliegt, können die für Sport zuständigen Stellen in Kiew diesen Beschluss auch im Vorfeld zukünftiger Wettkämpfe und Turniere als Präzedenzfall ins Feld führen. Das ist ein klarer strategischer Erfolg.

Angesichts der Besonderheiten der Sportpolitik und der internationalen politischen Großwetterlage muss die Ukraine weiterhin alles daransetzen, dass an diesen Entscheidungen auch in Zukunft nicht gerüttelt wird. Doch schon jetzt hat die Ukraine ein Fundament gelegt, das sich nur extrem schwer wieder aufkündigen lässt. Daran hat übrigens das Russische Olympische Komitee (ROC) selbst großen Anteil, weil es im Herbst 2023 die regionalen Sportorganisationen der teilbesetzten Gebiete Donezk, Lugansk, Saporischschja und Cherson als Mitglieder aufnahm. Daraufhin konnte das IOC gar nicht anders, als die Mitgliedschaft des ROC zu suspendieren, weil gemäß den IOC-Statuten jedes Mitglied die territoriale Integrität aller anderen Mitglieder respektieren muss. Da aus politischen Gründen schwer vorstellbar ist, dass das ROC seine Entscheidung rückgängig macht, dürfte die Suspendierung der Mitgliedschaft des ROC in absehbarer Zukunft wohl kaum aufgehoben werden.

Obwohl bei den Olympischen Spielen absolute Stars wie die erwähnte Olha Charlan oder die neue Hochsprung-Weltrekordlerin Jaroslawa Mahutschich mit von der Partie sind, wird man von der Ukraine aufgrund der Kriegssituation wohl kaum eine glänzende Vorstellung

erwarten können. Doch Olha Charlan, die hervorragend Englisch spricht und eine wahre sportliche Botschafterin der Ukraine ist, kann allein schon durch ihre Anwesenheit mehr bewirken, als wenn sie den Spielen fernbleiben würde.

Eine Strahlkraft über die Grenzen des Olympischen Dorfes hinaus wird in Paris auch das ukrainische Haus entfalten, das als Medien- und Kulturzentrum die Aufmerksamkeit auf die Ukraine lenken soll und dem Präsident Wolodymyr Selenskyj wahrscheinlich einen Besuch abstatten wird – potenziell ein weiteres Beispiel für Kiews erfolgreiche Sport- und Kulturpolitik. Doch trotz aller sichtbaren Erfolge muss die ukrainische Seite auf der Hut sein und wachsam bleiben. Denn mit Sicherheit wird das IOC dennoch seine traditionelle beliebige Agenda für alles Gute und gegen alles Schlechte verfolgen, die von den Realitäten des Russland-Ukraine-Kriegs sehr weit entfernt ist. Ein sichtbares Zeichen dafür ist bereits das Foto des IOC-Präsidenten Thomas Bach mit dem russischen Schwimmer Jewgeni Somow und einem „Give Peace a Chance“-Spruchband. Dieser Aufruf ist im Grunde genommen legitim und naheliegend, aber er darf nicht in den luftleeren Raum geschickt werden, sondern muss sich an den einzigen Menschen richten, der diesen Krieg wirklich beenden kann: Wladimir Putin.

Aus dem Russischen von Andreas Bredenfeld



Denis Trubetskoy, Kiew

Denis Trubetskoy ist freier Journalist für deutschsprachige Medien in Kiew. Er berichtet über Politik und Sport aus der Ukraine, Russland und Belarus.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/demokratie-und-gesellschaft/artikel/dabei-sein-ist-alles-7677/?utm_campaign=de_40_20240725&utm_medium=email&utm_source=newsletter

02) Lohnenswerte Investition.

Der Wiederaufbau in der Ukraine wird teuer. Doch von einer starken ukrainischen Wirtschaft profitiert auch die EU

Von Alexandra Dienes

15.07.2024



Bauarbeiten in Saporischschja im Südosten der Ukraine.- *picture alliance / Photoshot*

Die westliche Unterstützung der Ukraine, den Krieg zu gewinnen, geht Hand in Hand mit der Hilfe zum Wiederaufbau. Die ersten Schritte sind bereits im Gange, wie die jüngste Ukraine Wiederaufbaukonferenz in Berlin gezeigt hat. Für europäische Politiker ist der Wiederaufbau wichtig, nicht nur um die Resistenz der Wirtschaft und Gesellschaft während des Krieges zu sichern. Er wird mit Blick auf die langfristige Entwicklung der Ukraine und den EU-Beitrittsprozess geplant und wird daher als eine Investition in die Stabilität und Sicherheit Europas betrachtet.

Das Ausmaß der Kriegszerstörung und des Finanzbedarfs ist enorm und nimmt zu, je länger der Krieg dauert. Die Schätzungen der Weltbank belaufen sich auf etwa 500 Milliarden US-Dollar – das entspricht dem Bruttoinlandsprodukt Österreichs und ist mehr als das Dreifache der ukrainischen Wirtschaftsleistung vor dem Krieg. Nicht nur Städte und Infrastruktur wurden beschädigt, auch die Risiken für Unternehmen und Investoren sind sehr hoch. Dies stellt den ukrainischen Staat und seine internationalen Verbündeten vor eine große finanzielle Herausforderung.

Die ukrainische Kriegswirtschaft ist extrem abhängig von externer Unterstützung. Ein Großteil der derzeitigen und künftigen finanziellen Zusagen kommt nicht in Form von Zuschüssen, sondern Krediten. Diese müssen zurückgezahlt werden und tragen zu einer steigenden Staatsverschuldung bei. Bereits heute schuldet der ukrainische Staat 70 Prozent seiner Schulden ausländischen Gläubigern. Im August läuft ein zweijähriger Zinszahlungsstopp aus. Die westlichen Gläubigerstaaten, darunter Deutschland und die USA, haben einer Verlängerung des Schuldenmoratoriums bis 2027 zugestimmt. Dagegen drängen private Gläubiger (darunter der weltgrößte Vermögensverwalter BlackRock), die rund ein Fünftel der ukrainischen Schulden halten, zur Wiederaufnahme der Zinstilgung.

Die Ukraine kann versuchen, die Schulden umzustrukturieren oder den Zahlungsstopp zu verlängern. Ansonsten droht die Staatspleite. Geberinstitutionen wie der IWF haben bereits erkannt, dass eine untragbare Verschuldung und die resultierende Austeritätspolitik die Gefahr bergen, Menschen zu schaden und Wirtschaftswachstum zu ersticken. Ein Schuldenerlass muss daher schon zu Beginn des Wiederaufbaus ernsthaft in Erwägung gezogen werden. Ein möglichst großer Teil der künftigen Finanzhilfe sollte in Form von Zuschüssen geleistet werden.

Der Wiederaufbau der Ukraine muss sich auf die Menschen und die entscheidenden Bereiche einer stabilen, widerstandsfähigen Gesellschaft konzentrieren – Bildung, Kinderbetreuung, soziale Sicherheit und Gesundheitsversorgung. Außerdem sind Kinderbetreuung und Bildung wichtig für die Eingliederung von Frauen in den Arbeitsmarkt, die bisher unbezahlte Betreuungsarbeit leisten und nicht auf dem Arbeitsmarkt verfügbar sind. Investitionen in den sozialen Wohnungsbau werden angesichts des Ausmaßes der Zerstörung von Wohnhäusern durch russische Bombenangriffe unverzichtbar sein. Insgesamt sind staatliche Ausgaben im sozialen Bereich eine lohnenswerte Investition mit einem Multiplikatoreffekt, der die Binnennachfrage ankurbelt und zu einer stabilen, widerstandsfähigen Gesellschaft beiträgt, die den Kern eines erfolgreichen Wiederaufbaus bildet.

Ausländische Geber und Investoren sollen bei der Mittelvergabe lokale Unternehmen bevorzugen.

Die Menschen werden bei den Wiederaufbaubemühungen eine entscheidende Rolle spielen. Mehr als sechs Millionen Bürgerinnen und Bürger haben die Ukraine verlassen, was zu einem Rückgang der Erwerbsbevölkerung um zwölf Prozent geführt hat. Für diejenigen, die eine Rückkehr in Betracht ziehen, wird nur ein sozial stabiles Land attraktiv sein. Es werden zwar Garantien für Unternehmen, die in der Ukraine investieren, diskutiert, jedoch gibt es keine solche Diskussion über Garantien für Rückkehrer. Angesichts einer schrumpfenden Bevölkerung braucht die Ukraine dringend sowohl Soldaten als auch Arbeitskräfte. Hunderttausende von Menschen, meist Männer, dienen in der Armee und stehen dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung, die meisten Unternehmen leiden deshalb unter Personalmangel. Gleichzeitig ist etwa die Hälfte der Erwerbsbevölkerung nicht erwerbstätig. Viele Männer nehmen keinen Job an, aus Angst, eingezogen zu werden.

Der Wiederaufbau sollte mit Blick auf eine moderne, grüne Transformation geplant werden, um die ukrainische Wirtschaft nachhaltig zu machen und die Anpassung an den Green Deal der EU zu erleichtern. Wichtig sind Investitionen in saubere Energien sowie Dezentralisierung der Energieerzeugung (größere Anzahl kleinerer Kraftwerke), damit sie weniger anfällig für russische Bombenangriffe werden. Ausländische Geber und Investoren könnten ukrainischen Unternehmen helfen, indem sie modernste emissionsfreie Technologien mitbringen.

Im Zuge des Krieges haben die ukrainischen Unternehmen in den meisten Sektoren Marktanteile an Konkurrenten aus der EU verloren. Diese Entwicklung ist nicht überraschend für eine Marktwirtschaft unter Kriegsbedingungen. Um den Wiederaufbau sozial gerecht zu gestalten, müssen die ukrainischen Unternehmen jedoch bevorzugt werden. Daher sollte die Wiederbelebung der ukrainischen Industrie Staatsaufgabe Nummer eins werden, dem Motto folgend „build back better made in Ukraine“. Wenn der Staat den einheimischen Unternehmen regelmäßig Aufträge erteilt (sowohl im Verteidigungs- als auch im zivilen Sektor) und sie mit Subventionsprogrammen unterstützt, kurbelt er das Binnenwachstum an, schafft Arbeitsplätze und hilft dem Privatsektor, die Kriegsschocks zu bewältigen.

Ausländische Geber und Investoren sollen bei der Mittelvergabe lokale Unternehmen bevorzugen und sie zu Hauptauftragnehmern machen. Es sollten so viele Waren wie möglich von ukrainischen Herstellern bezogen werden. Ausländische Unternehmen müssen angeregt werden, die Lokalisierung voranzutreiben und Joint Ventures mit ukrainischen Unternehmen zu gründen. Möglichst viele Mittel sollten an kleine und mittelständische Unternehmen fließen. Ukrainische Firmen verfügen über Produktionskapazitäten (Zement und Stahl) in Sektoren, die am dringendsten wiederaufgebaut werden sollen, zum Beispiel Wohnungsbau und Infrastruktur.

Ukrainische Unternehmen sind auch in der Verteidigungs-, Lebensmittel-, Bekleidungs- und Medizinbranche wettbewerbsfähig. Lokale Auftragsvergabe und Lokalisierung werden die Binnennachfrage anregen, Arbeitsplätze schaffen und einige Rückkehrer anziehen. Dies wird zu einem nachhaltigeren Wachstum führen, da das Geld in der Ukraine verbleibt und nicht über ausländische Auftragnehmer das Land wieder verlässt, die mitunter mit ausländischen Arbeitskräften und importierten Baumaterialien arbeiten.

Der Aufbau von Kapazitäten in den lokalen Verwaltungen kann die Eigenverantwortung vor Ort fördern.

Es gibt Befürchtungen, dass, wenn die Ukraine ihre Industrie wiederaufbaut, sie zu einem Konkurrenten für die EU wird. Das mag kurzfristig der Fall sein, ist aber langfristig vom Vorteil. Der Marshallplan nach dem Zweiten Weltkrieg ermöglichte den Aufstieg der europäischen Industrie, die zu einem Konkurrenten der amerikanischen Industrie wurde. Langfristig jedoch profitierten die USA von einem wirtschaftlich starken Europa, so wie die EU von einer starken ukrainischen Wirtschaft profitieren wird. Im Großen und Ganzen muss die ukrainische Regierung ein Gleichgewicht zwischen Protektionismus und Öffnung hin zu einem liberalisierten EU-Markt finden. Die EU sollte wiederum einen Weg finden, um die Verlierer zu entschädigen (die Proteste der polnischen und französischen Bauern lassen zukünftige Verteilungskonflikte erahnen).

Der Wiederaufbau erfordert eine strategische Planung sowie Koordinierung der Geber. Eine eigens dafür eingerichtete nationale Entwicklungsagentur könnte den Wiederaufbau mit dem EU-Beitritt in Einklang bringen und sicherstellen, dass die Mittel tatsächlich die Menschen erreichen. Wenn viel Geld ins Land fließt, wird die Fähigkeit des Staates, die Mittel zu absorbieren, gefordert. Ein Teil der ausländischen Hilfe für die Ukraine sollte sich daher auf Kapazitätsentwicklung der Mitarbeiter konzentrieren, damit die Entwicklungsagentur in der Lage ist, große Geldbeträge zu absorbieren, bei Bedarf ausländisches Kapital und Know-how anzuziehen und schließlich Großprojekte zu planen, durchzuführen und zu überwachen.

Um die Koordinierung zu erleichtern, sollten die Geber erwägen, mehr Hilfe über multilaterale Kanäle (EU oder Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung) statt über bilaterale Kanäle zu leisten. Eine Vielzahl bilateraler Projekte mit ihren jeweiligen Anforderungen könnten die ausführenden Behörden vor Ort überfordern, sodass sie im schlimmsten Fall davor zurückschrecken, das Geld überhaupt abzurufen. Die Zeit ihrer Mitarbeiter sollte in erster Linie für die Projektplanung und -durchführung genutzt werden und nicht für die Verwaltung der Hilfsgelder.

Der Aufbau von Kapazitäten in den lokalen Verwaltungen kann die Eigenverantwortung vor Ort fördern und die Umsetzung erleichtern. Da staatliche Großaufträge sehr korruptionsanfällig sind (dies betrifft sowohl ukrainische als auch ausländische

Unternehmen), wird die Korruptionsbekämpfung weiterhin zentral sein. Die Regierung Selenskyj hat sie zu Recht priorisiert und sollte von den internationalen Partnern unterstützt werden.



Alexandra Dienes
Wien

Dr. Alexandra Dienes ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Regionalbüro für Zusammenarbeit und Frieden der Friedrich-Ebert-Stiftung in Wien.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/wirtschaft-und-oekologie/artikel/lohnenswerte-investition-7644/?utm_campaign=de_40_20240716&utm_medium=email&utm_source=newsletter

Keine Berichte

Keine Berichte

Frankreich (Seiten E 136 bis E 149)

01) Prof. Kerber zur Wahl beim Nachbarn

wertebundpreussen@web.de So., 14. Juli, 10:42

Werte Damen und Herren,

hier ein Link zu Prof. Kerber:

[Große Probleme nach der Frankreich Wahl - tv.berlin Spezial \(youtube.com\)](https://www.youtube.com/watch?v=SciJ4DQNuz8)

Wünsche Ihnen einen schönen Sonntag

Ihr

Steffen Bender

Bereich mit Anhängen

[Vorschau für YouTube-Video "Große Probleme nach der Frankreich Wahl - tv.berlin Spezial" ansehen](https://www.youtube.com/watch?v=SciJ4DQNuz8)



<https://www.youtube.com/watch?v=SciJ4DQNuz8>

Große Probleme nach der Frankreich Wahl - tv.berlin Spezial

tv.berlin
Die Hauptstadt

[tvberlin](https://www.youtube.com/channel/UC...)

236.000 Abonnenten

14.457 Aufrufe vor 2 Wochen

"Frankreich steht vor großen Problemen", prognostiziert Frankreich Kenner Prof. Dr. Markus Kerber von der TU Berlin mit Wohnsitz in Berlin und Paris. Die drei Gruppen, die sich am 7.7. zur Stichwahl zusammengefunden hatten und erfolgreich im Kampf gegen die Rechten waren, sind sich untereinander ...

92 Kommentare

Seite E 137 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

[@user-ss2dd2el2p](#)

[vor 2 Wochen](#)

Ich fahre seit 40 Jahren nach Frankreich, um wie es Hr. Kerber sagt: "Die Reize des Landes" zu erkunden. Niemals habe ich antideutsche Vorbehalte verspürt. Das Antideutsche begegnet mir tagtäglich in meinem "Heimatland" (Darf man das noch sagen???)

U

[@1968konrad](#)

[vor 2 Wochen \(bearbeitet\)](#)

Die Antideutschen wähne ich eher in Teilen im eigenen deutschen System; Parteien, Verbände, Kirchen, Ngo, Institute hierzulande. In Frankreich haben mich Franzosen immer wieder entsetzt auf Merkels Migrationspolitik angesprochen.

M

[@Schlaubischlau](#)

[vor 2 Wochen](#)

Wenigstens mal ein intelligentes Gespräch.

M

[@montecarlokarina8400](#)

[vor 2 Wochen](#)

Miteinander reden? Damit sind argumentationslose flache "Politiker" völlig überfordert .Darum werden Ausgrenzungen, Diffamierungen Brandmauern u.ä.erfunden?

A

[@axelowell4084](#)

[vor 2 Wochen](#)

Ampel Pathologie. Großartig!



[@tannenherz](#)

[vor 2 Wochen](#)

Hi, Rechtsradikale und Linksbündnis. Genauso könnte man von Linksradiakalen und einem Rechtsbündnis sprechen! Freundlichst Fiete

B

[@brigittekleine-wolters4357](#)

[vor 2 Wochen](#)

Gutes Gespräch, danke. Mal Frankreich aus "ehrlicher Sicht".

A

[@andreaswiegert7749](#)

[vor 2 Wochen](#)

Sehr informativ. Ich schätze den Hr. Prof. Kerber sehr. Er redet Klartext und eiert nicht rum. Danke an ihnen Beiden

U

[@1968konrad](#)

[vor 2 Wochen](#)

Hoffentlich können wir von Prof. Kerber mehr hören, auch an prominenterer Stelle und Konzeptionen.



[@bernhardwinkelmann8046](#)

[vor 2 Wochen](#)

sehr gute Analyse

H

[@user-og8md4ry6p](#)

[vor 2 Wochen](#)

ein sehr informatives Gespräch . Danke



[@vollebreitseite4412](#)

[vor 2 Wochen](#)

Geil, mehr von solchen Interviews mit Kennern der Politszene.

A

[@astrideickholt8599](#)

[vor 2 Wochen](#)

Wo ist bei der Wahl der Wählermehrheitswille geblieben?



[@tintom7465](#)

[vor 2 Wochen](#)

Mit dem Scheckheft, durch die Welt!!! Der war gut



[@engelberteidadam1497](#)

[vor 2 Wochen](#)

Kerber wie immer ganz grosse Klasse.



[@robomac2011](#)

[vor 2 Wochen](#)

Besten Dank für Ihren ausgezeichneten, analytischen Beitrag



[@annegretkonopatzki1669](#)

[vor 2 Wochen](#)

Sehr gut !Exquisiter Spezialist !Merci Beaucoup !



[@rudigrosser8077](#)

[vor 2 Wochen](#)

Danke für den Beitrag.



[@hannelorealbrecht2965](#)

[vor 2 Wochen](#)

Man sagte bei uns im Osten: Der Franzose arbeitet um zu leben, der Deutsche lebt um zu arbeiten....scheint ja aktueller denn je....



[@ritadobbrunz1096](#)

[vor 2 Wochen](#)

Deutsche Außenpolitik total inkompetent!!!!



[@merkelyt](#)

[vor 2 Wochen](#)

Der Typ hat was drauf...



[@christelberman8401](#)

[vor 2 Wochen](#)

Seit wann braucht D Aussen- oder Innenpolitische Konzepte? Wir folgen den Vorschlägen unserer Freunde.



[@victornowakowski9163](#)

[vor 2 Wochen](#)

als Franzose bin ich sehr froh aus der EU raus zu fliegen ! au revoir !



[@victornowakowski9163](#)

[vor 2 Wochen](#)

Merci ! D' ailleurs je souhaite à l' Allemagne d' en sortir aussi de l' UE.... vive l' Europe des Nations souveraines !



[@EulennachA](#)

[vor 2 Wochen](#)

Gemeinsame Kasse erzeugt Feindschaft



[@chrisn6884](#)

[vor 2 Wochen \(bearbeitet\)](#)

Ohne das Anhängen von Adjektiven kommt auch dieses Format nicht aus. Lustiges Format



[@klausweithaas-rb5jr](#)

[vor 2 Wochen](#)
Einer der sich endlich auskennt



[@klausweithaas-rb5jr](#)

[vor 2 Wochen](#)

vomRegenindieTraufe



[@user-wf2br5if2p](#)

[vor 2 Wochen](#)

Was verstehen Sie denn unter r e c h t s r a d i k a l ?



[@yukonblogger](#)

[vor 2 Wochen](#)

"Kapitalmärkte nicht bestechlich". Auf welchem Planeten leben die Herren seit 2008?



[@Alexander-hl6dm](#)

[vor 2 Wochen](#)

Ein kleiner Tipp :...man kann wunderbar den Stream mit Geschwindigkeit 2.0 anhören, um Zeit zu sparen, rechts oben auf die Einstellungen drücken..., am besten dann mit Kopfhörern anhören...



[@SunRaIV](#)

[vor 2 Wochen](#)

Niemand hat die Absicht eine Mauer zwischen den Alpen und der Nordsee zu bauen.



[@hunterhayman503](#)

[vor 2 Wochen](#)

Wie soll ich die Aussage, " aber es sind auch 5 Kommunisten in der Volksfront". verstehen ?



[@peterkrause1113](#)

[vor 2 Wochen](#)

Das ist eine sehr interessante Position. Ein Streitgespräch mit Frau Guerot wäre hier sicher hilfreich. Ich denk, sie ist da anderer Meinung.



[@waldemarschaefer3805](#)

[vor 2 Wochen](#)

Zu 99% hat Herr Kerber recht. Leider...



[@1968konrad](#)

[vor 2 Wochen](#)

Nun die Deutschen, auch die deutsche Regierung, kann sehr wohl auch in die französische Öffentlichkeit hereinwirken, das ist auch sinnvoll wenn mir in einer EU leben.



[@axelowell4084](#)

[vor 2 Wochen](#)

Körper weiss halt viel, viel mehr als Brinkmann's sonstige Standard Journalisten Kumpels.



[@Alexander-hl6dm](#)

[vor 2 Wochen](#)

Wie soll Deutschland überhaupt noch finanziert werden?

M

[@mariaoswald5350](#)

[vor 2 Wochen](#)

Bitte nicht dem Interviewten ständig ins Wort fallen, das nervt. Danke.

f

[@frantisekmika4099](#)

[vor 2 Wochen](#)

nur Lüge

U

[@1968konrad](#)

[vor 2 Wochen](#)

Es ist vollkommen richtig daß Deutschland a) berechenbar, ruhig und seriös bleibt egal was passiert und b) man sich allen EU Staaten zuwendet

02) „Im Mitte-links-Lager gibt es große ideologische Gräben“.

Adrienne Woltersdorf aus Paris über die schwierige Regierungsbildung in Frankreich, den Frust der Wähler und Le Pens Chancen 2027

Interview

Die Fragen stellten Alexander Isele und Konstantin Hadzi-Vukovic

09.07.2024



Frankreich feiert den Erfolg über die Rechten.-picture alliance / Anadolu / Luc Auffret

Die Fragen stellten [Alexander Isele](#) und Konstantin Hadzi-Vukovic.

Der erwartete Erfolg des rechtsradikalen Rassemblement National ist ausgeblieben, die Partei wird nur drittstärkste Kraft im französischen Parlament. Wie ist die Stimmung in Frankreich?

Seit gestern Abend muss man sagen: „Es gibt zwei Frankreichs.“ Im Lager der Demokraten herrscht Erleichterung. Die Brandmauer der republikanischen Front, wie sie sich selbst nennt, hat gehalten und das Schlimmste verhindert. Noch am Sonntagmorgen gingen wirklich alle von einem Wahlsieg des RN aus, und dass er eine relative Mehrheit gewinnen würde. Am Abend dann war plötzlich alles anders. Trotzdem: Sehr viele Französisinnen und Franzosen haben für den Rassemblement National gestimmt, rund 10,6 Millionen Wähler im ersten Wahlgang. Bei ihnen ist die Enttäuschung groß. Der RN und seine verbündeten Parteien kamen auch in der zweiten Wahlrunde mit 37 Prozent auf den höchsten Zustimmungswert, erhielten aber nur 21 Prozent der Sitze im Parlament. Das französische Mehrheitswahlsystem verzerrt hier die Kräfteverhältnisse. Da sich Kandidatinnen und Kandidaten aus dem demokratischen Lager für besser geeignete Konkurrenten zurückzogen, wurde die Partei Le Pens schließlich nur dritte Kraft im Parlament.

Verdeckt dies den Rechtsruck im Land?

Ja, eindeutig. Mit Verhältniswahlrecht hätte der Rassemblement National die meisten Sitze erhalten. Dieses zweistufige Wahlsystem in Frankreich ist auf Stabilität ausgerichtet und verhindert, dass Extreme an die Macht kommen. Doch es sorgt auch seit vielen Jahren

zunehmend für enorme Frustrationen in der Wählerschaft. Bei RN-Fans, weil die Partei nicht gewinnt. Und bei Demokratinnen und Demokraten, weil sie, um Schlimmeres zu verhindern, Wahl um Wahl für Kandidatinnen und Kandidaten stimmen sollen, die nicht wirklich ihre Ansichten repräsentieren. Das ist ein Grundproblem der französischen Demokratie und wird nun sicherlich wieder zu einer breiten Debatte führen. Doch kaum ein Projekt ist so oft angekündigt worden wie die notwendige Verfassungsänderung hin zu einem Verhältniswahlrecht. Und kein Projekt ist so oft vergessen worden, kaum war jemand im Amt.

Koalitionen sind in Frankreich eher ungewöhnlich und die Regierungsbildung wird schwierig. Droht Frankreich der Stillstand?

Der französische Parlamentarismus erschwert Koalitionen. Mit drei mehr oder weniger gleich großen Blöcken, also Links, Mitte und Rechtsaußen, kommt eine schwere Zeit auf Frankreich zu. Das Rassemblement wird viele Gesetzesvorhaben verhindern oder zumindest beeinflussen können. Und im Mitte-links-Lager gibt es große ideologische Gräben. Die große Frage lautet: Wie kann unter diesen Umständen eine künftige Regierung überhaupt effizient funktionieren? Der Präsident hätte schon nach seiner Wiederwahl 2022 und dem damals erfolgten Verlust seiner absoluten Mehrheit im Parlament die Gelegenheit für eine Koalition nutzen können. Aber er besteht darauf, mit seinem eigenen Programm zu regieren. Man fragt sich, ob er überhaupt das Talent für politische Verhandlungen und Kompromisse hat. Gesehen hat man es noch nicht.

Teile seines Parteienbündnisses Ensemble haben bereits die Zusammenarbeit mit Jean-Luc Mélenchon ausgeschlossen, dessen La France Insoumise bei den Wahlen als stärkste Kraft aus der Nouveau Front populaire hervorgegangen ist. Wie werden die beiden Blöcke zusammenarbeiten können?

Beide, sowohl Jean-Luc Mélenchon als auch das Macron-Lager, haben kurz nach Schließung der Wahllokale wissen lassen, dass sie nicht miteinander koalieren werden. Aus dem Linksbündnis hört man, dass man nur entlang des eigenen Programms regieren wolle. Das deutet gegenwärtig eher auf die Fortsetzung der toxischen Beziehungen hin, die zwischen den Lagern von Macron und Mélenchon existiert. Es geht sicher auch darum, Zeit zum Nachdenken und Taktieren zu gewinnen. Eine gemeinsame Regierung ist gegenwärtig jedenfalls nicht vorstellbar.

Eine gemeinsame Regierung ist gegenwärtig jedenfalls nicht vorstellbar.

Bis jetzt gibt sich die Neue Volksfront, das ad-hoc-Linksbündnis aus Sozialisten, Kommunisten, Grünen und La France Insoumise, noch geschlossen. Doch die Frage ist berechtigt, wie lange das hält. Ideologische Differenzen zwischen den linken Parteien sind deutlich und gute Tradition. In der Vergangenheit kam es schon einmal zum Bruch des vorhergehenden Linksbündnisses NUPES.

Was sind die Bruchlinien innerhalb der Nouveau Front populaire?

La France Insoumise fährt zum Beispiel einen israelkritischen, europakritischen, NATO-kritischen Kurs, der nicht kompatibel ist mit den Positionen der Parti Socialiste. Vor allem haben Mélenchons starke Kritik an Israel und seine propalästinensische Haltung so stark polarisiert, dass es zum offenen Bruch kam. Bei der Wahl zum EU-Parlament sind deshalb auch viele Wählerinnen und Wähler von Mélenchons Partei zu den Sozialisten gewechselt.

Seite E 145 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

Für das Wahlprogramm des Linksbündnisses musste sich Mélenchon von diesen Positionen verabschieden. Trotzdem herrscht Misstrauen, zumal Mélenchon in der Vergangenheit nicht gerade durch besondere Teamfähigkeit aufgefallen ist.

Was bedeutet das Ergebnis für Europa?

Macron wird seine proeuropäische Politik weiterführen können, er bleibt ja der sehr mächtige Präsident. Die Verluste seiner Partei Ensemble – sie ist nur noch zweitstärkste Kraft im Parlament – schwächen ihn zwar, aber seine Europapolitik, seine Haltung zur NATO und zur Ukraine wird das nicht verändern. Er wird dies auch weiterhin im Europarat vertreten.

Frankreich bleibt zunächst ein stabiler Partner.

Für die EU und auch für Deutschland bedeutet das: Frankreich bleibt zunächst ein stabiler Partner. Es ist nicht zu erwarten, dass von der Linken auf europäischer Ebene massive Störmanöver ausgehen werden, auch wenn sie in einigen Punkten wie „Nein zur Schuldenbremse“ und „Nein zu Freihandelsverträgen“ nicht mit Macron übereinstimmen. Auch links der Mitte ist man mehrheitlich an stabilen Beziehungen zu den internationalen Partnern interessiert, auch wenn das nicht unbedingt für La France Insoumise gilt. Israel und die Gaza-Frage könnten allerdings zum Stolperstein werden. Das wird sicherlich scharf beobachtet werden.

2027 darf Macron nicht mehr antreten, sein Parteienbündnis wurde schwer gedemütigt. Die Vereinigte Linke ist stärkste Kraft und auch Le Pen hat bereits angekündigt, den Blick nach vorne zu werfen. Werden die Karten für die Präsidentschaftswahlen neu gemischt?

Ja und Nein. 2026 sind Kommunalwahlen in Frankreich, da wird es einen Vorgeschmack geben, wie stark der RN dann an der Basis ist. Es ist beunruhigend, dass es im Macron-Lager keine geeigneten Kandidaten oder Kandidatinnen für seine Nachfolge zu geben scheint und man beim Linksbündnis erst sehen muss, wer dort den Ton angeben kann. Präsidentschaftswahlen laufen in Frankreich nach anderen Spielregeln ab. Aber der RN hat sehr gute Aussichten, dann endgültig die Macht zu erlangen – wenn Macron und die Pariser Politik nun einfach so weiter vor sich hin regieren wie bisher. Die Demokraten dürfen jetzt nicht enttäuschen.

Erwartungen, die das Linksbündnis geschürt hat, müssen angegangen werden. Das wird nicht leicht. Zum Beispiel die Rücknahme der sozialen Härten, die Macron Frankreich verordnet hat, sowie eine Erhöhung des Mindestlohns, Preisdeckelung bei Lebensmitteln und anderes. Die soziale und wirtschaftliche Lage vieler Französischen und Franzosen muss verbessert werden, sonst wird es 2027 unmöglich, die insgesamt frustrierten Wähler noch einmal mit der Drohung des Untergangs an die Urnen zu locken. Da darf sich jetzt keine Sekunde auf dem Erfolg vom Sonntag ausgeruht werden.



Adrienne Woltersdorf
Paris

Adrienne Woltersdorf leitet das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Paris. Sie war Leiterin der Stabsstelle Kommunikation der FES und des Büros für Regionale Kooperation in Asien mit Sitz in Singapur sowie des FES-Büros in Afghanistan. Vorher hatte sie acht Jahre lang für die *taz* aus Washington und Berlin berichtet.

https://www.ipg-journal.de/interviews/artikel/im-mitte-links-lager-gibt-es-grosse-ideologische-graeben-7637/?utm_campaign=de_40_20240709&utm_medium=email&utm_source=newsletter

03) Tortur de France.

Nach dem zweiten Wahlgang der französischen Parlamentswahlen könnte es zum Eklat kommen. Muss Macron abtreten?

Von Landry Charrier

04.07.2024



Bouzas Angeknockt und angezählt: Kann sich Frankreichs Präsident Emmanuel Macron im Amt halten? - *picture alliance / Hans Lucas | Xose*

Eigentlich fing die Misere bereits zu Beginn des Jahres an. Die Partei des französischen Präsidenten Emmanuel Macron *Renaissance* war auf der Suche nach einem Spitzenkandidaten für die Europawahl, doch es fand sich keiner: „Sie hatten alle große Angst davor, eine herbe Niederlage einzustecken“, sagte ein Kollege der *Sciences Po*

Strasbourg. Im Februar kursierten Gerüchte, der ehemalige Außenminister Jean-Yves Le Drian würde es machen, er genieße die Unterstützung des Präsidenten. Daraus wurde jedoch nichts, wahrscheinlich weil der 76-jährige Le Drian als zu alt galt.

Dann eskalierten auf Frankreichs Straßen die Bauernproteste. Die rechtsextreme Partei *Rassemblement National*, die sich schon immer als bauernnah ausgegeben hatte, machte daraus ein zentrales Wahlthema und setzte ihre Konkurrenten unter Zugzwang. Das Präsidentenlager erkannte den Ernst der Lage und einigte sich in aller Eile auf Valéry Hayer als Spitzenkandidatin. Die Europaabgeordnete und Vorsitzende der Fraktion *Renew Europe* im Europäischen Parlament, die als Tochter eines Bauern aufwuchs, schien eine geeignete Kandidatin zu sein, Jordan Bardella, dem rhetorisch gewandten Shooting-Star des *Rassemblement National*, die Stirn zu bieten. In einem Land, in dem die Politik sich vor allem um starke Persönlichkeiten dreht, vermochte Hayer es jedoch nicht, sich Gehör zu verschaffen. Das Feld dominierte stattdessen Bardella.

Das Ergebnis kennen wir: Das Präsidentenlager erhielt mit 15 Prozent nur halb so viele Stimmen wie der *Rassemblement National* und landete auf Platz 2, nur knapp vor den wiedererstarkten Sozialisten um Raphael Glucksmann. Ob ein Schwergewicht wie Jean-Yves Le Drian die Niederlage hätte abwenden können, ist mehr als fraglich. Dafür ist der von der Linken und Rechten geschürte Hass auf den ohnehin schon unbeliebten Präsidenten zu stark. Le Drian wäre aber durchaus in der Lage gewesen, den Aufprall abzufedern, zum Beispiel in der Bretagne, einer Region, in welcher er sich nach wie vor hoher Beliebtheitswerte erfreut und die am 9. Juni dunkelblau geworden ist. Dann wäre vielleicht alles anders gekommen. Nur, die Geschichte nahm eine andere Wendung: Emmanuel Macron, der im Wahlkampf gebetsmühlenartig wiederholt hatte, die Europawahl werde keine Folgen für die nationale Politik haben, löste überraschend das Parlament auf und setzte Neuwahlen an. Der Schock saß tief.

Die Erstreaktion: Macron sei in die Falle getappt, die ihm der *Rassemblement National* gestellt habe. Doch wer Macron kennt, weiß: Der Präsident ergreift lieber eine Initiative zu viel als eine zu wenig. Die Regierung wäre ohnehin im Herbst bei den Verhandlungen über den Haushalt 2025 gestürzt, erklärte er letzte Woche in einem offenen Brief an die Franzosen. Damit hat er zwar recht. Ob der Zeitpunkt für die Auflösung der richtige war – darüber lässt sich allerdings streiten. Präsident Jacques Chirac, der im April 1997 als Reaktion auf die miesen Umfragewerte seiner Partei das Parlament aufgelöst hatte, konnte damals auf der Welle der Begeisterung reiten, die das Land nach dem Sieg Frankreichs bei der Fußballweltmeisterschaft erfasste. Nicht dass Macron bei einem erfolgreichen Abschneiden Frankreichs bei der EM oder den Olympischen Spielen das Blatt hätte wenden können, die Ausgangsbedingungen wären jedoch sicherlich nicht so schlecht gewesen wie jetzt – da die Dynamik eindeutig beim *Rassemblement National* liegt. Ein Verschieben des Unausweichlichen hätte dem stark verunsicherten Land allerdings eine dringend benötigte Verschnaufpause gewährt.

Der Präsident ergreift lieber eine Initiative zu viel als eine zu wenig.

Nun braucht die Partei von Marine Le Pen und Jordan Bardella nur noch auf Kontinuität zu setzen: Die Franzosen kennen sie ja schon. Während die anderen Parteien damit beschäftigt waren, sich neu zu ordnen, konnten Le Pen und Bardella sofort loslegen. Das verschafft der Partei einen erheblichen Vorteil. Zwischen dem 10. und dem 29. Juni erlebten wir einen von Intrigen und Wendungen geprägten Wahlkampf – „einen Ball der Verrückten“, wie ein Analyst auf X schrieb –, der am Ende das bestätigte, was wir schon lange ahnten: Mit 29,26 Prozent und 9,38 Millionen Stimmen – einem Plus von 6,4 Millionen im Vergleich

Seite E 148 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

zu 2022 – hat sich der *Rassemblement National* landesweit etabliert. Die historische Wahlbeteiligung (67,5 Prozent) gibt diesem Ergebnis eine unumstrittene Legitimität. Sie ist ein Zeichen dafür, dass viele Franzosen auf einmal wieder das Gefühl gehabt haben, sie werden als Wähler ernst genommen.

Das war seit der Parlamentswahl 2002 nicht mehr der Fall gewesen. Ein Jahr zuvor, 2001, hatte Premierminister Lionel Jospin den „Wahlkalender“ umdrehen lassen, in der Hoffnung, im Jahr danach davon zu profitieren. Von nun an sollte die Parlamentswahl unmittelbar nach der Präsidentschaftswahl abgehalten werden. Das Ziel: dem Präsidenten die Mehrheit zu geben, auf die er angewiesen ist, um sein Programm umzusetzen. An sich keine schlechte Idee, denn die Kohabitation zwischen Chirac und Jospin hatte schnell ihre Grenzen erreicht und bei vielen den Eindruck erweckt, das Land habe sich in eine Sackgasse manövriert, es sei *bloqué*.

Der Nachteil: Die Reform brachte eine noch größere Machtkonzentration mit sich – das Mehrheitswahlrecht tat sein Übriges. Macron nutzte dies voll und ganz: [Gaulismus](#) à l'état pur! Zwischen 2017 und 2022 versprach er zwar immer wieder, das Wahlrecht zu reformieren – darüber wird eigentlich seit François Mitterrand diskutiert –, ließ seinen Ankündigungen aber keine Taten folgen. Das verstärkte den Frust, das Gefühl, nicht wahrgenommen zu werden – vor allem in der *Province* –, und war am Ende Wasser auf den Mühlen der Extremisten. Auch das ist eine Lehre aus der Krise, die das Land aktuell durchmacht: Das Verhältniswahlrecht muss kommen, und zwar schnell.

Spätestens beim Haushaltsbeschluss im Herbst dürfte die Situation unerträglich werden.

In seinem Brief an die Franzosen räumte Emmanuel Macron ein, dass sich die Art des Regierens nach der Wahl „grundlegend ändern“ müsse. Ob er dabei die Einführung des Verhältniswahlrechts im Blick hatte? Auffallend ist in diesem Zusammenhang die Position des *Rassemblement National*: Die Partei, die sich gerne mit der Wahlparole „Dem Volk eine Stimme geben“ brüstet, spricht nicht mehr davon, seitdem die Macht in greifbare Nähe gerückt ist. Auch das verspricht nichts Gutes. Denn ein Wahlsieg der Rechtsextremisten am 7. Juli ist möglich, auch wenn die Bildung einer breit aufgestellten „Republikanischen Front“ diesen weniger wahrscheinlich gemacht hat.

Sollte der *Rassemblement National* eine absolute Mehrheit erringen, käme es zu einer „Cohabitation“ mit Jordan Bardella. Die Machtaufteilung zwischen dem Präsidenten und dem Premierminister ist in einer „Cohabitation“ kompliziert – die Verfassung liefert hier nur einige Leitplanken. Alles andere muss von Fall zu Fall verhandelt werden. Mit Jacques Chirac (1986–1988), Édouard Balladur (1993–1995) und Lionel Jospin (1997–2002) ist dies einigermaßen zivil abgelaufen, unter einem Premierminister Bardella dürfte dies jedoch nicht der Fall sein.

Doch was, wenn keiner der drei Blöcke (Neue Volksfront, Mitte, *Rassemblement National*) die absolute Mehrheit bekommt? In diesem Szenario – das wahrscheinlichste – könnte es zur Bildung einer Expertenregierung kommen. Der nächste große Eklat wäre vorprogrammiert. Spätestens beim Haushaltsbeschluss im Herbst dürfte die Situation unerträglich werden. Eine Auflösung des Parlaments käme allerdings nicht infrage. Die Verfassung ist an dieser Stelle eindeutig: Laut Artikel 12 geht dies nur einmal im Jahr. Was dann? Müsste der Präsident abtreten und Neuwahlen ansetzen? Dies ist nicht auszuschließen, denn der Druck auf ihn dürfte in diesem Fall massiv zunehmen.

Marine Le Pen hat bereits angekündigt, dass sie auf dieses Szenario hinarbeiten werde. Die Linksradi-kalen von *La France Insoumise* – heute Teil der Neuen Volksfront – würden sicherlich mitziehen. Frankreich steuert auf schwere Zeiten zu. Das gehört zu den wenigen unumstrittenen Wahrheiten, über welche wir – Stand heute – verfügen.



Landry Charrier
Clermont-Ferrand/Bonn

Landry Charrier ist Mitglied der CNRS-Forschungseinheit SIRICE an der Universität Sorbonne, *Associate Fellow* am *Global Governance Institute* Brüssel sowie am *Center for Advanced Security, Strategic and Integration Studies* in Bonn. Zudem ist er Co-Produzent des [Frankreich-Podcasts Franko-viel](#) und Leiter der deutsch-französi-schen Zeitschrift [dokdoc](#).

https://www.ipg-journal.de/regionen/europa/artikel/tortur-de-france-7625/?utm_campaign=de_40_20240705&utm_medium=email&utm_source=newsletter

Großbritannien (Seiten E 150 bis E 153)

01) Experiment gescheitert.

Die populistische Regierungszeit der Tories endet mit einer historischen Klatsche. Doch auch für Labour wird es trotz Erdrutschsieg nicht einfach

Von Michèle Auga

05.07.2024



Totengräber der Tories? Ex-Regierungschefs Truss, Sunak und Johnson.- _
picture alliance / empics | Jonathan Brady

Großbritannien hat gewählt. Noch vor Bekanntgabe des amtlichen Endergebnisses ist klar: Die *Labour Party* unter Keir Starmer hat einen historischen Sieg errungen und wird aller Voraussicht nach über 400 der 650 Sitze im Unterhaus zugesprochen bekommen. Eine satte Mehrheit. Die Konservative Partei ist dagegen unter der Wucht der Gegenstimmen völlig zusammengebrochen. Im Vergleich zur letzten Wahl 2019 verlor sie rund 20 Prozentpunkte und muss zukünftig auf der Oppositionsbank Platz nehmen.

Bis zu 15 Prozent verloren die *Tories* dabei an die ehemalige Brexit-Partei *Reform UK*. Das bewusst späte Auftreten Nigel Farages, der erst 14 Tage nach Beginn der Kampagne in das Rennen einstieg, spaltete das populistische Lager, kostete die *Tories* weitere Stimmen und hat den Populismus in Großbritannien damit bis auf Weiteres in seine Schranken verwiesen. Er ist kanalisiert und mit vier Sitzen der *Reform UK*-Partei und einigen verbleibenden rechtspopulistischen Stimmen bei den *Tories* wie der ehemaligen Innenministerin Suella Braverman in einer neuen Rumpf-*Tory*-Fraktion eingehegt. Nigel Farages Partei wird jedoch ein populistischer Stachel im Fleisch der *Tories* bleiben. Aber auch für die *Labour Party* bleibt seine Bewegung, die aus dem Stand beinahe 15 Prozent der Stimmen holen konnte, eine Herausforderung.

Vom Norden bis in den Süden Englands, in Wahlkreisen wie North Shropshire oder South Swinden, in denen traditionell konservativ gewählt wurde, erzielte *Labour* zum Teil bis zu 20 Prozentpunkte Vorsprung. Zudem gaben in manchen dieser Wahlkreise taktisch wählende

Seite E 151 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

Bürgerinnen und Bürger ihre Stimme den Liberaldemokraten, die mit rund zwölf Prozent der Stimmen über 70 Sitze gewinnen konnten. Bestätigt wird der Trend in Schottland. Die eher im linken Spektrum anzusiedelnde, aber nicht weniger populistisch agierende Schottische Nationalpartei hat das Leben der Menschen nördlich des Hadrianswall in 17 Jahren Regierungszeit nicht verbessern können, sondern sich mit einem Korruptionsskandal diskreditiert. Sie erhielt unter drei Prozent aller landesweit abgegebenen Stimmen und verliert in Westminster fast 40 Sitze. Auch Schottland vertraut nun wieder der *Labour Party*.

Wie in einem Lehrbuch hatten die *Tories* und mit ihr die britische Demokratie seit 2010 eine stetige und graduelle Entwicklung hin zum Populismus durchlaufen. Entstehung einer Bewegung (Brexit) als Produkt einer Modernisierungskrise? Check. Eine gestörte soziale Balance? Check. Instrumentalisierung von „Identität“ als Schlüsselthema? Check. Allen Populisten in Europa gemeinsam ist ihre Abwehrhaltung gegenüber der europäischen Integration. Seit der Regierungsübernahme der *Tories* 2010, nur zwei Jahre nach der Finanz- und Eurokrise wurde „die EU“ auch in Großbritannien zum wichtigsten Anti-Thema der Rechts-, aber auch Linkspopulisten wie Jeremy Corbyn.

Das Mehrheitswahlrecht im Vereinigten Königreich schafft andere Voraussetzungen

Die Auswirkungen der auf die Krise folgenden Austerität, der verpasste Strukturwandel im Norden und die negativen Folgen der Globalisierung wie die steigende Lohnkonkurrenz ließen sich perfekt instrumentalisieren, um gegen „das Establishment“ in London oder Brüssel zu mobilisieren. Immer wieder legten die konservativen Regierungschefs Boris Johnson, Liz Truss und auch Rishi Sunak den Finger in die Wunde und unterstrichen die vermeintlich verlorenen Handlungsspielräume des ehemals souveränen Staates, bis sich Teile der Gesellschaft tatsächlich nicht mehr ausreichend repräsentiert fühlten. Das britische Engagement auf der supra- und transnationalen Ebene wurde nicht als Gewinn-, sondern als Verlustrechnung aufgemacht. Demokratische Kontrolle sollte wieder ausschließlich im nationalstaatlichen Rahmen ihren Platz einnehmen. In dieser Frage war man sich sogar mit Teilen der *Labour Party* einig. Bis heute hat die EU tatsächlich keine Antwort auf diese Repräsentationslücke gefunden.

Sunak, dem Letzten in der Riege dieser Tory-Ära, fehlte das Charisma, das eine populistische Bewegung benötigt. Dennoch bediente er das Narrativ, die *Tories* seien eigentlich eine Anti-Parteien-Kraft. Als er – trotz der 14 Jahre Regierungszeit seiner Partei – mit dem Motto des „Wandels“ antrat, kam der Populismus-Motor zum Stehen.

Im Unterschied zu Deutschland, durchlief das Vereinigte Königreich keine der üblichen Strategiephasen der anderen etablierten Parteien wie die strikte Ausgrenzung, thematische oder rhetorische Anpassung oder gar förmliche Zusammenarbeit in Koalitionen. Das Mehrheitswahlrecht im Vereinigten Königreich schafft andere Voraussetzungen. Das populistische Experiment wurde vom Anfang bis zum bitteren Ende durchlaufen und mit der Wahl am 4. Juli drastisch beendet. Der Verlust von knapp 250 Sitzen für die Konservative Partei gleicht einer Abrechnung.

Keine andere Strategie hätte den Wählerzuspruch der Populisten auf der Insel dauerhaft sinken lassen können, als der Geschichte ihren Lauf zu lassen. Das System des *First past the post* schafft traditionell andere Klarheiten. Die Bevölkerung hatte eine populistische Partei an die Macht befördert, jetzt hat sie sie abgestraft. Der wirtschaftliche und soziale Schaden jedoch ist immens.

Beide Wahlerfolge, Boris Johnsons Triumph 2019 und Keir Starmer's historischer Sieg 2024 waren Erdrutschsiege. Sie wirkten wie ein digitaler Hebel: an – aus. Allerdings war es nicht

das überzeugende Programm der *Labour Party*, das die Menschen bewog, ihr die Stimme zu geben. „Was würden Sie sagen, ist der wichtigste Grund, weshalb sie für Labour stimmen?“, fragte YouGov vor der Wahl. „To get the Tories out“ – um die *Tories* loszuwerden, lautete die überwiegende Antwort der Befragten.

Es bleibt abzuwarten, welchen Weg die „abgestraften“ *Tories* nun einschlagen werden. Gelingt ein Neuaufbau in der Opposition unter den moderaten Kräften wie Jeremy Hunt oder James Cleverly frei nach dem Motto „Zurück zu den Wurzeln“? Oder erliegt man dem „Charme“ eines Nigel Farage und sucht den Schulterschluss mit dem Rechtspopulisten? Die 800 Jahre alte Demokratie des Vereinigten Königreichs hat sich als resilient erwiesen. In den nächsten zehn Jahren wird keiner der Akteure, die für *Broken Britain*, für das „gebrochene Großbritannien“, verantwortlich sind, wieder auf der Regierungsbank Platz nehmen.

Die 800 Jahre alte Demokratie des Vereinigten Königreichs hat sich als resilient erwiesen.

Was bleibt vom populistischen Experiment? Es hat Repräsentationsdefizite in der britischen Politik offengelegt, an denen Keir Starmer's Partei arbeiten muss. Er wird sich nicht ausruhen und darauf vertrauen können, dass eine nachwachsende, vom Brexit enttäuschte und in einem ausgelaugten Staat lebende Jugend einfach darauf vertrauen werde, dass die Dinge irgendwann besser werden. Nicht nur die Konservativen, auch die *Labour Party* waren zu Korrekturen gezwungen und werden dazu beitragen müssen, das System wieder in eine Balance zu bringen.

Nach dem Willen Starmer's, des Anti-Populisten, soll Sachpolitik wieder in den Vordergrund rücken. „Stabilität ist Wandel“, heißt nun das nicht sehr revolutionär klingende Programm. Man wolle „nicht predigen, sondern zuhören“, so Generalsekretär David Evans. Die Menschen müssten „unmittelbar spüren können“, dass eine *Labour*-Regierung „den Unterschied in ihrem Leben“ mache. Nur wenn man das Übel des Populismus an der Wurzel packe, indem man die immensen gesellschaftlichen Probleme löse, könne man erfolgreich sein. Nur durch eine Politik, die den sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhalt stärkt und die das Bedürfnis der Menschen nach Zugehörigkeit und nach einer gemeinsamen Identität ernster nimmt als bisher, könne es gelingen, dem Populismus seine Protestgründe wenigstens teilweise zu entziehen.

Noch nie seit 1908 lag der Stimmenanteil für beide große Parteien so niedrig wie bei dieser Wahl. Diese Warnung muss genügen, um die neue, riesige *Labour*-Fraktion im Parlament aufeinander einzuschwören und Zusammenhalt herzustellen. „Hoffnung“, so Starmer, „Vertrauen“ und „Zuversicht“ seien das, was die Briten jetzt benötigten. Im Vordergrund steht die schnelle Umsetzung von insgesamt fünf „Missionen“: saubere Energie, Kriminalitätsbekämpfung, Bildungsförderung, die Reform des staatlichen Gesundheitsdienstes NHS und – am prominentesten – die Förderung des Wirtschaftswachstums mittels einer grünen Industriestrategie.

Im Vergleich zu dieser historischen Mehrheit kann *Labour* ab jetzt bei jeder weiteren Abstimmung eigentlich nur noch verlieren. Noch immer gilt der neue Premier vielen als langweilig. Vielleicht bedarf es jedoch zukünftig gar keiner emotionalen Ansprache nach dem populistischen Lehrbuch, sondern schlicht Statistiken, die nachweisen, dass *Labour* es besser kann. Eine EU, die ihren Brexit-Phantom-Schmerz überwindet und nicht kategorisch auf einer starren Drittstaaten-Regelung beharrt, sondern angesichts der geopolitischen Lage in Starmer einen strategischen Partner sieht, wäre ihm bei der Bekämpfung des Populismus sicherlich von großer Hilfe.

Der Sieg von Starmer deutet nicht darauf hin, dass es eine langfristige Neuausrichtung gab, sondern darauf, dass die alten Stammesloyalitäten in Großbritannien, wo die Menschen aus Gewohnheit wählen, nicht mehr so stark sind wie früher. Die britischen Wählerinnen und Wähler sind durchaus bereit, Politiker hart zu verurteilen, wenn man sie für gescheitert hält. Ein erdrutschartiger Sieg bei einer Wahl macht eine Niederlage bei der nächsten daher nicht unmöglich.



Michèle Auga
London

Michèle Auga leitet das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung im Vereinigten Königreich und Irland. Zuvor leitete sie die Referate Subsahara-Afrika und Westeuropa/Nordamerika der FES in Berlin sowie die FES-Büros in Mali, den Palästinensischen Gebieten und bei den Vereinten Nationen in New York.

https://www.ipg-journal.de/regionen/europa/artikel/experiment-gescheitert-7629/?utm_campaign=de_40_20240705&utm_medium=email&utm_source=newsletter

Dänemark (Seiten E 154 bis E 158)

01) „Ich glaube, das irritiert viele“
Dänemarks Migrationsminister Dybvad Bek über Maßnahmen gegen Parallelgesellschaften, eine restriktive Migrationspolitik und die deutsche Debatte

Von Kaare Dybvad Bek

Die Fragen stellte Nikolaos Gavalakis

09.07.2024



Der Landschaftspark Superkilen verläuft neben Mjølnerparken, einer Wohnsiedlung, die laut dänischer Regierung als „gefährdetes Wohngebiet“ gilt. - *picture alliance / Reuters / Andrew Kelly*

Die Fragen stellte [Nikolaos Gavalakis](#).

Sie sind ein beharrlicher Kritiker der europäischen Migrationspolitik und verweisen auf die hohe Zahl illegaler Grenzübertritte an den Außengrenzen der EU. Wie dramatisch ist die Situation momentan?

Im Augenblick ist die Zahl der irregulären Einreisen nach Europa höher denn je und sogar höher als 2015. Wenn wir daran nicht schnell etwas ändern, wird das für die meisten Staaten sowie auch für die Kommunen gewaltige Auswirkungen haben. Österreich zum Beispiel verzeichnete in den vergangenen zwei Jahren rund 170 000 Asylsuchende. So viele Anträge kann ein Land nicht bearbeiten. Viele Menschen reisen aus Ländern ein, die eine sehr niedrige Anerkennungsquote haben. So kann es nicht weitergehen. In Belgien – insbesondere in Brüssel – sind viele Menschen nicht angemessen untergebracht. In den Niederlanden sind die Zahlen sehr hoch, ebenso in der Schweiz und in Deutschland. Die 40 000-Einwohner-Stadt Pirmasens [hat bereits 2 000 Geflüchtete aufgenommen](#). Wenn den Menschen angemessene Unterbringung, Bildung, Sprachunterricht und ein Zugang zum Arbeitsmarkt geboten werden soll, sind solche Zahlen auf lange Sicht gesellschaftlich nicht tragbar.

Seite E 155 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

2018 wurde in Dänemark das sogenannte „Anti-Ghetto-Gesetz“ verabschiedet, das in festgelegten „gefährdeten Gebieten“ den Anteil von Menschen „nichtwestlicher Herkunft“ auf weniger als 30 Prozent reduzieren soll. Haben Sie in den Jahren seither Veränderungen zum Positiven festgestellt?

Eines muss ich klarstellen: Als 2019 die Sozialdemokraten die Regierung übernahmen, haben wir das Wort „Ghetto“ gestrichen, weil dieser Begriff sehr belastet ist. Davon abgesehen, bin ich der Meinung, dass es in etlichen gefährdeten Wohngebieten sehr positive Entwicklungen gegeben hat. In dem größten dieser Gebiete in Kopenhagen konnten wir den Anteil derjenigen, die nicht in den Arbeitsmarkt integriert sind, von 40 auf rund 21 Prozent senken. Das macht einen enormen Unterschied aus. Die Auswirkungen für die lokalen Gemeinwesen vor Ort kann man kaum überbewerten. Es ist wichtig, dass die Kinder, die in diesen Gebieten aufwachsen, etwas aus ihrem Leben machen können – wobei es nicht darauf ankommt, ob sie einen ausländischen oder einen dänischen Hintergrund haben.

Es geht nicht nur um eine restriktivere Politik.

In vielen Städten geht es nicht nur darum, in einem bestimmten Gebiet die Bevölkerungsstruktur zu verändern. Um bessere Lebensbedingungen zu schaffen, reißen wir manche Plattenbauten aus den 1960er-Jahren wegen der schlechten Bauqualität ab. In Kopenhagen werden gezielt Schulen in besonders instabilen Stadtteilen gefördert und bekommen pro Kind doppelt so viel Geld wie Schulen in wirtschaftlich besser gestellten Vierteln. Es geht nicht nur um eine restriktivere Politik, sondern darum, in diesen Gebieten in Sozialprogramme zu investieren und auf diese Weise dafür zu sorgen, dass die nächste Generation eine bessere Zukunft hat.

Der Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) prüft derzeit im Rahmen einer öffentlichen Anhörung, ob das Gesetz rechtmäßig ist. Viele bezeichnen es als „grausam“ und kritisieren, es schüre Fremdenfeindlichkeit. Was entgegnen Sie diesen kritischen Stimmen?

Das halte ich für eine bürgerliche, sozialistische Sicht der Dinge. In Dänemark ist diese Rhetorik von Leuten zu hören, die in gut situierten, interessanten und kreativen Stadtvierteln leben, in denen Integration nicht die Belastung bedeutet, die sie in anderen kommunalen Gemeinwesen ist. Wer zahlt gegenwärtig den Preis für eine liberale Migrationspolitik? Vor allem die Arbeiterviertel, in denen viele Migranten leben! Wenn ich solche kritischen Stimmen höre, frage ich mich, ob die Betroffenen jemals in einem Gebiet mit so einer Bevölkerungszusammensetzung gewohnt haben. Wenn sie das getan hätten, würden sie verstehen, dass das Fundament einer Gesellschaft mit gutem Zusammenhalt und hohem sozialstaatlichen Niveau auf Vertrauen und gegenseitigem Verständnis beruht.

Wie wichtig war der Wandel der Migrationspolitik für die Sozialdemokraten in Dänemark?

2015 war ein entscheidendes Jahr für die Sozialdemokraten, aber auch für die politische Landschaft in Dänemark insgesamt. Damals hatten wir sehr hohe Migranten- und Flüchtlingszahlen. Im Fernsehen sahen wir Migranten und Geflüchtete zu Fuß auf den Autobahnen aus Deutschland ins Land kommen. Viele von ihnen wollten nach Schweden. Diese Bilder haben ein Gefühl von Kontrollverlust vermittelt. Dadurch hat sich unsere Sicht verändert. Wir halten es für wichtig, dass der Aufenthalt befristet wird. Das bedeutet: Wer keinen internationalen Schutz mehr braucht, sollte in sein oder ihr Herkunftsland oder vorheriges Wohnsitzland zurückkehren.

Welches ist die wichtigste Integrationsmaßnahme, die ihre Partei neu eingeführt hat?

Wir haben inzwischen vieles verändert, aber ein sehr wichtiger Schritt war aus meiner Sicht das Bemühen, die Bildung von Parallelgesellschaften in gefährdeten Gebieten zu verhindern. Auch unsere Rückführungspolitik ist heute wirksamer. Unsere Regierung nimmt diese Dinge sehr ernst. Zentral ist, dass demokratisch beschlossene Grundsätze eingehalten werden. Die Regierungen in Europa müssen eine proaktivere Haltung entwickeln und zuverlässig dafür sorgen, dass Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus das Land verlassen. In Dänemark verfahren wir seit fünf Jahren so. In Deutschland und vielen anderen Ländern bleiben momentan Menschen im Land, die nicht auf internationalen Schutz angewiesen sind und deren Asylanträge bereits abgelehnt wurden. Wenn man die eigene Rückführungspolitik unter Kontrolle hat, kann man offen und seriös darüber diskutieren, wie viele Geflüchtete man verkraftet. Die Basis für diese Diskussion müssen aber demokratische Spielregeln und Prinzipien sein.

Viele Befürworter einer restriktiveren Migrationspolitik aus dem linken Spektrum verweisen auf Dänemark, nachdem die Sozialdemokraten in den vergangenen Jahren damit so große Erfolge erzielt haben. Bei den Europawahlen schnitt Ihre Partei allerdings nicht so gut ab wie bei früheren Wahlen. Worauf führen Sie das zurück?

Der Hauptgrund für das schlechte Wahlergebnis ist, dass wir zum ersten Mal in einer Koalition mit der Liberalen Partei Venstre regieren, die historisch gesehen unsere Kontrahentin ist. Diese Regierung ist mit einer Großen Koalition in Deutschland vergleichbar, wobei für die dänische Bevölkerung solche Konstellationen ungewohnt sind. Bei uns gibt es häufig Minderheitsregierungen. Für die meisten dänischen Bürgerinnen und Bürger ist die Sozialdemokratische Partei eine Verfechterin des Sozialstaats, während der rechte Koalitionspartner für weitere Steuersenkungen eintritt. Jetzt müssen wir aber gemeinsam regieren. Ich glaube, das irritiert viele.

Welche Rolle spielte das Migrationsthema?

Migration war kein sehr großes Thema. Grundsätzlich herrscht in Dänemark in der Migrationsfrage ein breiter Konsens. Nur einige wenige Parteien am äußeren rechten und linken Rand stehen außerhalb dieses Konsenses. Aber schätzungsweise 80 bis 85 Prozent der dänischen Bevölkerung sind der Meinung, dass wir auf der einen Seite nicht unbegrenzt viele Geflüchtete aufnehmen können und auf der anderen Seite natürlich an internationale Menschenrechtsabkommen und Flüchtlingskonventionen gebunden sind, an die wir uns strikt zu halten haben.

Grundsätzlich herrscht in Dänemark in der Migrationsfrage ein breiter Konsens.

Die radikale Rechte hat in Dänemark ihre höchsten Wahlergebnisse 2015 erzielt. Damals kam sie auf 21 Prozent. Bei den letzten Parlamentswahlen blieb sie unter drei Prozent. Seit wir an der Regierung sind, ist es uns gelungen, die populistische Rechte zu demontieren oder zumindest ins Abseits zu drängen. Das ist ein großer Erfolg.

Aber schauen wir auf die andere Seite des politischen Spektrums: Bei den Europawahlen holte die linksgrüne Sozialistische Volkspartei die meisten Stimmen.

Sie vertritt in der Migrationspolitik nahezu dieselben Positionen wie wir. Im Parlament trägt sie häufig die Gesetzesvorlagen der Regierung mit. Bei manchen Themen ist sie sogar noch strikter als wir – zum Beispiel im Umgang mit den Mohammed-Karikaturen. Sie ist für eine verpflichtende Regelung, nach der die Karikaturen mit allen Schülerinnen und Schülern im Unterricht behandelt werden müssen, während wir der Meinung sind, das sollte eher vor Ort auf lokaler Ebene entschieden werden.

Seite E 157 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 850 vom 01.08.2024

Sowohl Deutschland als auch Dänemark haben mit Fachkräftemangel zu kämpfen. Führt ein harter Kurs bei der irregulären Migration nicht zu, dass das betreffende Land auch für reguläre Migration unattraktiver wird?

Ich verstehe nicht, warum Deutschland Schwierigkeiten haben sollte, gut ausgebildete Arbeitskräfte anzuziehen. Wenn man in Ländern, die weniger wohlhabend sind als Deutschland, wie zum Beispiel in der Türkei, in Tunesien oder Albanien die Menschen fragt, wohin sie zum Arbeiten auswandern möchten, sagen sie überall auf der Welt: nach Deutschland. Zu uns nach Dänemark kommen jedes Jahr Tausende Menschen aus europäischen Ländern wie Rumänien, Polen oder Spanien und zum Beispiel auch aus Indien, um hier zu arbeiten. Diese Menschen sind sehr hoch qualifiziert.

Bei uns gibt es eine Grenze, die bei einem Mindestjahresgehalt von 50 000 Euro liegt. Wer aus einem Nicht-EU-Land kommt und ein Einkommen von weniger als 50 000 Euro hat, bekommt keine Aufenthaltserlaubnis. Damit wollen wir Konkurrenz bei gering qualifizierten Beschäftigungen verhindern. Wir versuchen, Hochqualifizierte anzuziehen, und das gelingt uns gegenwärtig.

Wie nehmen Sie die Migrationsdebatte in Deutschland wahr? Und welchen migrationspolitischen Kurs würden Sie den Sozialdemokraten in Deutschland und anderen europäischen Ländern empfehlen?

Gerade für Sozialdemokraten ist wichtig, dass darüber diskutiert wird, wie viele Menschen kommen können, ohne dass der funktionierende Wohlfahrtsstaat gefährdet wird. Der Bundestag und andere Parlamente in Europa sollten eine Debatte darüber führen, wie viele Menschen ihr Land integrieren kann. In dieser Debatte sollten wir nicht von einer nationalistischen oder kulturkämpferischen Perspektive oder von der Vorstellung leiten lassen, das eigene Land werde von der Migration erdrückt. Das ganze Gerede vom „Untergang des Abendlandes“ hilft kein Stück weiter. Was man meiner Meinung nach deutlich machen muss, ist, dass die Hauptleidtragenden einer breiten und unkontrollierten Zuwanderung die Menschen am unteren Ende der Gesellschaft sind. Wenn aufgrund von wirtschaftlichem Druck der deutsche Sozialstaat leidet, sind es die Geringqualifizierten und Einkommensschwachen, die die Zeche zahlen, und nicht die Leute in Starnberg oder Charlottenburg. Migration unter sozialen Aspekten zu analysieren, halte ich für ausgesprochen wichtig. Das muss ohne die ganze nationalistische Rhetorik geschehen, die auch Teil der deutschen Debatte ist.

Ich bin kein Berater der SPD. Sie sollte ihre eigene Politik machen – sie ist schließlich die älteste und wichtigste sozialdemokratische Partei der Welt. Ich würde aber sagen: Jedes Land in Europa kann eine besser funktionierende Rückführungspolitik betreiben. Der erste Schritt ist aus meiner Sicht die Erkenntnis, dass in einer Demokratie Regeln befolgt werden müssen. Wenn jemand kein recht hat, im Land zu sein, darf er oder sie nicht bleiben. Das ist meiner Meinung nach einigermaßen unstrittig.

Aus dem Englischen von Andreas Bredenfeld



Kaare Dybvad Bek, Kopenhagen

Kaare Dybvad Bek ist seit Mai 2022 dänischer Minister für Ausländer und Integration. Zuvor war er Innen- und Wohnungsminister. Seit 2015 sitzt Dybvad Bek für die Sozialdemokraten im dänischen Parlament.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/demokratie-und-gesellschaft/artikel/ich-glaube-das-irritiert-viele-7636/?utm_campaign=de_40_20240709&utm_medium=email&utm_source=newsletter